



Landtag von Baden-Württemberg

28. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Juni 1993 · Haus des Landtags

Beginn: 9.32 Uhr

Schluß: 17.59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2161	3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Situation der Textil- und Maschenindustrie in Baden-Württemberg – Drucksache 11/915	2185
Erklärung zum 40. Jahrestag des Volksaufstands in der ehemaligen DDR	2161	Abg. Haasis CDU	2185
1. Aktuelle Debatte – Sozialer Brennpunkt Großstadt – Aktuelle Entwicklungen in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2161	Abg. Weyrosta SPD	2188
Abg. Kuhn GRÜNE	2161	Abg. Schaal REP	2189
Abg. Dr. Claudia Hübner CDU	2163, 2173	Abg. Renz GRÜNE	2190
Abg. Brigitte Wimmer SPD	2164, 2170	Abg. Dr. Döring FDP/DVP	2191
Abg. Dr. Eckert REP	2166	Staatssekretär Brechtken	2192
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	2167	Beschluß	2196
Staatssekretär Weinmann	2168	4. Fragestunde – Drucksache 11/2062	
Abg. Birgitt Bender GRÜNE	2169	Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP – Erfolg des Substitutenboykotts	2196
Abg. Kiel FDP/DVP	2171	Abg. Drautz FDP/DVP	2196
Abg. Rapp REP	2172	Staatssekretär Reddemann	2196, 2197
2. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Stärkung der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg – Drucksache 11/871		Abg. Teßmer SPD	2196
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport – Lehrerversorgung an beruflichen Schulen – Drucksache 11/1408	2174, 2208	Abg. Schöffler SPD	2197
Abg. Pfister FDP/DVP	2174	5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums – Verwaltungsreform; hier: Aufgabendelegation auf die Kommunen; Deregulierung zugunsten der Kommunen und Privater, Aussetzung von Verwaltungsvorschriften – Drucksache 11/863	2197
Abg. Wintruff SPD	2176	Abg. Ströbele CDU	2197
Abg. Rebhan CDU	2179	Abg. Kielburger SPD	2199
Abg. König REP	2180	Abg. König REP	2201
Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE	2181	Abg. Hackl GRÜNE	2202
Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector	2183	Abg. Albrecht FDP/DVP	2203
Beschluß	2208	Abg. List CDU	2204
		Minister Dr. Vetter	2206
		Beschluß	2208

6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung – Wirkungsgrad der Forschung in Baden-Württemberg – Drucksache 11/758	2209	10. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 11/1775, 11/1974	2234
Abg. Mogg SPD	2209, 2217	Beschluß	2234
Abg. Remppel CDU	2210	11. a) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. April 1993 – Veräußerung der landeseigenen Baugrundstücke auf Gemarkung Freiburg-Kappel, Baugebiet „Molzthof“ – Drucksachen 11/1811, 11/1940	2234
Abg. Dr. Eckert REP	2211	Beschluß	2234
Abg. Dr. Salomon GRÜNE	2212	b) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 – Veräußerung landeseigener Wohnbauflächen im Baugebiet „Chausseefeld“ in Stuttgart-Plieningen – Drucksachen 11/1860, 11/1941	2234
Abg. Dr. Scharf FDP/DVP	2213	Beschluß	2234
Minister von Trotha	2215	c) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 – Bereitstellung landeseigener Grundstücksflächen für den Wohnungsbau in Stuttgart-Vaihingen, Birkhof – Drucksachen 11/1861, 11/1942	2234
Beschluß	2218	Beschluß	2234
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Verkehrsministeriums – Postleitzahlen – Drucksache 11/1350		d) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 – Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 641 der Gemarkung Ludwigsburg (Stuttgarter Straße 35, Bäckerei-Kaserne) – Drucksachen 11/1872, 11/1943	2234
b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Verkehrsministeriums – Neue Postleitzahlen – Drucksache 11/1385	2218	Beschluß	2234
Abg. Eberhard Lorenz SPD	2218	e) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 – Tauschweise Abgabe des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 577, Gemarkung Aulendorf – Drucksachen 11/1873, 11/1944	2234
Abg. Jacobi GRÜNE	2220	Beschluß	2234
Abg. Ströbele CDU	2221	12. Kleine Anfragen – Drucksachen 11/1923, 11/1938	2234
Abg. Reimann REP	2221	Nächste Sitzung	2234
Abg. Dr. Scharf FDP/DVP	2222		
Minister Schaufler	2223		
Beschluß	2223		
Minister Schaufler (zu Protokoll)	2223		
8. Aktuelle Debatte – Polittourismus als Teilursache der Politikverdrossenheit – beantragt von der Fraktion Die Republikaner	2224		
Abg. Rapp REP	2224		
Abg. Fleischer CDU	2225		
Abg. Weimer SPD	2227		
Abg. Bütikofer GRÜNE	2228		
Abg. Schöning FDP/DVP	2229		
Abg. Trageiser REP	2230		
Staatssekretär Brechtken	2232		
9. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 11/1799, 11/1889, 11/1995, 11/2003, 11/2024	2234		
Beschluß	2234		

Protokoll

über die 28. Sitzung vom 17. Juni 1993

Beginn: 9.32 Uhr

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Damen und Herren Abgeordneten Birgit Kipfer, Liane Offermanns, Schrempf und Ruder erteilt.

Dienstlich verhindert sind der Herr Ministerpräsident, der Herr Wirtschaftsminister, der Herr Innenminister, der Herr Justizminister sowie die Herren Staatssekretäre Dreier und Wabro.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute, am 17. Juni, jährt sich zum vierzigsten Mal der Tag des Volksaufstands gegen das diktatorische Regime in der früheren DDR.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Die Deutschen, die sich damals erhoben haben, wollten nicht nur bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Bezahlung, sie wollten zuallererst Freiheit und Einheit. Sie haben sich gegen die Beschränkung ihrer Freizügigkeit gewehrt und Grenzbefestigungen eingerissen, die sie vom Westen trennten. Der Aufstand für ein besseres und ein freieres Leben wurde mit Gewalt niedergeschlagen. Viele haben damals ihr Verlangen nach Freiheit mit dem Leben bezahlt.

Der 17. Juni 1953 ist und bleibt ein wichtiger Gedenktag in der Geschichte unseres Landes. Dieser Aufstand für mehr Menschlichkeit ist uns Mahnung und Verpflichtung zugleich. Dies ist auch ein Teil unserer Solidarität mit den Menschen in der ehemaligen DDR.

Heute, 40 Jahre danach, können alle Deutschen in einem wiedervereinigten Deutschland zusammenleben. In freier Selbstbestimmung haben wir die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Durch den Widerstand mutiger Bürger wurde die Diktatur der DDR in einer friedlichen Revolution überwunden. Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie gelten jetzt für alle Deutschen. Dies muß uns gerade an diesem Tag mit Dankbarkeit erfüllen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß die Probleme und Schwierigkeiten, die wir derzeit im wiedervereinigten Deutschland erleben, nicht die Folgen der deutschen Einheit sind, sondern die Folgen von 40 Jahren kommunistischer Diktatur und Mißwirtschaft. Wir alle, meine Damen und Herren, sind aufgerufen, diese große Herausforderung gemeinsam zu bestehen - mit Mut und mit Entschlossenheit. Richten wir deshalb unseren Blick nach vorn auf die Chancen, die sich jetzt für alle Deutschen in einem geeinten Europa eröffnen.

(Beifall im ganzen Haus - Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte - Sozialer Brennpunkt Großstadt - Aktuelle Entwicklungen in Baden-Württemberg - beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten. Im übrigen beträgt die Redezeit 5 Minuten je Sprecher.

Das Wort darf ich Herrn Abg. Kuhn erteilen.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben mit dieser Aktuellen Debatte heute wieder ein Thema vorgeschlagen, das eigentlich quer zu den klassischen Schubladen der Landespolitik und auch der Einteilung in die Ministerien angesiedelt ist. Es geht uns um die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen in baden-württembergischen Großstädten.

Ich möchte in der Kürze der Zeit drei Problembereiche nennen.

Erstens: Die sozialen Probleme der Großstädte spitzen sich ungeheuer zu. Wohnungsnot nimmt zu, die Notfallkarteien schwellen an, und, sehr wichtig, auch für die Debatte von gestern, Familien mit Kindern finden keine Wohnungen mehr, die sie bezahlen können. Die Wohnungsmieten steigen ins Unermeßliche. Allein in Stuttgart betrug der Anstieg der Mieten zwischen 1980 und 1990 38 %. Der Oberbürgermeister von München - dies gilt auch für Stuttgart - hat sehr richtig gesagt: Es gibt Menschen, die aufgrund eines falschen Einkommensteuerrechts Eigentumswohnungen wie Briefmarken sammeln, und es gibt andere, die sich sehr, sehr schwertun, die Mieten überhaupt noch bezahlen zu können. Damit entstehen überall im Land neue soziale Fragen, die sich in den Großstädten aber kumulieren, die in den Großstädten besonders schwierig und gravierend werden.

Das Anwachsen der Sozialhilfekosten für die Großstädte wird immer gigantischer. Mannheim hat seit 1991 bei der Sozialhilfe einen Zuwachs von 10 %. 8 760 Haushalte in dieser Stadt erhalten Sozialhilfe, und - eine wichtige Zahl, die Sie wissen sollten - 30 % der Betroffenen sind Langzeitar-

(Kuhn)

beitslose. Das heißt, die Sozialhilfe ist eben auch ein Problem lange anhaltender Arbeitslosigkeit.

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft verstärkt sich - so unsere These - in der Großstadt. Wir stehen am Beginn einer Art Amerikanisierung der Großstadt, denn Kriminalität, Drogen und soziale Probleme nehmen zu. Es gibt Viertel in der Großstadt, denen es sehr gut geht, die sich abriegeln, die sich durch private Sicherheitsdienste schützen lassen. Dies ist die Tendenz, die wir jedenfalls in den USA feststellen müssen.

Übrigens gibt es auch bei der Kriminalität einen Import vom Umland in die Großstadt. Allein in Stuttgart kommen 44% der Täter aus dem Umland. Das Wort „Heile Welt Umland, Brennpunkt Großstadt“ ist auch unter diesem Gesichtspunkt zu relativieren.

Ich möchte die These aufstellen, daß es bei vielem, was wir hier im Landtag unter dem Thema „Regionalpolitik in der Region Stuttgart“ und mit der Frage „Regionalparlament, Bürgermeister ja oder nein?“ diskutieren, im Kern um nichts anderes geht als um die Tatsache, daß sich der soziale Brennpunkt Großstadt und das, was ich beschrieben habe, im Verhältnis zum Umland in Not befindet und eigentlich eine vernünftige Solidarität des Landes und des Umlandes mit den baden-württembergischen Großstädten auf der Tagesordnung steht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sehr richtig!)

Zweitens: die Umweltsituation. Die Stadtluft macht nicht mehr frei, sondern sie macht krank. Emissionen, Lärm und Flächenversiegelungen haben ein unerträgliches Maß angenommen und vermindern zunehmend die Lebensqualität in der Großstadt. Der Erholungswert der Großstadt, die Möglichkeit, sich in der Großstadt zu erholen, sinkt mit dem fatalen Ergebnis, daß am Wochenende alle hinausfahren und die Umwelt im Umland entsprechend zerstören.

Drittens: Eines der gravierendsten Probleme, die wir in der Großstadt zunehmend sehen müssen, ist die Zerstörung öffentlicher Räume. Die Großstadt gehört nicht mehr in erster Linie den Menschen, die sie bewohnen, sondern - so hart und drastisch muß man das sagen - dem Auto. Kinder, Alte, öffentliche Räume, wo man sich begegnen und miteinander sprechen kann, sind die Verlierer dieser Entwicklung. Wir haben heute andere Kindheiten in der Großstadt. Die Möglichkeit, sich im Viertel bewegen zu können, im Viertel herumstromern zu können, wird geringer. Die Kindheit wird verplant und institutionalisiert. Man kann nur noch mit dem Auto oder mit der Straßenbahn irgendwo hingefahren werden, aber dieses zufällige, spontane Sichbewegen von Kindern wird reduziert. So verlieren Kinder Heimat, so verlieren Kinder Bindung, so verlieren Kinder Identität. Ich möchte dies ganz bewußt auch auf die Diskussion vonestern bezogen haben.

Eine Zahl, damit Sie einmal hören und wissen, was überhaupt los ist: In einer Diplomarbeit der Universität Mannheim wurde festgestellt, daß 50% der Innenstadtkinder in Mannheim nicht mehr regelmäßig im Freien spielen, sondern nur noch in Wohnungen und in Kindergärten. Ich glaube, jeder, der noch eine Kindheit erlebt hat, in der man

sich im Freien bewegen konnte, wie man wollte, weiß, was dies auch für die soziale Entwicklung bedeutet.

Ich möchte in diesen 5 Minuten einige Vorschläge machen, was man unserer Meinung nach tun muß.

Erstens: Die strukturelle Überforderung der Großstädte bei der Sozialhilfe muß abgebaut werden. Dies gilt für alle Städte, aber am stärksten für unsere Großstädte. Vielleicht ist das Konzept eines Grundgebhalts über eine negative Einkommensteuer, wie es ja diskutiert wird, ein richtiger Weg, die Sozialhilfebeltung der Gemeinden abzubauen. Wichtig ist: Eine Sparpolitik in Bund und Land, die bei Bund und Land spart, aber letztlich dazu führt, daß die Sozialhilfekosten steigen, wird zumindest in den Großstädten - für viele andere Städte gilt dies auch - nur dazu führen, daß die Situation immer noch schlimmer wird.

Zweitens: Wir brauchen einen solidarischeren Ausgleich zwischen Großstädten und Umland über die Regionalreform. Wahrscheinlich müssen wir auch die Großstädte über das FAG mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten.

Drittens: Wir müssen energisch die Kriminalität in den Großstädten bekämpfen, übrigens nicht nur durch Polizei, sondern auch und vor allem durch Prävention. Allerdings müssen wir die Bedingungen der Polizei verbessern. Prävention heißt Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten in der Stadt. Ich meine auch, daß die neue Drogenpolitik mit dazu beitragen könnte, daß die Beschaffungskriminalität in diesem Bereich abnimmt.

Viertens: Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau in den Großstädten. Da tut die Landesregierung ja einiges. Aber ich meine, die Maßnahmen müssen verstärkt werden. Die indirekte Eigentumsförderung muß umgeleitet werden zugunsten direkter Wohnungsbaumaßnahmen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und ohne die kurzfristigen Bindungen. Denn wir bauen Zeitbomben in die soziale Entwicklung der Großstadt ein. Wenn in einigen Jahren die Bindungen aufgehoben werden, dann wird es in den Großstädten knallen. Das muß jedem, der für diese Bindungen ist, einfach klar werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens: Wir brauchen eine spezielle, neue Umweltpolitik für die Großstadt. Wir müssen das Auto in der Großstadt zurückdrängen, damit der Lebensraum Großstadt wieder für Menschen erleb- und erfahrbar wird. Wenn die Alternative wie heute heißt: „Kinder oder Autos“, dann sage ich für meine Fraktion: „Kinder“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich und letztens schlagen wir vor, daß beim Land eine Kommission quer zu den Ministerien eingerichtet wird, denn hier handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe. Es war ja lustig, daß ich zu diesem Thema aus vielen Ministerien Anrufe bekommen habe, in denen die Anrufer gefragt haben, ob das eigentlich ihr Ressort betrifft oder ein anderes.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sicherheitshalber sind sie jetzt alle nicht gekommen! - Abg. Jacobi GRÜNE: Jetzt ist keiner da! Nur ein Staatssekretär!)

(Kuhn)

Genau solche Themen sind die sozialen Brennpunkte. Deswegen fordere ich eine Arbeitsgruppe quer durch die Ministerien zusammen mit der Opposition, eine Arbeitsgruppe, die sich des Themas „Sozialer Brennpunkt Großstadt, Lebenssituation in der Großstadt“ annimmt. Ich meine, daß eine solche Kommission Vorschläge erarbeiten sollte, die dann dieses Haus umsetzen könnte, so daß sich die Verhältnisse real verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Hübner.

Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Kuhn, natürlich ist vieles von dem richtig, was Sie über die sozialen Probleme und auch über die Verschärfung sozialer Probleme gesagt haben. Das weiß ich als Großstadtabgeordnete. Aber als ich die Begründung zu Ihrem Antrag gelesen habe, da habe ich mich gefragt: Wo lebe ich eigentlich? Wir wollen die Wirklichkeit nicht verzerren. Wir leben nicht in New York und nicht in Kalkutta, sondern in Stuttgart.

(Beifall bei der CDU - Abg. Wieser CDU: Das ist schon ein Unterschied! - Abg. Kuhn GRÜNE: Beifall für Trivialitäten!)

Was Sie uns als Aktuelle Debatte vorlegen, ist im Grund ein uraltes Thema, so uralte wie die Städte der Menschheit. Das Problem ist 2 000 Jahre alt, 500 Jahre alt und - das gebe ich zu - auch heute noch aktuell.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ihre Rede ist noch älter als das Problem!)

Ich lese Ihnen jetzt ein Zitat vor, und dann raten Sie mal, von wann das stammt:

In Straßburg kann ein Mensch 30 Jahre unbeweglich an einer Ecke sitzen, es wird sich niemand für ihn interessieren, niemand wird ihn erkennen. Er kann verhungern, ohne daß es einer merkt.

Dies stammt nicht von 1993, obwohl es auch heute noch zutrifft, und trifft nicht nur für Straßburg zu, sondern auch bei uns. Es ist ein Zitat aus dem Jahr 1507. Weil diese Beschreibung richtig ist, ist auch diese Debatte notwendig. Herr Kuhn, ich bin froh, daß Sie sie angestoßen haben. Wenn man diese Debatte führt, muß man aber Zusammenhänge herstellen. Dann ist es nicht damit getan, nur unter den Vorzeichen einer pauschalen Gesellschaftskritik zu agieren.

Wir müssen uns fragen: Worauf hat die Politik überhaupt Einfluß, was ist strukturimmanent, was können wir ändern? Was gehört in die Rathäuser, was gehört in den Landtag? Was ist großstadtspezifisch, und was ist ein allgemeines Problem?

Eine erste Bemerkung: Städte sind Kristallisationspunkte für Himmel und Hölle, für Gut und Böse. Ich glaube, es ist uns nicht damit gedient, wenn wir eine Stadt wie Stuttgart nur schlechtreden. Wir müssen auch die Attraktivität sehen. Ein schlüssiges Gesamtbild ergibt sich nur, wenn wir auch dies darstellen. Es gibt ein Bildungsangebot, ein Kulturangebot, Sportveranstaltungen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: IGA!)

eine Vielzahl an Fachhochschulen, Universitäten, Akademien. Ich empfehle Ihnen - das haben wir neulich gemacht -, einmal das Rotebühlzentrum zu besuchen.

(Abg. Walter GRÜNE: Den Landtag haben Sie vergessen!)

Das ist schlicht einmalig, das gibt es in Balingen-West, in Schorndorf und in Waldshut nicht: ein unentgeltliches Angebot für die Bürger.

Auch unsere Modellversuche, Jugendkunstschulen, ein zehntes Hauptschuljahr, werden immer in erster Linie in Großstädten angeboten, und hier sind die Chancen deshalb einfach größer.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Schauen Sie doch einmal nach Hausen!)

Eine Großstadt ist Magnet. Man darf aber nicht vergessen - insoweit ist die Entwicklung schon besorgniserregend -

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Akademie Hausen, oder was?)

daß weltweit eine dreiviertel Milliarde Menschen innerhalb der letzten 30 Jahre aus dem ländlichen Raum in Großstädte abgewandert sind.

Wir haben auch eine größere Vielfalt an Hilfsangeboten im sozialen Bereich. Es ist unglaublich, was Stuttgart da vorhält. Es ist eine Überforderung von Städten als Versorgungsträger festzustellen.

Zum Schlechten - darauf haben Sie Ihre Ausführungen beschränkt -: Eine Großstadt entfaltet ganz klar auch eine Sogwirkung für soziale Probleme. New York gilt als unregierbar, einst die große Metropole der Neuzeit. In New York ist Mord bei Männern im Alter zwischen 15 und 40 Jahren die häufigste Todesursache. Auch wir haben massive Probleme - Kriminalität in Stuttgart, in Mannheim, Obdachlosigkeit, Drogenabhängige - und auch unstreitig eine Verschärfung dieser Entwicklung.

Mit dem Klagelied allein ist nichts erreicht. Werfen wir unseren Blick einmal in andere Regionen: Region München, Region Köln/Dortmund oder das Pariser Becken. Dort ist der Moloch noch sehr viel größer und das Mißverhältnis zum Umland sehr viel ausgeprägter.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was sagt das?)

Baden-Württemberg hat 10 Millionen Einwohner, die Stadt Stuttgart 550 000. Zum Vergleich: Athen hat etwa 5 Millionen Einwohner und Griechenland etwa 10 Millionen. Das heißt, das Mißverhältnis von Stadtmoloch und Land ist durch unsere gewachsene dezentrale Struktur hier im Grunde besonders wenig ausgeprägt. Baden-Württemberg ist ein Musterbeispiel für dezentrale Strukturen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was unternehmen wir? Der Problemaufriß ist klar: Wir haben einen Wohlstandsgürtel um Stuttgart herum, wir haben aber auch bereits Lösungsansätze. Die Koalition liegt mit ih-

(Dr. Claudia Hübner)

rer Verwaltungsreform und mit der Regionalreform hier gerade richtig. Damit hat sich die Koalition doch gerade diesem brennenden Thema gestellt.

Stichworte sind: Entlastung von Stuttgart in der Abfall-, Verkehrs- und Siedlungspolitik. Wir müssen diese Stadt wieder regierbar machen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Bewohnbar, nicht regierbar!)

Regierbar und bewohnbar. – Das zeigt Viesenhäuser. Das zeigt auch die Agonie, die von einer solchen Unfähigkeit der Planung ausgeht.

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß die CDU und die SPD ein Stück weiter sind. Ich habe die Regionalanhörung der Grünen in der Presse verfolgt. Ich habe den Eindruck, daß Sie, Herr Kollege Kuhn, mit diesem Regionalgedanken vorausmarschieren,

(Abg. Haasis CDU: Das war eine große Pleite bei den Grünen!)

daß Ihnen aber niemand hinterhermarschiert. Ich würde Ihnen den Vorschlag machen, dieses Thema einmal parteiintern abzuarbeiten.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich komme zum Bereich Wohnungsnot. Ganz allgemein kann ich sagen: Auch hier hat man – Sie haben das ja erwähnt – aufgestockt. Wir haben spezielle Programme für den Ballungsraum, insgesamt für 3 000 zusätzliche Mietwohnungen. Uns muß aber auch klar sein, daß wir mit einem „immer mehr, immer mehr“ im sozialen Wohnungsbau schlicht das Ende der Fahnenstange erreicht haben. Ich frage mich auch, wie man sich einerseits hinstellen und bei jedem Quadratmeter Bauerschließung weidwund aufschreien, andererseits den Wohnungsmangel beklagen und an den Pranger stellen, sich aber gegen jede Bebauung in der Höhe aussprechen kann. Wie hätten Sie es denn gern?

(Abg. Weimer SPD: Genau! So ist es!)

Zur Kriminalität muß man sagen, daß der Großstadtdienst in der Tat ein außerordentlich harter Dienst für Polizeibeamte ist und daß wir den jungen Beamten, die das heute noch machen, außerordentlich dankbar sein müssen. Für die Kriminalität gibt es verschiedene Gründe. Im Grunde genommen knüpft diese Diskussion an das an, was wir gestern besprochen haben. Jugendgewalt, Medieneinfluß, Verlust von und Mangel an familiärer Bindung sind die Hauptprobleme unserer Zeit.

Ein fünfter Bereich ist die Stadtplanung. Bei dem Ziel, Städte bewohnbar und menschlich zu machen, Herr Kuhn, stimme ich Ihnen zu. Aber Sie müssen sich einmal umschauen. Vergleichen Sie einmal die letzten 30 Jahre. Vergleichen Sie Mannheim und Stuttgart. Lassen Sie den Blick zurückschweifen. Wir haben doch keine leblosen Steinwüsten mehr. Wir sind doch mit einem menschenfreundlichen Ausbau dieser Städte ein Stück vorangekommen. Schauen Sie sich einmal um. Schauen Sie sich beispielsweise einmal die Spielgeräte in der Königstraße und in der Kronprinzstraße an.

(Abg. Wieser CDU: Wer es nicht sehen will, der sieht es auch nicht. Frau Kollegin!)

Sehen Sie sich ein Quartier wie das Bohnenviertel an. Das Bohnenviertel kennen Sie doch auch. Das ist doch ein Beweis für eine gelungene Stadtplanung: Durchmischung von Wohnen und Gewerbe, Spielplätze und auch Verkehrsberuhigung.

Das, worüber wir diskutieren, ist nicht die Aufgabe des Landes. Stadtplanung ist originär eine kommunale Aufgabe. Aber wir haben in Stuttgart die Lenkungsinstrumente – ich komme ja aus dem Stuttgarter Rathaus – wie die Regelung über die Zweckentfremdung von Wohnraum oder Erhaltungssatzungen – um beispielsweise in Heslach den verkehrsberuhigten Bereich vor Spekulationen zu schützen – eingesetzt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich empfehle Ihnen einen Blick in die Notfallkartei der Stadt Stuttgart. Frau Kollegin!)

Wir haben Tempo 30 eingeführt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Leute halten sich nicht daran!)

Man kann doch nicht so tun, als sei nichts getan worden.

Ich komme zu einem letzten Bereich. Was kann die Politik nicht? Hier nenne ich Probleme wie Vereinsamung und Anonymität. Das sind Schlagworte aus den erschreckenden Zeitungsmeldungen, in denen steht, daß ein Mensch drei Monate, nachdem er gestorben ist, tot in der Wohnung gefunden wird. Ich meine, Städteplanung ist wichtig und richtig, löst aber solche Probleme nicht allein.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das war schon 1510 so, was Sie da sagen!)

Wir leben einfach in einer Gesellschaft, die sich ungebremste Selbstverwirklichung zum Maßstab aller Dinge gemacht hat. Das haben wir zu lange schleifen lassen. Ein großes Umdenken ist nun erforderlich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wohnt die eigentlich auf dem Fernsehturm, oder wo?)

Ich will als letzten Satz sagen: Dieses Umdenken darf jetzt kein Rückwärtsgehen sein, sondern muß eine Umbesinnung darauf sein, daß Städte – das sagte Max Weber – schon immer „kulturelle, geglaubte Gemeinschaft“ waren. Ohne gelebten Gemeinwesen kann ein Gemeinwesen nicht überleben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wimmer.

Abg. Brigitte Wimmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nirgendwo prallen soziale Gegensätze härter aufeinander als in den großen Städten, in Bahnhöfen oder Ladenpassagen. Dort campieren Obdachlose neben Feinschmecker- und Luxusläden. Luxus und Armut liegen nahe beieinander und damit alle Konflikte, die dies mit sich bringt. Arbeitslosigkeit, Woh-

(Brigitte Wimmer)

nungsnot, Obdachlosigkeit, Drogenkonsum und die mit ihm verbundene Beschaffungskriminalität sind Symptome einer tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Krise. Es wäre deshalb meines Erachtens falsch, diese Entwicklungen als etwas für die großen Städte Besonderes aufzufassen. Es sind Probleme der gesamten Gesellschaft.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die spitzen sich zu!)

die allerdings - Herr Kollege Kuhn, da gebe ich Ihnen recht in den sozialen Brennpunkten in den Großstädten besonders deutlich werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es! Da sind wir uns wieder einig!)

Ich meine aber, Aufgabe der Politik ist es nicht, diese Symptome zu beklagen oder vergangenen, scheinbar heilen Werten nachzutruern, sondern die Ursachen zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Ursachenbekämpfung - dazu zitiere ich Kurt Schumacher und unseren Ministerpräsidenten, Frau Kollegin Hübner - gehört ein Blick auf die Wirklichkeit.

(Zuruf der Abg. Dr. Claudia Hübner CDU)

Bei Ihren Ausführungen kam mir der Gedanke, daß Sie einen sehr großbürgerlichen Begriff von der Großstadt haben

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und andere Blicke außer acht lassen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Vor einigen Wochen hat der Soziologe Professor Dr. Bertram in der Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ dargestellt, daß Familien in Städten zu „marginalen Randgruppen werden“. Die „Hypothek Familie“ wiegt in großen Städten oft so schwer, daß Familien aus den Städten verdrängt werden. Es ist für Familien gerade in Städten mit ihrem hohen Mietniveau oft nahezu aussichtslos, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dies gilt nicht nur für Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder von der Sozialhilfe leben. Selbst mittlere Einkommen reichen oft nicht aus, um sich ein Leben in der Stadt leisten zu können. Ich denke schon, daß, wenn wir die Entwicklung weiterlaufen lassen, den Großstädten in der Bundesrepublik und auch den Großstädten in Baden-Württemberg ein ähnliches Verschwinden der Mittelschicht droht, wie es in Amerikas Städten schon lange Realität ist.

Gut verdienende Singles und kinderlose Ehepaare teilen sich die Stadt mit Menschen, die in Armut leben, und die Mittelschicht weicht in die ausufernden Vorstädte aus.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Diese Entwicklung hat Ursachen, die nach meiner Ansicht zu einem erheblichen Teil mit falschen politischen Weichenstellungen in der Vergangenheit zusammenhängen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Ich nenne zwei Stichworte: den sozial ungerechten bzw. nicht vorhandenen Familien- und Kinderlastenausgleich im Steuerrecht und die wohnungsbaupolitischen Fehlentscheidungen der achtziger Jahre.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kindergeld und steuerliche Kinderfreibeträge reichen nicht aus, um das Existenzminimum von Familien von der Besteuerung freizustellen. Bis heute hat die Bundesregierung keine Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gezogen. Im Gegenteil, die jüngsten Vorschläge des Finanzministers Waigel, das Zweitkindergeld zu kürzen, deuten darauf hin, daß die Bundesregierung die Haushaltsanierung zu Lasten der Familien betreiben möchte. Ich meine, es muß Schluß sein, in diesem Bereich mit fragwürdigen Scheingefechten zu debattieren. Ich erinnere nur an die Diskussion zum Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe, die in diesem Hause kürzlich stattgefunden hat. Ich weiß nicht, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ob Ihnen damals bewußt war, daß hinter dem abstrakten Begriff „große Bedarfsgemeinschaften“ Familien mit Kindern stehen. Gerade Familien in großen Städten würde die damals von Ihnen geforderte Verschärfung des Abstandsgebots besonders schwer treffen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die CDU weiß ja zu berichten, daß sie bei einer Lampe sitzen und deshalb sparen!)

Deswegen sage ich: Wer will, daß Leben und Wohnen in unseren Städten auch für Familien und Alleinerziehende erschwinglich bleibt, der muß endlich den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts erfüllen und den Kinder- und Familienlastenausgleich neu regeln.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Republikaner und der GRÜNEN)

Wir müssen endlich weg von einem Steuersystem, das den Trauschein allein so viel höher bewertet als das Erziehen und Betreuen von Kindern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Republikaner und der GRÜNEN - Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ein Splittingvorteil bis zur -- Das hören Sie nicht gerne, aber ich sage es Ihnen.

(Abg. Scheuermann CDU: Heute so und morgen so!)

Ein Splittingvorteil von --

(Erneuter Zuruf des Abg. Scheuermann CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich um Ruhe bitten!

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das Wort hat Frau Abg. Wimmer.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, könnten Sie Herrn

(Präsident Dr. Hopmeier)

Scheuermann darauf hinweisen, daß er das Wort nicht hat! - Abg. Kuhn GRÜNE: Baldrian für Herrn Scheuermann! - Glocke des Präsidenten)

Darf ich um Ruhe bitten! - Beruhigen Sie sich bitte.

Abg. Brigitte Wimmer SPD: Herr Scheuermann, ich belege Ihnen das mit Zahlen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Baldrian für Herrn Abg. Scheuermann!)

Ein maximaler Splittingvorteil in Höhe von bis zu 22 000 DM im Jahr ist familienpolitisch und sozialpolitisch in keiner Weise vertretbar. Das ist mehr, als manche Alleinerziehende für das ganze Jahr zum Leben hat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Republikaner und der GRÜNEN)

Ich hätte Sie gerne als Mitstreiter, damit wir endlich diesen Skandal beenden können.

(Beifall bei der SPD)

Mein zweites Stichwort: die Wohnungssituation. Vor diesem Hintergrund war der von der Bundesregierung und von der damaligen Landesregierung vorgenommene Totalausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau ein schwerer, ein verhängnisvoller politischer Fehler mit Langzeitwirkung.

(Beifall bei der SPD sowie den GRÜNEN und den Republikanern)

Deshalb war es dringend notwendig, daß die SPD den Wohnungsbau zum Thema gemacht hat und die große Koalition einen Schwerpunkt ihrer Politik im Wohnungsbau setzt.

(Abg. Keitel CDU: Sie sind ja abgesprungen!)

- Wir haben hier die Chance, Herr Kollege Keitel, gemeinsam mit der CDU-Fraktion die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Deshalb eignet sich dieser Bereich auch nicht für Einsparungen.

Die Wohnungsnot ist neben der Arbeitslosigkeit für die zukünftige Entwicklung unserer Städte von zentraler Bedeutung, und zwar im negativen Sinne. Wir müssen alles versuchen, dagegen vorzugehen. Als Landespolitiker müssen wir, soweit wir es können, die Rahmenbedingungen verbessern, damit die Städte und in diesem Falle auch die Gemeinden besser damit umgehen können.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich verweise auf die Bundesratsinitiative! Feiglinge!)

- Herr Kollege Kuhn, ich knüpfe an das Sprichwort an: „Stadtluft macht frei.“ Das bedeutet für mich, daß mit Stadt auch Positives verbunden ist; denn die Stadt hat bei allen Problemen eben nicht nur ein Negativbild. Das ist für mich eine positive Utopie. Damit diese Utopie verwirklicht werden kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

In der zweiten Runde möchte ich auf diesen Punkt eingehen. Wir müssen umsteuern und von vielen teuren Fehlinvestitionen wegsteuern.

Wenn ich gestern in der „Stuttgarter Zeitung“ gelesen habe, daß für 40 Millionen DM eine Garage in den Sand gesetzt worden ist, weil sie niemand annimmt, so ist das für mich ein Musterbeispiel, wie wir in Zukunft nicht mehr mit unserem knappen Geld umgehen dürfen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr richtig!)

Deshalb, denke ich, ist die knappe Finanzsituation auch eine Chance zum Umsteuern, um in der Zukunft aus den Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, zu lernen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Eckert. - Darf ich um Ruhe bitten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Abg. Dr. Eckert REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem jetzt einiges Kritisches zu unseren großen Städten gesagt worden ist, möchte ich auch einmal etwas Positives sagen. Warum sind eigentlich die Städte in den letzten 100, 200 Jahren, solange wir denken können, gewachsen? In den Städten gab es Arbeitsplätze. Wer weiß, was es heißt, einen Arbeitsplatz zu haben, ist froh, wenn er einen hat. Natürlich haben die Städte nicht nur wenige Arbeitsplätze zu bieten, sondern sie haben Tausende und Abertausende zu bieten. Ich kann mir denken, daß ein Arbeitsplatz für einen Abgeordneten eine sichere Sache ist, die ihn vielleicht gar nicht beschäftigen wird. Aber die Menschen, die im Umland wohnten und zu wenig Arbeit fanden, waren eben froh darüber.

Daneben hatten die großen Städte für ihre Bewohner auch einen erheblichen Unterhaltungswert in der Freizeitgestaltung, und zwar mehr, als die Kleinstadt und vor allem jedes einzelne Dorf ihnen bieten konnte.

Natürlich hat sich der Unterhaltungswert von Städten in den letzten 20 Jahren verändert. Durch das Kabelfernsehen hat der einzelne Bürger zu Hause die Möglichkeit, seinen Abend unterhaltsam zu verbringen. Das heißt, er braucht gar nicht in die Großstadt zu fahren, weil er praktisch per Glasscheibe Zeuge von vielem ist, was ihn interessieren und erfreuen kann.

In einem Punkt hat sich auch die Arbeitsplatzfrage verschoben. In unserer mobilen Gesellschaft kann jeder, der das Geld oder einen Arbeitsplatz hat, in der Stadt arbeiten und auf dem Lande wohnen, schön im Grünen wohnen. Dadurch schädigt er jedoch mit seinem Verkehrsmittel die Stadt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt keine Bausparkassenrenklame, bitte! - Heiterkeit bei den Republikanern)

Wir haben eben die Schädigung der Städte. Hier wird gesagt: Bausparkasse. Wir sagen: Bauindustrie, nämlich die Betonschluchten, die Stadtautobahnen, die Parkplätze, auch die Parkhäuser. In den großen Städten haben wir eine Welt, in

(Dr. Eckert)

der sich niemand mehr zu Hause fühlen kann, und eine Welt, die uns allen keine Heimat bieten kann.

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Deuschle
REP: Sehr gut!)

Während die jungen Menschen aus der Stadt ins Grüne ziehen, bleiben die alten Menschen in der Stadt wohnen. Und wer zieht aus den Kleinstädten in die Großstadt? Sozialgeschädigte, manchmal Menschen mit seelischen Problemen, Alleinstehende, manchmal auch Leute, auf die man im Dorf vielleicht mit dem Finger zeigen wird, vielleicht eine Frau mit Kind.

Außerdem haben wir in den Städten eine Anreicherung einer anderen Bevölkerung,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt sind wir soweit! -
Abg. Brigitte Wimmer SPD: Sie haben aber lange
gebraucht, bis Sie bei Ausländern sind!)

als sie der natürlichen Entwicklung entsprechen würde.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn wir als Besucher eine Großstadt kritisch betrachten, fallen uns natürlich nicht die fleißigen Mitbürger ins Auge, die morgens zur Fabrik streben oder in ein Büro wollen und dann am Abend ermattet nach Hause gehen, nein, wir sehen zum Beispiel bei den Bahnhöfen oder auf den Parkbänken Wohnsitzlose.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wo sollen wir sie denn sonst
sehen? Im Wohnzimmer, oder was? - Abg. Brigitte
Wimmer SPD: Wollen Sie die verhungern lassen? -
Abg. Kurz CDU: Was sollen wir mit denen ma-
chen?)

Wir haben ja eine humane Verwaltung. Die Wohnsitzlosen werden mit der Sozialhilfe durchgefüttert. Und das müssen wir sehen.

Eine gute Frage: Was sollen wir mit diesen Menschen machen? Der Ansatz wäre, die helfende Hand zu reichen. Es geht nicht, daß wir diese Wohnsitzlosen einfach mit Geld oder einer Unterkunft abfinden, sondern es muß immer wieder der Versuch gemacht werden, diesen Menschen die helfende Hand zu reichen. Und das kann nicht nur Unterstützung heißen, sondern auch Hilfe zur Aufnahme einer Arbeit.

(Beifall bei den Republikanern)

Bei diesen Menschen gibt es einen gewissen Anteil geistig Kranker, ein anderer Anteil sind Alkoholranke, -abhängige. Aber es sind nicht alle gleichermaßen so geschädigt, daß sie zu keiner Arbeit fähig wären und vielleicht auch nicht dazu bereit wären, eine Arbeit anzunehmen, wenn man sie ihnen anbieten würde. In der Zeit, als ich in Stuttgart im Gemeinderat war, wurde vom Sozialausschuß ein Projekt gestartet:

(Abg. Dr. Mauz CDU: Traurige Zeit! - Abg. Meyer
CDU: Sehr traurig!)

„Arbeit statt Sozialhilfe.“ Ich meine, solche Projekte verdienen unsere Unterstützung.

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Deuschle
REP: Sehr gut!)

Ein dritter Teil: Häufig sehen sich die jugendlichen Drogenabhängigen gezwungen, sich zum Beispiel durch Prostitution, aber auch durch Raubüberfälle Geld zu verschaffen. Auch diesen Menschen müssen wir die helfende Hand entgegenstrecken. Das würde heißen, Rehabilitations- und Entziehungsheime anzubieten, und zwar mit dem klaren Ziel, diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft, in unsere Welt einzugliedern.

Jeder von uns möchte zu etwas nutzen sein. Noch ein zweiter Ansatz zur Sozialhilfe. Wir haben vorhin schon gehört, daß viele, die zu uns kommen, vom Umland in die Großstadt kommen, manche auch aus ganz anderen Gegenden. In Stuttgart gab es 800 Wohnsitzlose, von denen kommen 200 aus der Stadt, die hier schon seit langem wohnten oder in Stuttgart geboren wurden, 300 kamen aus dem Umland und weitere 300 aus den Ländern der früheren DDR. Hier wäre der Ansatz zur Regionalisierung der Sozialhilfe. Zuständig wäre dafür immer die Gemeinde, die den betreffenden Herrn entlassen hat oder von wo er herkommt. In diesem Sinne käme jeder zurück in seine Heimatgemeinde, die sich dann verstärkt um ihn kümmert.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Großstadt: anonymer Aufenthaltsraum, Vereinsamung der Bewohner, Durchgangsverkehr, Abgase, Umweltverschmutzung, Lärm, Kriminalität, Drogen. Die Parkanlagen, die Parkhäuser, Unterführungen und tote Winkel in der Innenstadt bieten Plätze und Räume für eine kriminelle Subkultur. Hier haben Drogenhandel und Prostitution ihren Nährboden. Die Großstadt ist geradezu prädestiniert für soziale Brennpunkte. Für jede Großstadt besteht die Gefahr der Verslumung.

Es ist wichtig, die Lebensqualität für alle Bürger der Stadt zu steigern, damit sie in der Stadt wohnen bleiben. Deshalb darf man nicht jede Maßnahme der Stadt für Platzraumverschönerungen oder Untertunnelungen mit dem Hinweis ablehnen, die Sozialhilfe benötige weit mehr und dringender Geld. Auch die finanzielle Unterstützung für Kultur- und Sportereignisse ist durchaus notwendig, um die Stadt lebendig und lebenswert zu erhalten. Hier zu sparen kann Spätfolgen haben, die eines Tages gar nicht mehr finanzierbar sind und unweigerlich zu einer Verslumung führen.

Als Konsequenz für die soziale Arbeit folgt eine Verlagerung der Schwerpunkte von der rein konsumtiven Sozialleistung hin zu präventiven und rehabilitativen Programmen sowie von der einzelfallbezogenen Hilfe zu einer grundlegenden Verbesserung des Lebensumfeldes im Wohngebiet und Stadtteil. Solche Ziele und Aufgaben müssen jedoch über das Ressort der Sozialverwaltung hinaus von allen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge wahrgenommen werden.

Besonders schwierig ist die Situation für alleinerziehende Mütter. Gemessen an ihrer Sozialhilfedichte sind Alleinerziehende die Gruppe in der Bevölkerung mit der höchsten Ar-

(Kiesswetter)

mutsgefährdung. Vom Alter her gesehen sind es die Kinder unter 15 Jahren, die häufiger als alle anderen Altersgruppen auf die materiellen Möglichkeiten der Sozialhilfe begrenzt werden. Jedes 14. Kind dieser Altersgruppe lebt in einer Familie, die Sozialhilfe bezieht - so der Armutsbericht der Stadt Stuttgart.

Viele sozial abgessackte und gestrandete Personen aus dem Umland ziehen in die Stadt. Hinzu kommt der verstärkte Zustrom von Bürgern aus anderen Ländern und Aussiedlern aus osteuropäischen Gebieten. Angesichts dieses sich verstärkenden Zustroms wird sich auch die der sozialen Marktwirtschaft zuzurechnende Wohnungsfrage eher verschärfen, so daß die Stadt Stuttgart die ihr verbleibenden Kräfte besonders darauf konzentrieren muß.

Unzureichende Wohnumfeldbedingungen tragen zur Entstehung, Verschärfung und Verfestigung sozialer Probleme bei und stellen den Nutzen sozialarbeiterischer Intervention oft von vornherein in Frage. Gelingt es nicht, Verbesserungen herbeizuführen, kann kommunale Sozialpolitik oft nicht viel mehr als soziale Feuerwehr spielen. Die Folge ist die Verpflichtung der Stadt, Einrichtungen zu schaffen, soziale Dienststellen einzurichten, um diesen Bevölkerungsgruppen zu helfen. Dies führt wiederum zu Wechselwirkungen, daß aus dem Umland gerade labile Personen angezogen werden, die an diesen Einrichtungen teilnehmen wollen. Die Dichte der Sozialhilfeempfänger ist daher weit höher als in den im Umland liegenden Gemeinden und Städten.

Da diese Probleme überdurchschnittlich die Großstädte betreffen, fordere ich die Umlandgemeinden auf, der Stadt Stuttgart finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Stadt Stuttgart ist auf Dauer nicht mehr in der Lage, diese Probleme allein zu bewältigen.

Wie bereits vorher dargelegt, kann die Stadt ihren finanziellen Spielraum nicht ausschließlich für Sozialhilfeeinrichtungen und für soziale Unterstützung ausgeben. Es ist deshalb eine Aufgabe des geplanten Regionalverbands, daß hier eine Übernahme der Sozialkosten auch durch die umliegenden Gemeinden erfolgt. Ich fürchte jedoch, daß dies wahrscheinlich wieder am Egoismus der einzelnen Landkreise scheitern wird. Deshalb fordere ich als Stuttgarter Abgeordneter die Landesregierung auf, einen Regionalkreis zu schaffen, damit unter anderem auch die Kosten der Sozialeinrichtungen, die schwerpunktmäßig in Stuttgart anfallen, auf das gesamte Umland verteilt werden.

Es kann nicht angehen, daß auf der einen Seite die Stadt die Sozialfälle versorgt und auf der anderen Seite die Umlandgemeinden dem Mittelstand, dem gehobenen Bürgertum mit staatlichen Mitteln das Umfeld verschönern. Es kann nicht im Interesse der Region Mittlerer Neckar sein, daß im Zentrum eine Verslumung eintritt und ein schöner, isolierter Wohngürtel um die Hauptstadt herum aufgebaut wird. Der soziale Sprengstoff, der damit entsteht, könnte deshalb auch diese Gemeinden treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Weinmann.

Staatssekretär Weinmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im bisherigen Verlauf der Debatte ist vieles dazu gesagt worden, weshalb Großstädte auch in Baden-Württemberg zunehmend zu sozialen Brennpunkten werden. Lassen Sie mich die wichtigsten Stichworte noch einmal kurz benennen: Drogenkonsum und die mit ihm verbundene Beschaffungskriminalität, Verarmungstendenzen, die unter anderem an einem Steigen der Obdachlosigkeit ablesbar sind, vor allem jedoch die sehr große Wohnungsnot und zunehmend Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Analysen, die hier gegeben worden sind, Herr Kollege Kuhn, sind im großen und ganzen richtig. Es findet eine Entsolidarisierung der Gesellschaft statt. Sie zeigt sich vor allem in den Großstädten. Aber ich warne vor dem zu engen Blick. Unsere Klein- und Mittelstädte sind keine Idylle. Man sieht dort vieles nur nicht so im Scheinwerferlicht wie in den Metropolen.

Es ist für mich keine Beruhigung, daß es bei uns nicht so zugeht wie in den Slums von New York, wo es mittlerweile aussieht wie nach einem Fliegerangriff. Denn dort zeigt sich bereits das Endergebnis einer Entwicklung, die wir bei uns verhindern müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kurz CDU)

Deshalb ist nach Ansicht der Landesregierung die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt die große sozialpolitische Herausforderung. Es ist erschreckend, daß mittlerweile auch gutverdienende Arbeitnehmer Wohnen und Beruf in einer Großstadt immer weniger vereinbaren können, nämlich dann, wenn sie Alleinverdiener sind und mehrere Kinder haben.

Die jahrelange verfehlte Bonner Wohnungsbaupolitik erreicht nach den Einkommensschwachen jetzt bereits die sogenannte Mittelschicht. Deshalb war es richtig, daß die große Koalition im vergangenen Jahr den Wohnungsbau zur Schwerpunktaufgabe erklärt hat. So ist 1993 und 1994 für den sozialen Wohnungsbau ein Bewilligungsvolumen von 1,2 Milliarden DM vorgesehen. Dies erlaubt uns, landesweit mehr als 25 000 Wohnungen zu fördern, und zwar 15 000 Mietwohnungen und 10 000 Eigentumsmaßnahmen.

Doch dies ist nicht alles, was wir für eine verbesserte Wohnungsversorgung und sozial gerechte Nutzung des Wohnungsbestandes tun. Wir treten dafür ein, daß die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen deutlich begrenzt wird.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Wir wollen eine maßvolle Begrenzung der Mietpreissteigerungen erreichen. Auch die Einführung der von uns unterstützten Fehlbelegungsabgabe hat dazu beigetragen, daß öffentlich geförderte Wohnungen sozial gerechter genutzt werden. Diese Abgabe fließt wieder dem sozialen Wohnungsbau zu.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses wohnungspolitische Maßnahmenpaket reicht nicht aus, und es darf auch nicht isoliert betrachtet werden. Es wird nur dann seine volle Wirksamkeit entfalten können, wenn es gelingt, ein gesellschaftspolitisches Umdenken her-

(Staatssekretär Weinmann)

beizuführen. Die Benachteiligung kinderreicher Familien bei der Suche nach preisgünstigem Wohnraum muß einer familienfreundlichen Einstellung weichen. Dafür ist nicht die Regierung zuständig, sondern das sind die Vermieter, und diese müssen sich fragen lassen, ob sie wirklich nur noch nichtrauchende, kinderlose und pflegeleichte Mieter für 20 DM pro Quadratmeter akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Verkehrspolitik und die Stadtplanung sind gefragt. Die Städte sind heute autogerecht, aber leider noch lange nicht kindgerecht und schon gar nicht geeignet als Spiel- und Aufenthaltsort. Vor dem gleichen Problem stehen täglich auch ältere Menschen und Behinderte.

Meine Damen und Herren, neben einer bezahlbaren Wohnung ist ein sicherer Arbeitsplatz die Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Seit fast einem Jahr haben wir in Baden-Württemberg tiefe Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt. Jugendarbeitslosigkeit und weiteres Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit nehmen beängstigende Formen an. Daran ändern natürlich, meine Herren von der rechten Fraktion, auch Sprüche nach der bekannten Machart nichts: „Jeder, der arbeiten will, bekommt auch eine Arbeit“ oder, was ich neulich wieder als Erinnerung an die schlimmsten Zeiten unseres Volkes gelesen habe: „Arbeit macht frei.“

(Abg. Deuschle REP: Wer hat das gesagt? Nachweise!)

Immer mehr Familien sind von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Diesen Menschen, die damit großen Existenzängsten ausgesetzt sind, stehen gut verdienende Gruppierungen, vielfach Ein-Personen-Haushalte, gegenüber.

Als Landesregierung sehen wir uns in der Pflicht, diese Entwicklung, die auf eine Spaltung der Gesellschaft hinausläuft, aufzuhalten. Deshalb müssen wir die Ursachen für diese Entwicklung bekämpfen und dürfen wir nicht warten, bis aus Freiwilligkeitsleistungen unvermeidbare Pflichtaufgaben werden.

Das heißt konkret: Wir müssen verhindern, daß Wohnungsnot und steigende Arbeitslosigkeit immer mehr Verzweiflung und Aggressivität hervorrufen. Dies muß uns auch deshalb gelingen, um die Gefährdung des sozialen Friedens und eine weitere Radikalisierung abzuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Chancengleichheit und Einsatz für soziale Gerechtigkeit müssen daher unser gemeinsames Ziel bleiben. Spaltung und Ausgrenzung wären verhängnisvoll und würden zur Gefährdung unserer Demokratie führen. Deshalb ist zur Sicherung und Stabilisierung einer humanen Gesellschaft jetzt nicht weniger, sondern mehr Sozialpolitik gefordert.

Es darf nicht um den Abbau sozialstaatlicher Leistungen gehen. Unser Auftrag muß vielmehr der Umbau des Sozialstaats sein. Die bestehenden großen Solidarsysteme wie die

Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Rentenversicherung und künftig auch die Pflegeversicherung müssen, wie in der Vergangenheit, Garant für ein menschenwürdiges Leben sein.

Wer statt dessen die Diskussion über das Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe zum Hauptgegenstand seiner Bemühungen macht, schlägt einen falschen Weg ein. Denn die Erfahrung lehrt uns: Die Entwicklung und die Ausprägung des Sozialstaats waren und sind nur auf der Grundlage praktischer Solidarität möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Die Diskussion um die zukünftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß dies berücksichtigen.

Andersherum wird letztlich ein Schuh daraus: Diejenigen, die es sich leisten können, müssen zukünftig mehr Bereitschaft zur Eigenverantwortung zeigen. Denn wer die großen Lebensrisiken solidarisch und langfristig sichern will, wird darauf verzichten müssen, bestimmte Leistungen, die bisher die Solidargemeinschaft noch zusätzlich getragen hat, allen, auch den Gutverdienenden und den Vermögenden, unterschiedslos anzubieten.

Auch hier ist solidarisches Verhalten gefordert. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die wir heute diskutieren, lassen sich nur dann bewältigen, wenn im Bewußtsein der Menschen eines fest verankert ist: die Solidarität. Die Solidarität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Widerspruch zur Eigenverantwortung. Solidarität steht aber in ganz entschiedenem Gegensatz zu rücksichtslosem Eigennutz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daß es während der bisherigen Diskussion und Aussprache darüber keine gegensätzlichen Standpunkte gab, halte ich für erfreulich und für ermutigend.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sinn dieser von uns beantragten Debatte sollte sein, ein gemeinsames Nachdenken über die Lebensbedingungen in unseren Städten und die Möglichkeiten, diese zu verbessern, anzuregen. Ich muß feststellen: Dies ist auch gelungen, und es gibt in der Bereitschaft zum Nachdenken und in der Bereitschaft zu Reformen viel eher eine Ampelkoalition als eine große Koalition.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Denn, meine Damen und Herren, an der CDU ist der Sinn dieser Debatte völlig vorbeigegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN - Abg. Hauk CDU: Na, na, na!)

(Birgitt Bender)

Frau Kollegin Hübner hat den Saal schon verlassen, interessiert sich offensichtlich also nicht für den Fortgang der Debatte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie hört zu!)

Aus ihrer Rede habe ich im wesentlichen drei Thesen herausgehört: Erstens: Anderswo ist es schlimmer. Zweitens: Es war schon immer so. Drittens: Die Politik ist gut und hat alles im Griff.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hat sie aber nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren, die baden-württembergische Politik ist für die Lebensbedingungen in Stuttgart, Mannheim, Ulm oder Karlsruhe und eben nicht für die in Frankfurt verantwortlich.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Zweitens: Wenn die Kollegin Hübner mit einem Zitat aus dem Jahr 1507 zu belegen sucht, daß sich an den Problemen seitdem nichts geändert habe und - das folgt ja daraus - dementsprechend auch kein Handlungsbedarf bestehe, so ist dem entgegenzuhalten, daß aus der damaligen Erkenntnis städtischer Armut letztlich die Einführung des Sozialhilfesystems gefolgt ist, für das die Kommunen verantwortlich sind.

Heute, meine Damen und Herren, müssen wir uns aber fragen, ob dieses System der Sozialhilfe und die kommunale Verantwortlichkeit dafür noch zeitgemäß sind. Denn wir müssen uns fragen: Können wir die hohe Armut, die nicht allein ein Problem der Städte ist, sich dort aber besonders zeigt, hinnehmen? Können wir es hinnehmen, daß arme Menschen in der Stadt besonders schlechte Überlebensbedingungen haben? Können wir es hinnehmen, daß die Städte die Ausgaben dafür allein tragen müssen? Ist es nicht vielmehr so, daß wir hier über eine Reform nachdenken müssen?

Ich erinnere daran, daß vor kurzem einer der Direktoren des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, Fritz Scharpf, wieder den Vorschlag - dieser ist ja nicht ganz neu - einer negativen Einkommensteuer in die Debatte geworfen hat. Das ist ein Vorschlag zur Reform der Sozialhilfe, die ein Grundeinkommen für alle Menschen sichert und dies aus der kommunalen Zuständigkeit herausnimmt. Ich meine, über diesen Vorschlag sollte man ernsthaft diskutieren.

Die Kollegin Wimmer hat zu Recht darauf hingewiesen, daß eine Sicherung des Existenzminimums gerade von Familien und ein echter Familienlastenausgleich noch völlig ausstehen. Da meine ich, meine Damen und Herren von der CDU: Eine Partei, die das C im Namen führt und in Bonn Verantwortung trägt, täte gut daran, sich diesem Problem endlich zu stellen, anstatt sich mit einer Debatte über Sozialhilfemißbrauch genau davor wegzuducken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Kollegin Hübner hat das Bohnenviertel in Stuttgart erwähnt und es als ein Beispiel - so wird es gemeinhin auch

aufgefaßt - innerstädtischen sozialen Wohnungsbaus, also für die Beschreibung guter Lebensbedingungen für Familien, herausgestrichen. Ich sage Ihnen dazu etwas anderes: Es gibt mitten im Bohnenviertel einen Bolzplatz. Er ist dermaßen von Kindern und Jugendlichen überfüllt - sie finden darum herum nämlich keinen Raum -, daß es dort permanent Ärger mit den älteren Leuten, die darum herum wohnen, gibt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Aber keine 200 m entfernt ist ein riesiges Parkhaus. Wenn Sie einmal den Raum, den dieses Parkhaus einnimmt, mit dem Raum vergleichen, den der Bolzplatz einnimmt, wissen Sie, welchen Stellenwert in unseren Städten die Kinder im Vergleich zum Auto haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch einen Satz zum Thema Wohnungsbau. Frau Kollegin Wimmer und der Herr Staatssekretär haben das ja angesprochen. Ich meine allerdings, daß man mit dem Maßnahmenpaket, das die Landesregierung beschlossen hat, und auch mit dem geltenden Bundesrecht nicht zufrieden sein kann. Wenn es so ist - der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel hat ja schon des öfteren darauf hingewiesen -, daß der größte Teil der Wohnbauförderung eben nicht dem unteren Fünftel der Bevölkerung, sondern eher der Mittelschicht zugute kommt, dann liegt hierin doch ein Problem einer falschen Verteilungswirkung, das man dringend lösen mußte.

Dann, meine ich, ist es auch ein falscher Schritt dieser Landesregierung, einen sogenannten vierten Förderungsweg zu erfinden, der vor allem den nicht so schlecht Verdienenden - ich könnte auch böse sagen: dem sozialdemokratischen Facharbeiter - zugute kommt, anstatt dafür zu sorgen, daß gerade die unteren Einkommensgruppen in den Genuß von Wohnbauförderung kommen und für diese ein sozialer Wohnungsbau, der diesen Namen auch verdient, zustande kommt.

Ich meine, hier liegt ein Reformbedarf. Ich hoffe, daß wir hier die CDU wird man wohl leider vergessen müssen - auch noch ein anderes gesellschaftliches und politisches Kräftefeld finden, das entschlossen ist, die Verbesserung der Lebensbedingungen nicht nur, aber vor allem in unseren Städten anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wimmer.

Abg. Brigitte Wimmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an die erste Runde anknüpfen und zunächst darauf hinweisen, daß Stadtplanung und Wohnungsbau in der Vergangenheit in der Art, wie sie stattgefunden haben, mit dazu beigetragen haben, daß soziale Brennpunkte entstanden sind. Wenn Parkraum - das ist inzwischen ein Schlagwort - wichtiger ist als Orte, an denen sich Menschen begegnen können, ist der Schritt zu anonymen Vorstädten, in denen Vereinzelung und Vereinsamung an der Tagesordnung sind, nicht weit.

(Brigitte Wimmer)

Wir haben es zugelassen, daß die Isolation der Menschen im wahrsten Sinne des Wortes zementiert wurde. Wir haben es zugelassen, daß Kinderbetreuung und wohnortnahe Betreuung von alten Menschen lange Zeit Restgrößen und kein integraler Bestandteil von Stadtplanungen waren. Ich erinnere an die Diskussion, die wir um die Kindergartenrichtlinien hatten. Ich erinnere auch daran, daß es da durchaus Stimmen gab, die meinten, der Außenbereich sei nicht so wichtig und man könne da angesichts der großen Not wegen der fehlenden Plätze großzügiger sein.

Ich denke, wenn wir Stadtplanung in Zukunft anders gestalten wollen, dann sind solche Außenbereiche an den Schulen und an den Kindergärten vielleicht wichtiger, als daß im Inneren die Quadratmeterzahl auf Punkt und Komma genau aufgeht. Ich will das nicht gegeneinander ausspielen. Ich appelliere nur an uns, einmal darüber nachzudenken, daß für Kinder in der Großstadt der Außenbereich wirklich eine zentrale Rolle spielt. Ich bitte darum, daß wir darüber nachdenken, denn es gibt ja Konzepte für eine humane Stadtentwicklung, die jenseits von „Einfamilienhaus mit Vorgarten“ oder andererseits anonymen Wohnblocks sind. Es gibt Konzepte für die Schaffung von Orten für Kinder, für alte Menschen, ja überhaupt für die Menschen in der Stadt. Zur Verwirklichung dieser Konzepte gehört Mut, weil eingefahrene Handlungsmuster verlassen werden müssen. Dazu gehört aber auch der Mut zur Umverteilung von Reichtum in unserer Gesellschaft.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Frau Kollegin Bender, ich stimme Ihnen da ausdrücklich zu, nur gefällt mir Ihr Bild, das Auspielen von mittleren Einkommen gegen die unteren, überhaupt nicht. Denn der Sinn des Wohnungsbauprogramms - so habe ich das wenigstens verstanden - besteht darin, genau den Menschen mit mittleren Einkommen, die über allen Grenzen liegen, um überhaupt staatliche Transferleistungen zu bekommen - die bekommen kein Wohngeld und nichts -, die aber unterhalb dessen liegen, wo sie sich's leisten können, vielleicht etwas Eigenes zu erwerben, ein Programm anzubieten. Man sollte die nicht gegen die ganz unten ausspielen, sondern beide müssen im Blickpunkt stehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE - Abg. Kuhn GRÜNE: Aber unten muß mehr getan werden, darin sind wir uns einig!)

- Gut, darin sind wir uns einig. Ich wollte nur daran erinnern,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Erkämpfen gegenüber den Schwarzen!)

denn Städte sind eben nicht nur Orte, wo soziale Not und Armut offenkundig sind. Städte sind auch Orte, wo es deutlich wird, daß wir in unserer Gesellschaft Reichtum haben. Wenn es gelungen ist, in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg bislang zu verhindern, daß städtische Slums entstehen und daß ganze Stadtteile verfallen, dann ist das meiner Ansicht nach ein positives Ergebnis unseres Sozialstaats.

Deshalb bitte ich die Kolleginnen und Kollegen in den Reihen der FDP/DVP und der CDU: Dieses sollten Sie bei Ihren derzeitigen Diskussionen um den Sozialstaat bedenken.

Ich sage: Wer nicht will, daß die Probleme der sozialen Brennpunkte in unseren Städten zukünftig für die gesamte Gesellschaft bestimmend werden, der muß über neue Strukturen nachdenken, der muß meiner Ansicht nach auch bereit und offen für neue Lösungen sein. Es kann nicht alles im Bewahren des Alten und Herkömmlichen bestehen. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, daß die Sozialdemokratische Partei offen ist, über neue Strukturen nachzudenken. Klar muß aber sein, daß die drei Grundpfeiler der sozialen Demokratie - Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Sicherung - wirklich gesichert sein müssen. Ich möchte nämlich, daß die Politik von Bund und Land sowie den Kommunen dazu beiträgt, den Menschen eine Chance zu geben, daß sie sich im positiven Sinn des Wortes ihre Stadt auch wieder zurückerobern können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl GRÜNE)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt kommt der Herr vom Rande der Großstadt! - Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Vom Speckgürtel! - Abg. Rapp REP: Der Umlandgeschädigte!)

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde den Zwischenruf des Herrn Kuhn in diesem Fall nicht angemessen, weil dieses Thema meines Erachtens viel zu ernst ist, als daß man es auf diese lächerliche Weise abtun könnte.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, nicht übelnehmen! Sie können doch sonst einen Spaß vertragen! Wo bleibt der Fellbacher Humor?)

Ich möchte aber sagen, daß gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten der Handlungsbedarf im Sozialen eher zunimmt. Frau Wimmer, ich stimme mit Ihnen überein, daß man dann fragen muß: Welche neuen Strukturen sind denn eigentlich wirkungsvoller? Ich meine, daß man zunächst einmal in verstärktem Maße zur Subjektförderung übergehen muß, also weniger danach fragen: „Wie kann ich dieses oder jenes pauschal per Gießkanne tun?“, sondern fragen: „Wie muß ich dem einzelnen Bürger direkt und in stärkerem Maß helfen?“ Da gibt es Möglichkeiten, die auch die Kommunalpolitik zweifellos - in überschaubarerem Rahmen leichter als im weniger überschaubaren Rahmen, also in kleineren Städten leichter als in großen Städten - auch in der Vergangenheit schon in hohem Maße angewandt hat. Deshalb möchte ich zu zwei Punkten etwas sagen, zum Wohnungsbau und auch zur Tatsache, daß es bezüglich derer, die auf der Straße wohnen, Verschiebungen zwischen Umland und großen Städten gibt.

Aber zunächst einmal meine ich, daß es genügend Untersuchungen gibt, die besagen, daß der soziale Wohnungsbau herkömmlicher Art der teuerste Wohnungsbau ist, den es gibt.

(Kiel)

(Beifall des Abg. Kurz CDU - Abg. Weimer SPD:
Fellbach!)

Aus diesem Grunde braucht man einfach zwei neue Kriterien, einmal das Kriterium „Objektförderung“ in dem Umfang, wie es notwendig ist, um wirklich auch zusätzliche Wohnungen zu bauen, ohne daß sich der Staat übernimmt, und zweitens die viel stärker als bisher erforderliche Subjektförderung für diejenigen, die zur Miete darin wohnen. Wenn man dies angeht - zum Beispiel mit dem vierten Förderweg der Landesregierung, der ja ein Teil des „Fellbacher Modells“ ist -, glaube ich schon, daß man da auf dem richtigen Weg ist. Ich bin davon überzeugt, daß man damit mehr Leuten, die beim Wohnen wirklich Hilfe brauchen, auch Hilfe geben kann.

Lassen Sie mich schließlich auch noch zu der Tatsache ein Wort sagen, daß Stuttgart vor einigen Jahren einmal zur „Hauptstadt der Berber“ ernannt worden ist und einen ungeheuer großen Zuzug gehabt hat. Nur, Frau Kollegin Bender, muß man auch fragen, warum das so war. Man hat dann auch in Stuttgart erkannt, daß man offensichtlich nicht den richtigen Weg gegangen ist. Man hat das korrigiert. Seitdem ist dieses Problem nur noch in dem Maße da, wie es jede Großstadt in besonderem Maße hat. Dafür gibt es ja auch den Finanzausgleich,

(Zuruf der Abg. Brigitte Wimmer SPD)

der im Grunde genommen ein entsprechendes Verhältnis von Zahlungen für kleinere und größere Gemeinden sowie Großstädte mit sich bringt.

(Abg. Kurz CDU: Das 1,8fache geht nach Stuttgart!)

- Das 1,87fache. - Es kann auch, meine ich, durchaus gefragt werden, ob dies noch zeitgemäß ist, denn es gibt Möglichkeiten, dies zu regeln, ohne deshalb eine vierte Verwaltungsebene einzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kurz CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich in diese bisher überaus sachliche Debatte eingreifen will, möchte ich noch eines klarstellen. Herr Staatssekretär, Sie haben vorhin einen Satz benutzt, den man Ihnen ins Manuskript geschrieben hat - Sie wußten selbst nicht so recht, wohin damit -: „Arbeit macht frei.“ Wenn Sie wieder versuchen, jemandem so etwas in die Schuhe zu schieben: Nennen Sie Roß und Reiter und sagen Sie, wo es herkommt. So, wie Sie es betreiben, ist es doch irgendwie laienhaft, was Sie bringen.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Kuhn, ich bin verwundert darüber, daß Sie eine Debatte beantragt haben und eigentlich das angreifen, weswegen man Sie angreifen könnte. Es ist eigenartig: Die Grünen sind doch, wenn es um Wohnraumbeschaffung geht, die größten Verhinderer überhaupt. Sie haben die Meinung: Wir können in unseren engen Raum nicht genügend Menschen

hineinbekommen, aber es darf auch nicht eine Wiese zugebaut werden. Darin sind wir übrigens gleicher Meinung.

(Abg. Heinz CDU: Was? Wie jetzt?)

Wir sind allerdings der Meinung, daß man das Problem anders lösen muß, nämlich dadurch, daß man den ungehinderten Zuzug zu uns endlich einmal normalisiert und stoppt.

(Beifall bei den Republikanern)

denn so, wie Sie das betreiben wollen, werden wir wirklich noch die letzte Wiese verlieren.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Dann noch zu Ihnen, Herr Kuhn. Sie sagen, Kriminalität komme aus dem Umland. Ich frage mich, ob sie aus dem Umland kommt, denn wenn ich die Kriminalstatistik ansehe, stelle ich fest: Sie kommt auch sehr oft aus dem Ausland. Das haben Sie hier verschwiegen. Das war nicht richtig.

(Beifall bei den Republikanern Abg. Kuhn GRÜNE: 44 % kommen in Stuttgart aus dem Umland! Daran kommen Sie mit Ihrem Gesäusel nicht vorbei!)

Meine Damen und Herren, Existenzangst in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit sowie Wohnungsnot in nie gekannten Ausmaßen sind auf jeden Fall die Folgen einer falschen Politik, die seit Jahren von oben nach unten geführt wird. Ich möchte hier nicht den unteren Ebenen Vorwürfe machen. Ich glaube, es kommt hauptsächlich aus Bonn. Die Folgen müssen letzten Endes überall in den Rathäusern ausgetragen werden.

Ich glaube aber auch nicht, daß wir das Problem dadurch lösen können, daß wir es machen wie Frau Hübner: daß wir uns nur vom Stadtrat Stuttgart ein Manuskript kommen lassen und sonst über Baden-Württemberg wirklich kein Wort verlieren.

(Zurufe der Abg. Dr. Claudia Hübner und Kurz CDU)

- Frau Hübner, was Sie hier betreiben, ist Schönfärberei. Es gibt nämlich auch woanders Probleme. Bei Ihrer Rede hatte ich das Gefühl, als wenn Sie einen Halbblinden neben einen Blinden stellen und der Blinde zum Halbblinden sagt: „Du siehst aber gut.“ So paßt es nicht, Frau Hübner.

(Beifall bei den Republikanern Zurufe der Abg. Dr. Claudia Hübner und Kurz CDU)

Da müssen Sie schon ein bißchen über Ihren Stuttgarter Horizont hinausgehen. Wir haben nämlich in Baden-Württemberg noch mehr Großstädte. Die haben ähnliche oder ähnlich gelagerte Probleme. Sie können das nicht nur aus rein Stuttgarter Sicht betrachten.

Ich glaube aber auch, in der Großstadt haben wir ein menschliches Problem in der Art, daß es doch nirgends mehr einsame Menschen gibt als in den Mietskasernen, die wir diesen Menschen in den letzten Jahren hingestellt haben. Die Vereinsamung ist aus meiner Sicht dort extrem groß.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

(Rapp)

Großstädte haben häufig eine kinder- und jugendfeindliche Struktur bekommen. Wir haben auch für alles Geld, nur nicht für Kindergärten. Wir stellen derzeit fest, daß der Anspruch auf einen Kindergartenplatz oder auf einen Kindertagesstättenplatz letzten Endes durch die kalte Küche über den Preis wieder für erledigt betrachtet wird. Denn wer kann denn die Gebühren noch bezahlen, die auf uns zukommen, wenn manche Städte von Normalverdienern für einen Platz in der Kindertagesstätte schon doppelt soviel verlangen wie vorher, von ganz normalen Verdienern, die jedes Jahr durch steigende Mieten und steigende Preise in einem Ausmaß überbelastet werden, wie wir es nie erlebt haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Großstadt, meine Damen und Herren, ist häufig nicht mehr die Heimstätte der Menschen, die Heimstätte der eigenen Bürger, sondern sie ist häufig nur noch eine Kulisse, hinter der sich Menschen verstecken. Bürger kommen sich in ihrer eigenen Heimatstadt fremd vor. Ganze Stadtteile beginnen zu verslumen oder sind schon verslumpt. Die Kriminalität hat erschreckende Ausmaße angenommen. Da könnte Stuttgart wirklich zu denen gehören, die an der Spitze sind. Frauen trauen sich bei Tag und Nacht häufig nicht mehr in Tiefgaragen hinein. Auch das ist ein Teil dieser sterilen Welt, die wir in der Stadt geschaffen haben: Wir haben Bauwerke, aber keiner traut sich mehr hinein, oder Sie müssen sie mit Kameras überwachen.

Wo deutlicher als in der Großstadt können wir aber erkennen, daß unser Land überbevölkert ist? Beschaffungskriminalität -

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jetzt haben wir es wieder! - Abg. Dr. Geisel SPD: Jetzt endlich! Jetzt nähert er sich dem Thema! Jetzt kommt er zum Thema!)

- Jetzt sind wir drauf, Herr Döring. Sie haben so ungeduldig gewartet, und ich wollte Sie jetzt befriedigen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Eine einzige Schallplatte!
Eine einzige Schallplatte im Plattenschrank!)

Beschaffungskriminalität, meine Damen und Herren, die sich meist in Großstadtbahnhöfen abspielt, setzt die Bürger in Angst und Schrecken. Es entstehen zwangsläufig Haß, Gewalt, Frust.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Eine Schallplatte, und die hat Risse! - Gegenrufe von den Republikanern -
Abg. Dr. Döring FDP/DVP zu den Republikanern:
Ihr wiederholt euch ständig!)

- Herr Döring, Sie kommen nachher dran.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich komme dran?)

Diese Kriminalität ist Großstadtrealität.

Junge deutsche Familien verzichten auf Kinder, weil sie nicht mehr in der Lage sind, mit einem Einkommen die Mieten zu bezahlen. Wenn sie dann eine schöne Wohnung haben, müssen sie zu zweit arbeiten und letzten Endes wieder auf die Kinder verzichten, weil einer allein mit seinem Einkommen wieder nicht durchkommt.

Andere Familien verlassen die Großstadt, aber sie werden an ihrem neuen Wohnort vielleicht auch vom Umlandverband, der die Probleme von der Großstadt mit hinaus aufs Land verlagern wird, eingeholt.

Wieder andere haben einen Wohnwagen, in dem sie von Freitag bis Sonntag der Großstadtwirklichkeit entfliehen. Aber ich glaube, auch das löst das Problem nicht.

Was wir geschaffen haben, das wissen wir. Wir müssen uns aber wirklich einmal grundlegende Gedanken darüber machen, was wir schaffen wollen. Wir dürfen nicht mehr auf der Schiene weitermachen, auf der wir jetzt sind. Wir sollten uns alle zusammen darüber im klaren sein, daß wir ein menschliches Miteinander mit einbringen müssen, ein menschliches Miteinander, wo man letzten Endes nicht auf dem extrem engen Raum lebt, auf dem wir jetzt leben. Ich betrachte es persönlich mit als eine Ursache dieser steigenden Konfliktbereitschaft, die es in der Bevölkerung gibt, daß es kein Ausweichen aus dieser Großstadt mehr gibt.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

- Ich sehe, das Licht brennt. Der Herr Präsident wird nervös.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Es ist höchste Zeit!
Abg. Kuhn GRÜNE: Sie haben Ihren Höhepunkt auch schon überschritten!)

Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich würde sehr gerne noch weitermachen, aber - -

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ersparen Sie es uns! - Abg. Kuhn GRÜNE: Es reicht!)

- Herzlichen Dank, Herr Geisel.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Hübner.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP zu Abg. Rapp REP: Sie haben doch gesagt, ich käme noch dran! Was ist denn jetzt? - Abg. Kuhn GRÜNE: Sie war zwar während der Debatte nicht da, aber jetzt kommt sie wieder!)

Abg. Dr. Claudia Hübner CDU: Ich habe alles gehört.

Also noch einmal. Ein Wort dazu, daß ich in erster Linie als Stuttgarter Abgeordnete und über Stuttgart gesprochen hätte. Das zeigt eben sehr deutlich die Struktur von Baden-Württemberg.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wir haben Mannheim, wir haben Karlsruhe! Keine Ahnung!)

Baden-Württemberg ist nicht das Ruhrgebiet. Also das, was man im überregionalen Kontext als Großstadt bezeichnet, haben wir in Baden-Württemberg mit Stuttgart, das heißt: 550 000 Einwohner. Dann haben wir natürlich noch Mannheim, Karlsruhe und Freiburg. Aber lassen Sie uns doch das einmal vergleichen, und seien Sie einmal in der Lage, über Ihren Kirchturm hinauszugucken:

(Dr. Claudia Hübner)

(Beifall des Abg. Kurz CDU - Abg. Kuhn GRÜNE: Sie haben nicht über den Kirchturm hinausgeguckt! - Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie sehen schon nicht einmal mehr den Kirchturm!)

Das, was das Ruhrgebiet ausmacht, kann man nicht auf unsere Verhältnisse übertragen. Es gibt, möchte ich behaupten, kaum ein Bundesland, kaum eine Region in Europa, die so dezentral strukturiert ist wie Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Erste Bemerkung, Herr Rapp, auch an Ihre Adresse. Deswegen ist es, wenn über Großstadtprobleme im Land Baden-Württemberg gesprochen wird, sehr wohl richtig, ohne Überachtlassung dieser anderen Großstädte in erster Linie über Stuttgart zu sprechen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Mannheim ist die toughere Großstadt als Stuttgart, wenn Sie mal genau hinschauen!)

- Von der Kriminalität her ja. Daran sieht man ja auch, daß man nicht so kurzfristig argumentieren und sagen kann, je größer die Stadt sei, um so größer seien die Probleme. Das zeigt sich an Mannheim. Da haben Sie recht.

Zweite Bemerkung noch zum Wohnungsbau. Gerade zu diesem Bereich muß man einmal sagen, daß wir in Baden-Württemberg im Zeitraum von 1987 bis 1991 einen Zuzug von 700 000 Personen hatten.

(Abg. Leicht CDU: Endlich kommt es! Sieben Großstädte!)

Das ist eine Ursache; das muß man doch einmal sagen. Man kann hier doch nicht immer nur die Prangerdiskussion führen und behaupten, es wäre voraussehbar gewesen, daß diese Aus- und Übersiedler, die aufgrund der politischen Entwicklung in Osteuropa gekommen sind, da sind. Das war nicht voraussehbar, und Sie alle haben es auch nicht vorausgesehen.

Wir haben im Wohnungsbau einen Schwerpunkt gesetzt. Das wissen Sie auch. Trotz schärfster Sparmaßnahmen, trotz Rotstift an allen Stellen hat das Landeswohnungsbauprogramm 1993 zirka 10 700 Mietwohnungen gefördert. Das ist ein Kostenvolumen von insgesamt 1,2 Milliarden DM. Das hat kein anderes Bundesland geleistet. Wir haben über ein Sonderprogramm zur Förderung des Wohnungsbaus in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage - das sind die Ballungsräume - zusätzlich 3 000 Mietwohnungen gefördert.

Ich meine, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Baden-Württemberg auch im Vergleich mit anderen Ländern mit mehr sozialem Wohnungsbau am Ende ist. Ich kann im Grund Herrn Kiel nur zustimmen. Ich weiß nicht, Frau Wimmer, ob Ihre Strukturüberlegungen auch in die Richtung gehen, zu sagen, man müsse in dem Bereich an neue Ufer. Man muß in der Tat Überlegungen anstellen, ob wir von der bisherigen Objektförderung weggehen und Strukturen schaffen, die in eine Subjektförderung münden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, die Gesamtredeszeit ist abgelaufen. Damit ist auch die Aktuelle Debatte abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport - Stärkung der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg - Drucksache 11/871**

b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport - Lehrerversorgung an beruflichen Schulen - Drucksache 11/1408**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge je 5 Minuten, für die Aussprache über die Punkte 2 a und 2 b 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stärkung der beruflichen Bildung, um die es mir heute geht, zielt darauf ab und muß darauf abzielen, die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bloemecke CDU)

Ich teile die Einschätzung der Landesregierung, daß der größte Bedarfsanstieg bei Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen liegen wird. Ich sehe aber auch, daß bei der Deckung des Bedarfs an Fachkräften mit betrieblicher Ausbildung in unserem Lande die größten Defizite zu erwarten sind. Ich halte es für ein Alarmsignal, wenn augenblicklich im Land Baden-Württemberg 30 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt sind. Man kann das Ausbildungsproblem auf einen Nenner bringen und sagen: Wir haben im Land Baden-Württemberg nicht zu viele Abiturienten, aber wir haben eindeutig zuwenig Lehrlinge.

Welche Maßnahmen müssen dagegen ergriffen werden? Ich denke, es geht zunächst einmal darum, das vorhandene, aber brachliegende Potential für zukünftige Facharbeiter besser auszuschöpfen. Ich nenne einige Beispiele.

Punkt eins: Wir können es uns nicht länger erlauben, meine Damen und Herren, daß jeder siebte Jugendliche ohne Berufsausbildung bleibt. Diese Quote muß in der Zukunft aus arbeitsmarktpolitischen, aber auch aus sozialpolitischen Gesichtspunkten reduziert werden. Dies kann geschehen durch gemeinsame Anstrengungen der Schule auf der einen Seite und der Arbeitsverwaltung auf der anderen Seite.

Punkt zwei: Wir können es uns in der Zukunft ebensowenig erlauben, daß mehr als 25 % der Lehrlinge ihre Ausbildung vorzeitig abbrechen. Voraussetzung, dies zu ändern, ist, daß das Stützprogramm an unseren beruflichen Schulen endlich an mehr als nur an 20 % der Schulen durchgeführt wird, und Voraussetzung ist auch, daß die Fördermaßnahmen der Arbeitsverwaltung, die hierfür zuständig ist, trotz engem Finanzrahmen ausgebaut werden.

Punkt drei: Ausländische Jugendliche im Land Baden-Württemberg erzielen nur zu 35 % und damit weit unterdurch-

(Pfister)

schnittlich einen Ausbildungsabschluß. Auch diese Quote muß dringend erhöht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Rebhan CDU, Zeller SPD und Bütikofer GRÜNE)

Ich wiederhole: nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen, sondern auch aus sozial- und integrationspolitischen Gründen. Wir können dies erreichen, indem beispielsweise die Lernbedingungen im Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsschulen des Landes wesentlich verbessert werden.

Hinzu kommt allerdings auch, daß wir von den Betrieben zusätzliche Anstrengungen erwarten müssen. Auch die Betriebe müssen in der Zukunft ein langfristiges Angebot an ausbildungsbegleitenden Maßnahmen für ausländische Jugendliche machen, damit diese zum beruflichen Abschluß kommen.

Ich nenne einen weiteren Punkt, der mir Sorge macht: Das Berufswahlspektrum für Mädchen und Frauen ist nach wie vor außerordentlich gering und muß erweitert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nach wie vor konzentriert sich, meine Damen und Herren, die Ausbildung für Mädchen auf gerade 15 von 300 möglichen Ausbildungsberufen. Ich denke, es ist notwendig, daß in Elternhaus und Schule in der Zukunft psychologische Barrieren abgebaut werden. Allerdings müssen auch hier in der Zukunft die Betriebe einen weit stärkeren Beitrag leisten, um die immer noch geschlechtsspezifische Ausrichtung des Arbeitsmarkts zu überwinden. Denn, meine Damen und Herren, das Arbeitsamt sagt Ihnen, wenn Sie nachfragen, klar, daß die Mädchen trotz Ausbildung und Abschluß in einem gewerblich-technischen Beruf anschließend nicht in den entsprechenden attraktiven Stellen eingesetzt und somit eindeutig benachteiligt werden. Dies ist keine Werbung für Ausbildungsberufe für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen.

Fünftens: Meine Damen und Herren, wir brauchen eine stärkere Differenzierung der Berufsausbildung für Leistungsschwächere und für Leistungstärkere.

Dies bedeutet auf der einen Seite, daß in der Zukunft die Alternative zum Gesellenbrief nicht länger einfach der ungelernete Hilfsarbeiter sein darf. Wir brauchen für leistungsschwächere, aber eher praktisch begabte Jugendliche gestufte Ausbildungsgänge, die einen ersten beruflichen Bildungsabschluß ermöglichen, der möglicherweise auch unter dem Facharbeiterabschluß liegt, dann aber im Lauf der Zeit nach dem Baukastensystem gewissermaßen aufgewertet werden kann.

Meine Damen und Herren, diese Diskussion läuft unter dem Stichwort „Fachwerker“. Ich weiß, dies ist ein Reizwort. Ich bekenne mich dazu, daß wir solche gestufte Ausbildungsgänge brauchen, weil das eine gute Alternative ist, auch wenn ich weiß, daß ich mit dieser Forderung bei den Gewerkschaften auf Granit beiße. Ich hoffe, daß sich dies in der Zukunft ändern wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rebhan CDU)

Dies bedeutet auf der anderen Seite aber, daß wir auch für Abiturienten in der Zukunft eine betriebliche Ausbildung als Alternative zum Studium anbieten müssen. Wir müssen dringend, meine Damen und Herren, die beruflichen Möglichkeiten für Abiturienten öffnen.

(Abg. Rebhan CDU: Die sind geöffnet, Herr Kollege Pfister!)

und wir dürfen nicht länger das Abitur gewissermaßen als eine Sackgasse zum Hochschulstudium begreifen.

(Abg. Zeller SPD: So ist es auch gar nicht angelegt!)

Dies wird allerdings nur dann möglich sein, meine Damen und Herren, wenn Betrieb und Schule wesentlich bessere und attraktivere Ausbildungsgänge mit entsprechenden Zusatzangeboten im fachtheoretischen Bereich anbieten. Da ist es auch durchaus denkbar, aus Kostengründen auf allgemeinbildende Fächer zu verzichten.

Noch eines ist wichtig: Wenn wir Abiturienten für solche betriebliche Ausbildungsgänge gewinnen wollen, muß nicht nur die Ausbildung, sondern dann müssen auch die anschließende Weiterbildung und die Aufstiegsmöglichkeiten wesentlich attraktiver gestaltet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP - Abg. Rebhan CDU: Wie?)

Wir haben hier, Frau Minister, durchaus - das will ich gern einräumen - gerade im kaufmännischen Bereich gute Ansatzpunkte. Mir kommt es darauf an, daß auch im gewerblich-technischen Bereich solche Möglichkeiten zusätzlich geschaffen werden.

Punkt sechs: Meine Damen und Herren - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rebhan?

Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, gerne.

Abg. Rebhan CDU: Herr Kollege Pfister, Sie haben die Forderung erhoben, mehr Attraktivität für Gymnasiasten zu schaffen, damit sie in einen gewerblichen Beruf gehen. Aber sagen Sie doch einmal, woran es mangelt, daß sie es nicht tun, und wie könnte die Attraktivität Ihrer Meinung nach aussehen?

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich will jetzt nicht über die konkrete Ausgestaltung eines solchen Ausbildungsgangs sprechen, aber ich will einen anderen Punkt, Herr Kollege Rebhan, erwähnen. Insofern ist Ihre Frage berechtigt. Ich bin davon überzeugt - und das ist eigentlich mein sechster Punkt -: Alle Möglichkeiten, die die Schule hat, um berufliche Ausbildungsgänge attraktiv zu machen, werden dann nichts fruchten, wenn sich nicht auch die Personalpolitik in unseren Betrieben, in unseren Praxen und in unseren Verwaltungen ändert. Es muß endlich dazu kommen, daß Personalchefs auch Leute einstellen, die einen Ausbildungsabschluß über eine berufliche Ausbildung gemacht haben. Dieser Abschluß muß gleichgestellt werden mit einem Be-

(Pfister)

rufsabschluß aus einem allgemeinbildenden Schulwesen. Solange diese Möglichkeit nicht geschaffen wird, solange formale Abschlüsse aus dem allgemeinbildenden Schulwesen bevorzugt werden, so lange werden diese Maßnahmen nicht fruchten. Deshalb wird es ganz entscheidend darauf ankommen, daß in der Zukunft auch die Personalchefs in den Verwaltungen und in den Betrieben hier eine Änderung vornehmen und nicht mehr allein auf formale Abschlüsse achten, sondern konkret auf die Leistungsbereitschaft und auf die Leistungsfähigkeit der jungen Leute achten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Einen weiteren Punkt will ich nennen, weil ich von Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gesprochen habe. Wer wirklich Ernst machen will mit der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, der muß ermöglichen, daß formale Berechtigungen, die durch den erfolgreichen Besuch einer allgemeinbildenden Schule verliehen werden, auch über die Berufsausbildung erworben werden. Dies bedeutet zum Beispiel, daß beruflich besonders qualifizierten Bewerbern, etwa einem Handwerksmeister, der Zugang zum tertiären Bildungssektor ermöglicht wird, und zwar auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung.

Der letzte Punkt, meine Damen und Herren, betrifft die Berufsschule selbst, wo ja das Land originäre Kompetenz hat. Was die Ausstattung unserer Berufsschulen angeht, kann man nur mit Fug und Recht behaupten, ohne maßlos zu übertreiben, daß das Land und die Landesregierung hier in der Zukunft noch gewaltige Hausaufgaben zu machen haben. Man spricht zwar in der Koalitionsvereinbarung von der beruflichen Bildung als der wichtigsten Investition in die Zukunft, aber allein die unwidersprochene Tatsache

(Abg. Zeller SPD: Meinen Sie jetzt die materielle Ausstattung?)

- die personelle Ausstattung meine ich jetzt -, daß im Augenblick im Land Baden-Württemberg 1 300 Lehrer an unseren beruflichen Schulen fehlen, zeigt, daß die Landesregierung hier noch erhebliche Hausaufgaben machen muß.

Der Hinweis darauf, Frau Minister, daß jetzt im Landeshaushaltsplan immerhin 200 zusätzliche Stellen pro Jahr geschaffen worden seien, ist insofern nicht ganz richtig, als gleichzeitig rund 130 Stellen wieder an die allgemeinbildenden Schulen abgeführt werden mußten,

(Abg. Zeller SPD: Aber es sind schon neue Stellen geschaffen worden!)

so daß es eigentlich nicht 200 zusätzliche Stellen sind, sondern 70, und dies in einer Situation, wo zusätzliche Anforderungen auf die beruflichen Schulen zukommen.

Ich habe von einer Differenzierung des Unterrichts gesprochen. Ich weise darauf hin, daß wir gerade im Bereich der Lehrerfortbildung neue Anstrengungen brauchen. Ich weiß, daß Lehrerfortbildung für Berufsschullehrer eine ganz wichtige Aufgabe ist, und ich weiß, daß diese wichtige Aufgabe auch im regionalen Bereich geleistet wird. Aber schauen Sie sich einmal das von der Landesregierung in Auftrag gegebene König-Gutachten zur Lehrerfortbildung an. Dort kön-

nen Sie lesen, daß im Augenblick, statistisch gesehen, sage und schreibe ein Berufsschullehrer alle 22 Jahre an einer zentralen Fortbildungsmaßnahme teilnimmt. An dieser Zahl sehen Sie auch, daß im Bereich der Fortbildung für Berufsschüler noch viel zu tun sein wird.

Dies alles wird mit erheblichen Kosten verbunden sein. Die Befriedigung des Personalbedarfs, den ich ab Mitte der neunziger Jahre auf 400 zusätzliche Stellen pro Jahr beziffere, um diese Aufgaben bewältigen zu können, wird mit erheblichen Kosten verbunden sein. Deshalb muß die Bildungspolitik von sich aus sagen, wie sie diese zusätzlichen Kosten finanzieren will.

Ich will dazu einen konkreten Vorschlag machen, weil mir die Fortbildungspolitik für Berufsschullehrer so wichtig ist. Uns wird überhaupt nichts anderes übrigbleiben, als in der Zukunft dafür zu sorgen, daß die Fortbildungsmaßnahmen jedenfalls zu einem Teil auch in den Schulferien stattfinden. Anders ist das nicht zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP - Abg. Bütikofer
GRÜNE: Wieviel Redezeit haben Sie eigentlich?
Gegenruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Eine halbe Stunde!)

- 10 Minuten. Ich komme auch zum Schluß, Herr Kollege Bütikofer. Lassen Sie mich noch folgendes sagen:

(Abg. Bütikofer GRÜNE: 10 Minuten ab jetzt oder insgesamt? - Glocke des Präsidenten)

Ich bin ein überzeugter Anhänger des dualen Ausbildungssystems.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich bin allerdings auch der Meinung, daß das duale Ausbildungssystem, das bisher außerordentlich erfolgreich war, in der Zukunft weiterentwickelt und an die Erfordernisse der Zeit angepaßt werden muß. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, die Landesregierung aufzufordern, diese Anpassung, diese Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems im Interesse der Bildungspolitik, aber auch im Interesse der Wirtschaftspolitik zügig vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der technologischen Entwicklungen und des damit verbundenen immer höheren Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft, aber natürlich auch angesichts des europäischen Wettbewerbs, in den wir in diesem Jahr eingestiegen sind, gewinnt die berufliche Bildung wieder an Aufmerksamkeit.

Der Landtag hat sich erst vor einem halben Jahr mit der Lösung des Problems des wachsenden Facharbeitermangels und der Besetzung der freien Ausbildungsplätze beschäftigt. Insofern wundert es mich etwas, Herr Kollege Pfister, daß Sie heute den Schwerpunkt Ihres Beitrags wiederum auf diesen Punkt gelegt haben.

(Wintruff)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist auch das wichtigste Thema!)

Ich sehe heute auch angesichts des FDP/DVP-Antrags den Schwerpunkt beim Dualpartner Berufsschule.

Das berufliche Qualifizierungssystem in der Bundesrepublik mit seinen betrieblichen, schulischen, über- und außerbetrieblichen Lernorten hat sich in der Vergangenheit im wesentlichen bewährt. Der technologische Wandel und die veränderten Bedingungen der Qualifizierungsarbeit setzen aber einen steten Entwicklungsprozeß an den beruflichen Schulen voraus. Wer sich also einer Weiterentwicklung im beruflichen Schulwesen widersetzt, verweigert tatsächlich der jetzt erschöpften Berufsschule die Stärkung, die sie im Hinblick auf eine anspruchsvolle Berufsausbildung erfahren muß.

Meine Damen und Herren, rund 340 000 Schülerinnen und Schüler besuchen zur Zeit die öffentlichen berufsbildenden Schulen in Baden-Württemberg. Das sind rund fünfmal soviel wie in der gymnasialen Oberstufe der allgemeinbildenden Gymnasien. Der Rückgang der Schülerzahlen bei den Berufsschulen in den letzten Jahren bewirkte allerdings nicht automatisch einen Rückzug des Unterrichts- und Lehrbedarfs, denn für zahlreiche Berufe hat sich die Ausbildungsdauer verlängert; der Unterrichtsausfall und die Klassengröße wurden Gott sei Dank etwas reduziert, und die Fortbildung der Lehrer an beruflichen Schulen wurde ausgebaut.

Aber mit 30 600 Fehlstunden im Pflichtbereich kann die Berufsschule in Baden-Württemberg ihren festgelegten Auftrag in der beruflichen Bildung jetzt nicht mehr erfüllen. Die pädagogische Arbeit mit Lerngruppen aus sehr heterogenen Bildungsabschlüssen, gemischten Klassen aus Groß- und Handwerksbetrieben und mit mehr lern- und leistungsschwächeren Schülern stellt an die Lehrkräfte der beruflichen Schulen Anforderungen wie in keiner anderen Schulform.

(Beifall der Abg. Rebhan und Wieser CDU - Abg. Meyer CDU: Das ist richtig!)

Ohne Verbesserung der Unterrichtssituation an Berufsschulen geht es künftig nicht mehr. Das Defizit, wie das Kultusministerium uns bekanntgegeben hat, von 1 300 Deputaten im Pflichtbereich trifft hauptsächlich die Schüler des Teilzeitbereichs.

Nun will ich eine Umrechnung machen, Frau Ministerin. Wenn an der Berufsschule auch der Pflichtunterricht voll gegeben werden müßte, könnten Sie mit den vorhandenen Deputaten nur 90 % der jetzigen Berufsschüler überhaupt beschulen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Höchstens!)

Das heißt, wenn wir die 13 Soll-Wochenstunden, die im Pflichtbereich vorgeschrieben sind, geben wollten, könnten Sie 30 000 Schülern in Baden-Württemberg keinen Pflichtunterricht geben. So etwas gibt es in keiner anderen Schulart.

(Beifall des Abg. Gaßmann SPD)

Wir haben an den Berufsschulen nur noch Unterricht, weil der Pflichtunterricht bei den anderen gekürzt und einfach

auf alle verteilt wird. Von den 13 Soll-Wochenstunden sind nach dem Organisationserlaß jetzt mindestens zehn Wochenstunden zu erteilen. Nur: Nach den vorliegenden aktuellen Angaben erhalten 46 % aller Klassen zehn Wochenstunden und weniger, 10 % der Klassen erhalten gar acht Wochenstunden und weniger. Das sind leider die Tatsachen.

Unter diesen Bedingungen wurde bereits 1990 von allen daran Beteiligten ein Notprogramm zur Lehrerversorgung an beruflichen Schulen gefordert. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 1993/94 und der Finanzierung von 2 000 Lehrerstellen hat nun die Koalitionsregierung diesem Problem Rechnung getragen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Inwiefern?)

So schien es, meine Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wollte ich gerade sagen!)

Es geht nämlich nunmehr um die Verteilung der 1 000 Neustellen auf die Schularten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, am Parlament vorbei hat die Kultusbürokratie eine Verteilung der ersten 1 000 Neustellen vorgenommen, die ich nur als skandalös bezeichnen kann.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Deckmantel der Bezeichnung von 200 Neustellen für den beruflichen Bereich haben, sehr geehrte Frau Ministerin, die Buchhalter in Ihrem Ministerium zunächst verschwiegen, daß sie bei 130 von diesen 200 Stellen Umbuchungen oder Rückbuchungen zugunsten des Gymnasiums und der Realschule vornehmen. Von den 200 Lehrern werden also 130 aus dem allgemeinbildenden Bereich der Berufsschule, wo sie dringend gebraucht werden, abgezogen. Das heißt doch: Der Elektroingenieur, der dringend Fachkunde geben müßte, weil dort ein riesiger Mangel herrscht,

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

muß nun wieder Gemeinschaftskunde unterrichten.

(Abg. Wieser CDU: Da stimme ich Ihnen jetzt zu!)

Was geschieht mit den 70 verbleibenden Stellen? Das ist übrigens die schlechteste Quote von allen Schularten. Von diesen 70 Stellen gehen noch 50 Stellen an die besser versorgten Vollzeitschulen, und die am schlechtesten versorgten Teilzeitschulen erhalten die restlichen 20 Stellen, und das, meine Damen und Herren, für das Fach Religion. Ersparen Sie mir an dieser Stelle, jeglichen weiteren Kommentar abzugeben.

(Abg. Wieser CDU: Das ist auch besser!)

Ich frage Sie daher, sehr geehrte Frau Ministerin: Haben Ihre Ministerialdirektoren, die von ihrem Lebenslauf her vielleicht noch nie eine Berufsschule von innen gesehen haben,

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Sehr gut!)

(Wintruff)

eigentlich das Recht, so eine Verteilung vorzunehmen? Haben Sie denen das eingeräumt? Ich kann mir das nicht vorstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Abg. Wintruff SPD: Ich möchte jetzt meine Ausführungen nicht unterbrechen.

Ich bin dafür, daß bei der Verteilung zusätzlicher Stellen in der herrschenden Mangelsituation gerechte Kriterien angewandt werden. Aber man kann, bitte schön, dann nicht eine Schulart völlig ausklammern und hintanstellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Darf ich jetzt zwischenfragen?)

Lassen Sie uns das gerecht machen. Noch fällt im Bereich der Gymnasien und Realschulen, im Gegensatz zu den Berufsschulen, kein Pflichtunterricht aus. Man kann hier nicht - nur, weil Druck erzeugt wird - die Gymnasien gleich mit 100 Deputaten bedienen. Das ist etwas, von dem ich meine, es müsse im Schulausschuß

(Abg. Bütikofer GRÜNE sowie Abgeordnete der FDP/DVP und der CDU: Schluß!)

- Schulausschuß! - noch einmal zur Revision anstehen. Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalitionsfraktion der CDU und natürlich auch der Oppositionsparteien, im Schulausschuß noch einmal mit uns darüber zu beraten und einen neuen Schlüssel zu finden.

Meine Damen und Herren - damit komme ich zum zweiten Teil - die Stärkung der Berufsschule bedarf natürlich Konzeptionen und Maßnahmen, die eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Berufsschule bewirken. Ich schlage Ihnen dazu folgendes vor:

Erstens: Um bei den bestehenden Ressourcen die Einbindung einer Fremdsprachenausbildung auch für Teilzeitschüler zu bekommen, sollte eine Revision der Lehrpläne im allgemeinbildenden Bereich erfolgen.

Zweitens: Die Berufsschulen brauchen mehr Gestaltungsfreiheit bei der Unterrichtsorganisation. Die bisherigen starren Stundentafeln müssen zugunsten eines handlungsorientierten Unterrichts verändert werden.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

- Herr Präsident, ich raffe mein Konzept, um zum Ende zu kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da müssen Sie aber schwer schaffen!)

- Ja. Ich weiß, daß das schwerfällt.

Präsident Dr. Hopmeier: Sie haben noch ein bißchen Zeit, Herr Kollege. Ich habe Sie nur auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen wollen.

Abg. Wintruff SPD: Recht vielen Dank.

(Abg. Wieser CDU: Sie sind noch 4 Minuten unter der Zeit!)

Meine Damen und Herren, beim Verzicht auf die Festlegung des Stundenanteils für einzelne Fächer würde ein fächerübergreifender Unterricht in der Berufsschule ermöglicht. Die Unterrichtsstunden müßten dann als Jahreswochenstunden verteilt werden.

Drittens: Ich bin der Meinung, daß im gewerblichen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereich endlich mit dem Abbau der einjährigen Berufsfachschulen Schluß sein muß. Wir brauchen eine durchgehende Grundausbildung für alle. Dieses erste Jahr muß an der Berufsschule stattfinden.

Viertens: Die sozialpädagogische Hilfe, meine Damen und Herren, für die Betreuung der lern- und leistungsbeeinträchtigten Jugendlichen kann über Schulsozialarbeit stattfinden. Lassen Sie uns daher versuchen, die kommunalen Schulträger, die Wirtschaft und den Staat an der Bezahlung dieser Schulsozialarbeit zu beteiligen. Dann schaffen wir das.

Fünftens: Ausbildungskonzepte nach dem Baukastensystem, die Sie, Herr Pfister, angesprochen haben, für theoretisch nicht so leistungsfähige Jugendliche - das sage ich Ihnen - können durchaus unsere Zustimmung finden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, eure!)

Aber hier muß von vornherein gewährleistet sein, daß es keine freie Verfügbarkeit über die Eingangsvoraussetzungen gibt. Und es muß unbedingt gewährleistet werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden! Einverstanden!)

daß die Durchlässigkeit zu weiteren hochwertigen Bildungsabschlüssen gegeben ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sagen Sie das den Gewerkschaften! Dann bin ich dankbar!)

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren: Um den Qualifikationsanforderungen der Berufsschule gerecht werden zu können, brauchen wir tatsächlich Schüler, die den Stoff noch bewältigen können. Deswegen stellen wir immer wieder die Forderung auf: Wir brauchen zehn Schuljahre für alle als Eingangsvoraussetzung. Das gilt auch für die schwächeren Schüler.

Nun komme ich zum Schluß, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Ich mache dabei eine Verknüpfung zum Dualpartner Wirtschaft, dem sich auch Herr Pfister gewidmet hat. Den Schlüssel zur Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung und damit zu einer Änderung des Berufswahlverhaltens haben meiner Ansicht nach die Unternehmen weitgehend selbst in der Hand. Es geht nicht an, daß nur 40% der ausgebildeten Fachkräfte nach ihrer Ausbildung in ihrem Spezialgebiet beschäftigt werden. Sie müssen - das ist eine Aufforderung an die Wirtschaft - den Facharbeitern neue Chancen der Entfaltung

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

und neue Chancen für den beruflichen Aufstieg bieten.

(Wintruff)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Über eine qualifizierte Berufsausbildung und über den Hochschulzugang hat Herr Pfister bereits etwas gesagt. Dem darf ich mich anschließen.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, es bedarf tatsächlich großer Anstrengungen, um die Berufsschule sowohl in ihrer fachtheoretischen als auch in ihrer allgemeinbildenden Arbeit zu stärken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Darf ich noch eine Zwischenfrage stellen?)

Wenn es eines Solidarpakts bedarf, dann ist er in erster Linie für die Berufsschule erforderlich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE - Abg. Pfister FDP/DVP: Darf ich noch eine Zwischenfrage stellen?)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rebhan.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Du gehst einen schweren Gang, Mönchlein! - Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Pfister will eine Zwischenfrage stellen!)

Abg. Rebhan CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pfister hat eingangs gesagt, daß es bei dieser Debatte gerade auch darum gehe, herauszustellen, daß allgemeine und berufliche Bildung gleichwertig seien. Ich sage hier ganz kritisch: Wenn wir dem tatsächlich auch hier im Parlament Rechnung tragen wollen, ist es nicht damit getan, Fünfminutenbeiträge leisten zu können. Ich frage: Wenn es um Probleme der Hochschulen oder der Universitäten geht, darf dann auch nur 5 Minuten geredet werden?

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU - Abg. Pfister FDP/DVP: Die dürfen schwätzen! Stundenlang! Ja-wohl!)

Ich sage Ihnen, Herr Pfister: Es ist wirklich verdienstvoll, daß Sie und die FDP/DVP dieses Thema hier im Land selbst noch einmal angesprochen haben. Denn auch ich befürchte, wenn wir nicht alle Anstrengungen unternehmen, um die Attraktivität des beruflichen Schulwesens herauszustellen - diese Attraktivität ist eigentlich gegeben, aber sie wird nicht wahrgenommen -, dann werden wir nicht nur strukturelle Defizite in der Wirtschaft haben, wie wir sie heute in der Industrie beklagen,

(Abg. Zeller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

sondern dann werden wir diese strukturellen Defizite auch im Berufsschulwesen bekommen. Das ist meine Sorge.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Rebhan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Rebhan CDU: Bitte schön.

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Rebhan, ich frage Sie als Präsidiumsmitglied: Haben Sie im Präsidium eine längere

Redezeit für genau diesen Punkt beantragt? Ich stimme Ihnen zu, daß die Berufsschulpolitik größeren Raum im Parlament benötigt, aber ich frage Sie: Haben Sie dort eine längere Redezeit beantragt?

Abg. Rebhan CDU: Ja, das habe ich beantragt. Ich muß aber sagen - das wissen Sie auch -.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie konnten sich nicht durchsetzen!)

dieses Thema ist schon in den Vorbesprechungen so knapp behandelt worden. Obwohl ich darauf hingewiesen habe, daß diese Zeit für eine wirklich gründliche Debatte im Plenum nicht ausreichen kann, ist eine längere Redezeit abgelehnt worden. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir heute noch einen Tagesordnungspunkt haben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Postleitzahlen!)

bei dem es um die Auswirkungen der geänderten Postleitzahlen auf das Land geht. Ich habe nichts gegen diesen Tagesordnungspunkt. Auch bei den Postleitzahlen wird es Schwierigkeiten geben. Ich habe nur auf die Gewichtung hingewiesen. Was ist wichtiger: daß wir uns im Landtag mehr und mehr über Bundespolitik unterhalten oder über originäre landespolitische Aufgaben?

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD Abg. Meyer CDU: Die klauen dir deine Redezeit!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt zur Sache kommen.

Zunächst zu Ihren Ausführungen. Herr Kollege Wintruff. Ich halte es für völlig - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Rebhan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Abg. Rebhan CDU: Im Moment nicht, am Schluß gern.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann habe ich die Frage wieder vergessen!)

Herr Kollege Wintruff, ich halte es für völlig falsch, daß Sie jetzt erneut ein allgemeines zehntes Schuljahr fordern. Alle Erfahrung lehrt doch, daß gerade die Hauptschüler, die keine weitere Ausbildung anstreben, längst schulmüde sind.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Deswegen ist es besser, wenn diese in den beruflichen Bereich wechseln können; denn dann sind sie vermutlich eher motiviert, theoretische Inhalte zu erlernen, als wenn sie an einer allgemeinen Schule ein zehntes Schuljahr absolvieren sollen.

Nun zu einigen Punkten, die Herr Kollege Pfister angesprochen hat. Wie gesagt, man kann ja in 5 Minuten kaum etwas sagen. Ich gebe Ihnen recht, daß wir aufgrund der geänderten Ausbildungsordnung im Elektro- und im Metallbereich Berufsbilder haben, die höhere Anforderungen an die Berufsschüler stellen, als dies in der Vergangenheit der Fall

(Rebhan)

war. Auf der anderen Seite haben wir leider – leider! – immer mehr Schüler, die Defizite haben – auf die möchte ich aber gar nicht so sehr eingehen –, so daß sie kaum mehr in der Lage sind, einen solchen Beruf zu ergreifen. Hier stimme ich dem Kollegen Pfister zu und bedaure sehr – ich habe das wiederholt auch schon angemahnt –, daß die Wirtschaft bisher zu wenig bereit war – dabei sollte man nicht so sehr auf die Gewerkschaften Rücksichten nehmen, wie man dies tut –, denjenigen zu helfen, die keinen Facharbeiterabschluß erwerben können.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

weil sie den theoretischen Anforderungen nicht genügen. Für diesen Personenkreis müßte eine Stufenausbildung auf Fachwerkerniveau eingeführt werden. Dann könnte man auch für diese Leute eine adäquate Berufstätigkeit eröffnen.

Als weiteren Punkt möchte ich die Möglichkeiten für die Abiturienten ansprechen. Herr Kollege Pfister, hier irren Sie. Sie sollten nicht die Forderung „Mehr Attraktivität der beruflichen Ausbildung für Abiturienten“ erheben. Die Abiturienten haben diese Möglichkeit, nur nehmen sie sie nicht wahr. Das ist das Entscheidende.

Was Frauen und Mädchen anlangt, müssen wir die Entwicklung, gerade auch die technologische Entwicklung sehen. Im gewerblichen Bereich haben zu einem großen Teil Mädchen eine Ausbildung als technische Zeichnerin gemacht. Aufgrund der neuen Möglichkeiten brauchen wir aber schlichtweg nicht mehr so viele technische Zeichnerinnen. Die Industrie ist jedoch nach meinen Erkenntnissen durchaus in der Lage, Mädchen attraktive Angebote in bestimmten Berufsbildungsgängen zu machen, auch im gewerblichen Bereich.

Schließlich meine ich, es kommt sehr darauf an – das sage ich auch gegenüber dem Ministerium –, daß gerade die Bemühungen nachhaltig unterstützt werden, die von seiten der Berufsschule dahin gehend gemacht werden, Schlüsselqualifikationen noch mehr zu vermitteln, als dies bislang der Fall ist. Ich begrüße ausdrücklich, daß hierzu Unterrichtsversuche laufen. In den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik werden ganz konkret Untersuchungen angestellt, wie Schlüsselqualifikationen noch besser vermittelt werden können.

Dazu gehört selbstverständlich auch – das möchte ich ausdrücklich auch an die Kreise, die Schulträger sagen – folgendes: Ich hoffe, daß die Schulträger jetzt nicht aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten zu der Überlegung kommen, künftig die Ausstattung der Schulen nicht mehr so zu gewährleisten, wie das bisher wirklich recht gut der Fall war. Es darf nicht der Fall eintreten, daß die Ausstattung der Schulen nicht mehr wie bisher gewährleistet ist, besonders nachdem die Anforderungen immer höher werden.

Ein Letztes – ich komme gleich zum Schluß –: Es wurde bereits angesprochen, daß wir an den beruflichen Schulen zu wenig Unterricht erteilen, daß aber das Defizit nicht gleichmäßig nach der Schülerzahl verteilt wird. Ich fordere von der Regierung, die beruflichen Schulen jetzt endlich besserzustellen, nachdem es wieder möglich ist, Bewerber für die Laufbahn des Berufsschullehrers zu gewinnen.

Man sollte auch noch eine Überlegung anstellen, der man leider bisher nicht nähergetreten ist. Es muß gefragt werden, wieviel Verwaltungsarbeit auch Lehrer an beruflichen Schulen leisten. Ich frage mich, ob wir nicht längst dazu hätten kommen können, solche Arbeiten durch Verwaltungskräfte erledigen zu lassen. Wenn wir diesen Weg beschreiten, können viele Lehrer, die wir brauchen, um den fachlichen Unterricht erteilen zu können, entlastet werden. Dadurch könnten wir in erheblichem Maß weitere Lehrerstunden gewinnen.

Ich möchte es dabei bewenden lassen, hoffe aber sehr, daß wir diese Probleme, die das berufliche Schulwesen derzeit bewegen, im Ausschuß noch vertieft beraten können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bei diesem besonders umfangreichen Berichtsantrag der Kollegen der Fraktion der FDP/DVP zunächst einmal auf die Antragsbegründung eingehen. Sie ist für mich besonders interessant, weil die Antragsteller bereits darauf spekulieren, daß durch ein flächendeckendes Angebot des zehnten Hauptschuljahrs personelle Ressourcen im Bereich der zweijährigen Berufsfachschule frei werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann durchaus sein!)

Das heißt doch im Klartext, Herr Pfister, daß Sie und Ihre Kollegen in der FDP/DVP-Fraktion mit einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen an den zweijährigen Berufsfachschulen rechnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Lassen Sie das die Schüler entscheiden! Das brauchen wir nicht hier im Parlament zu entscheiden! Das beste Angebot setzt sich durch! So ist das in der Marktwirtschaft!)

Sie bestätigen damit im nachhinein, daß ich recht hatte, als ich in den verschiedenen vorangegangenen Debatten zur Einführung des zehnten Hauptschuljahrs eindringlich gewarnt habe, daß damit die zweijährige Berufsfachschule ausgehöhlt werde, wenn nicht sogar kaputtgehe.

Meine Damen und Herren, wir Republikaner wollen die zweijährige Berufsfachschule unbedingt erhalten.

(Abg. Wintruff SPD: Wir auch!)

Ich erneuere dieses Bekenntnis an dieser Stelle.

(Abg. Wieser CDU: Die ist aber geschaffen worden, bevor ihr da wart!)

weil dieser bewährte Schultyp. Herr Wieser, nicht für einen meines Erachtens untauglichen Versuch, die Hauptschule aufzuwerten, geopfert werden darf.

Auch Sie, meine Herren von der FDP/DVP-Fraktion, haben hier unlängst ein solches Bekenntnis abgelegt. Sie stellen es aber in Ihrer Antragsbegründung bereits wieder in Frage.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

(König)

– Ja, Herr Wieser, das ist ein typisches Beispiel für FDP/DVP-Politik.

(Abg. Wieser CDU: Bekennermut, aber kein Handlungsmut!)

– Richtig, genau.

Meine Damen und Herren, wir bringen unser ganzes Schulsystem durcheinander,

(Unruhe)

und zwar nur deshalb, weil uns der Mut fehlt, bereits an der Nahtstelle zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen die Übergänge wieder so zu gestalten,

(Zuruf von der SPD: Zum Thema!)

daß sie der Begabung und den Fähigkeiten der einzelnen Schüler tatsächlich gerecht werden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Jeder macht es halt so, wie er es kann!)

Das ist kein falsches Redemanuskript. Ich weiß, Herr Wintruff, daß ich mich mit dieser Forderung wiederhole. Aber ich wiederhole diese Forderung gern so lange, bis tatsächlich auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Richtigkeit einsehen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Seimetz CDU: Das wird auch durch Wiederholungen nicht richtiger!)

In der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP prognostizieren Sie, Frau Ministerin, auf Seite 13, daß an den Hauptschulen bis zum Jahr 2000 ein Schülerzuwachs von über 30 % gegenüber 1991 zu erwarten sei. Ich frage Sie: Woher nehmen Sie bloß Ihren Optimismus? Oder wollen Sie vielleicht doch unsere Forderung nach einer Neuregelung der Übergänge in weiterführende Schulen aufgreifen? Dann allerdings wäre diese Prognose wesentlich realistischer.

Nun zurück zur beruflichen Bildung. In Baden-Württemberg war und ist die Vielfalt der dualen beruflichen Bildung unsere Stärke.

(Abg. Wintruff SPD: Schon bevor Sie da waren! – Abg. Dr. Caroli SPD: Und nachdem Sie verschwunden sind!)

– Das ist gut so. Und das soll auch in Zukunft so bleiben, auch wenn wir hier sind; denn wir befürworten das. Deshalb unterstützen wir Republikaner alle Anstrengungen zur Stärkung dieses Bildungszweigs. Dazu gehört die bessere Lehrerversorgung, erstens zum Abbau der zirka 30 000 Fehlwochenstunden und zweitens zur Gewährleistung eines durchgehenden Mindestpflichtunterrichts von zwölf Wochenstunden. Woher sollen diese Deputate aber kommen?

Meine Damen und Herren, mit dem von uns favorisierten Hauptschulmodell 8 + 2 wären nach meiner Schätzung mindestens die Hälfte der 700 bis 800 Lehrerdeputate, die das zehnte Schuljahr in die Modelle 9 + 1 und 7 + 3 bindet, frei geworden.

Zum zweiten: Wir müssen – Herr Kollege Rebhan hat es schon angesprochen – auch die Deputatsermäßigungen kritisch durchleuchten. Verwaltungsleute könnten Aufgaben übernehmen, die bisher qualifizierte Lehrkräfte an den beruflichen Schulen wahrnehmen. Es muß kein Elektroingenieur sein, der als AV-Berater den Kontakt zu den Kollegen und zur Kreis- oder Landesbildstelle hält.

Noch ein Wort zur Weiterbildung der Berufsschullehrer und der Lehrer überhaupt. Unsere schnellebige Zeit mit ihren erhöhten Anforderungen verlangt ein hohes Maß an Weiterbildung, um immer auf dem Laufenden zu bleiben. Das heißt: Der Zeitaufwand für die Lehrerfortbildung wird größer werden. In Zeiten knapper Ressourcen bedeutet dies, daß ein Teil der Fortbildung auch in unterrichtsfreie Zeit, in die Ferien, verlagert werden muß. Als Lehrer erlaube ich mir, das hier zu sagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was, der ist Lehrer? Um Gottes willen!)

Die Lehrerschaft wird jetzt natürlich Zeter und Mordio schreien. Das ist mir klar. Wir müssen aber auch hier den Mut haben, aus Sachzwängen heraus eine bei den Lehrern unpopuläre Entscheidung zu treffen. Frau Ministerin, weder Ihre Koalitionspartner noch die Grünen, noch die FDP/DVP werden Sie dabei unterstützen. Ich bitte Sie aber, nicht zu verzagen: Es gibt ja auch noch die Republikaner.

(Heiterkeit und Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Stärkung der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg ist nicht durch eine möglichst selektive Schulpolitik und auch nicht durch Sonntagsreden und Treueschwüre zum dualen System gedient. Die berufliche Bildung soll gestärkt werden. Darüber sind wir uns alle einig. Die Forderungen nach Attraktivität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung kommen leicht über die Lippen.

Lassen Sie mich mit Hilfe dieser beiden Begriffe eine Bestandsaufnahme machen und versuchen, Perspektiven der beruflichen Bildung aufzuzeigen.

Zunächst zur Attraktivität: An den Berufsschulen fällt – wir haben es jetzt mehrfach gehört – Unterricht aus. Im Schuljahr 1991/92 waren es 30 667 Wochenstunden, die nicht gehalten wurden. Nach Berechnungen der Landesregierung fehlen 1 305 Lehrerdeputate, und das, wohlgemerkt, in Zeiten des Schülerrückgangs. Noch nie gab es so wenige Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen wie zur Zeit, und dennoch herrscht Lehrermangel.

Ab Mitte der neunziger Jahre werden jedoch auch an den Berufsschulen die Schülerzahlen wieder zunehmen. Das zeigen die Zahlen des Statistischen Landesamts.

Der Unterricht fällt aus, die Lehrer sind überlastet, und das, obwohl in den Berufsschulen eigentlich mehr Unterricht gegeben werden müßte. In einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz haben sich die Länder verpflichtet, an den Berufsschulen einen Unterricht von durchschnittlich zwölf Wochenstunden anzubieten. Das ist ein Ziel, das in Baden-

(Monika Schnaitmann)

Württemberg noch lange nicht erreicht ist; denn die meisten Klassen erhalten weniger als zwölf Wochenstunden.

Der Unterricht müßte auch im Sinn einer inneren Differenzierung erweitert werden. In keiner Schulart ist die Schülerschaft so heterogen. Die jungen Menschen mit verschiedener Vorbildung – von der Sonderschule bis zum Hochschulabsolventen – brauchen ein differenziertes Eingehen der Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Situation. Doch die personelle Ausstattung der Berufsschulen läßt ein Eingehen auf die Problemlagen der Schülerinnen und Schüler, zum Beispiel in entsprechenden Kursangeboten, nicht zu.

Die Berufsschulen haben wohl die schwierigste pädagogische Situation zu meistern, sind aber am schlechtesten ausgestattet, zumindest personell. Verdient das das Prädikat Gleichwertigkeit? Wohl kaum. Und Attraktivität? Im Sinne der geforderten Differenzierung hat die Landesregierung die Bemühungen um spezielle Angebote für Abiturienten in der beruflichen Bildung unterstrichen. Solche Angebote sind durchaus zu begrüßen.

Beim Thema „Stärkung der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg“ ist aber auch bezeichnend, daß sowohl im Antrag der FDP/DVP als auch in der Antwort der Landesregierung wesentlich mehr Wert auf die Förderung für Abiturienten gelegt wird als auf die Förderung von Jugendlichen, die nicht diese schulischen Qualifikationen, dafür jedoch große Probleme haben, sei es, daß sie leistungsschwächer oder lernbeeinträchtigt sind, sei es, daß ihre sozialen, familiären und sprachlichen Probleme sie belasten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr Antrag spielt eine beachtliche Rolle!)

– Es sind zehn Fragen zum Abiturbereich und vier Fragen zu Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten haben. Das habe ich genau nachgerechnet.

Stärkung der beruflichen Bildung und mehr Attraktivität bedeutet die Förderung aller Jugendlichen durch neue Unterrichtsformen und eine sozialpädagogische Unterstützung. In der beruflichen Bildung beträgt die Abbrecherquote 25 %. Das ist eine erschreckend hohe Zahl, die aber in der Öffentlichkeit und in der Politik wenig Aufsehen erregt, wenn man das mit dem Wirbel und dem politischen Aktionismus um ähnlich hohe Studienabbrecherquoten vergleicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Frau Abg. Schnaitmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rebhan?

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Ja.

Abg. Rebhan CDU: Frau Kollegin, wären Sie bereit, zu differenzieren, wie sich diese 25 % von Abbrechern in der beruflichen Ausbildung zusammensetzen? Ein ganz beträchtlicher Teil hat nämlich im persönlichen Bereich Schwierigkeiten, die nichts mit den schulischen Schwierigkeiten zu tun haben.

Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Ich habe eben erläutert, daß wir für diese Abbrecher, die wegen persönlicher Schwierigkeiten einfach nicht mitkommen, eine innere Diffe-

renzierung brauchen. Wir reden zum Beispiel immer wieder über eine Verkürzung der Ausbildungszeit für Abiturienten, nicht aber über eine Verlängerung für solche Personen, die Schwierigkeiten haben. Sie sollten aber eine Verlängerung nicht in dem Sinn bekommen, daß sie die Prüfung zweimal machen, sondern dadurch, daß sie ein halbes Jahr mehr zugebilligt bekommen. Ich habe dazu durchaus meine Vorstellungen. Letztlich fragen Sie genau das, was ich vorhin erläutert habe.

(Abg. Wieser CDU: Wenn man weit genug weg ist, ist es einfacher! – Abg. Wintruff SPD: Lassen Sie sich nicht drausbringen!)

– Durch Herrn Wieser noch lange nicht. Ich betrachte ihn als ein kabarettistisches Moment.

Zur Gleichwertigkeit beruflicher Bildung: Es wird sich so lange nichts ändern, solange sich im Bewußtsein der Menschen nichts ändert. Solange aber hier in diesem Haus von Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern, von Vertretern bestimmter Lehrerorganisationen und allgemein in der Öffentlichkeit von höherer Bildung und höheren Schulen gesprochen wird, so lange gibt es im Bewußtsein der Menschen auch eine niedrige Bildung und eine niedrige Schule, zwar unausgesprochen, aber durchaus logisch in diesem Denken. Diese „niedrige Schule“ ist dann in dieser Logik die Berufsschule, und die „niedrige Bildung“ ist die berufliche Ausbildung. Das ist ein verhängnisvolles Mißverständnis; denn der Strukturwandel der beruflichen Tätigkeit erfordert immer mehr flexible und kreative Erwerbspersonen, breit angelegte, fächerübergreifende Qualifikationen und gute berufliche und soziale Kompetenzen. Die Trennung – hier die Praktiker, dort die Theoretiker – funktioniert in unserer Wirtschaft und in unserer Gesellschaft immer weniger. Wir begrüßen daher die Koalitionsvereinbarung, den Berufstätigen den Hochschulzugang zu ermöglichen.

Gleichwertigkeit berufspraktischer Bildung bedeutet aber auch, den Bildungswert dieser Tätigkeiten, wie etwa handwerklicher Tätigkeiten, endlich anzuerkennen. Das bedeutet nach Maria Montessori „Bildung von Kopf und Hand“. Warum also nicht eine enge Kooperation von Berufsschule und gymnasialer Oberstufe an einem Ort? Welche Lernprozesse vielfältiger Art würden zum Beispiel durch einen gemeinsamen Unterricht von Berufsschülern und Gymnasiasten in Elektrotechnik und Gemeinschaftskunde in Gang gesetzt?

(Abg. Wieser CDU: Eintopf ist schon etwas Gutes! Aber Bildungspolitik sollte man doch trennen!)

Oder Berufsschüler und Gymnasiasten könnten ein gemeinsames Projekt machen und ein Biotop anlegen. Nur so wird aus dem pädagogischen Ziel einer Bildung von Kopf und Hand erfahrbare Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Abg. Meyer CDU: Ich habe den Eindruck, das ging an den Realitäten vorbei!)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Kultus und Sport Dr. Schultz-Hector.

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal eine Vorbemerkung zum Thema Ressourcen, auf das ich später ganz ausführlich eingehen werde: Baden-Württemberg hat wie kein anderes Bundesland sein berufliches Schulwesen im Vollzeitbereich ausgebaut, und unsere Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer sind außerordentlich kreativ in der Vorstellung neuer, zusätzlicher Bildungsgänge, die sie, auch aus der Begeisterung heraus getragen, zunächst ohne zusätzliche Ressourcen anbieten wollen.

(Abg. Rebhan CDU: Das ist richtig! - Abg. Wieser CDU: Die sind Innovationskünstler! Abg. Meyer CDU: Erfolgreich!)

Das belastet nachher unsere Statistik.

Aber insgesamt stimme ich jedem zu, der an dieser Stelle gesagt hat: Wir müssen alles daransetzen, das berufliche Schulwesen weiterzuentwickeln, so wie wir das in anderen Schularten auch tun - oder vielleicht noch mehr.

(Abg. Meyer CDU: Sehr gut!)

Wir bilden zuwenig Facharbeiter aus. Es gibt deutliche Zeichen eines Auseinanderdriftens von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Der einseitige Drang nach Abitur und Studium zeigt, daß es uns nicht gelingt, Bildungswert und Chancen beruflicher Ausbildung „überzubringen“, so darzustellen, daß die Attraktivität gegeben ist.

(Abg. Rebhan CDU: Genau daran fehlt es!)

Ein Schwerpunkt unserer Schul- und Bildungspolitik ist es deshalb, die Stärkung der beruflichen Bildung, speziell der dualen Ausbildung, in den Mittelpunkt der Aktivitäten zu stellen. Dabei geht es nicht nur um personelle Fragen, dabei geht es auch um inhaltliche Fragen.

Ich habe in den letzten Monaten viel Zeit darauf verwendet, mit den Partnern der dualen Ausbildung Gespräche zu führen. Ich habe Schulen besucht, um Weiterentwicklungsmöglichkeiten vor Ort zu erarbeiten.

Wir müssen der beruflichen Ausbildung insgesamt mehr öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung verschaffen und zeitgemäße Weiterentwicklungen in Angriff nehmen. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Offensive für alle Verantwortlichen. Wir brauchen auch Wirtschaft und Handwerk.

(Abg. Rebhan CDU: Sehr richtig!)

Herr Pfister hat das schon betont.

Aber zunächst zu unseren Aufgaben und der Frage: Was kann Schule zur Weiterentwicklung beitragen?

Wir müssen auf die steigenden Qualifizierungsanforderungen von Wirtschaft und Arbeitswelt reagieren. Wir können dies auf der Basis differenzierter Angebote. Bei einer Flexibilisierung der Unterrichtsangebote geht es zunächst einmal um die Fördermöglichkeiten nach Leistung und Begabung im dualen Bereich. Die gezielte Förderung eher praktisch begabter Jugendlicher im Theoriebereich durch Stützangebote ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Wir haben deshalb zum Beispiel in den Berufsfeldern Metall

und Elektrotechnik angesichts der vielen Abbrecher gerade in diesem Bereich im ersten Lehrjahr die Stützangebote verdoppelt. Wir wollen sie auch im letzten Ausbildungsjahr vor der Prüfung stufenweise verstärken, um die Abbrecherquote zu senken.

Wir haben auch die Flexibilisierung und Differenzierung der Unterrichtsangebote im Erweiterungsbereich, zum Beispiel in berufsspezifischer Fachtheorie, in kaufmännischer Grundbildung für gewerblich Auszubildende, in den Fremdsprachenangeboten verstärkt. Wir wollen schließlich differenzierte Angebote im Erweiterungsbereich auch für besonders befähigte Schüler geben.

Frau Schnaitmann, wir haben immerhin 10% Abiturienten in der dualen Ausbildung. Wo das möglich ist, bilden wir homogene Klassen, um auch für diese Gruppe die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen, was ich für richtig und wichtig halte, wenn wir nicht alle Abiturienten „in die Hochschulen laufen lassen“ wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Rebhan CDU: Hast du gehört, Josef, was deine Ministerin sagt? Ich teile ihre Meinung, nicht deine!)

Die Differenzierungsmöglichkeiten liegen im Stütz- und Erweiterungsprogramm. Ich weiß, daß wir gerade da Defizite haben. Wir haben derzeit den Organisationserlaß auf zwölf Stunden - das heißt elf plus eine Stunde - festgelegt und haben die 13 Wochenstunden als Ziel; denn wir brauchen zwei Stunden S und E, um wirklich auf den Feldern intensiv arbeiten zu können, die ich angedeutet habe.

Ein zweiter Schwerpunkt sind neue Bildungsangebote im beruflichen Schulwesen, also im Vollzeitbereich. Da geht es zunächst einmal um den Ausbau der Meister- und Technikerschulen. Wenn wir Erstausbildung und Weiterbildung in ein vernünftiges Verhältnis bringen wollen, ist es dringend nötig, Meisterschulen auszubauen. Es geht aber auch zum Beispiel um umweltorientierte Ausbildungsgänge, es geht um den Ausbau der Fachschulen für Sozialpädagogik, es geht um Berufsfachschulen für Haus- und Familienpflege, die wir auch für Frauen nach der Familienphase öffnen. Es geht um Berufskollegs für Abiturienten.

Herr Pfister hat die Mädchen und deren Wahlverhalten angesprochen. Hier müssen wir in der allgemeinbildenden Schule gegensteuern, und das tun wir sehr intensiv.

Von meinen Vorrednern ist auch ein Thema erwähnt worden, das mir sehr am Herzen liegt, nämlich eine gestufte Ausbildungsmöglichkeit für Jugendliche, denen theoretisches Arbeiten außerordentlich schwerfällt. Es ist eine ungeheure Arroganz dieser Gesellschaft, einem Teil von Jugendlichen zu sagen: Du bleibst dein Leben lang ungelerner Arbeiter, mehr schaffst du nicht.

Auf meine Initiative ist im Moment eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Wirtschaftsministeriums eingerichtet, die sich darum kümmert, ob wir nicht zusammen mit allen Beteiligten Modelle erarbeiten können, mit denen wir in Bonn initiativ werden können; denn das sind Bundesangelegenheiten. Aber ich sehe hier eine Chance der Koalition, endlich einmal einen Weg zu öffnen, der meiner Ansicht

(Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector)

nach für einen bestimmten Kreis von Jugendlichen dringend notwendig ist.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der Republikaner und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Schule ist immer nur so gut wie ihre Lehrerinnen und Lehrer. Daß wir die Bemühungen um die Lehrgewinnung verstärken müssen, ist mir völlig klar. Wir haben bei der Lehrgewinnung Fortschritte erzielt durch die Einführung eines Diplomgewerbelehrer-Studienganges in Karlsruhe und Stuttgart. Das war ein schweres Stück Arbeit. Wir haben zehn Jahre verhandelt. Endlich ist ein Knopf hingekommen. In diesen Studiengang können die Fachhochschulabsolventen unter attraktiven Bedingungen umsteigen, so daß wir glauben, in letzter Minute die Möglichkeit gefunden zu haben, den Lehrernachwuchs im Metall- und Elektrobereich sicherzustellen.

Die Kapazitätsausweitung für die Ausbildung der Diplomhandelslehrer in Mannheim und Hohenheim war wichtig und richtig. Es gibt dort jetzt 200 Studienplätze. Dazu kommen Einstellungsgarantien.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Auer?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ich kenne keinen Herrn Auer!)

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Ich würde Herrn Auer bitten, sich zu gedulden, bis ich am Ende meiner Ausführungen bin.

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut!)

Wir haben Einstellungsversprechen für qualifizierte Bewerber aus der Wirtschaft. Wir haben auch die Möglichkeit gehabt – ich muß schon die Vergangenheit anwenden – zu Sonderzuschlägen, die wir immerhin bis zum Ende dieses Jahres zahlen können, in Mangelberufen. Sie werden jetzt mit dem Nachtragshaushalt „wieder eingesammelt“ werden.

Ich denke, daß wir in der Lehrgewinnung und in der Fortbildung dazu beitragen können, die notwendigen technischen Innovationen im Unterricht durchzuführen.

Die Lehrerfortbildung im beruflichen Schulwesen sollte ja durch eine zentrale Akademie für Wirtschaft und Technik in Esslingen einen ganz besonderen Akzent bekommen. Wir sind mit dieser Akademie auf der Warteliste, was das Bauvorhaben betrifft, arbeiten aber in einem provisorischen Betrieb in Esslingen bereits sehr intensiv. Ich hoffe, daß wir sehr bald mit diesem Bauvorhaben beginnen können, falls sich anderes nicht realisieren läßt. Ich erachte die Akademie für Wirtschaft und Technik als außerordentlich wichtig für unsere Berufsschulen.

(Abg. Rebhan CDU: So ist es!)

Daß wir auch in der regionalen Fortbildung in Zusammenarbeit mit Industrie und Handwerk eine Menge Angebote machen, ist ebenso notwendig wie selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, jetzt zur Ressourcenlage: Wir haben in Baden-Württemberg die Meßblatten im beruflichen Schulwesen außerordentlich hoch gelegt, höher, als dies andere Bundesländer getan haben.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Wir haben 1993 bisher einen Rückgang um 4 000 Schüler. 1994 haben wir einen Rückgang um 3 000 Schüler. 1995 wird es nur einen Rückgang um wenige Schüler geben.

(Abg. Wintruff SPD: Dann geht es wieder aufwärts!)

– Dann geht es allmählich wieder aufwärts. Dennoch haben wir in die Berufsschulen neue Stellen gegeben: 1991/92 je 100, 1993/94 200 Stellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 70!)

Lieber Herr Wintruff, ich habe niemals versäumt, diese Zahl 200 zu analysieren. Wenn Sie Seite 35 des Berichts zum Staatshaushaltsplan anschauen, werden Sie die Zahl der Rückführungen finden: 100 Lehrer in die Gymnasien, 30 Lehrer in die Realschulen. Es gibt keine Veranstaltung, bei der ich nicht darauf hinweise, was sich hinter der Zahl von 200 Stellen – aber Stellen sind es immerhin – verbirgt.

(Abg. Zeller SPD: Es sind neue Stellen! – Abg. Wintruff SPD: Aber geändert hat sich nichts!)

Ich bin auch der Meinung, daß der Solidarbeitrag, den die Gymnasien in für die Berufsschulen schwierigen Zeiten geleistet haben, in Stufen wieder zurückgeführt werden muß, wenn auch die Gymnasien Schwierigkeiten haben. Wir vergleichen immer die Klassen 11 an beruflichen Schulen und an Gymnasien. Wenn wir an die Klassen 5 und 6 denken, von denen über 10 % an den Gymnasien heute mehr als 30 Schüler haben, wird klar, daß wir da zwar keinen Unterrichtsausfall, aber doch Engpässe haben, die erheblich sind.

Wir haben in den Jahren 1985 bis 1994 ein Minus von 83 256 Schülern an den beruflichen Schulen und ein Plus – da sind die Ausleihen, die wir zurückgeben, nicht eingerechnet – von 647 Lehrern.

(Abg. Wintruff SPD: Trotzdem hat keine andere Schulart Pflichtausfall, nur wir!)

– Herr Wintruff, wir können uns ja gut im Ausschuß unterhalten.

Ich weiß, daß wir ein Defizit haben. Dieses Defizit wird langsam, aber kontinuierlich abgebaut. Wir haben jetzt die Zahlen für das Schuljahr 1992/93. Da liegt der Unterrichtsausfall bei 7,8 %; im vorigen Schuljahr waren es 8,2 %. Das Defizit an Deputaten ist von 1 305 auf 1 207 heruntergegangen.

(Abg. Wintruff SPD: Die Zahlen stimmen doch alle zur Hälfte nicht!)

Die Entwicklung wird sich allmählich zum Besseren wenden.

Im übrigen wissen Sie so gut wie ich, Herr Wintruff, daß wir im beruflichen Schulwesen natürlich auch durch strukturelle Maßnahmen Einsparungen treffen müssen. Wir müssen den

(Ministerin Dr. Marianne Schultz-Hector)

Organisationserlaß so ändern, daß dieses Defizit von sich aus zusammenschmilzt. Wir haben Kleinstgruppen, wir haben aus gutem Grund auch in der dualen Ausbildung manchmal Klassenstärken von sieben, acht oder neun Schülern. Wir wollen die Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort so wenig wie möglich tangieren, aber wir werden dabei nicht bleiben können. Dann werden die Zahlen auch anders aussehen.

Ich habe schon erwähnt, daß wir für den S/E-Bereich mit dem Organisationserlaß für das neue Schuljahr eine Wochenstunde fest vorschreiben. Wir haben das Ziel, insgesamt 13 Stunden in einem kommenden Jahr einzuführen. Ich denke, auch in der Lehrerversorgung sind die langfristigen Perspektiven für die beruflichen Schulen nicht schlecht.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Insgesamt bin ich davon überzeugt, daß wir die Attraktivitätssteigerung des beruflichen Schulwesens noch lange als Schwerpunkt unserer Arbeit bezeichnen müssen, daß wir gemeinsam an Verbesserungen arbeiten müssen. Verbesserungen werden wir allerdings nicht ohne intensive Unterstützung durch Industrie und Handwerk erzielen können. Zu dieser Unterstützung gehören auch Aufstiegschancen für Leute aus der beruflichen Bildung. Aber ich denke, auch da werden sich Änderungen ergeben. Der Arbeitsmarkt insgesamt verändert sich gegenwärtig ja heftig.

Fazit: Alles in allem ist meine Prognose für die beruflichen Schulen nicht jubelnd. Das kann ich gegenwärtig wegen finanzieller Schwierigkeiten für keinen Schulbereich garantieren. Aber meine Prognose ist von verhaltenem Optimismus bestimmt. Das ist schon einiges in den Zeiten, in denen wir gegenwärtig leben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Frau Ministerin, Sie wollten Herrn Abg. Auer die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage geben.

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Ja.

Präsident Dr. Hopmeier: Auch Herr Abg. Wintruff wollte eine Zwischenfrage stellen.

Zunächst Herr Abg. Auer.

Abg. Auer REP: Frau Ministerin, ich setze voraus, daß Ihnen bekannt ist,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das ist nett!)

daß auch die Kommunen in ihren Durchführungshaushalten eine angespannte Haushaltssituation haben. Aus diesem Grund mußten die Zuschüsse der Kommunen an die Berufsfachschulen ja zurückgefahren werden.

Präsident Dr. Hopmeier: Eine Frage, bitte.

Abg. Auer REP: Was gedenkt die Landesregierung bzw. was gedenken Sie, Frau Ministerin, zu tun, um diesem Mißstand etwas abzuwenden, damit die Kommunen ihren Verpflichtungen gegenüber den Berufsfachschulen wieder nachkommen können?

Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Herr Auer, das liegt in der Verantwortung des Schulträgers. Die Schulträger erhalten die Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schüler und sind verpflichtet, für die entsprechende Ausstattung der Schulen zu sorgen. Das tun sie auch mit unterschiedlicher Ausprägung. Aber das liegt nicht in unserer Verantwortung.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, genau!)

Präsident Dr. Hopmeier: Jetzt Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, Sie haben im Organisationserlaß für das neue Schuljahr vorgeschrieben, daß an den Berufsschulen mindestens zehn Wochenstunden erreicht werden müssen. Wie wollen Sie das erreichen, wenn nach den gegenwärtigen Zahlen noch 46 % aller Klassen an den Berufsschulen zehn Wochenstunden und weniger erhalten? Wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie den Teilzeitberufsschulen nur 20 Deputate zuweisen wollen? Wie soll das möglich sein?

Ministerin für Kultus und Sport Dr. Marianne Schultz-Hector: Herr Wintruff, zunächst einmal gibt es auch einen erheblichen Prozentsatz von Klassen mit 12 und 13 Wochenstunden.

(Abg. Wintruff SPD: Um die geht es ja nicht!)

Wir haben die Zahl 12 als Fixzahl in den Mittelpunkt gestellt. Verbesserungen müssen auch durch Konzentration, was Gruppengrößen betrifft, und durch Konzentration im Vollzeitbereich erreicht werden, in dem wir in manchen Fällen noch sehr großzügig mit Ressourcen umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD - Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Situation der Textil- und Maschinenindustrie in Baden-Württemberg – Drucksache 11/915

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags 5 Minuten und für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Haasis CDU: Ich gehe davon aus, daß wir die Debatte beginnen können, auch wenn das zuständige Ministerium offensichtlich nicht vertreten ist.

(Haasis)

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wir machen das unter uns aus, Herr Haasis! - Abg. Weyrosta SPD: Doch, doch! Der Staatssekretär ist im Anmarsch! Sie wollten doch die Regierung nicht angreifen, Herr Kollege!)

- Ich stelle das nur fest. Ich sagte ja gerade, daß ich davon ausgehe, Herr Kollege Weyrosta, daß wir dennoch beginnen können. Ich hoffe aber, daß noch rechtzeitig ein Vertreter des zuständigen Ministeriums eintrifft. Es ist ja über Lautsprecher zu hören.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich sitze ja hier! Wir können anfangen! - Staatssekretär Brechtken betritt die Regierungsbank. - Vereinzelt Beifall - Ah-Rufe - Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht, weil es sich bei der Textil- und Maschinenindustrie nach wie vor um einen großen Produktionszweig in Baden-Württemberg handelt. Wir haben in diesem Industriezweig immerhin noch 94 000 Beschäftigte in Baden-Württemberg zu verzeichnen, wenn wir alle Betriebe, auch die mit weniger als 20 Beschäftigten, einrechnen. Damit liegt die Textil- und Maschinenindustrie nach den Hauptbranchen, die wir in Baden-Württemberg haben, nach wie vor an der vierten Stelle der Industriezweige in diesem Land, auch wenn wir zugeben müssen, daß in der Arbeitsstättenzählung 1970 bis 1987 die Zahl der Beschäftigten um nahezu die Hälfte abgebaut worden ist. Wir sind aber in Europa insgesamt nach wie vor die Textilregion, neben der Lombardei, die etwa die Stärke Baden-Württembergs erreicht.

5 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe befinden sich in dieser Branche. Wenn wir es im Land Baden-Württemberg regional sehen, haben wir noch sehr viel größere Konzentrationen, besonders in der Region Neckar-Alb - die Regierung hat in ihrer Antwort ja auch darauf hingewiesen, dort wieder in den Kreisen Balingen und Reutlingen.

Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber ich denke, man muß das im Hintergrund sehen, was die Entwicklung dieser Branche für die Region bedeutet, was es bedeutet, wenn nicht nur 54 % der Betriebe, sondern auch 52 % der Industriebeschäftigten in dieser Branche sind und diese Branche 50 % des gesamten Industrieumsatzes erwirtschaftet. Das heißt, daß diese Region davon existentiell abhängig ist.

Zum zweiten: Es ist die Branche, die nach wie vor die meisten Frauenarbeitsplätze aufweist: Im Textilgewerbe über 50 %, im Bekleidungs-gewerbe sogar über zwei Drittel der Arbeitsplätze, und das in Betrieben, die im Land, in dieser Region in der Fläche zerstreut sind. Das heißt, daß für die Frauen auch ortsnahe Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, die für den Zweiterwerb sehr wichtig sind.

Wir haben in der Textilindustrie keine Konzernbildung. Einerseits, glaube ich, können wir sagen Gott sei Dank, weil diese vielen kleinen und mittleren Betriebe sehr leistungsfähig und flexibel sind und sich schnell anpassen. Andererseits muß man ehrlicherweise dazusagen: Wenn ein großer Riese mit 90 000 Beschäftigten oder zweimal 40 000 Beschäftigten wackeln würde - siehe Stahl -, dann wäre in der Politik schon viel geschehen. Das heißt nicht, daß wir die gleichen

Milliardensubventionen wie für Kohle und für Stahl einfordern. Ich glaube aber, wir müssen verstehen, daß die Beschäftigten in der Textilindustrie fragen, weshalb in anderen Bereichen sehr viel geschieht, die Politik sofort läuft, in der Textilindustrie aber gar nichts geht. Zumindest haben die Beschäftigten oftmals diesen Eindruck.

Natürlich wissen sie, daß wir freie Marktwirtschaft haben, daß wir den freien Welthandel auch für andere Produkte brauchen, damit wir auch von Baden-Württemberg aus in andere Länder exportieren können. Wir sind ja auch sehr froh, daß diese Branche im Augenblick eine gute Konjunktur hat; vielleicht wider Erwarten. Bei manchen läuft die Textilindustrie im Augenblick relativ gut. Sie hat aber natürlich Kostenprobleme, wie es in anderen Branchen auch der Fall ist. Die Textilindustrie muß sich schon lange mit der passiven Lohnveredelung herumschlagen, aus Billiglohnländern hinzukaufen, damit sie noch bestehen kann. Das wird für unsere Arbeitsplätze hier in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit, eine weit größere Bedeutung haben, weil plötzlich andere Branchen - Automobilindustrie, Elektrobranche, Elektronik und viele andere - genauso davon betroffen sind und unter denselben Symptomen zu leiden haben. Das ist vielleicht auch eine gewisse Hoffnung für den Bereich der Textilindustrie, daß nun etwas geschieht.

Die Frage ist, was die Politik tun kann. Wir können sicher nicht ausschalten, daß jetzt in der Tschechei, in Polen, in Ungarn und auch in der früheren UdSSR zu einem Zehntel und weniger des Lohnes qualifizierte Arbeitsplätze angeboten werden. Hinzu kommen geringe Entfernungen, schneller Umschlag der Produkte. Hier hilft auch nicht, bei uns Lohn- oder Lohnnebenkosten zu begrenzen. Wir können nicht auf annähernd solche Größenordnungen kommen. Deshalb lautet die Frage: Gibt es andere Bereiche, wo die Politik etwas tun kann?

Ich will dazu zwei Themen ansprechen, darunter auch - Herr Staatssekretär Brechtken ein Thema, bei dem auch die Landespolitik, nicht nur die Bundespolitik, gefordert ist. Ich nenne die Frage der umweltbedingten Kosten für die Textilindustrie.

(Abg. Wieser CDU: O ja!)

Wir haben bei uns in Baden-Württemberg bei den abwasserintensiven Betrieben zwischenzeitlich eine Umsatzbelastung von etwa 6 % für Umweltauflagen. Die Vertreter der Gewerkschaft Textil - Bekleidung, mit denen ich diese Woche ein Gespräch geführt habe, sagten mir, daß wir, wenn das, was das Umweltministerium jetzt fordert, verwirklicht wird, in zwei Jahren bei mindestens 8 % sind. Im Elsaß, wo ja bekanntlich dieselben Vorschriften wie bei uns gelten, liegen die umweltbedingten Kosten bei nicht einmal 2 %. Ich will gar nicht von den Ostländern reden, wo es keinen Umweltschutz gibt: null Prozent. Wir wissen auch, daß wir im Bereich des Umweltschutzes nicht zurückgehen können. Wir müssen uns aber schon fragen, ob es da eine unterschiedliche Handhabung und Überwachung gibt, wenn im Elsaß gleiches EG-Recht wie bei uns gilt, oder an was es sonst liegt, daß wir hier das Vierfache an Kosten haben. Das verunreinigte Abwasser geht über den Rhein in dieselbe Nordsee, als würde es aus dem Schwarzwald oder über den Neckar aus dem Schwabenland kommen. Ich meine, hier ist die Politik schon gefordert, daß wenigstens in unmittelbarer

(Hausis)

Umgebung dieselben Bedingungen gelten und diese Bedingungen, wenn sie gelten, auch auf dieselbe Weise angewandt werden.

Der zweite Punkt betrifft uns selbst. Wir haben ja vorgesehen, daß wir die Abwasserförderung etwas zurücknehmen, indem wir die Anforderungen nach oben schrauben, also eine höhere Belastung pro Kopf und pro Einwohner zulassen, bis wir staatlich fördern. Das trifft natürlich auch die abwasserintensive Textilindustrie.

Der zweite Bereich, wo die Politik etwas tun kann, liegt aber mehr auf der Bundesebene. Die Textilindustrie - sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber und Textilverbände - bekennt sich zur freien Marktwirtschaft und zum freien Wettbewerb. Sie sagen auch selbst, sie hätten keine Probleme, wenn es diesen freien Wettbewerb tatsächlich geben würde. Tatsache ist aber, daß wir nicht nur dieses Umweltdumping und das Lohndumping haben, sondern daß auch die Marktzugangsvoraussetzungen unterschiedlich sind. In den USA bestehen höhere Zölle als beispielsweise in der EG auf Waren, die aus Asien oder anderen Ländern kommen. Wir wissen, daß die Türkei ihren Betrieben sehr hohe Exportsubventionen zahlt. Diese subventionierten Waren werden dann von uns billig importiert. Damit werden bei uns Arbeitsplätze vernichtet. Nun weiß die Textilindustrie - auch wir wissen das -, daß neue Schranken hier keine Lösungen sind. Man muß aber schon überlegen, ob man nicht versucht, gleiche Zugangsvoraussetzungen zu schaffen.

Wenn wir wissen, daß in China Millionen von Menschen in Strafgefangenenlagern zum Nulltarif arbeiten und Textilien herstellen, die bei uns auf den Markt kommen, müssen wir uns schon fragen, ob wir uns - auch im Sinne der Menschenrechte - einen Gefallen tun, wenn wir das System stärken, indem wir von dort riesige Quoten in unser Land zulassen und damit zu einem ungerechten Wettbewerb kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Auch hier haben die USA, die sich auch zum freien Weltmarkt und zum freien Wettbewerb bekennen, einen Riegel vorgeschoben, haben auf diesem Gebiet gehandelt. Ich glaube, daß auch das überprüft werden müßte.

Ein dritter Punkt: Ich bitte die Landesregierung, im Bund in Richtung EG einmal zu überprüfen, ob es stimmt, was uns sowohl von den Arbeitgebern, den Textilverbänden, als auch von Gewerkschaften gesagt wird, daß die im Rahmen des Handels festgesetzten Quoten in Deutschland am Jahresende offenbar immer wieder überschritten werden, daß dann, wenn Quoten europaweit noch nicht erfüllt sind, Deutschland diese Quoten auf sich nimmt und man so dazu kommt, daß zum Teil bis zu 50 % der Europa zugeteilten Quote für Waren, die aus Billiglohnländern kommen, zum Schluß in Deutschland landet, daß wir also Waren aufnehmen, die die anderen zum Schutze ihrer Arbeitsplätze abblocken. In Deutschland wird das dann ausgetragen. Auch hier wäre die Bitte, daß die Regierung nochmals überprüft, ob die Angaben stimmen.

Wenn die Angaben stimmen, meinen wir, daß unsere Industrie, unsere Arbeitnehmer hier den gleichen Schutz verdient

haben wie andere in Frankreich oder in angrenzenden Ländern.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Ich betone nochmals, daß dies nicht bedeutet, die Grenzen dichtzumachen. Wir sind darauf angewiesen, daß wir in vielen Branchen auch exportieren können. Auch die Textilindustrie exportiert ja, wenn auch nur in geringem Umfang. Es müssen aber gleiche Voraussetzungen gelten.

Ich will noch ein Letztes sagen: Ich glaube nicht, daß die Textilindustrie vor einer unüberwindlichen Krise steht; nicht daß dieser Eindruck entsteht. Ich glaube, daß sie sehr gute Chancen hat, in Deutschland, auch in Baden-Württemberg und anderen Regionen, zu bestehen, denn wir haben hervorragende Voraussetzungen durch jahrzehntelange Traditionen. Wir haben begleitende Industrien bis hin zur Textilmaschinenindustrie, die von dieser engen Tuchfühlung im wörtlichen Sinne zu den Herstellern von Textilien lebt. Firmen, die davon leben, daß sie weltweit exportieren können. Firmen, die 90 % exportieren. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft diese produzierende Textilindustrie. Nur dann werden wir auch Dienstleistungen, die mit der Textilindustrie verbunden sind, innerhalb der Bundesrepublik halten können. Wir brauchen dieses Ineinandergreifen im Markt. Ich glaube nicht, daß wir uns vormachen können, wir würden Arbeitsplätze im begleitenden Bereich im Dienstleistungsbereich behalten können, wenn wir andererseits die Produktion auf Dauer ins Ausland verlären. Wir brauchen sie auch in der regionalen Streuung des Landes.

Deshalb auch hier die Bitte an die Regierung, die vorgenannten Punkte mit zu unterstützen. Ich glaube, es ist mit den Gesprächen, die die Regierung im April dieses Jahres eingeleitet hat, ein guter Ansatzpunkt gegeben, um zu gemeinsamen Auffassungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern zu kommen. Ich glaube, daß es zur Zeit kaum eine Branche bei uns im Land gibt, wo die Auffassungen so übereinstimmen, wie das bei der Textil- und Maschinenindustrie der Fall ist.

Die Initiative, die Herr Dr. Sanwald, ausgehend von der Calwer Textilindustrie, aber für baden-württembergische, deutsche Verbände gestartet hat, wurde auch uneingeschränkt, auch von den Gewerkschaften, unterstützt, nämlich eine gemeinsame Marktzugangsvoraussetzung zu schaffen, die er in einer Magna Charta für den Welttextilhandel festgelegt hat, und zwar mit Verbänden und Gewerkschaften in Europa, Japan, USA und Mexiko. Ich denke, daß das ein einmaliges Ereignis ist. Wenn es gelingt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus diesen Ländern zu einem gemeinsamen Abkommen kommen, dann müssen wir versuchen, dem in der Politik auch Rechnung zu tragen und Geltung zu verschaffen.

Es war unser Ziel, mit diesem Antrag darauf erneut aufmerksam zu machen und die Regierung zu bitten, alle ihre Möglichkeiten in Bonn und in Brüssel zu nutzen, um darauf hinzuwirken, daß dies im Hinblick auf Arbeitsplätze, die wir in Baden-Württemberg auch in der Zukunft dringend brauchen, geschieht.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Weyrosta.

Abg. Weyrosta SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Unbarmherzigkeit des freien Marktes zeigt sich bei der Beurteilung der Situation der Textilwirtschaft. Es entsteht aus unseren Sorgen und Ängsten heraus natürlich das Bedürfnis, da steuernd, lenkend und schützend einzugreifen. Aber das muß behutsam geschehen, denn wir dürfen die Grundsätze, denen wir uns alle unterworfen haben, nicht verletzen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Genau! Koalitionsvertrag und Marktwirtschaft!)

„Textil trägt düstere Farben“, „Textilindustrie in der Klemme“, „Insgesamt besorgniserregend“ sind die Schlagzeilen der letzten Tage in den Wirtschaftsteilen unserer Gazetten gewesen. Und es ist auch so: Von Januar bis Juli 1992 sind 4 153 oder 5,1 % der Arbeitsplätze in der Textilindustrie im Land verlorengegangen. Es sind namhafte Textilunternehmen betroffen. Ich will mir die Aufzählung der Namen hier ersparen.

Am 29. Januar 1986 habe ich im Namen der Fraktion hier zum gleichen Thema ausgeführt, daß sich die Wirtschaftspolitik des Landes - damit war bereits angezeigt, daß wir das alle miteinander machen müssen - um die Lage der einheimischen Textilindustrie sehr sorgen. Wir haben uns damals als das Textilland Nummer eins bezeichnet. Wir sind damals, 1986, noch von 77 000 Beschäftigten ausgegangen. Wir haben damals gemeint, daß der verbliebene Kern der Textilbranche die Strukturkrise in der Hauptsache, meist aus eigener Kraft und mit bewundernswerter Kreativität, bereits hinter sich gebracht habe. Das war ein Irrtum. Die Situation verschärft sich, und der Arbeitsplatzabbau geht weiter. Heute sind es noch 55 900 Beschäftigte. Es entstehen, wie Kollege Haasis gesagt hat, außerordentliche regionale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus im Bereich der Schwäbischen Alb, im Kreis Tübingen/Reutlingen, am Hochrhein, aber auch in Ostwürttemberg. Die traditionellen Frauenerbeitsplätze gehen gerade in solchen Regionen verloren. Ersatz ist einfach nicht in Sicht. Das heißt, daß sich die Arbeitsmarktsituation in diesen Regionen außerordentlich erschweren wird. Die Textilindustrie ist sozusagen im Schraubstock zwischen den Billiglohnländern, den Binnen- und den Weltkonjunkturkoordinaten und den Währungsturbulenzen.

Der Berichtsantrag beschränkt sich auf Fragen. Das hat sicherlich seinen Grund - ich sage das nicht kritisch -, weil vor dem Hintergrund der weltweiten Strukturverwerfungen, die wir im Produktionsbereich haben, natürlich schon Ratlosigkeit eingekehrt ist. Zwar ist das vierte Welttextilabkommen bis Ende 1993 verlängert worden, aber die GATT-Eingliederung hat noch nicht stattgefunden, und ich fürchte, daß sie auch nicht stattfinden wird. Das wirkt natürlich unheimlich erschwerend und beengt unsere Möglichkeiten im Lande. Der Markt wird eng.

Die Textiler befinden sich also seit Anfang der siebziger Jahre in einem Strukturanpassungsprozeß. Schon 1972 begann das große Schrumpfen.

Die Landesregierung unterstützt, wie sie schreibt, mit flankierenden, aber manchmal auch nur mit psychologischen

Maßnahmen. Trotzdem betrug die Auftragsrückgänge bei der Nettoproduktion im Jahre 1992 7,3 %. Kurzarbeit macht sich breit.

Viele neue Wege wurden beschritten: Ankauf von Fertigbekleidung, ein verbessertes modisches Design, der stärkere Einstieg in die Industrietextilien

(Zurufe der Abg. Kuhn GRÜNE und Dr. Döring FDP/DVP)

und auch die Entdeckung neuer, ökologischer, dem Menschen zweckdienlicher natürlicher Rohstoffe. Die Regierung unternimmt Unternehmens- und Infrastrukturförderung innerhalb der Möglichkeiten, die uns die Europäische Gemeinschaft läßt. Die einzelbetriebliche Regionalförderung muß zurückgeschnitten werden.

(Abgeordnete der GRÜNEN unterhalten sich mit Abgeordneten der FDP/DVP.)

- Es ist interessant, daß ich hier jetzt eine Debatte darüber ausgelöst habe, wer die modischste und umweltfreundlichste Krawatte trägt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Brechtken! - Abg. Weimer SPD: Der Staatssekretär!)

Die Erschließung von neuen Gewerbegebieten und die Einrichtung von Gewerbehöfen und Gründerzentren kann eigentlich keine spezielle Antwort auf die Probleme der Textilindustrie sein, denn die EG - ich sagte es schon - erkennt regionale Fördergebiete nicht an.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Zum Beispiel Herr Deuschle trägt heute nur Sondermüll! Heiterkeit bei den GRÜNEN und der FDP/DVP Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf doch um etwas mehr Ruhe bitten. - Bitte, Herr Abg. Weyrosta.

Abg. Weyrosta SPD: Das Interesse steht und fällt mit der Sachkundigkeit, Herr Kollege Schlauch.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

- Ich weiß, das tut Ihnen weh.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

1985 ist eine Expertenkommission Textil gegründet worden. Die Erfolge waren mehr kommentierend. Die mittelfristige Konzeption, die 1986 aus dem Schoß der Regierung kroch, hat das Problem auch nicht gelöst. Das Spitzentreffen, das vor wenigen Wochen oder Monaten stattgefunden hat, bringt auch keine absolute Sicherheit, kann auch keine absolute Sicherheit bringen. Das heißt, die Textilindustrie führt uns eigentlich exemplarisch wie andere Branchen der Wirtschaft in das Spannungsfeld zwischen Hoffnung und Realität.

Bei den GATT-Verhandlungen, bei denen von vielen gefordert wurde, daß ein Antidumpingverfahren eingebaut werde, daß Sozialklauseln zum internationalen Ausgleich geschaffen werden, daß gegen den Musterklau angegangen werde, werden wir große Frustrationen erleben, weil die GATT-Teilnehmer natürlich nicht die Absicht haben, dort konkret sol-

(Weyrosta)

che Einschnitte vorzunehmen. Die Regierung selbst schreibt deswegen ja auch, Herr Kollege Haasis, daß es keine dramatischen Änderungen in der Beurteilung der Situation der Textilindustrie geben werde. Das ist einer der Schlußsätze der Stellungnahme.

Ich will nur noch einmal auf China zurückgreifen, nicht weil da gerade ein aktueller Anlaß besteht, sondern weil dort 24 Millionen Spindeln rasseln und 700 000 Webstühle klappern. Die chinesische Regel der Textilwirtschaft sagt: „Bei einem Konflikt zwischen Export und Produktionskosten ist der Export als das wesentliche Ziel anzugehen und sind die Produktionskosten subsidiär.“ Was heißt denn das? Das heißt, daß der Staat sich mit den Kosten praktisch nicht beschäftigt, sondern sie in den Bereich der Subvention hinüberschiebt.

Ich werde mich hüten, Herr Kollege Bütikofer, hier das Repertoire chinesischer Schimpfwörter zu benutzen, wo von „übelriechenden hundertjährigen Schildkröteneiern“ die Rede ist. Nein, das will ich nicht tun, denn die Lage ist zu ernst. Der Wettbewerb gegen Lohnanteile von 3 bis 10 % durch Massenwarenproduktion ist unmöglich. Deswegen kann sich die baden-württembergische Textilindustrie nur auf Qualität, Design, auf ökologische Produktion, auf ökologische Produkte stützen. Wir sind die Boutique, nicht das Kaufhausregal.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was hat das mit Schildkröteneiern zu tun, Herr Kollege? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Weyrosta, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Weyrosta SPD: Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. Ich bin oft unterbrochen worden.

Die Primitivkonzepte, die Maschinenlaufzeiten zu verändern oder an das Lohngefüge zu gehen, finden ja nicht die Zustimmung derjenigen, die sich wirklich mit der Sache zu beschäftigen haben.

(Abg. Haasis CDU: Das ist aber schon ein Thema!)

- Ja, ja. Nur ist das nicht die Lösung des Problems. Ich war dankbar, daß Sie sogar selbst darauf hingewiesen haben.

Die Textilindustrie ist, wie ich gesagt habe, der Vorläufer anderer Branchen, und deswegen steht die Wirtschaftspolitik des Landes vor ihrer ernstesten Bewährung. Im Wirtschaftsausschuß werden wir uns noch einmal in allen Einzelheiten mit den Einzelforderungen zu beschäftigen haben.

Es ist sehr interessant, daß es eine große Koalition zwischen Unternehmern, Gewerkschaften, CDU und SPD in der Vertretung der gemeinsamen Interessen gibt. Bei allem Optimismus, der uns auszeichnen muß, wenn wir über Wirtschaftsfragen im Lande reden, müssen wir sehen: Die Textilindustrie geht auch künftig einen schweren Gang, und es muß das Gefühl entstehen, daß wir sie dabei nicht allein lassen, denn es geht letzten Endes um die Wirtschaftskraft unseres Landes und um diejenigen, die dort Arbeit und Brot finden.

Ich danke Ihnen für das Interesse.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schaal.

Abg. Schaal REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zu diesem ernsten Thema komme, muß ich doch zugeben, daß Mode und Spaß schon miteinander zu tun haben. Es ist selbstverständlich so: Die Mode bietet so viel Freiheit, daß jeder das anziehen darf, wovon er glaubt, daß es ihm am besten paßt, und davon machen Sie auch regen Gebrauch.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Aber keinen Sondermüll! Der ist nämlich entsorgungspflichtig! - Heiterkeit)

Modelfreiheit und Spaß gehören schon zusammen.

(Abg. Schlauch GRÜNE zu Abg. Deuschle REP: Der grüne Punkt nimmt dieses Jackett nicht an! – Abg. Dr. Schlierer REP: Haben Sie kein Jackett, Herr Schlauch? – Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist das ein DDR-Zeichen, was Sie da anhaben?)

Ich möchte jetzt zur Sache Stellung nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf doch um Ruhe bitten.

Abg. Schaal REP: Es ist nicht leicht, bei diesem Thema gelassen zu bleiben. Über 25 Jahre habe ich selbst im mörderischen – vielleicht sagen wir besser: ruinösen – Wettbewerb dieser Branche mit dem Rücken zur Wand gekämpft, sagen wir: gearbeitet.

Politiker können Unternehmer nicht ersetzen. Man kann ihnen diese schwere Aufgabe nicht abnehmen. Allerdings hat bereits im Jahr 1978 – ich habe die Zeitung mitgebracht – die Bundesregierung eine Anzeigenkampagne gestartet, in der damals die SPD unter Kanzler Schmidt geschrieben hat: „Frau Müller kauft ein Hemd aus Ceylon. Das sichert ihrem Mann die Arbeit.“

(Abg. Kuhn GRÜNE: Warum heben Sie so etwas auf?)

Da unten heißt es – ich will nicht die ganze Anzeige vorlesen –:

Die Arbeitsplätze, die wir langfristig durch Einführen von Konsumgütern verlieren, müssen wir dort wettmachen, wo wir stark sind ...

Spätestens nach dieser Anzeige war auch dem optimistischsten Textilunternehmer klar, daß er von Regierungsseite nichts zu erwarten hat.

(Abg. Haasis CDU: Da war die CDU nicht dabei!)

Das Vertrauen war verloren. Die Textilunternehmer wandten sich dann, kühl rechnend, anderen Ländern zu. Die Luft war in der Branche damals heraus.

Das Presse- und Informationsamt hat diese Anzeige bezahlt, also der Staat.

(Schaal)

Im Grunde genommen ist eine Produktion in Deutschland bei der derzeitigen Marktlage fast nicht zu vertreten. Allein im Landkreis Reutlingen wurden 1993 schon 800 Arbeitsplätze abgebaut, 1 609 Personen meldeten sich im vergangenen Monat arbeitslos, davon 1 014 Textiler.

Herr Klaus Steilmann, Europas größter Konfektionär, läßt unter anderem auch in der Ukraine fertigen, wo die Arbeitsminute 3 Pfennig kostet. Jetzt ist er Generalkonsul der Ukraine.

Wir befinden uns trotz aller Beschönigungsversuche in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise. Unser so eng geknüpft- soziales Netz ist wesentlich auf Pump durch den Staat finanziert. Die Rezession und der wachsende Export von Arbeitsplätzen ins Ausland zwingen zu einem entschiedenen Kurswechsel in der Politik.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Der erste Antrag der CDU stammt vom 9. Dezember 1985, Drucksache 9/2457. Die Landesregierung hat damals Sonderregelungen für einzelne Branchen abgelehnt. Am 8. April 1991 machte die SPD - Drucksache 10/5022 - einen Vorstoß. Über die zu erwartenden Strukturveränderungen sollte berichtet werden, und ein Förderkatalog für Baden-Württemberg sollte erstellt werden. Am 7. Mai nahm das Ministerium Stellung zur Frage der Strukturveränderung.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Im Hinblick auf den bevorstehenden Europäischen Binnenmarkt lautet die Antwort - ich zitiere -: „Bei der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarkts sind keine gravierenden Strukturveränderungen zu erwarten.“ Welch eine Fehleinschätzung!

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die Zahl der Beschäftigten hatte sich schon damals - Herr Weyrosta hat es vorhin erwähnt - von 1985 bis 1990 von rund 76 000 um 13 000 auf 62 000 verringert. Die Landesregierung verweist auf Investitionen der Jahre 1980 bis 1987. Der Ausbau der textilen Forschungseinrichtungen ist zu loben. Sie sieht auch jetzt keine Notwendigkeit, einen weiteren Förderkatalog vorzulegen - nochmals Drucksache 10/5022.

Mit dem heutigen Antrag der CDU wiederholt sich das Frage-und-Antwort-Spiel.

Noch 1991 stellte die Textilindustrie nahezu 30% der Beschäftigten. Nach der Lombardei galt Baden-Württemberg als größte Textilregion Europas.

Der Textilstandort Baden-Württemberg ist am Zusammenbrechen. Die Region Neckar-Alb oder Teile davon sind nicht als EG-Fördergebiet anerkannt. Die Regierung, jetzt mit Wirtschaftsminister Spöri, erwartet keine dramatischen Veränderungen. Zusätzliche Initiativen seien daher nicht erforderlich.

In der Zwischenzeit ist die Beschäftigungszahl weiter beängstigend zurückgegangen. Besonders Frauen sind von der hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Das Klima zwischen Politik und Wirtschaft ist katastrophal. Seit Jahren redet man über Probleme, nichts geschieht. Herr Maurer, SPD, spricht vom

„Zukunftsmodell Baden-Württemberg“. Der Textilsektor darf hier nicht ausgeschlossen sein. Nur durch eine Beschleunigung des Forschungs- und Entwicklungsprozesses, durch Verkürzung der Produktion und durch eine Dynamisierung des Verkaufs kann ein Neuanfang riskiert und empfohlen werden.

Von den Teilnehmern der am 1. April durchgeführten „Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Politik“ wurden Vorschläge gemacht, die jetzt ohne Verzögerung umgesetzt werden sollten. Einige Beispiele: Förderung von Exportbemühungen, Beratung, Information, Unterstützung bei Liquiditäts- und Kapitalproblemen, Mode-Design, bessere Ausbildungsqualität.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Renz.

Abg. Renz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Baden-Württemberg hat kein Industriezweig in der Vergangenheit einen dermaßen massiven Strukturwandel hinter sich gebracht wie die Textilbranche und die mit ihr zusammenhängenden Gewerbe. Die Verlierer des Wandels waren die Textilregionen und ihre Beschäftigten. Die Politik hat sich recht wenig um sie gekümmert. Das kommt mit Sicherheit auch daher, daß es sich zu einem großen Teil um Frauenarbeitsplätze handelt.

Eine Prognose über die weitere Entwicklung der Textilbranche in Baden-Württemberg läßt sich nicht abgeben. Ich denke, es wird entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, die vorhandenen Chancen aktiv zu nutzen. Die Chancen liegen - das zeigt gerade die Erfahrung aus der Vergangenheit - in der differenzierten Qualitätsproduktion. Es gibt eigentlich keine Chancen in der Massenproduktion. Die baden-württembergische Textilindustrie kann im direkten Wettbewerb um Massenware, im reinen Kostenwettbewerb, nicht gewinnen. Mit der Öffnung der Grenzen gen Osten gilt das mehr als jemals zuvor.

Wenn ich das sage, will ich nicht, Herr Haasis, die Bedeutung der Kostenprobleme herunterspielen, auch nicht die international unterschiedlichen Markt Zugangsbedingungen. Das sind wichtige Daueraufgaben. Es geht mir vielmehr darum, daß die Konzentration auf den Kostenwettbewerb leicht den Blick auf neue Perspektiven verstellt.

In einer Pressemitteilung anlässlich seiner Mitgliederversammlung im März dieses Jahres beklagt der Verband der Textilindustrie die steigenden Kosten für den Umweltschutz. Wörtlich heißt es da - ich möchte das zitieren -:

Dies dient zwar einem guten Zweck. Die enormen Belastungen wirken sich aber im internationalen Wettbewerb zunehmend nachteilig aus.

Meine Damen und Herren, genau so stimmt das nicht. Herr Haasis, es stimmt dann, wenn man nur diesen aussichtslosen Wettbewerb um Massenprodukte im Auge hat. Für die Textilindustrie in Baden-Württemberg geht es aber darum, in der Konkurrenz mit den europäischen Textilregionen, wie zum Beispiel der Lombardei, neue Felder zu besetzen.

(Renz)

(Abg. Haasis CDU: Da können wir nichts lernen!)

In dieser Konkurrenz stellt die Umweltverträglichkeit von Produkten und Produktionsweisen ein herausragendes Qualitätsmerkmal dar. Umweltschutzkosten sind dann Entwicklungskosten und Investitionen in die Zukunft.

Schon heute ist Öko-Controlling nicht mehr nur imagefördernd, sondern es senkt bereits real die Kosten. Öko-Design, Öko-Mode sind im Trend.

(Abg. Haasis CDU: Das kann natürlich auch eine Qualitätsfrage sein!)

Natürlich ist da vieles ungelöst. Die Textilindustrie ist der abwasserintensivste Einleiter, rangiert noch vor der chemischen und der Zellstoffindustrie. Die Verbraucher werden zunehmend sensibel wegen der Chemie im Kleiderschrank. Die Bezeichnung „100 % Baumwolle“ auf dem Etikett eines Kleidungsstücks ist schon längst kein Qualitätszeichen mehr. Bei 8 000 Stoffen ohne Deklarationspflicht im Textilhilfsmittelkatalog ist eine andere Kennzeichnung notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sollten Öko-Labels entwickelt werden. Sie sollten aber so entwickelt werden, daß sie transparent sind und nicht zu einer Nivellierung auf dem niedrigen Niveau führen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Gibt es doch!)

- Ja, die gibt es jetzt ansatzweise.

Genau diese Qualitätsstaffelung fördert den Wettbewerb um Qualität.

Es mag sein, daß ein weiterer Rückgang der Textilbranche an den Standorten in Baden-Württemberg nicht zu vermeiden ist. Niemand sollte aber ausschließen, daß durch eine Ökologisierung ein Wendepunkt erreicht werden kann, wenn der skizzierte Weg nicht halbherzig, sondern konsequent eingeschlagen wird. In jedem Fall gilt es die Chance zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Döring.

(Am Rednerpult liegt noch das Manuskript eines Vorredners. - Abg. Weimer SPD: Lesen Sie doch das mal vor!)

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein, ich will das nicht vorlesen. Ich weiß nicht, wer das liegen gelassen hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Kollege Haasis zu Recht darauf hingewiesen hat, daß die Situation angespannt ist. Ich hätte mir aber schon gewünscht, daß er im Antrag nicht nur drei Fragen stellt, sondern auch den einen oder anderen konkreten Vorschlag macht, wie man zu einer besseren Situation kommen könnte.

(Abg. Haasis CDU: Bringen Sie doch ein bißchen was!)

Uns kann es nicht gleichgültig sein, daß 1992 10 % Arbeitsplätze verlorengegangen sind, daß seit 1975 eine Halbierung

des Personalbestands in der Textilindustrie stattgefunden hat. Bezüglich des Umsatzes war 1992 ein Rückgang von über 5 % zu verzeichnen. Da wir in Baden-Württemberg die Hauptbetroffenen sind, ist das natürlich für den Landtag ein ganz entscheidendes Thema. Ich glaube allerdings im Unterschied zu Vorrednern, daß da nicht nur kleine Korrekturen helfen, wie sie angedeutet worden sind. Wir brauchen schon ein paar größere, einschneidende Maßnahmen. Ich will Ihnen einige davon aufzählen.

Herr Weyrosta, ich bin gleich bei meinem ersten Punkt im Unterschied zu Ihnen der Meinung, daß wir eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes brauchen. Ich denke auch, daß die Textilindustrie seit Jahren zu Recht darauf drängt, daß das gesetzliche Verbot der Sonntagsarbeit gelockert wird, nicht gänzlich aufgehoben wird, aber gelockert wird. Es wird angeführt, daß bis zu 3 Millionen DM in einen Arbeitsplatz investiert werden müssen.

(Abg. Haasis CDU: Das ist nicht die Breite der Textilindustrie! Das sind bloß die Spinnereien! Die gibt es bald nicht mehr in Deutschland!)

Dann müssen wir auch darauf achten, daß eine Maschinenlaufzeit ermöglicht wird, die diese Amortisierung erreicht. Es geht nicht darum, das Verbot insgesamt zu beseitigen, sondern darum, daß in den Bereichen der Wartung, der Steuerung und der Überwachung der sonntags durchlaufenden sehr teuren Maschinen Mitarbeiter beschäftigt werden können. Sie wissen, daß es sich dabei gerade um 3 bis 4 % der Beschäftigten im Textilbereich handelt. Natürlich soll das auf freiwilliger Basis geschehen. Ich bin mir sicher, daß Sie diese 3 bis 4 % bei freiwilliger Öffnung der Sonntagsarbeit finden. Hier bestehen mit der bisherigen Regelung Nachteile für unsere Textilindustrie, während wir feststellen müssen, daß es in allen europäischen und überseeischen Konkurrenzländern die Siebentagewoche gibt.

(Abg. Renz GRÜNE: In der Ukraine!)

In der deutschen Textilindustrie sind die jährlichen Maschinenlaufzeiten 6 300 bis 6 600 Stunden. In anderen Ländern sind es 7 000 bis 8 000 Stunden. So ein Unterschied muß erst einmal irgendwie aufgeholt werden. Das ginge unter anderem durch die Öffnung, die ich eben beschrieben habe.

(Abg. Weyrosta SPD: Aber Sie reden nur vom Spinnereibereich, Herr Kollege, nicht von der Textilindustrie insgesamt! - Abg. Dr. Puchta SPD: Der kennt sich nur beim Spinnen aus! - Abg. Renz GRÜNE: Daß Sie die Masche bringen, hätte ich nicht gedacht!)

Als zweiten Punkt möchte ich etwas zu den Anforderungen im Umweltbereich sagen. Niemand - auch die Textilindustrie nicht - will diese Umwelanforderungen zurückschrauben, aber wenn wir schon diese hohen Anforderungen haben, wird man bei der Harmonisierung auf EG-Ebene wohl größere Anstrengungen erwarten dürfen. Niemand will hinter die Standards zurückgehen, aber man will wenigstens, daß sie auch in anderen Bereichen angehoben werden und daß nicht zusätzlich der Ihnen bekannte Anhang 38, der weitere Belastungen für die heimische Textilindustrie mit sich brächte, beschlossen wird, ohne daß die Textilindustrie bei

(Dr. Döring)

der Realisierung beteiligt wird. Deswegen ist eine Harmonisierung in diesem Bereich ganz entscheidend.

(Abg. Weyrosta SPD: Ihr Freund Bangemann muß das schon seit mehreren Jahren machen! Man hört nichts von ihm!)

Der dritte Punkt – Sie sprechen gerade den Bangemann an – hängt mit der EG zusammen. Die von der EG geplante Änderung über den wirtschaftlichen passiven Lohnveredlungsverkehr brächte ebenfalls weitere Einschränkungen und Reduzierungen für die heimische Textilindustrie mit sich. Deswegen soll der genannte Herr unserer Meinung nach mit der EG-Kommission dafür Sorge tragen, daß es hier nicht zu weiteren Einschränkungen kommt.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist eine geschickte Trendwende! – Abg. Haasis CDU: Kennen Sie den? Wen meinen Sie da?)

– Er ist mir namentlich bekannt.

(Abg. Weyrosta SPD: So geschickt ist der Döring immer!)

Meine Damen und Herren, Sie haben meinen vierten Punkt im Vorgriff schon abgelehnt, aber ich halte ihn für wichtig, nämlich einen zweiten, ans untere Lohnniveau anschließenden Arbeitsmarkt zu schaffen. Das sollte ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Arbeitsplätze für diejenigen Menschen, die keine höherwertige Arbeit verrichten können, müssen entsprechend niedrig bezahlt werden. Dazu brauchen wir natürlich teilweise eine Lohnsubventionierung, aber es profitieren alle drei Beteiligten: der Arbeitgeber, der, der in Arbeit kommt, und der Staat, weil er für denjenigen, den er dadurch in Arbeit setzen kann, über die Lohnsubventionierung natürlich weniger bezahlen muß als für einen Arbeitslosen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie sind doch für Subventionsabbau! Wie bringen Sie das unter ein Dach?)

– Ich bringe es unter ein Dach, weil es sich unter dem Strich rechnet. Wir sagen ja nicht von allen Subventionen von vornherein, sie seien grober Unsinn.

(Abg. Weyrosta SPD: Das haben Subventionen immer an sich, daß sie sich rechnen!)

Sie müssen sinnvoll sein und sich rechnen. In diesem Bereich rechnen sie sich unter dem Strich, und deswegen muß man diese Überlegung ernsthaft in Erwägung ziehen.

Ich komme zu meinem vorletzten Punkt: die Forderung verschiedener Seiten nach einer Sozialklausel im Welttextilabkommen zur Verhinderung von Sozialdumping, was für uns bezüglich der Preise und des Lohnniveaus wichtig ist. Das wird von unserer Seite unterstützt. Forderungen nach einem Verbot von Kinderarbeit, eine Festlegung eines Mindestalters für die Beschäftigung auf 15 Jahre, die Forderung auf Zulassung freier und unabhängiger Gewerkschaften und die Pflicht, deren Tätigkeit nicht zu behindern, gehören längst zum allgemeinen Standard und müssen deshalb auch im Welttextilabkommen in einer Sozialklausel enthalten sein.

Mein sechster und letzter Punkt: Es geht darum, die heimische Textil- und Maschenindustrie bezüglich ihrer Innovationsfähigkeit massiv zu unterstützen. In der Antwort der Landesregierung auf diesen Berichtsantrag sind Ansätze dazu zu erkennen.

Aber einfache Korrekturen werden nicht ausreichen. Kollege Weyrosta und Kollege Renz. Wir brauchen ganz konkrete und weitreichende Verbesserungen.

(Abg. Renz GRÜNE: Welche?)

wie ich sie gerade vorgeschlagen habe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium.

Staatssekretär Brechtken: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für die Diskussion, denn es gab in einer großen Zahl von Punkten, vor allem in der Beurteilung der Analyse, aber auch bei der Frage, wo Landespolitik diesen Wirtschaftsbereich stützen kann, eine Übereinstimmung.

Die neuesten Zahlen, die etwa das erste Vierteljahr 1993 umfassen, zeigen ganz deutlich, daß sich unterhalb der Zahlen der konjunkturellen Entwicklung, die auch am Textilbereich nicht spurlos vorbeigegangen ist, der Strukturwandel im Textilssektor deutlich beschleunigt hat.

Im Vergleich zu 1991 mußten Rückgänge von 5,3 % beim Umsatz, 7,3 % beim Auftragseingang und 7,8 % bei der Produktion sowie 7,1 % bei der Beschäftigung hingenommen werden. Dies sind deutliche und dramatische Zahlen. Im Jahresdurchschnitt zählte die Textilindustrie 1992 noch rund 56 000 Beschäftigte. Auf die Maschenindustrie entfielen mit rund 24 000 Beschäftigten rund 43 % der in der Textilindustrie Beschäftigten.

Die Maschensparte verzeichnete 1992 beim Vorjahresvergleich unter dem Durchschnitt des Textilgewerbes liegende Rückgänge von 5,2 % bei der Beschäftigung und 3,3 % beim Umsatz. Der Maschenverband sieht insoweit die vor allem im Land konzentrierten Hersteller von Maschenware im Vergleich zu anderen Textilsparten noch relativ günstig. Für 1993 zeigt sich der Verband angesichts anhaltender maschenfreundlicher Modetrends vorsichtig optimistisch, wobei eine weiterhin gespaltene Konjunktur mit mäßigen Geschäften bei Maschenrohware und freundlicheren Aussichten bei Fertigwaren erwartet wird. Das vermag allerdings keinesfalls den Blick darauf zu verstellen, daß die Textilindustrie gegenwärtig vor großen Herausforderungen der Überwindung konjunktureller und struktureller Schwierigkeiten zugleich steht.

Insbesondere in den textilen Vorstufen der Spinnerei und der Weberei, die im Baumwollbereich einen Anteil von rund 13 % der in der Textilindustrie im Land Beschäftigten haben, bestehen große strukturelle Schwierigkeiten. Die Indikatoren der Textilindustrie des Landes zeigen dabei im ersten Jahresdrittel 1993 mit Rückgängen von 9,9 % beim Auftragsvolumen und 13,3 % bei der Produktion noch keine Anzeichen einer Verbesserung. Strukturell hält der Druck durch Importe, durch die Globalisierung des Wettbewerbs unter dem

(Staatssekretär Brechtken)

Eindruck komparativer Lohnkostenvorteile von Ländern der Dritten Welt, aber auch von Ländern im Mittelmeerraum und in Osteuropa mit nationalen Förderungen der Textilindustrie, und die Entwicklung globaler Informations-, Produktions- und Beschäftigungsstrategien unvermindert an.

Die Landesregierung ist sich der Bedeutung dieses traditionellen Wirtschaftszweigs im Land bewußt. Der Vergleich mit der Lombardei ist bereits genannt worden. Wir sind in der Tat neben der Lombardei das führende Textilzentrum. Vor allem auch unter dem Aspekt der regionalen Schwerpunkte darauf ist hingewiesen worden - ist das für dieses Land von besonderer Bedeutung.

Auch auf den Aspekt der Frauenbeschäftigungsquote in diesem Bereich ist hingewiesen worden. Gerade dieser Industriezweig ist im Hinblick auf seinen Frauenbeschäftigungsanteil von besonderer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, zur politischen Flankierung der Anpassung der Textilindustrie an die Wettbewerbsverhältnisse hat die Landesregierung in ihrem Programm „Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg“ ein Projekt- und Handlungskonzept Textilindustrie angesprochen und vereinbart. Im Hinblick darauf hat die vom Wirtschaftsminister dieses Landes initiierte Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Politik am 1. April dieses Jahres Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern und die Politik zur Diskussion über die Textil- und Bekleidungsindustrie an einem Tisch zusammengeführt. Die übereinstimmende Situationsanalyse hat ergeben, daß auch zukünftig mit anhaltendem Importdruck und zunehmender Zahl von Anbietern aus Billiglohnländern zu rechnen ist und daß Einbußen in Beschäftigung und Produktion auch weiterhin nicht ausgeschlossen werden können.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es um so wichtiger, auf die Handlungsmöglichkeiten abzustellen, die in dieser Konferenz vereinbart worden sind. Dazu will ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Darüber sollten wir uns auch klar sein. Landespolitik und Bundespolitik haben hier bestimmte Aufgaben. Sie haben ihren politischen Part zu erfüllen. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Vor einem sollten wir uns aber auch hüten. Politik wird einen Strukturwandel in diesem Bereich begleiten können. Sie wird in den Bereichen, wo Möglichkeiten bestehen, unterstützen können. Sie wird dort, wo tatsächlich Ansatzpunkte für längerfristige Strategien bestehen, stärken müssen. Aber sie wird keine grundsätzlichen Veränderungen im weltwirtschaftlichen Bereich durchführen können.

(Abg. Haasis CDU: Das soll sie auch gar nicht!)

- Nein. Ich sage das nur, weil an einigen Stellen Anklänge zu erkennen gewesen sind. Deshalb wollte ich das ganz deutlich sagen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Wir müssen in der Tat konkret handeln. Ich will deshalb fünf konkrete Handlungsfelder ansprechen, die auch im Bereich der Landespolitik liegen.

Das erste, meine Damen und Herren - darauf ist hingewiesen worden -, ist in der Tat der Ansatzpunkt im technologi-

schen Bereich. Wir haben die Aufgabe, unsere Forschungs- und Entwicklungskapazitäten textilspezifisch voll auszuschöpfen. Das von der Gemeinschaftsinitiative verabschiedete gemeinsame Handlungskonzept sieht Maßnahmen und Stärkungen gerade auf diesem Gebiet vor. Die Unterstützungsangebote des Landes sind dabei insbesondere auf die Durchführung technologiegezielter Verbundprojekte ausgerichtet. Verbundprojekt heißt: gemeinsame Durchführung von Forschung und Entwicklung im Vorkonkurrenzrahmen. Dies soll gemeinsam mit den Betrieben der Textilindustrie und den Forschungseinrichtungen des Landes durchgeführt werden. Das halte ich für einen ganz zentralen Ansatzpunkt.

Auch mit dem vorhandenen, hervorragenden Ausbau unserer Infrastruktur in diesem Bereich - ich denke an das Deutsche Institut für Textil- und Faserforschung in Stuttgart sind Möglichkeiten gegeben, unsere Textilindustrie gezielt und verstärkt zu unterstützen. Ich meine, diese Bereiche sind von zentraler Bedeutung.

Ich will an dieser Stelle auch einen zweiten Bereich anfügen, der mir besonders wichtig ist. Dieser Bereich ist auch schon angesprochen worden. Es ist der gesamte Bereich Mode und Design. Dieser Bereich ist ein Schwerpunkt der Landespolitik. Dafür gibt es eine eigene Designschule und eine Modeschule.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Sie gehen beispielhaft voran, Herr Staatssekretär!)

- Ich bedanke mich für das Kompliment, Herr Kollege.

(Abg. Weyrosta SPD: Werden Sie da beraten?)

- Nein.

(Weitere Zurufe, u. a. Abg. Weimer SPD: Ist das die Beratung Ihres persönlichen Referenten oder die Beratung Ihrer Frau? - Abg. Haasis CDU: Ist das ein deutscher Anzug? Da bin ich mir nicht so sicher!)

- Lieber Herr Kollege, Sie sollten nicht so neugierig fragen. In diesem konkreten Fall bekenne ich mich ausdrücklich dazu: Das war die Beratung meines Sohnes.

Jetzt wollen wir aber zum Thema zurückkehren und keine Modediskussion führen.

Mode und Design sind entscheidende Ansatzpunkte, weil sie heute im Hinblick auf den Verbraucher von zentraler Bedeutung sind. Wer heute auf diesen Märkten eine Chance haben will, muß genau in diesem Bereich führend sein. Das gilt übrigens zunehmend nicht nur für den Bereich der Textilindustrie, sondern Designfragen spielen heute für den industriellen Sektor insgesamt eine Rolle. Das sind Bereiche, die besonders ausgebaut werden müssen. Das werden wir auch weiterführen. Darüber bin ich froh.

Der dritte Bereich, den ich erwähnen will - er ist vorhin von Ihnen, Herr Kollege Haasis, angesprochen worden -, ist das Thema Umweltpolitik. Ich bin froh darüber - Sie haben den Satz gesagt, Herr Kollege Haasis -, daß hier niemand verlangt und beabsichtigt, die Standards zu verringern.

(Staatssekretär Brechtken)

(Abg. Weyrosta SPD: Das war aber nur der eine Satz! Im anderen hat er das Gegenteil behauptet!)

Diesen Satz halte ich für wichtig und für unterstreichenswert.

Ich will ein Zweites ausdrücklich unterstreichen, was der Kollege Haasis gesagt hat und worin wir alle einig sind. Wir brauchen europäische Standards.

(Abg. Haasis CDU: Die gibt es schon!)

Die europäischen Standards müssen endlich europaweit durchgesetzt und umgesetzt werden. Ich halte das für ganz wichtig. Das gilt nicht nur für diesen Bereich, sondern auch für andere Bereiche. Ich sage das einmal in Richtung dieser Ecke des Parlaments.

(Abg. Deuschle REP: Wieso denn?)

Deshalb brauchen wir mehr Europa und nicht weniger Europa. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hängt mit diesen gleichgewichtigen Bedingungen in Gesamteuropa zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von den Republikanern)

Deshalb will ich das nachdrücklich unterstreichen.

Herr Kollege Haasis – auch das will ich gerne aufnehmen –, das war auch das Bemühen, das ich in vielen Gesprächen immer vertreten habe. Natürlich werden wir, auch was die Umweltstandards angeht, Verbesserungen erreichen müssen. Das wird auch in diesem Sektor nötig sein. Bisweilen scheint mir aber auch die Bereitschaft zu fehlen, pragmatische Lösungen zu finden und die Umweltstandards und die Verbesserungen zu akzeptieren; darauf wirke ich gerne hin. Vielfach akzeptieren es die Betriebe. Aber sie wollen es gern, was die Zeitabläufe angeht, in ihre spezifischen Umstrukturierungen eingepaßt haben. So sähen sie es lieber bei Investitionsvorhaben, die sie ein oder zwei Jahre später sowieso durchführen wollen. Dann könnten sie solche Verbesserungen vernünftig einpassen. Ich meine, hierbei müssen wir alle insgesamt noch ein Stück flexibler werden. In den Gesprächen, die ich führe, wirke ich jedenfalls darauf hin, weil das ein wichtiger Punkt ist. Es gilt, auch in der Umsetzung von notwendigen Umweltstandards auf die betriebliche Praxis und die Investitionsmöglichkeiten Rücksicht zu nehmen.

Ich will einen vierten Bereich ansprechen. Wir wirken darauf hin – das ist natürlich eine Bundesaufgabe –, die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Das betrifft zunächst die Zukunft des Welttextilabkommens und die laufenden GATT-Verhandlungen. Darauf ist bereits hingewiesen worden. Die Landesregierung unterstützt die Forderung der Textilindustrie, daß einer weiteren Liberalisierung des Welttextilhandels und einer stärkeren Öffnung des Marktzugangs der Schwellen- und Entwicklungsländer für unsere Erzeugnisse durch einen verbesserten Schutz vor Muster- und Modellpiraterie, aber auch durch die Unterbindung von Preisdumping und Quotenüberziehungen sowie illegaler Einfuhren entgegen gewirkt werden müsse.

Ich nehme übrigens gerne auf, was vorhin zur Quote gesagt worden ist: daß die Bundesrepublik nicht mehr Quoten übernehmen soll, als ihr zustehen.

(Abg. Haasis CDU: Ja, richtig!)

Nach meinen Erkundigungen in Herborn im Zusammenhang mit den Statistiken, die dort vorliegen, gibt es für einzelne Jahre gewisse Überschreitungen der Quotenaufnahme, aber nur zum Ausgleich von Jahren, in denen geringere Quoten abgenommen worden sind. Das ist der Stand unserer Auskünfte. Das haben wir ausdrücklich überprüft.

(Abg. Haasis CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Bitte, gern, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Haasis möchte eine Zwischenfrage stellen. Sie lassen sie zu.

Bitte, Herr Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Ich habe die Bitte, ob Sie das näher eruieren und uns das noch mitteilen könnten.

Staatssekretär Brechtken: Ja. Ich nehme das gerne auf; das wollte ich ausdrücklich sagen. Das war unser bisheriger Erkenntnisstand. Wir greifen das gerne noch einmal auf und prüfen das nach. Sie bekommen dann Bescheid; wir reden noch einmal darüber. In der Tat muß die Quotenbasis insgesamt auch entsprechend eingehalten werden.

Wir stehen so – das war ja auch mit Gegenstand der Gemeinschaftsinitiative – hinter den Bemühungen um faire Handelsregeln, wie sie auch die Magna Charta des Welttextilhandels zum Ausdruck gebracht hat. Darauf ist hingewiesen worden.

Ich will auch ganz deutlich sagen: Die Landesregierung unterstützt alle Bemühungen, gegen das Sozialdumping vorzugehen. Es kann nicht angehen, daß Kinderarbeit, Gefangenarbeit und andere Ausbeutungsmethoden, die wir nicht akzeptieren können, mit zu einem Wettbewerbsvorteil genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir nachhaltig diese Bemühungen, die eigentlich im Konsens auch unserer Produzenten über alle Bereiche hinweg vertreten werden. Die Unterschriften, die vorhin schon angesprochen worden sind, sind in dieser Hinsicht ein ermutigendes Zeichen.

Insbesondere aber müssen die GATT-Verhandlungen – und das nicht allein mit Rücksicht auf die Textilindustrie und die Wiedereingliederung des Textilhandels in das GATT – endlich zu einem Abschluß gebracht werden. Was hierzu gesagt worden ist, will ich nachhaltig unterstreichen.

Besondere Bedeutung messe ich in diesem Zusammenhang auch den Überlegungen der EG zur Harmonisierung der für den passiven Veredelungsverkehr geltenden Bestimmungen zu. Gerade für konfektionierende Maschenunternehmen ist die passive Veredelung ein bedeutsames Instrument der Mischkalkulation zum Erhalt von Arbeitsplätzen und der

(Staatssekretär Brechtken)

Produktion im Inland. 1992 wies die passive Veredelung einen Anteil von 32 % am Produktionswert der Maschen- und Miederindustrie auf. Das ist ein bedeutender Anteil. Hier müssen Verschärfungen zum Nachteil unserer Industrie, die dieses Instrument schon stärker als die Länder der EG-Süd-schiene nutzen, vermieden werden und die in Deutschland bisher gepflegten Anwendungsregeln erhalten bleiben.

Im Interesse des Erhalts der bisherigen Möglichkeiten zur passiven Veredelung ist der Wirtschaftsminister daher jüngst an den Bundeswirtschaftsminister herangetreten, um dieses Anliegen nachdrücklich zu unterstützen.

Ich will noch einen fünften Punkt ansprechen; das Thema „Ökologische Produkte“, das Sie auch in die Diskussion eingeführt haben.

Natürlich ist das ein Teil. Damit werden wir nicht alle Probleme lösen. Aber ich will nachdrücklich unterstreichen, daß ich der Meinung bin, daß in diesem Marktsegment auch eine Zukunftschance liegt; denn das Verbraucherbewußtsein ist zunehmend im Wachsen. Hier liegen Chancen für den Absatz. Diese sollten wir nutzen. Deshalb unterstütze ich diese Bemühungen. Wir haben vor kurzem darüber ein Gespräch mit den Verbänden geführt. Dort gibt es Bereitschaft.

Ich bin auch der Meinung, daß die Kennzeichnungspflicht ausgebaut werden muß, um gerade für den Verbraucher durch Vergleich solche Möglichkeiten zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind in der Lage, eher die Produkte zu bieten als andere. Deshalb meine ich, daß dieser Punkt nachdrücklich zu unterstreichen ist. Wir werden dies nachhaltig unterstützen. Was die rechtlichen Vorschriften angeht, müssen Industrie und Politik zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, technologisches Know-how, F- und E-Potential im Lande, Marktnähe, Innovationskraft und mittelständische Flexibilität bieten bei konsequenter Ausschöpfung der ihnen innewohnenden Chancen durchaus eine gute Zukunftsperspektive, selbstverständlich in einem schwierigen Umfeld. Aber, meine Damen und Herren, wir können einen Teil dazu beitragen. Die Landesregierung ist entschlossen, den Teil, der ja auch von den gemeinsamen Gesprächen ausgeht, die gemeinsam zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Politik vereinbart worden sind, zu nutzen. Wenn wir dies voll ausschöpfen, werden wir die Chancen, die wir haben, voll nutzen.

(Abg. Weyrosta SPD: Wir reden in einem Jahr wieder! - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie möchten noch eine Frage stellen? - Bitte, Herr Abg. Schaal.

Abg. Schaal REP: Ich erlaube mir, zu Ihren Ausführungen, Herr Staatssekretär, zu sagen: Die Wirtschaft und der freie Warenverkehr sind in unserem Programm nie bestritten worden. Das gilt auch für die Umwelt. Ich halte es für nicht zulässig - -

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich bitte, eine Frage zu stellen.

Abg. Schaal REP: Es ist eine Erklärung. Es ist nicht zulässig, daß man - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte eine Frage: Sie sollen eine Frage stellen.

Abg. Schaal REP: Es ist nicht zulässig, daß man in Sachfragen ständig mit diesen dummen Angriffen kommt. Ich möchte Sie bitten, das in Zukunft zu lassen:

(Unruhe und Zurufe, u. a.: Eine Frage!)

denn das ist keine Demokratie.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Schaal, Sie können eine Frage stellen, aber keine Erklärung abgeben.

Abg. Schaal REP: Gut, dann frage ich Sie: Ist Ihnen nicht bekannt, daß in unserem Programm der freie Warenverkehr innerhalb Europas enthalten ist?

(Unruhe - Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Brechtken: Doch, das habe ich gelesen, Herr Kollege Kurz. Da muß ich leider berichten. Ich setze mich schon mit bestimmten geistigen Strömungen dieser Gesellschaft auseinander; denn es gibt bedauerlicherweise immer noch Leute, die solche Dinge ernst nehmen. Deshalb lese ich das; denn ich muß wissen, was in der Gesellschaft insgesamt Bedeutung hat. Darüber haben wir gestern eine Diskussion geführt.

(Abg. Schaal REP: Eine sehr sachliche Antwort!)

- Ihre Antwort bekommen Sie. Das ist nicht der Punkt, sondern Sie sind dabei, mit Ihrer Politik im Vorfeld der Auseinandersetzung im Hinblick auf die Europawahl des kommenden Jahres mit einem billigen Populismus Europa in Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CDU)

Mein Punkt war, darauf hinzuweisen, daß unsere Volkswirtschaft, die zu 70 % in den Export in Europa einbezogen ist,

(Abg. Weimer SPD: Arbeitsplätze!)

auch bezogen auf die Arbeitsplätze.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

von klaren Rahmenbedingungen im europäischen Raum lebt, daß wir sonst Wettbewerbsverzerrungen bekämen. Deshalb will ich nicht weniger, sondern mehr Europa. Um das geht es mir.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir haben noch über die Behandlung des Antrags der Fraktion der CDU - Situation der Textil- und Maschenindustrie in Baden-Württemberg -, Drucksache 11/915, zu befinden. Ich gehe davon aus, daß dieser Antrag an den Wirtschaftsausschuß überwiesen werden soll. - Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.15 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde - Drucksache 11/2062

Wir haben heute eine einzige Mündliche Anfrage, und zwar des Herrn Kollegen Drautz, der ja von dieser Möglichkeit sehr viel Gebrauch macht:

Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP - Erfolg des Substitutenboykotts

Herr Abg. Drautz, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Drautz FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident. Mir ist nur nicht klar, ob Sie das positiv oder negativ sehen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich sehe das nur positiv; denn sonst hätten wir ja heute überhaupt nichts für die Fragestunde.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich frage die Landesregierung:

- a) Welchen Erfolg hatte der Aufruf zum Boykott von Substituten in Mischfuttermitteln, und wie beurteilt die Landesregierung das Verhalten der Mischfutterhersteller und Landwirte?
- b) Hält die Landesregierung aus ernährungsphysiologischer und aus agrarpolitischer Sicht einen Beimischungszwang von Getreide in Mischfuttermitteln durch Änderung der Futtermittelverordnung für sinnvoll und durchsetzbar?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Reddemann.

Staatssekretär Reddemann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung

beantworte ich die bedeutende Anfrage des Kollegen Drautz wie folgt:

Zur ersten Frage: Die Auswirkungen des Boykottaufrufs, keine Substitute in der Tierernährung zu verwenden, können nur sehr unvollständig aus den Meldeberichten der Mischfutterhersteller im Lande ermittelt werden, weil daraus nicht festgestellt werden kann, welche Komponenten bzw. Anteile davon importiert worden sind.

Für das laufende Wirtschaftsjahr zeigen die Meldeberichte eine abnehmende Tendenz für den Zukauf von Mischfuttermitteln. Das Verhältnis von stärkehaltigen und eiweißreichen Futtermitteln hat sich nicht verändert, so daß nicht davon auszugehen ist, daß mehr hofeigenes Getreide verfüttert worden ist. Aus den vorliegenden Zahlen läßt sich bis jetzt kein spürbarer Erfolg feststellen. Dieser wird sich jedoch nach längeren Vergleichszeiträumen unter Umständen einstellen.

Zur zweiten Frage: Das deutsche Futtermittelrecht entspricht, abgesehen von geringfügigen Ermächtigungen für die Mitgliedstaaten, den futtermittelrechtlichen Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft. Die Verfügung eines Beimischungszwangs ist somit nur durch die Änderung der entsprechenden EG-Richtlinie möglich. Mit einer mehrheitlichen Zustimmung kann schon allein deswegen nicht gerechnet werden, weil langjährige Verträge mit den Lieferländern von Getreidesubstituten abgeschlossen sind, aus denen sich weder die EG noch die Bundesrepublik Deutschland lösen können. Mit den wichtigsten Lieferländern für Tapioka, Cornglutenfeed u. a. werden bereits seit über zehn Jahren Importkontingente ausgehandelt. Oft müssen hier schwierige Verhandlungen geführt werden.

Aus ernährungsphysiologischer Sicht ist ein totaler Verzicht auf Substitute, die zur Deckung des Eiweißbedarfs der Tiere eingesetzt werden, umstritten. So kann Sojaschrot nur in begrenztem Umfang durch heimische Eiweißträger, zum Beispiel Erbsen, Bohnen oder Rapsprodukte, ersetzt werden, wenn das Leistungsvermögen der Tiere optimal ausgeschöpft werden soll. Ein völliger Austausch durch Eiweißfuttermittel tierischer Herkunft - Fisch oder Tiermehle - dürfte am hohen Preis dieser Produkte scheitern.

Die freie Entscheidung, ob die Landwirte den Boykottaufruf befolgen wollen oder nicht, liegt schließlich bei ihnen selbst. Im Zusammenhang mit dem Herkunfts- und Qualitätszeichen ist jedoch beabsichtigt, den Fütterungsanteil aus heimischem Getreide auf etwa 80 % zu erhöhen, womit die Verwendung außerhalb von Baden-Württemberg zugeführter Getreidesubstitute praktisch ausgeschlossen ist. Dies ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung bei der Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Staatssekretär, nachdem Sie - für uns nicht ganz überraschend - mitgeteilt haben, daß der Erfolg dieser Boykottmaßnahme in kurzer Zeit nicht sehr groß sein konnte, ergibt sich die Frage: Kann sich die Landesregierung vorstellen, daß man diese stärkehaltigen Getreidesubstitute eventuell über die freiwillige Kontingentierung hinaus in die gesamte Außenhandelsregelung mit aufnimmt? Dann wäre es ja etwas leichter. Bisher bestehen bilaterale

(Teßmer)

Verträge mit anderen Staaten. Wenn wir das als Außen-
schutz für die EG hinbekommen würden, hätten wir den
Vorteil, daß es vertraglich keine Ausbrüche mehr gibt, so
daß alle EG-Länder die gleichen Chancen hätten. Können
Sie sich das vorstellen?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Eine Frage mit Begründung.
Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Reddemann: Herr Kollege Teßmer, ich habe
schon darauf hingewiesen, daß es sich um schwierige und
langfristig abgeschlossene Verträge handelt, die nicht nur na-
tional, sondern auch innerhalb der Europäischen Gemein-
schaft und darüber hinaus ausgehandelt worden sind. Hier
sehe ich die Einwirkungsmöglichkeiten der Landesregierung
als sehr begrenzt an. Mittel- und langfristig geht die Landes-
regierung davon aus, daß mit einer weiteren Preisabsenkung
des Getreidepreises der Anreiz zur Beimischung in die Fut-
termittelmischungen größer sein wird. Wir gehen davon aus,
daß bei dem stufenweisen Abbau der Interventionskosten
der Getreidepreis etwa auf 23,50 DM je Dezentonne absinken
wird und dadurch der Anreiz für die Mischfutterindustrie
größer sein wird, mehr heimisches Getreide in die Futtermit-
telrationen einzumischen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Schöff-
ler.

Abg. Schöffler SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt,
daß in Zukunft 80 % heimisches Getreide bei der Fleisch-
erzeugung als Voraussetzung für das Herkunfts- und Quali-
tätszeichen verwendet werden müssen. Geht die Regierung
nicht davon aus, daß der Anteil auf 100 % erhöht werden
könnte, um dieses Qualitätszeichen so auszustatten, daß es
auch der Qualität entspricht?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Reddemann: Herr Kollege Schöffler, ich hatte
bei meiner Antwort schon darauf hingewiesen, daß die im-
portierten Futtermittel, zum Beispiel Sojaschrot, zum Teil
nicht durch Futtermittel aus der heimischen Produktion er-
setzt werden können, um das Eiweißstärkeeinheitenverhält-
nis auszugleichen. Deswegen gehen wir davon aus, daß 80 %
Beimischungszwang eine optimale Vorgabe ist. Aber wir
müssen bis zu 20 % – zum Beispiel Soja oder andere Pro-
dukte – beimischen lassen, um eben dieses ausgeglichene Ei-
weißstärkeeinheitenverhältnis zu gewährleisten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Keine weitere Zusatzfrage.
Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet und damit
auch der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staats-
ministeriums – Verwaltungsreform; hier: Aufgabendelegation
auf die Kommunen, Deregulierung zugunsten der Kommunen
und Privater, Aussetzung von Verwaltungsvorschriften –
Drucksache 11/863**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Zur Begründung des
Antrags soll eine Redezeit von 5 Minuten gelten, für die
Aussprache über diesen Antrag ist eine Redezeit von 10 Mi-
nuten je Fraktion vorgesehen.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Ströbele.

Abg. Ströbele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten
Damen und Herren! Zunächst freue ich mich, daß die Ver-
waltungsreform ein so großes Interesse in diesem Hause fin-
det.

(Heiterkeit – Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist eine Sa-
tire, oder?)

Aber ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie da sind, und
möchte Sie nicht beschimpfen.

(Zuruf von der CDU: Aber die FDP/DVP ist auch
nicht stärker vertreten!)

– Wir brauchen nicht aufeinander zu zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU se-
hen in der Verwaltungsreform eine außerordentlich große
Chance zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Ich
sage es ganz offen: Wir möchten Motor sein, daß diese
Chance jetzt konsequent wahrgenommen wird, obwohl wir
mitverfolgen, daß im Bremserhäuschen immer mehr Fahrgä-
ste vorzufinden sind.

(Abg. Hackl GRÜNE: Wer denn zum Beispiel?)

Wir möchten aber mit diesem Antrag zum Ausdruck brin-
gen, daß mit der CDU wegen der Stärkung der kommunalen
Selbstverwaltung keine Halbheiten zu machen sind. Wir
möchten überall Mut machen – dem Parlament, aber auch
der Verwaltungsreformkommission – diesen jetzt eingeschla-
genen Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Für die CDU-Landtagsfraktion möchte ich ausdrücklich er-
klären, daß die Arbeit, die Vorschläge und die Erkenntnisse
der Verwaltungsreformkommission, die jetzt eingesetzt ist,
nicht das Schicksal der Vorschläge ihrer Vorgängerinnen er-
leiden dürfen: daß die meisten Vorschläge wieder in der
Schublade der Politik verschwinden.

Mit dem heutigen Antrag möchten wir unseren festen Willen
zum Ausdruck bringen, die Unmengen an staatlichen Ein-
flußnahmen auf die kommunale Selbstverwaltung und auf
Private auf das notwendigste Maß zurückzuschneiden.

Schon die Römer sagten: Die Reform der Verwaltung ist
eine ständige Pflichtaufgabe des Staates.

(Abg. List CDU: Sehr gut! – Abg. Hackl GRÜNE:
Aber das Römische Reich ist untergegangen!)

Verwaltungsreform ist für uns ein ständiges Staubwischen.
Wir lassen es nicht zu, daß gute Erkenntnisse einfach wieder
das politische Schicksal des Verstaubens erleiden oder an
Egoismen scheitern müssen. Wir als CDU wollen in der Ver-
waltungsreform entsprechend der Ermunterung im Jakobus-
brief handeln: Wir möchten Täter des Wortes sein.

(Abg. List CDU: Bravo! – Abg. Hackl GRÜNE:
Schreibtischtäter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem parla-
mentarischen Antrag machen wir die vielfältigen Möglichkei-
ten zur Durchforstung unnötiger staatlicher Vorschriften,
Vorgaben, Verwaltungspraktiken und Standards zugunsten

(Ströbele)

von mehr Freiraum für die Kommunen und Private sichtbar. Wir sind entschlossen, diese notwendigen Durchforstungsmaßnahmen jetzt durchzuführen und nirgendwo auf „heilige Kühe“ Rücksicht zu nehmen.

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und ihrer Verantwortungs- und Entscheidungsträger vor Ort ist für uns ein oberes Ziel der Verwaltungsreform. Wir werden nach dem Paulusbrief handeln, der lautet: Prüfet alles, nur das Gute behaltet.

Unsere Erkenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eindeutig: Jedes unnötige bürokratische Mitreden des Staates hemmt Bürger, Wirtschaft, Handwerk und Kommunen in ihrer Eigenverantwortung und lähmt sie auch in notwendigen Entscheidungsprozessen. Unnötige Bürokratisierung der Lebensbereiche entfremdet die Bürger von staatlichen Institutionen und Verwaltungen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ist das jetzt die FDP-Rede?)

Auf diese Entfremdung ist aus unserer Sicht nur eine Antwort möglich, nämlich mehr Aufgabenverlagerung auf Kommunen und Private und Stärkung unserer kommunalen Entscheidungsfreiräume ohne unnötiges Mitreden des Staates und seiner übermächtigen Verwaltung.

Jeder in diesem Parlament soll wissen, daß man vor Ort Probleme schneller, wirksamer und wirklichkeitsnäher löst als im Landtag, in der Landesregierung oder in der Landesverwaltung. Aus meinem kommunalen Alltag weiß ich: Vor Ort wird rasch erkannt und rasch reagiert.

Wir machten uns mit diesem Antrag außerordentlich viel Mühe, bis zum letzten Detail aufzuzeigen, wo wir auch nach Anhörung zahlreicher kommunaler Praktiker aller Parteien große Chancen zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung sehen. In diesen Zielsetzungen machen wir sichtbar, was wir als CDU-Landtagsfraktion unter „Stärkung“ verstehen, nämlich Beteiligung von möglichst wenigen, aber zuständigen und entscheidungswilligen staatlichen Behörden,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Deswegen sind nur drei CDUler da, oder? – Gegenruf des Abg. List CDU: Bei euch sind es auch nicht viel mehr!)

keine wirksame Verwaltungsreform ohne Privatisierung und Abgabe staatlicher Aufgaben, Zurückfahren von Fördertöpfen anstelle von Zuschußrichtlinien bis zum letzten Pflasterstein, nur grundlegende staatliche Vorgaben und Eckwerte, Schluß mit unnötigem bürokratischem Aufwand, dies heißt: Schluß mit allen unnötigen staatlichen Richtlinien und Verwaltungspraktiken, Vorschriften mit und ohne Fördertöpfe, Aufgabenübertragung auf die Kommunen und Verschlan-

(Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Ströbele, drei Leute ohne Redner!)

- noch ein wichtiger Bereich – der Ministerien, Regierungspräsidien, Landratsämter und staatlichen Ämter durch Personalabbau.

Jeder spürt am eigenen Körper: Eine schlanke und ranke staatliche Verwaltung ist fitter, flexibler, leistungsfähiger und in der Lage,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das sagt der Richtige!)

wirksam zu handeln und notwendigem staatlichen Handeln nicht im Wege zu stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU Abg. Trageiser REP: Jetzt steht im Protokoll: „Beifall von zwei CDU-Abgeordneten“!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hang zum Perfektionismus und die Spirale eines immer dichter werdenden Netzes von Regelungen und ihrer administrativen Umsetzung führen meines Erachtens in einem wachsenden Maße zu einer sanften Verstaatlichung aller Lebensfelder.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wo ist eigentlich die CDU?)

Auch aus diesem Grunde müssen wir in der von uns aufgezeigten Weise staatliche Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand stellen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Hat die CDU eine Kriensitzung, oder was?)

Spürbarer Abbau von Regelungsdichte und öffentlicher Verwaltung muß jetzt stattfinden – in einer Zeit, wo dies auch aus Sicht einer verschärften Kassenlage der öffentlichen Hand dringend notwendig ist.

Übertragung von Verantwortung nach unten macht auch eine weitere Verschlan-
kung der staatlichen Verwaltung möglich. Im Blick auf den hohen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung muß das Land die Rechtsaufsicht über die Kommunen auf das Notwendigste einschränken und den Mut haben, Aufgaben ohne Scheuklappen in allen politischen Feldern auf die Kommunen zu übertragen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wenn wir den Kommunen vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist vieles möglich. Die Kommunen haben meines Erachtens dieses Vertrauen mehr als verdient.

Ein guter Anfang dieser Reform ist meines Erachtens die Pauschalierung staatlicher Zuschüsse. Hier wurde der Handlungsspielraum der Kommunen vergrößert. Wir setzen Richtlinien außer Kraft. Hier entstehen in einem Zuge, uno acto, Arbeitsentlastung und Vereinfachung der staatlichen Verwaltung und mehr Freiraum für die Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, daß wir nicht auf halbem Wege stehenbleiben dürfen. Wir müssen auf diesem Weg weiterschreiten. Diese Zielsetzungen sind in gleich wirksamer Weise auch durch Reduzierung öffentlicher Aufgaben und unnötiger Standards zu erreichen. Auch hier müssen wir Mut aufbringen, Außer-Kraft-Setzungen vorzunehmen. Was die Privatisierungen angeht, werden wir unsere vielfältigen Vorstellungen in einer eigenen parlamentarischen Initiative aufzeigen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ankündigungspolitiker!)

Der jetzige Antrag macht sichtbar, in welcher vielfältiger Weise Aufgabenübertragung auf die Kommunen möglich ist.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Im nächsten Jahr!)

(Ströbele)

Ein Mehr an kommunalem und privatem Aufgabenvollzug ist gleichzeitig ein Weniger an öffentlichen Verwaltungserfordernissen.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU-Landtagsfraktion zeigen Ihnen Reformziele auf, welche letztlich den Bürgern mehr Freiheit und Verantwortung bringen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wenn ihr nicht den Vetter hättet, wäre doch gar nichts los!)

Wir als CDU-Landtagsfraktion werden diese Diskussion über ein neues Verwaltungshandeln und -denken nicht nur im Parlament führen. Wir werden dies auch draußen tun, auf allen Ebenen, und wir werden diese Diskussion offensiv führen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Alles Ankündigungen!)

Wir möchten die Diskussion nicht Ihnen, Herr Kuhn, als Mutlose, Kleingläubige, politisch Einäugige überlassen.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

wir möchten diese Diskussion offen in der Öffentlichkeit führen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Warten Sie es ab, Herr Ströbele!)

Wir als CDU werden keine Rücksicht nehmen auf Egoismen und „heilige Kühe“.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Dieser Antrag bringt zum Ausdruck, in welcher Weise wir mehr Bürgernähe, mehr Flexibilität im staatlichen Handeln und mehr Entscheidungszuständigkeit vor Ort haben wollen. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir dies umsetzen, wird der Bürger draußen im Lande Sieger unserer Verwaltungsreform. Das ist unsere oberste Zielsetzung.

Unsere Reformvorstellungen werden zu mehr Eigen- und Mitverantwortung und zu weniger Staatsverdrossenheit der Bürger führen. Der Bürger – ob als privater Bauherr, Unternehmer oder Benutzer öffentlicher Einrichtungen – hat heute die klare Erwartung an die öffentliche Verwaltung, daß seine Anliegen und Wünsche schnell, zuverlässig und wirtschaftlich erledigt werden. Das ist auch unser Ziel in der Verwaltungsreform.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren – insbesondere von der Opposition, aber auch vom Koalitionspartner –, möchte ich zurufen: Haben Sie mit uns zusammen Mut,

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

einen so konsequenten, wirksamen und geradlinigen Weg in der Verwaltungsreform einzuschlagen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Weyrosta SPD
– Abg. Schlauch GRÜNE: Die Batterie hat gerade noch gelangt! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Kielburger.

Abg. Kielburger SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! § 2 der Gemeindeordnung formuliert:

Die Gemeinden verwalten in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben allein und unter eigener Verantwortung, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen.

Dieser letzte Teilsatz hat in seiner Ausformung, wie er aus der Praxis unserer Arbeit heraus entstanden ist, mit zur Koalitionsvereinbarung geführt, die, bezogen auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, folgenden Satz festgehalten hat:

Mit den Maßnahmen der Funktionalreform, insbesondere dem Abbau, der Vereinfachung und der Delegation von Aufgaben, kann und soll zugleich die kommunale Ebene gestärkt werden. Sie wird von Bindungen und Vorgaben entlastet.

Herr Kollege Ströbele, wenn ich unmittelbar auf die Äußerungen von Ihnen eingehe, dann ist der flammende Appell, den Sie an uns gerichtet haben, diesen Weg miteinander zu gehen, auch ein Kritikpunkt an der Mehrheit der letzten Jahre. Ich schränke aber gleich ein: Er ist ein Kritikpunkt, der sich an uns alle richtet. Denn wir alle sind permanent in der Lage, Forderungen in Gesetzesform zu gießen, die dann durch ihre Einschränkungen mit dazu beitragen, daß der erste Teil des § 2 der Gemeindeordnung nur noch die halbe Wahrheit darstellt. Ich wiederhole ihn in diesem Zusammenhang:

Die Gemeinde verwaltet in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben allein und unter eigener Verantwortung

...

Dann kommt die Einschränkung, daß die Gesetze gelten.

Wie wirkt sich dies aus? Als kommunaler Praktiker – sowohl als früherer Gemeinderat als auch als jetziger Bürgermeister – will ich drei kleine Beispiele einbringen, die uns zum Nachdenken führen müssen und die uns vielleicht auch über die bis jetzt gefundenen Festlegungen und Regelungen hinaus Anlaß geben sollten, die konsequenten Überlegungen umzusetzen.

Erstes Beispiel: Ein Bürgermeister will ein Quellvorkommen in die öffentliche Versorgung einspeisen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn es Kapazitätsschwierigkeiten gibt. Wir haben heute folgende Situation: Eine qualifizierte Bauverwaltung erarbeitet zusammen mit einem Ingenieurbüro ein Konzept und wird durch Landratsamt und Wasserwirtschaftsamt beraten. Man denkt, man könne diese Maßnahme umsetzen, und erfährt dann, daß der gesamte Teil dieser technischen und Verwaltungsprüfung, die bereits im Laufe dieses Prozesses stattgefunden hat, im Regierungspräsidium noch einmal vollzogen wird.

Effekt: Die Maßnahmen, die angekündigt sind, die auch unmittelbar umzusetzen sind, werden durch Verwaltungshandeln verzögert. Die so angesetzte Kontrolle führt nicht nur zu zeitlichen Verzögerungen, sondern auch dazu, daß all dies Geld kostet. Zeitliche Verzögerungen tragen nämlich oft dazu bei, daß es zu Verteuerungen kommt.

In einem anderen Zusammenhang ist in einer Landtagsdrucksache vor wenigen Wochen festgehalten worden, daß Gesetze, die vom Landtag beschlossen worden sind, von den

(Kielburger)

Ministerien – dabei sind Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium, alle Bereiche mit angesprochen – nicht umgesetzt werden können. Dort wird darauf verwiesen, daß aufgrund der Enge in den Personalhaushalten der Ministerien unmittelbare Umsetzungsdefizite entstünden.

Wenn wir dies insgesamt sehen, stellen wir fest, daß dies dazu führt, daß auch unverzichtbar notwendige Maßnahmen nicht umgesetzt werden können – obwohl sie von den Kommunen finanziert werden könnten –, weil etwa der Umweltbereich sagen muß: „Die Mittel, die als Beihilfe vorgesehen werden, stehen nicht zur Verfügung.“ Damit ist eine Baufreigabe nicht zu erhalten. Damit schaffen wir eine Situation, bei der wir uns in der Aufgabenerfüllung hemmen.

Ein drittes, letztes Beispiel – dies sage ich aus persönlicher Erfahrung : Nach zirka einem Dreivierteljahr der Diskussion, der Planung und der Vorlage des Erweiterungsplans einer Erddeponie – ich füge hinzu, daß sie auch deshalb dringend notwendig ist, weil in der Gemeinde eine flächendeckende Erdgasversorgung vorgenommen wird und dadurch sehr viel Aushub entsteht – erhalten wir eine Stellungnahme vom Landratsamt, daß ein landschaftspflegerischer Begleitplan notwendig sei. Bei einem Gespräch im Regierungspräsidium erfahren wir vom obersten Naturschützer, sage ich einmal zusammengefaßt, daß er diese Forderung für einen „Schmarren“ hält, weil in diesem Gebiet – es handelt sich um einen Waldbereich – die Forstverwaltung schon immer gewußt habe, wie sie anschließend die Rekultivierung vornehmen werde; ein landschaftspflegerischer Begleitplan sei nicht notwendig. Man erklärt uns im Februar, die Genehmigung liege um Ostern herum vor. Ende April, also nach Ostern, kommt der örtliche BUND-Vorsitzende und erklärt mir, er sei auch vom Regierungspräsidium angehört worden; er habe gegen all dies nichts einzuwenden, aber aus Gründen der Kapazität könne er seine Stellungnahme erst jetzt abgeben. Deshalb ist auch heute noch keine Genehmigung für die Erweiterung der Erddeponie vorhanden.

Ich will damit zusammenfassend sagen: In diesem Dschungel, in dem ein Bürgermeister oder ein Verwaltungsleiter heute schon mehr Manager sein muß, damit alle zu beteiligenden Vertreter auch immer an einen Tisch kommen, ist sehr viel an Hemmnissen aufgebaut worden. Wir müssen nun tatsächlich Ernst machen, diese Fragen konsequent angehen und auch umsetzen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang in gebotener Kürze auf einige Schwerpunkte eingehen, bei denen wir aus unserer Sicht bereits Einvernehmen erzielt haben. Wir bitten, auf diesem Weg konsequent weiterzugehen, weil uns all dies, was ich dargestellt habe, als Verpflichtung auferlegt ist.

Bei der Frage nach der Abschaffung der Fördertöpfe sind wir einig. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß wir gerade den kleineren Kommunen auf dem flachen Land über den Ausgleichstock Möglichkeiten geben müssen, ihre Aufgaben künftig zu erfüllen.

Für besonders positiv halten wir eine im Kabinett liegende Vorlage, die eine Novellierung des Stellenobergrenzenrechts in Aussicht nimmt. Eine analytische Dienstpostenbewertung wird den konkreten Erfordernissen unserer Arbeit draußen sehr viel mehr gerecht. Wenn wir gute Leute in den Kom-

munen haben, werden sie uns bisher weggeholt, weil keine Beförderungsmöglichkeiten bestehen. Man holt sie sowohl in die Ministerien als auch in die Regierungspräsidien, wo die Möglichkeiten bestehen. Dies ist keine Zukunftsperspektive. Deshalb hoffe ich, daß das Kabinett diese Vorlage als Bundesratsinitiative weiterbetreibt.

Wir sind der Auffassung, daß wir bei der Novellierung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung auch Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger erweitern müssen.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

Wenn es in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern gibt, werden wir die Notwendigkeit einer Diskussion sehen, und diese kann dann vielleicht auch zum Erfolg führen.

Bei der Frage nach der Aufgabenverlagerung auf die Kommunen gibt es eine große Zahl an Vorschlägen, über die Einvernehmen erzielt werden kann. Ich darf die Kommission ermutigen, auch die einschränkenden Antworten, die jetzt aus Teilen der Ministerien auf diesen Antrag gekommen sind, weiter zu überdenken. Denn das retardierende Moment aus den Ministerien darf nicht bestehenbleiben.

Wenn ich in diesem Zusammenhang die Aussetzung der Richtlinien anspreche, sage ich als betroffener Bürgermeister sehr persönlich: Die Erfahrungen, die man nach der Diskussion um die Kindergartenrichtlinien gemacht hat,

(Abg. List CDU: Ist ja herrlich!)

und die Festlegungen, die das Parlament getroffen hat, sollten uns dazu ermutigen, sehr konkret zu beobachten, wie interessiert, wie engagiert die Kommunen an dieser Aufgabe arbeiten. Vielleicht ist vieles – gerade, wenn ich die Auffassung der Kommunen bezüglich der Umsetzung dieser Dinge vergleiche – besser in den Kommunen als in den Ministerien aufgehoben, wenn man uns im Plenum antwortet, daß der Vollzug der Umweltgesetze durch die Ministerien von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängt und er noch nicht so weit erfolgt sei, wie es wünschenswert wäre.

Ich möchte deshalb zum Abschluß meines Redebeitrags – wir werden ja im Innenausschuß Gelegenheit haben, diese Fragen vertieft zu behandeln – an die Regierung appellieren, die Festlegung, daß ein Stellenabbau in den Ministerien und in den Regierungspräsidien stattfinden sollte, auch so zu verstehen.

Im kommunalen Bereich haben wir in den letzten Jahren zum Beispiel mit den Wasserwirtschafts- oder mit den Landratsämtern sehr gute Koordinationsmöglichkeiten erarbeitet. Es hat sich aber erwiesen – meine Beispiele zeigen dies –, daß gerade die zusätzlich eingeschaltete Ebene des Regierungspräsidiums immer wieder ein Störfaktor war, weil die Koordinierungssituation insgesamt nicht gestimmt hat. Deshalb bekenne ich mich offen dazu – auch als Bürgermeister und als jemand, der in engem Kontakt mit den zuständigen Behörden diese Eingliederungsdiskussion verfolgt –, hier noch einmal sehr konkret zu überlegen, was draußen überhaupt hilft. Es geht nicht um eine Neuordnung, sondern um eine Koordinierung, eine Zusammenfassung aller Schwerpunkte. Wir werden Gelegenheit haben, diese Fragen im Ausschuß weiter zu diskutieren.

(Kielburger)

Ich denke, daß wir dann, wenn wir dem § 2 der Gemeindeordnung wieder seine ursprüngliche Bedeutung, daß die Kommunen ihre eigenen Aufgaben auch mit eigener Zuständigkeit erledigen, zurückgeben wollen, sehr viel Grund haben, an diesen Aufgaben konsequent weiterzuarbeiten. Dazu darf ich für die SPD-Fraktion erklären: Wenn der Kommission Mut fehlen sollte, werden wir von seiten der SPD-Fraktion diesen eingeschlagenen Weg weiterverfolgen und Sie, Herr Minister Vetter, dabei unterstützen. Wir hoffen, daß dann gute Ergebnisse zu einer Novellierung oder einer Neufassung der Gemeindeordnung, die ihr einen neuen Sinn gibt, führen und daß dann tatsächlich die Verwaltung der Gemeinden in den Händen der Gemeinden liegt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Republikaner begrüßen die grundsätzliche Absicht dieser Landesregierung, unsere derzeitige Verwaltung zu reformieren. Voraussetzung ist jedoch, daß die gesteckten Ziele - erstens eine gestraffte, effiziente und bürgernahe sowie, das möchte ich noch ergänzen, kostengünstige Verwaltung zu schaffen, zweitens bürokratische Erschwernisse abzubauen, drittens Entscheidungen zu beschleunigen, viertens die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und fünftens die Verwaltungsgliederung für alle Bürger, nicht nur die Akademiker, überschaubar zu machen -

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Kuhn
GRÜNE: Das sind auch Bürger!)

- ich habe gesagt „nicht nur“, da habe ich Sie eingeschlossen. lieber Herr Kuhn - nicht im Dickicht der verschiedenen Interessengemeinschaften und Einzelinteressen von Beamten untergehen.

Meine Damen und Herren, diese Verwaltungsreform darf natürlich unter keinen Umständen dazu mißbraucht werden, unter dem Deckmäntelchen dieser vorhin aufgezeigten Zielsetzungen einen Teil der Verwaltungskosten von oben nach unten auf die Kommunen abzuwälzen. Aufgabendelegation zugunsten der Kommunen begrüßen wir grundsätzlich. Jede delegierfähige Aufgabe muß aber von den sogenannten Günstlingen, nämlich den Großen Kreisstädten, den Verwaltungsgemeinschaften

(Abg. List CDU: Was sind das?)

- Günstlinge - und anderen geeigneten Kommunen, vor Übernahme sorgfältig in bezug auf den nachher abzugelenden Mehraufwand abgecheckt werden.

Aus dem Paket „Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“ möchte ich das vereinfachte Genehmigungsverfahren für Wohngebäude herausgreifen. Für die Umsetzung dieses Vorhabens ist jedoch eine Änderung sowohl des Bundesbaugesetzes als auch der Landesbauordnung Voraussetzung. Wie ich der Stellungnahme der Landesregierung entnehmen kann, ist die Novellierung der Landesbauordnung bereits vorgesehen. Wie sieht es aber mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes aus, Herr Minister Dr. Vetter?

Wir Republikaner meinen, daß ein Teil nichthoheitlicher Aufgaben problemlos von Behörden auf Private übertragen werden kann.

(Zuruf des Abg. Ströbele CDU)

Dabei muß aber gewährleistet sein, daß bestimmte Normen, zum Beispiel im Umweltbereich oder im Lebensmittelbereich, erhalten bleiben. Hier habe ich meine Zweifel, ob in diesen Bereichen die Verpflichtung zur Eigenkontrolle die bisherige staatliche Kontrolle ersetzen kann. Die Aufgaben der Gesundheitsämter können niedergelassene Ärzte und freie Träger ganz übernehmen, da sich ja heute ohnehin schon ein Großteil des Leistungsgeschehens dorthin verlagert hat.

Der Abbau von Fördertöpfen zugunsten einer vereinfachten Pauschalförderung hat zwei Seiten, meine Damen und Herren. Die Städte und Gemeinden, die bereits alles an Infrastruktur geschaffen haben, freuen sich, daß sie mit der Pauschalförderung künftig die Unterhaltskosten mit abdecken können. Kleine Gemeinden aber werden sich künftig schwertun, größere Investitionen ohne direkte Projektförderung - also allein über die Pauschalförderung - zu finanzieren.

(Abg. Ströbele CDU: Der Ausgleichstock ist für uns Grundvoraussetzung!)

- Genau! Für diese Fälle müssen parallel die Ausgleichstockrichtlinien entsprechend angepaßt werden.

(Abg. Rückert CDU: Das haben wir vorgesehen!)

Das steht weder in der Stellungnahme noch in Ihrem Fragenkatalog drin, Herr Ströbele. Deswegen wollte ich hier darauf hinweisen. Dazu bin ich da. Es könnte sein, daß Sie das vergessen haben, Herr Ströbele. Niemand ist vollkommen.

(Abg. Ströbele CDU: Nur keine Umstände!)

Was die Sonderbehörden anbelangt, sind wir der Auffassung, daß diese, nachdem sie durch Übertragung von Teilaufgaben auf Private abgespeckt haben, am zweckmäßigsten auf der Ebene der bestehenden Regionalverbände zusammengefaßt werden.

Insgesamt möchte ich für uns Republikaner feststellen, daß wir diese Verwaltungsreform unter dem Primat der vorhin vorgetragenen Zielsetzungen verfolgen werden. Überall dort, wo diese Zielsetzungen erreicht werden

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was für Zielsetzungen?)

- das waren die fünf Punkte, Herr Drautz, die ich vorhin vorgelesen habe -, werden Sie mit unserer Unterstützung rechnen können. In den übrigen Punkten werden wir genau prüfen, ob es zweckmäßig ist oder nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU bringt mit ihrem Antrag einen Gemischtwarenladen von Vorschlägen, die nach unserer Auffassung ein gedankliches Konzept vermissen lassen. Da hat sich jemand hingeworfen und unter dem Motto „Was fällt uns denn zum Thema Verwaltungsreform noch ein?“ etwas aufgeschrieben.

(Abg. Rückert CDU: O Herr Hackl!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben, wenn ich richtig gezählt habe, 64 Einzelvorschläge zusammengbracht - herzlichen Glückwunsch -, nur, ein Konzept lassen Ihre Vorschläge leider nicht erkennen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

In Ihrem Wunschzettel mischt sich der vermeintliche gute Wille mit dem ökologischen Rollback unter dem Tarnkäppchen der Deregulierung. Ich möchte hier nur einige Beispiele herausgreifen, die aber symptomatisch für das Ganze sind. So möchten Sie nach Abschnitt I Ihres Antrags die Zuständigkeit für das Bußgeldverfahren im Bereich des Umweltschutzes auf die Gemeinden oder Großen Kreisstädte übertragen. Sie trennen so die Zuständigkeit für den Vollzug im Umweltschutzbereich von der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Wir meinen, das führt zu einer Zersplitterung und zu Ineffektivität im Bereich des Umweltschutzes. Wir hingegen sind aus guten Gründen für Umweltschutz aus einem Guß, im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abg. Kuhn GRÜNE:
Jetzt hat er euch! - Weitere Zurufe)

Zweites Beispiel: Unter Abschnitt II des Antrags fordern Sie die wirksame Entlastung der Gemeinden von - ich zitiere - „pauschalen Forderungen der Träger öffentlicher Belange zur Einholung teurer Gutachten“. Doch hier widersprechen Sie sich.

(Abg. Kuhn GRÜNE: 1 : 0 für Hackl!)

Man kann nicht auf der einen Seite immer mehr Tätigkeiten und Leistungen privatisieren und damit auch den Sachverstand aus der Hand geben, gleichzeitig aber teure Gutachten für die staatlichen Behörden beklagen. Das geht nicht. Ich kann nicht gleichzeitig privatisieren, den Sachverstand weggeben, dann aber beklagen, daß dann wiederum teure Gutachten verlangt werden. Das geht nicht. Denn sonst passiert folgendes - man kann es auch böse formulieren -: daß Sie auf kommunaler Ebene weiter Umweltpolitik nach dem Motto „Das haben wir alles nicht gewußt“ betreiben. Das kann es nicht sein. Wenn etwa ein Streuobstgebiet am Rand einer Großstadt überbaut werden soll, so halten wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung für unerlässlich und nicht für eine überflüssige Forderung des Naturschutzes.

Ein Beispiel für den vermeintlich guten Willen sind Ihre Privatisierungsforderungen. Sie greifen zum Teil zu kurz, zum anderen Teil belasten sie den Bürger mit zusätzlichen Kosten.

Nehmen wir zum Beispiel Ihre Forderung nach der Privatisierung der Kfz-Zulassungsstellen. Wenn Sie die Landräte in Ihrer Fraktion gefragt hätten, hätten die Ihnen gesagt, daß die Kfz-Zulassungsstellen einer der wenigen Bereiche sind,

die kostendeckend arbeiten oder die sogar noch einen kleinen Kostendeckungsbeitrag für die Gesamtbehörde leisten. Wenn Sie diesen Bereich privatisieren, dann müssen Sie die Kosten über zusätzliche Gebühren und Steuern beim Bürger wieder hereinholen. Das sagen Sie dann aber bitte den Bürgern draußen auch.

(Abg. Rückert CDU: Das gilt aber bloß für die laufenden Kosten, nicht für die Investitionen!)

Zu kurz greift die Forderung auch deshalb, weil Sie sich mit Ihrer Privatisierungsforderung lediglich um die gesellschaftliche Debatte herumdrücken, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch erfüllen soll und kann. Das heißt, wir müssen die Frage nach jetzt neu offen zutage getretenen gesellschaftlichen Bedarfen stellen, und wir müssen auch die Frage danach stellen, welche gesellschaftlichen Bedarfe heute weitgehend befriedigt sind, denen wir deswegen nicht weiter nachgehen müssen. Sie dagegen wollen staatliche Aufgaben auf kaltem Weg abbauen, anstatt sich dieser Debatte zu stellen.

Wir haben zu diesem Bereich zuletzt sogar in Zusammenarbeit mit der FDP/DVP-Fraktion konkrete Vorschläge gemacht, etwa zum Abbau der Straßenbauverwaltung und der Flurbereinigungsbehörden, da deren Aufgaben in Baden-Württemberg weitgehend erfüllt sind.

(Abg. List CDU: Die Zielrichtung ist klar! - Abg. Ströbele CDU: Sie machen politische Reformen!
Abg. Kuhn GRÜNE: Das wäre auch nicht falsch!)

Zu kurz greift die Forderung auch, weil Sie sich mit der Privatisierungsdiskussion um eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes herumdrücken. Die Frage der Rechtsform ist zweitrangig, wenn es darum geht, daß öffentliche Dienstleistungen effizienter, schneller und mängelfreier erstellt werden.

Der jüngste Vorschlag der Reformkommission, den ich ausdrücklich begrüße, leistungsorientierte Besoldungszuschläge zu zahlen, wird hoffentlich erst der Anfang sein auf dem Weg weg von der Bezahlung nach Dienstalter und hin zu einer leistungsgerechten Bezahlung. Wir fordern Sie hier im Namen der grünen Landtagsfraktion zu einer Bundsratsinitiative zur umfassenden Änderung des öffentlichen Dienstrechts auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Antworten der Regierung greifen in vielen Fällen zu kurz; doch das ist bei den strukturellen Mängeln dieser Kommission auch kein Wunder. Eine Verwaltungsreformkommission, die nur aus Leuten aus dem Bereich der Verwaltung und der Ministerialbürokratie besteht, schmort im eigenen Saft. Der Mut zum großen Wurf ist von einer solchen Kommission nicht zu erwarten. Wir fordern Sie auf, über den Verwaltungsgartenzaun und über den nationalen Gartenzaun hinwegzusehen und auch Leute aus der Wirtschaft mit internationaler Erfahrung, Leute, die Erfahrung mit modernsten Organisationskonzepten haben, mit in die Kommission aufzunehmen. Sonst, meine Damen und Herren, diskutieren wir wieder zehn Jahre hinter dem neuesten Stand hinterher.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Vetterleswirtschaft allein reicht nicht!)

(Hackl)

Ich glaube auch, daß es nicht schaden würde, wenn man die betroffenen Beschäftigten und ihre Organisationen stärker an den Aufgaben der Kommission beteiligen würde.

Zum anderen meinen wir, daß man eine Verwaltungsreform nur im Zusammenhang mit der Regionalreform sehen kann. Das hat sich auch bei unserer Anhörung am vergangenen Montag in diesem Haus wieder gezeigt. Sonst schafft man nur eine neue Verwaltungsebene und keine schlanke Verwaltung.

So muß nach unserer Auffassung ernsthaft geprüft werden, ob nicht die Regierungspräsidien entfallen können, wenn eine Regionalebene eingezogen wird. Auf Regionalebene wäre auch eine sinnvolle Bündelung von Fachbehörden, etwa im Umweltbereich, möglich. Wir kämen dann endlich davon weg, daß die Verwaltungsreform hauptsächlich nur als großer Verschiebehahn von Aufgaben von der staatlichen auf die kommunale Seite verstanden wird. Nicht ganz zu Unrecht beäugen die kommunalen Landesverbände die finanziellen Ausgleichsversprechen, die von seiten der Regierung immer wieder gemacht werden, mit großem Mißtrauen.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, wir fordern Sie hier auf, Ihren Ansatz bei der Verwaltungsreform in unserem Sinn neu zu überdenken und konzeptionell zu verbreitern. Dann, Herr Ströbele, werden wir sehen, wo die Kleingläubigen in diesem Haus sitzen und wo nicht. Wir sind dazu bereit, einen wesentlich mehr in die Tiefe gehenden Reformansatz mitzutragen, wenn er in unserem Sinn erfolgt. Wenn dies nicht geschieht, könnte es passieren, daß die Verwaltungsreform in Einzelmaßnahmen steckenbleibt. Dann, meine Damen und Herren, käme dabei nicht die versprochene internationale Rennwoche heraus, sondern nur das Aufwirbeln von etwas Aktenstaub durch den Amtsschimmel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Albrecht.

Abg. Albrecht FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren Kollegen! Die Absicht der Landesregierung, im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform bisherige Aufgaben der Landesverwaltung abzubauen und diese auf die Kommunen zu übertragen, begrüße ich für die FDP/DVP-Landtagsfraktion im Grundsatz. Eine Politik, die das Ziel verfolgt, die Kommunen in ihrer Selbstverwaltung zu stärken, wird von uns seit jeher vertreten und deshalb auch heute ausdrücklich unterstützt. Kommunalfreundliche Reformen wie die Abschaffung von Fördertöpfen zugunsten einer erhöhten Pauschalförderung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die probeweise Aussetzung von Landesrichtlinien und - im Rahmen einer Rechtsbereinigung - die Abschaffung überflüssiger Vorschriften sind der richtige Weg zu mehr Bürgernähe, aber auch zu effektiverer Verwaltung.

Die Beschlüsse der Landesregierung, wonach im Vorgriff auf die Neuordnung der Förderbeziehungen zwischen Land und Kommunen bei den Förderrichtlinien für Investitionen von Kommunen mit Geltung vom 1. Januar 1993 an nur noch diejenigen Vorschriften anzuwenden sind, die für die Bewilligung und Abwicklung der Förderung unerlässlich sind, und für Aufgaben, die Kommunen oder freie Träger in

eigener Verantwortung wahrnehmen, alle nicht förderbezogenen Landesrichtlinien für den Bau und Betrieb von Einrichtungen der Kommunen und freien Träger ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1993 versuchsweise für zwei Jahre ausgesetzt werden, haben Signalcharakter. Hier ist in der Tat ein neuer Weg beschrritten worden, die Kommunen in unserem Land zu stärken.

Auch die Ziele, die die Regierung bei der Deregulierung verfolgt, um den Gemeinden einen größeren Handlungsspielraum zu geben, sind beachtenswert. Dies gilt beispielsweise für den Wegfall des Verfahrens der Zustimmung durch das Regierungspräsidium bei nicht privilegierten Vorhaben im Außenbereich, soweit Gemeinden als untere Baurechtsbehörden zuständig sind, wie auch dafür, daß eine Zustimmung zu gemeindlichen Planungen oder Einzelvorhaben nicht von der Erfüllung pauschaler Forderungen der Träger öffentlicher Belange zur Einholung teurer Gutachten abhängig gemacht werden darf.

Natürlich gibt es auch Vorschläge der Regierung, die nicht unsere ungeteilte Zustimmung finden können. Dazu gehört der Versuch, der angeblichen Zersplitterung der Verwaltung entgegenzuwirken und durch Eingliederung unterer staatlicher Sonderbehörden in die Landrats- und Bürgermeisterämter zu einer besseren Bündelung der Aufgaben zu kommen. Wir haben über diese Frage ja erst kürzlich in diesem Hohen Hause diskutiert. Da hat es sich gezeigt, daß nicht alle Reformvorhaben der Landesregierung im Bereich der Verwaltungsreform von solch glänzendem Gold sind, wie es der Herr Minister Vetter und seine Kommission uns glauben machen wollen. Glücklicherweise haben sich auch die Regierungsfractionen wegen der ungeklärten Finanzierung dieser Reformmaßnahmen bereit erklärt, dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion zu folgen, daß dem Landtag zunächst ein detaillierter Finanzplan vorzulegen ist, bevor das letzte Wort über die Eingliederung von unteren Sonderbehörden gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP - Abg. Pfister FDP/DVP: Das war ein guter Vorschlag!)

Auch wir Freien Demokraten gehen von dem politischen Grundsatz aus, daß alles, was von oben nach unten verlagert werden kann, auch verlagert werden sollte, aber nur dann, wenn es auch tatsächlich von der Sache her geboten ist.

Zur Absicht, untere Sonderbehörden in die Bürgermeister- und Landratsämter einzugliedern, müssen wir allerdings erhebliche Zweifel anmelden. Die von der Regierung hierfür vorgetragenen Gründe sind für unsere Fraktion nicht plausibel, um bewährte Fachverwaltungen zu zerschlagen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Bedenken habe ich auch gegenüber dem vorgeschlagenen Konzept für einen Umlandverband Region Stuttgart. Dazu habe ich mich bereits bei der Beratung des Einzelplans 03 geäußert.

Ein wichtiges Thema im Rahmen der Verwaltungsreform wird auch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Dienstleistungen im staatlichen wie im kommunalen Bereich sein. Schon vor 15 Jahren haben wir in diesem Hohen Haus darüber debattiert. Die Gründe für diese neue, alte Diskus-

(Albrecht)

sion liegen wohl insbesondere darin, daß die öffentliche Hand ständig über begrenzte Finanzmittel verfügt, wir eine überhöhte Staatsquote haben und die öffentlichen Hände hochverschuldet sind, dies übrigens schon seit langer Zeit. Hinzu kommt das altbekannte Argument, in zahlreichen Verwaltungen könnten bestimmte Aufgaben von Privaten besser und kostengünstiger erledigt werden als von der öffentlichen Hand.

Ausdrücklich begrüße ich die Grundposition der Landesregierung, wonach sie einer Privatisierung von öffentlichen Aufgaben große Bedeutung beimißt, wie auch ihre Absicht, bei der Durchführung der Funktionalreform in der zweiten Stufe die Frage zu prüfen, welche Aufgaben jeweils von Privaten wirtschaftlicher und effizienter gelöst werden können.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das gefällt euch!)

Daß dies unter Berücksichtigung des Gemeinwohlprinzips zu erfolgen hat, ist selbstverständlich.

Auf die Privatisierungsinitiative der FDP/DVP-Landtagsfraktion vom letzten Jahr hat die Landesregierung angekündigt, daß Aufgaben grundsätzlich dann privatisiert werden sollen, wenn eine sorgfältige Prüfung ergeben hat, daß Private wirtschaftlicher, aber genauso sachgerecht Aufgaben wahrnehmen können, wie dies bisher öffentliche Hände getan haben.

Auch die Kommunen unseres Landes, meine Damen und Herren, haben ja bei bisher erfolgter Privatisierung von Aufgaben durchweg positive Erfahrungen gemacht. Bei 93 % der Kommunen gab es eine spürbare Entlastung beim Personalaufwand, bei 92 % konnte man auf Investitionsmaßnahmen verzichten, bei 91 % konnten spezielle Fachkenntnisse genutzt werden, und bei 89 % kam es zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit. Nur bei zirka 2 % der Fälle machten die Kommunen negative Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Dies alles ist einem Bericht des Innenministeriums zu entnehmen.

In vielen Bereichen nimmt der Anteil jener Gemeinden zu, die eine teilweise oder vollständige Aufgabenübertragung auf Private vornehmen. Dies gilt für Gemeinden aller Größenordnungen. Die Aufgabenübertragungen sind vielfältig. Das fängt bei der Gebäude- und Fensterreinigung an, umfaßt die Pflege öffentlicher Park- und Grünanlagen sowie die Wartung technischer Betriebseinrichtungen, die Planung und Bauleitplanung bei Hoch- und Tiefbauten und geht bis hin zur Verkehrsplanung und Abfallbeseitigung.

(Abg. Köder SPD: Passen Sie auf, daß wir die Förster nicht auch noch privatisieren!)

Meine Damen und Herren, Privatisierung muß bei allen Reformmaßnahmen in einer modernen Leistungsverwaltung immer auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hackl GRÜNE: Dogmatiker! – Abg. Ströbele CDU: Hört, hört!)

Doch, meine Damen und Herren, hat der Privatisierungsgedanke in seiner Umsetzung auch seine Grenzen. Hoheitliche Aufgaben können und dürfen nicht privatisiert werden. Eine Privatisierung kann dann und dort nicht mehr betrieben werden, wo die Stetigkeit der Aufgabenerfüllung nicht mehr

gewährleistet ist, oder in Bereichen, bei denen das Interesse ausschließlich auf Privatisierung des sogenannten lukrativen Teils gerichtet ist, wohingegen der wenig oder gar nicht lukrative, also der uninteressante Teil in öffentlicher Hand bleiben soll.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Wenn wir im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform über Privatisierung reden, dann müssen wir auch daran denken, daß in vielen Fachverwaltungen die Möglichkeit für eine weitere Privatisierung gering geworden ist, weil die nicht hoheitlichen Tätigkeiten schon weitgehend auf Private verlagert wurden. Dies betrifft sowohl die Gesundheitsämter wie die staatliche Gewerbeaufsicht. In der staatlichen Hochbauverwaltung ist möglicherweise noch Spielraum, allerdings in Bereichen, die für private Büros nicht attraktiv sein dürften.

Auch im Bereich der Vermessungsämter dürften Privatisierungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sein. In dieser Fachverwaltung werden fast nur noch hoheitliche Aufgaben wahrgenommen.

Es bleibt als Ergebnis festzustellen, daß die in Frage kommenden Verlagerungspotentiale auf Private in diesen Fachverwaltungen bereits weitgehend genutzt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und meine Herren, Privatisierung, Deregulierung, Aufgabendelegation, Überprüfung und Abschaffung sowie Aussetzung von Verwaltungsvorschriften sind eine staatliche Daueraufgabe. Wir begrüßen, daß die neue Regierung sich dieser Aufgabe besonders annimmt bzw. annehmen will, wobei auch der CDU-Fraktion nicht entgangen sein sollte, daß in einigen Bereichen die Stellungnahmen der Fachressorts zurückhaltend waren.

(Abg. List CDU: Das haben wir uns gut gemerkt!

Abg. Ströbele CDU: Das haben wir uns gut gemerkt! Das wollen wir überwinden!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen – das gilt vor allem für die beiden Regierungsfractionen –, eine Fülle von Vorschlägen, Absichtserklärungen und Prüfungsaufträgen steht nun im Raum. Es kommt jetzt darauf an – und da sind wir alle herausgefordert –, daß die geplanten Vorhaben auch umgesetzt werden.

(Abg. Ströbele CDU: Jawohl! Das wollen wir tun!)

Soweit diese bürgernah und kommunalfreundlich sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie dabei auf die Unterstützung der FDP/DVP-Landtagsfraktion rechnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ströbele CDU: Soweit sie populär sind!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. List.

Abg. List CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verwaltungsreform ist ein ganz wichtiges Anliegen der beiden Koalitionsfraktionen. Der Kollege Ströbele hat die grobe Zielsetzung dieser Verwaltungsreform skizziert. Ich bin dankbar für das, was die Kollegen auch aus den anderen Fraktionen gesagt haben, weil es quer durch alle Stel-

(List)

lungnahmen ein Ansatz ist, daß wir in den Ausschußberatungen zu guten Ergebnissen kommen können.

Herr Hackl, ein Gemischtwarenladen ist an sich nichts Schlechtes. Wir wollen die Gemischtwarenläden ja erhalten, vor allem in den Stadtteilen und in den Dörfern. Deshalb muß das nichts Negatives sein.

(Abg. Hackl GRÜNE: Aber nicht als Gesetzesvorlage! Nur: Die Richtung sollte man noch erkennen!)

- Unser Antrag - wenn Sie den richtig gelesen haben, werden Sie es erkennen - zeigt die Richtung. Ich möchte Ihnen dazu gern ein paar Sätze sagen.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Es ist beim Antrag geblieben, Herr Kollege!)

Unser Antrag geht auf folgende wesentliche Zielsetzungen in der Verwaltungsreform ein: Bürgernähe - ich nehme an, daß wir uns auch da finden -, Subsidiarität - es war direkt rührend, welches Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung hier abgelegt wurde -, Rationalisierung, Effizienz, Verschlinkung der Verwaltung - nicht nur der Kommunen, sondern auch des Staates -, Privatisierung und Verfahrensbeschleunigung. Das sind die wesentlichen Punkte, die wir in dieser Verwaltungsreform umsetzen wollen.

Dabei hat die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung einen hohen Rang. Das ist überhaupt keine Frage. Wir sind der Meinung, daß alle Aufgaben, die in den Kommunen wahrgenommen werden können, auch dorthin verlagert werden sollen. Die Bürger haben die Möglichkeit, dort ihre Ansprechpartner zu finden. Die Bürger haben die Möglichkeit, dort nachzuvollziehen, was ihre gewählten kommunalen Vertreter einschließlich des Bürgermeisters tun und entscheiden. Die Erfahrung zeigt, daß auf dieser Ebene die Aufgaben am wirtschaftlichsten und effizientesten angesiedelt sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. List, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

Abg. List CDU: Bitte schön.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Abg. List, wie erklären Sie sich, daß die kommunalen Landesverbände unisono sagen, daß sie diese Verwaltungsreform nicht bestellt hätten?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. List.

Abg. List CDU: Für uns ist nicht die Frage, ob die kommunalen Landesverbände die Verwaltungsreform bestellt haben oder nicht.

(Abg. Redling SPD: Wir arbeiten nicht auf Bestellung!)

Das ist ein Anliegen, das wir gemeinsam formuliert haben und dem auch niemand vorher, Herr Hackl, in der Diskussion entgegengetreten ist. Deshalb ist das für mich kein entscheidendes Kriterium, aber ich weiß, daß in den kommunalen Landesverbänden wesentliche Teile unserer Überlegun-

gen sehr positiv begleitet werden. Das läßt sich auch mühelos nachweisen.

Es sollte allerdings, wenn wir die kommunale Ebene ernsthaft stärken und eine Deregulierung von vielen hemmenden Vorschriften wollen, beispielsweise nicht geschehen, was mit den Kindergartenrichtlinien passiert ist: daß man einerseits diese Richtlinien wie alle anderen Richtlinien außer Kraft setzt und einige Monate später das Landesjugendamt als die Rechtsaufsicht für ihre Aufsichtstätigkeit genau dieselben Richtlinien Wort für Wort wieder in Kraft setzt.

(Abg. Ströbele CDU: Mißachtung des Parlaments!
- Abg. Bütikofer GRÜNE: Das war doch euer Kompromiß!)

- Nein, das war nicht unser Kompromiß. Unser Vorschlag war, den Kommunen eine eigenverantwortliche Erledigung dieser wichtigen Aufgabe zuzutrauen und Mißstände im Weg der Rechtsaufsicht zu beseitigen, aber nicht, daß über die Hintertür diese Vorschriften Wort für Wort wieder in Kraft gesetzt werden. Das war nicht unsere Intention.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Auf jeden Fall ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung für uns ein außerordentlich wichtiges Anliegen.

Ein genauso wichtiges Anliegen sind die Privatisierung und der Aufgabenabbau. Man kann ruhig an einer Aufgabe festmachen, daß das vielleicht im Einzelfall nicht das Ideale ist, vor allem, wenn ich es allein unter Kostengesichtspunkten mache. Aber warum muß zum Beispiel die Kraftfahrzeugzulassung eine hoheitliche Aufgabe sein? Das können Private genauso wahrnehmen. Der Zwischenruf vom Kollegen Rückert war absolut richtig: In der reinen Einnahmen-/Ausgabenrechnung - von der müssen wir ja wegkommen - ist das natürlich ein Geschäft oder zumindest kostendeckend. Aber wenn ich die ganzen Grundvoraussetzungen wie Räumlichkeiten hinzunehme, ist die Kraftfahrzeugzulassung für die öffentliche Hand kein Geschäft. Deshalb kann es wirklich privatisiert werden.

Meine Damen und Herren, uns kommt es darauf an, daß in der gesamten Verwaltungsreform Aufgaben, die nach unten verlagert werden können, auch dorthin verlagert werden, Aufgaben, die privatisiert werden können, auch wirklich privatisiert werden - nicht nur Organisationsprivatisierung, sondern echte Privatisierung - und daß eine Deregulierung erfolgt.

Mir ist dieser Tage eine Richtlinie der EG in die Finger gefallen. Es gibt ein europäisches Abkommen zur Erhaltung der Fledermäuse. Das ist ja eigentlich etwas Gutes. Da heißt es unter anderem - da sehen Sie, welche Blüten solche Reglementierungen treiben -:

Auf das Verbraucherpreisniveau und auf die Einzelpreise ergeben sich keine Auswirkungen, da Fledermäuse in der Bundesrepublik Deutschland nicht handelsrelevant sind und auch zu sonstigen Zwecken nicht käuflich erworben werden.

(Heiterkeit bei den Republikanern)

(List)

Da sieht man, welche Blüten die Bürokratie treibt. Wir müssen den Mut haben, wirklich Ballast abzuwerfen. Wir wünschen demjenigen, der eine Entscheidung zu treffen hat, daß er sie so treffen kann, daß sie nicht von Staats wegen bis ins Detail reglementiert werden muß.

Wir freuen uns auf die Ausschlußberatungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Vetter.

Minister im Staatsministerium Dr. Vetter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte dem Haus für die grundsätzliche Bereitschaft danken, die Verwaltungsreform mitzutragen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bitte schön!)

Ich möchte die einleitende Bemerkung machen, daß diese Verwaltungsreform keineswegs zum Anliegen hat, nur ein paar Aufgaben hin- und herzuschieben, und keineswegs zum Anliegen haben darf, neue Behörden zu gründen, die alte Verwaltung, die sich bewährt hat, zu zerstören und draußen im Land neue Behördenstrukturen zu errichten. Dies gilt vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir in unserer Republik zur Zeit um Arbeitsplätze und um das Schicksal von Menschen und Familien zu kämpfen haben. Wir brauchen das Geld vor allem, um unsere Wirtschaft und damit unsere Arbeitsplätze in Ordnung zu halten und nicht zur Optimierung von Bürokratie.

Diese Verwaltungsreform spielt sich vor einem dramatischen Hintergrund von Finanzknappheit ab, vor großen krisenhaften Entwicklungen. Deswegen ist es viel zu kurz gegriffen, die Verwaltungsreform damit zu beginnen, wie wir es in guten Zeiten lustig diskutiert haben, mal die Regierungspräsidenten und mal die Landratsämter oder diese und jene Behörde abzuschaffen. Es geht darum, zu erkennen, daß in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten im Vordergrund stehen. Dies heißt in Baden-Württemberg nach dem Beschluß dieses Hauses: 3 040 Stellen in der nächsten Zeit. Dies heißt nach dem Solidarpakt, daß zusätzliche Stelleneinsparungen hinzukommen müssen. Dies heißt, daß wir nicht Stellen einsparen können, wenn die alte Aufgabenverteilung bestehen bleibt.

(Abg. Hackl GRÜNE: Oder die alten Strukturen!)

Diese Reform muß die Frage beantworten, wie wir künftig mit weniger Stellen im öffentlichen Dienst die Aufgaben, die Schwerpunktaufgaben des Staates sind, ordentlich und gut verwalten können.

Diese Verwaltungsreform darf ja nicht in den Fehler verfallen, die Argumente zu verwechseln und den öffentlichen Dienst insgesamt zu disqualifizieren. Der öffentliche Dienst im Land, in den Kommunen und im Bund ist unerlässlich für einen modern strukturierten Staat. Das sehen wir gerade beim Aufbau in den neuen Ländern. Deswegen muß diese Verwaltungsreform zum Ziel haben, den öffentlichen Dienst in seiner Struktur, in seiner Arbeitsweise eher zu stärken.

Meine Damen und Herren, wir müssen erkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Fülle ihrer Normen und mit der Dauer ihrer Verfahren nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wir können im Wettbewerb in Europa und in der ganzen Welt nicht mehr mithalten. Die Frage von neuen Arbeitsplätzen ist die Frage von neuen Investitionen. Wenn wir uns weiterhin eine Verfahrensdauer leisten, wie wir sie uns in guten Zeiten gerade noch haben leisten können, schaffen wir diesen Wettbewerb nicht mehr, und es besteht eine große Gefahr für die Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nicht ganz so grobschlächtig vielleicht!)

Das ist der Hintergrund der Verwaltungsreform. Jetzt geht es um die konkreten Fragen in der Verwaltungsreform. Da kann ich nur noch einmal sagen: Es geht nicht darum, Herr Hackl, internationale Experten in Regierungskommissionen zu berufen

(Abg. Hackl GRÜNE: Warum nicht?)

und neue Gutachten in Auftrag zu geben, sondern es geht ganz konkret darum, die Frage zu beantworten, wie wir mit unserer Behördenorganisation weiterkommen können, wenn diese Stelleneinsparungen in den nächsten zwei, drei Jahren Wahrheit werden.

Auf der Ebene der Kommunen haben wir im Moment zwei Haupteinwendungen zu überwinden. Gegenüber dem allgemein für richtig gehaltenen Subsidiaritätsprinzip - die Grünen sagen vielleicht „Graswurzelprinzip“ -, die Aufgaben möglichst bürgernah zu erfüllen, werden zur Zeit in der öffentlichen Diskussion Einwände dahin gehend gemacht, die Kommunen seien interessenbefangen und gar nicht leistungsfähig in diesem Bereich;

(Abg. Köder SPD: Ja, ja!)

die Kommunen könnten dies und jenes nicht erfüllen, weil sie zu nahe an den Interessen sitzen. Ich höre dieses Argument seit vielen Jahren, aber es wird immer schwächer. Die Kommunen sind nicht mehr das, was sie früher waren: ehrenamtlich geführte Einheiten, wo irgendein Bürger irgendeine Organisation aufgezogen hat. Die Kommunen sind heute professionell geführte Einheiten.

(Abg. Walter GRÜNE: Da kenne ich aber andere!)

- Die Grünen bezweifeln das, aber ich kenne das Geschäft von innen. Ich kann Ihnen nur sagen: Es sind professionell geführte Einheiten, die im Grunde genommen eher darunter gelitten haben, daß man ihnen über Jahre hinweg Mißtrauen entgegengebracht und nicht geglaubt hat, daß sie in der Lage sind, diese Aufgaben zu erfüllen.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Wer war das?)

Dieses Mißtrauen ist weniger denn je berechtigt. Im Gegenteil: Die Kommunen sind voll in der Lage, die gesamte Verwaltungsstruktur in ihren Häusern zu erledigen, und sind keineswegs diejenigen, die sofort bereit wären, gegenüber örtlichen Interessen in die Knie zu gehen.

(Minister Dr. Vetter)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD -
Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Herr Kielburger hat dankenswerterweise auf die Verantwortung hingewiesen, die die Kommunen zu übernehmen bereit sind. Aber die Kommunen sind in der Zwischenzeit in einer anderen Situation. Wenn man nun über den Antrag der CDU-Fraktion diskutiert, der übrigens der erste konkrete Antrag in dieser Sache war,

(Abg. List CDU: So ist es!)

dann muß man einmal konkret und offen zugestehen, daß zur Zeit eine große Skepsis auf der kommunalen Ebene gegenüber Aufgabenzuweisungen herrscht. Auch das müssen wir ehrlich sagen. Das ist deswegen der Fall, weil sich die Zeiten geändert haben und weil die Kommunen natürlich auch sehen, daß der Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren immer schwieriger wird. Deswegen sind die Kommunen nicht mehr, wie früher, bereit, zu sagen: „Gebt uns, was zu geben ist.“

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Es war übrigens keineswegs so, daß die Kommunen nicht etwa ihre Wünsche geäußert hätten. Sie haben sie alle geäußert. Damals haben alle die Wünsche geäußert: „Gebt uns die Aufgaben.“

(Zuruf des Abg. List CDU)

Sie alle haben die Wünsche geäußert: „Schafft die Töpfchen ab.“ Das kenne ich alles. Da war ich selbst noch auf der anderen Seite dabei. Ich sage Ihnen, heute heißt die Situation: Wenn wir auch auf der kommunalen Ebene weniger Geld haben, muß dieses Geschäft grundehrlich und grundsolid abgewickelt werden. Das heißt, wenn wir nicht bereit sind, mit der Aufgabenverlagerung auch einen ehrlichen und soliden Finanzausgleich zu geben, wird diese Reform zusammen mit der Kommunalreform nichts werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Weil es verfassungswidrig ist!)

Deswegen sage ich klipp und klar: Unser Vorschlag aus der Regierungskommission ist: Wenn wir Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagern, dann heißt dies, nicht nur theoretisch einen Ausgleich nach Artikel 71 der Landesverfassung vorzunehmen, sondern dann muß dies einen praktischen Ausgleich bedeuten. Wir haben darüber hinaus gesagt: Das darf nicht nur ein Ausgleich dessen sein, was jetzt gegeben wird, sondern wenn künftig Aufgaben zuwachsen, muß das Land auch bereit sein, einen Ausgleich für nachgewiesenen Personalmehrbedarf zu geben.

(Abg. Hackl GRÜNE: Da sind wir aber gespannt! -
Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Das, meine Damen und Herren, ist mir sehr wichtig, weil die Entwicklungen ohne dieses Vertrauen zwischen dem Land und den Kommunen nicht gut vorangehen werden.

(Abg. Hackl GRÜNE: Der Finanzminister holt es sich wieder!)

Damit wiederhole ich noch einmal konkret: Die Kommunalreform und die Aufgabenverlagerung auf die Kommunen werden von uns Schritt für Schritt angegangen. Dies geschieht auf der Grundlage des Antrags der CDU-Fraktion und auf der Grundlage der Beschlüsse der Regierungskommission. Ich möchte Ihnen sagen: Die Regierungskommission hat inzwischen, wie Sie alle wissen, die Aufträge, die wir in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben, weitgehend abgearbeitet. Nach der ersten Tranche der Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene, für die wir in der letzten Sitzung der Regierungskommission 17 Aufgaben zu verlagern beschlossen haben - einschließlich der Verlagerungen nach § 16 des Landesverwaltungsgesetzes -, kommt jetzt noch eine zweite Tranche. Wir müssen noch weiterbohren, weil die Antworten, die bislang auch von den Ministerien gegeben worden sind, der Regierungskommission in der Tat nicht ausreichend erscheinen.

Deswegen, meine Damen und Herren, geht es auf diesem Gebiet genau so weiter. Wir werden also versuchen müssen, an dieser Sache zu bleiben.

Ich will auch noch einmal aufgreifen, was vorhin zur Schnelligkeit der Verfahren gesagt worden ist. Die Schnelligkeit von Verfahren ist ein entscheidendes Kriterium. Unter diesem Aspekt muß man auch die Frage nach der Eingliederung von Sonderbehörden sehen. Das ist nicht nur eine Theorie und nicht nur eine Frage der Kosteneinsparung, sondern es ist auch eine Frage der Beschleunigung von Verfahren.

Meine Damen und Herren, in historischer Zeit haben sich die Sonderbehörden entwickelt, als die entsprechenden Rechtsbereiche weitgehend noch nicht geregelt waren. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß sich inzwischen eine Regelungsdichte entwickelt hat, die in der Welt ihresgleichen sucht. Jetzt geht es um den Vollzug von Regelungen. Bei diesem Vollzug von Regelungen ist es nicht mehr angebracht, die Behörden in der alten Polarität beizubehalten: hier die Fachbehörde, die Normen entwickeln soll, und dort die Rechtsbehörde, die konkret entscheiden soll.

Dies betrifft auch die Eingliederung. Bei der Eingliederung wird berücksichtigt, daß wir inzwischen in allen Bereichen weitgehend eine große Regelungsdichte haben und daß es darum geht, die Verfahren dadurch schneller zu machen, daß Rechtsbehörde und Fachbehörde möglichst unter ein Dach kommen. Damit sollen Synergieeffekte ausgelöst werden, die zu Kosteneinsparungen führen werden.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das ist nur rechtstheoretisch, aber in der Praxis stimmt das nicht!)

Der dritte Punkt der Verwaltungsreform heißt nach wie vor Deregulierung und Privatisierung. Ich möchte dies klipp und klar sagen. Wir brauchen deswegen die Deregulierung, weil wir in der Zwischenzeit merken, daß sich zwar die Gesellschaft fortentwickelt hat, die Aufgaben und das dafür nötige Personal aber eigentlich immer geblieben sind. Als Zeichen für die Deregulierung mögen Sie nennen, daß wir fragen: Warum müssen denn eigentlich noch Baugenehmigungen ausgesprochen werden, wenn vorher in x Sitzungen konkrete Bebauungspläne, von der Dachneigung bis hin zur Giebelstellung, entwickelt worden sind und alles konkret festgelegt worden ist? Warum muß da eigentlich noch hinterher in ei-

(Minister Dr. Vetter)

nem aufwendigen behördlichen Verfahren in allen Fällen eine Genehmigung ausgesprochen werden? Das muß nicht mehr sein.

Deswegen sind wir der Meinung: Die Regelungsdichte muß verringert werden. Die Regierungskommission wird sich insbesondere der Frage widmen, wie wir die Regelungsdichte im wirtschaftlichen Bereich, in dem jetzt unsere Hauptarbeit stattfinden muß, abbauen können. Deswegen werden wir uns zusammen mit den Organisationen der Wirtschaft und den beteiligten Ministerien auch schwerpunktmäßig der Frage der Deregulierung im Wirtschaftsbereich zuwenden. Das geht von Fragen der Statistik bis hin zu anderen Fragen der Genehmigung.

Meine Damen und Herren, Privatisierung spielt sich auch noch in einem anderen Bereich ab. Sie muß sich dort abspielen. Das betrifft die Frage: Wie kann ich mit weniger Bediensteten den Aufgabenstandard beibehalten? Das kann ich so nicht mehr. Sonst überlaste ich den öffentlichen Dienst. Deswegen spielt die Privatisierung von Einrichtungen - ich nenne das Stichwort Umwelt-TÜV - eine große Rolle.

Jetzt komme ich noch einmal zu den Gemeinden und zum Staat insgesamt. Herr Hackl, Sie haben vorhin das Stichwort der dezentralen Haushaltsverantwortung genannt. Im Grunde genommen können Sie sich einmal eine Vorstellung darüber machen, wenn Sie sich fragen, wie eine moderne Verwaltung aussieht. Eine moderne Verwaltung kann nicht dadurch, daß eine Kommission, eine Regierung oder eine Fraktion überall gleich in einzelne Aufgabenkritik einsteigt, erzwungen werden. Eine richtige Reform kann nur dann entwickelt werden, wenn ich zusammen mit meinen Leuten im öffentlichen Dienst eine gewisse Vorgabe setze und sage: „Ihr bekommt eine bestimmte Summe zur Aufgabenerledigung. Im Gegensatz zur Vergangenheit seid ihr aber nicht mehr gezwungen, bestimmte Posten auszugeben oder im Dezember euer Geld, das ihr zufällig noch habt, auszugeben, sondern ihr seid jetzt Unternehmer geworden. Behördenchef, du mußt jetzt mit einer bestimmten Summe zurechtkommen und kannst Mangelbereiche mit Überreichumsbereichen ausgleichen und deine Behörde wie ein Unternehmer führen.“

Meine Damen und Herren, die alte Kameralistik berechnet bekanntlich keine öffentlichen Dienstleistungen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr richtig!)

Die moderne Buchführung muß einfach dazu kommen, zu sagen: Die Politik muß Vorgaben machen. Soundso viel ist noch vorhanden; dies kann zugewiesen werden. Im übrigen wird die Kreativität von Behördenleitern und Bediensteten eingefordert, die wie Unternehmer tätig werden und dann mit dem Geld zurechtkommen müssen. Dies, meine Damen und Herren, ist vielleicht der Dreh- und Angelpunkt einer modernen Verwaltungsreform, nicht nur das Hin- und Her-schiebe. Wir als Regierungskommission haben deshalb damit angefangen, diese Freiheit bei der Kommune, zusammen mit den Kommunalvertretern, einzuführen. Deshalb haben wir jetzt auch im staatlichen Bereich diesen Vorschlag gemacht. Daher verbindet sich das auch mit der Freigabe im Stellenobergrenzenrecht. Das bedeutet: größere Flexibilität, unternehmerischer Geist in der Verwaltung, Stelleneinsparungen nicht nur mit der Rasenmähermethode zu verord-

nen, sondern als Regierungskommission behilflich zu sein, mit weniger Personal im öffentlichen Dienst Aufgabenstandards beizubehalten. Die Regierungskommission versteht sich nicht als eine Kommission, die Verwaltungsreformen, etwa die Abschaffung von diesem oder jenem, vom Himmel bricht, sondern sie versteht sich als eine Kommission, die versucht, die notwendigen Einsparungen, die bereits Beschlußlage dieses Hauses sind,

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

mit fachkundigen Äußerungen zu begleiten und dem öffentlichen Dienst dabei zu helfen. Standards zu behalten, gut zu bleiben und von seiner kameralistischen Denkweise des 19. Jahrhunderts wegzukommen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

hin zu einer modernen Denkweise des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Allgemeine Aussprache über diesen Antrag abgeschlossen. Aufgrund der Äußerungen, die gemacht worden sind, gehe ich davon aus, daß der Antrag an den Innenausschuß überwiesen werden soll.

(Abg. List CDU: Jawohl! Überweisung!)

- Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, mir ist vorhin von der Landtagsverwaltung mitgeteilt worden, daß heute früh insoweit eine kleine Panne unterlaufen ist, als beim Tagesordnungspunkt 2 über die Behandlung der dort beratenen Anträge nicht entschieden worden ist.

Ich muß deshalb den Tagesordnungspunkt 2 noch einmal kurz aufrufen:

a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport - Stärkung der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg - Drucksache 11/871

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport - Lehrerversorgung an beruflichen Schulen - Drucksache 11/1408

Ich gehe davon aus, daß diese beiden Anträge

(Abg. Weimer SPD: Schulausschuß!)

dem Ausschuß für Schule, Jugend und Sport überwiesen werden sollen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 endgültig erledigt.

Wir haben auch Tagesordnungspunkt 5 mit der Überweisung an den Innenausschuß erledigt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe jetzt **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung - Wirkungsgrad der Forschung in Baden-Württemberg - Drucksache 11/758

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Für die Begründung des Antrags ist eine Redezeit von 5 Minuten vorgesehen, und für die Aussprache über diesen Antrag sind gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? - Herr Abg. Mogg, Sie haben das Wort zur Begründung des Antrags.

Abg. Mogg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man sagt: Die Forschung ist die zentrale Antriebskraft zur Entstehung, Ausformung und dynamischen Veränderung der modernen Welt.

Forschung ist die einzige Möglichkeit, Veränderungsprozesse festzustellen, Folgen abzuschätzen, Risiken zu erkennen und zu minimieren, Chancen zu sehen und zu nützen in allen Bereichen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bedeutung der Forschung für Kultur, Bildung und Ausbildung kann nicht übertrieben gesehen werden, und ihre Bedeutung für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die technische Entwicklung ist im Grunde, wenn man sie betont, ein Gemeinplatz. Es gibt viele Felder, in denen Forschung zu betreiben ist. Es gibt vielfältige Träger, und es gibt die Förderung von Forschung durch Land, Bund und Europäische Gemeinschaft in Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und nicht zuletzt auch in der Wirtschaft.

Baden-Württemberg hat in diesem Bereich einen hervorragenden Platz. Insofern zeichnen die Leitlinien und die Struktur der Forschungspolitik in Baden-Württemberg ein durchaus zutreffendes Bild. Dennoch, die vorhandenen Finanzmittel werden knapp, und die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz von Forschung müssen deshalb gesteigert werden, wenn wir den gegenwärtigen Status erhalten wollen.

Dies bedeutet aus unserer Sicht vier Forderungen:

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es sind so wenige CDU-Abgeordnete hier! Sind Sie bei der CDU besonders unbeliebt, Herr Mogg?)

Erstens: Wir müssen die Zusammenarbeit der Hochschulen in Baden-Württemberg und im Ausland weiter und erheblich verstärken. Wir müssen diese Zusammenarbeit auf die europäische Forschungslandschaft zum Ende dieses Jahrhunderts ausrichten. Das muß mehr sein als nur die Ausrichtung auf den vierten gemeinsamen Rahmenplan der Europäischen Gemeinschaft. Das muß deshalb mehr sein, weil diese Ausrichtung auf einer eigenständigen baden-württembergischen Zukunftskonzeption für Forschung beruhen muß.

Wir müssen weiterhin die Entscheidungsfindung der Ressorts in unserer Landesregierung, diesen ganzen Bereich, der mit Ressortforschung zusammenhängt, sehr genau daraufhin überprüfen, ob dieser tatsächlich zu einer Entscheidungsfindung der Ressorts beiträgt, und hierbei die Schlüsselstellung

des Wissenschaftsministeriums und des Wirtschaftsministeriums beachten.

Die Koordination von Forschungsaufgaben und von Forschungsausgaben ist weiter voranzutreiben. Dazu bedarf es ganz entschieden einer Voraussetzung: Die Übersicht und die Information über den gesamten Forschungsbereich müssen weiter transparent gemacht werden, und diese Übersicht und diese Informationsmöglichkeiten müssen ausgebaut sein.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Dabei ist deutlich zu sehen, daß eine Forschungsdatenbank tatsächlich weiterführt, wenn sie in unserem Lande eingerichtet wird, wenn sie auch die Daten der Ressorts einbezieht und wenn sie damit zur Vorausevaluierung von Forschungsfeldern, zur Prioritätensetzung und zur gegenseitigen Abstimmung von Forschungsvorhaben beiträgt. Diese Datenbank muß abgeschlossene und laufende Forschungsvorhaben umfassen, wenn uns auch klar ist, daß für die laufenden Forschungsvorhaben auch im Interesse der Beteiligten gewisse Datenschutzbestimmungen zu beachten sind.

Zweitens meinen wir, daß die Ressourcen vor allem im Hochschulbereich besser genutzt werden müssen. Es ist sehr bedauerlich, daß in dem Auftrag für eine externe Effizienzuntersuchung der Universitäten in den Fakultäten, in denen dies zur Zeit abläuft, der Forschungsgesichtspunkt allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Wir müssen sehen - und das finden wir ausgesprochen wichtig und auch gut -, daß die Ressourcen, die wir etwa zur Vorfinanzierung und zur Stärkung der Grundstruktur in wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Vorbereitung und der Durchführung von Anträgen bei der Europäischen Gemeinschaft einsetzen, um von ihr Forschungsvorhaben finanziert zu bekommen, und die Hilfen, die das Land gibt, gut angelegtes Geld sind. Wir fordern die Regierung auf, in dieser Richtung weiterzugehen.

Drittens: Wir müssen vor allem auf eine entschiedene Verbesserung des Querschnitts der Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen hinwirken. Dabei ist vor allem der Bereich der Forschungsergebnisse, aber auch der Technologieforschungsergebnisse der Universitäten zu nennen. Es gibt eben für die Universitäten in der Nutzung etwa von Ergebnissen in Richtung der mittelständischen Wirtschaft keine mit der Steinbeis-Stiftung vergleichbare Einrichtung. Man müßte sich in diesem Bereich des Technologietransfers aus Universitäten in die mittelständische Wirtschaft überlegen, ob es notwendig wäre, organisatorische Verbesserungen zu finden.

Viertens: Auch in ihrer Aufgabenorientiertheit, wenn ich das so bezeichnen darf, sind die Strukturen der gegenwärtigen Forschungsverwaltung zu verbessern. Dies gilt vor allem für die künftige Struktur des Landesforschungsbeirats.

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

Der Landesforschungsbeirat hat aus unserer Sicht die Aufgabe, Forschungsziele, Forschungsprogramme und Forschungsstrukturen in einer Gesamtzukunftskonzeption für die Forschungspolitik der Landesregierung zu erarbeiten.

(Beifall des Abg. Weimer SPD)

(Mogg)

Er hat dies aus unserer Sicht nicht nur als analytisches Gremium mit einer reinen Beschreibungsbefugnis zu tun, sondern er hat dies auch mit dem Recht zu tun, zu evaluieren, Prioritäten zu setzen und die entsprechenden Abstimmungsvorschläge an die Regierung zu machen.

Wir fordern die Regierung auf, gerade diesem Landesforschungsbeirat sehr deutlich die Freiheit einzuräumen, auch deutlich sichtbare prioritätensetzende Beschlüsse in seine Empfehlungen an die Regierung einbauen zu können.

Letztens: Wir sind der Meinung, daß man die Forschungsfinanzierung auch bei knappen Mitteln erweitern sollte. Dies gilt vor allem in der Richtung, daß wir die Abschöpfung der von der EG angebotenen Fördermittel so gut und so weit ausgreifend wie möglich vorantreiben. Wir sollten uns dabei vielleicht nicht, Herr Minister, mit der Einsicht begnügen, daß wir in Baden-Württemberg unter den Ländern - mit Bayern zusammen - an zweiter Stelle stehen,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

sondern wir sollten vielleicht den Vergleichsparameter etwas anders setzen und einmal fragen, ob es nicht richtiger wäre, den eigenen Platz daran zu messen, wie die Forschungskapazitäten unseres Landes insgesamt im Vergleich zu den Konkurrenzforschungskapazitäten anderer Bundesländer oder auch anderer Regionen in Europa abschneiden. Dann hätten wir vielleicht auch ein zutreffenderes Bild darüber, mit welchen Zahlen und an welchen Plätzen sich denn nun die Forschungsfinanzierung der Europäischen Gemeinschaft in unserem Land konkret niederschlägt.

Sie haben unsere Unterstützung, wenn es darum geht, privates Risikokapital für die Forschung und Entwicklung an unseren Hochschulen heranzuziehen. Wir wissen natürlich auch, daß es wichtig ist, den Dialog zwischen Staat, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft weiter zu verbessern. Vielleicht ist die interministerielle Arbeitsgruppe, die Sie einrichten, ein richtiger Schritt. Er greift aber vielleicht zu kurz. Es wäre sicher richtiger, auch hier zu institutionellen Einrichtungen wie etwa runden Tischen zu kommen, durch die der Dialog zwischen Staat, Forschung und Wirtschaft und vor allem auch dem Mittelstand verstärkt organisiert werden kann.

Wenn wir diese Verbesserungen der Forschungslandschaft gegenüber dem, was wir jetzt haben, umsetzen, dann ist die baden-württembergische Forschung zukunftsfähig und wird auch die Zukunft der Menschen in Baden-Württemberg positiv beeinflussen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Remppel.

Abg. Remppel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein wichtiger Bereich, und unsere Zukunft hängt zu einem großen Teil von diesem Thema ab: Wie effizient ist die Forschung? Wie gut ist die Forschung? Insofern bedaure ich erstens, daß wir nur 5 Minuten darüber diskutieren können,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Man kann auch in 5 Minuten einschlafen!)

- ja, das stimmt -, und bedaure ich zweitens auch etwas die Präsenz; denn das Thema ist wichtig genug.

Zunächst möchte ich ein paar Fakten nennen, damit klar ist, worüber wir reden. Bundesweit geben wir 70 Milliarden DM für die Forschung aus. Davon stammen 70 %, also 49 Milliarden DM, von der Industrie und von der Wirtschaft. Wir geben 2,8 % unseres Bruttosozialprodukts für die Forschung aus. Damit sind wir in guter Gesellschaft: Japan gibt etwa 3 % aus, die USA geben gleichfalls 2,8 %, Frankreich und England geben weniger aus. Wir in Baden-Württemberg geben sogar 3,8 % des Bruttosozialprodukts für Forschung im weitesten Sinne des Wortes aus. Jeder vierte Forschungsarbeitsplatz in Deutschland befindet sich in Baden-Württemberg.

(Abg. Mogg SPD: So ist es!)

Wir sind also gut, was dieses allgemeine Bild anbelangt.

(Zuruf von der SPD: Die Umsetzung in neue Produkte gelingt nicht!)

Im Vergleich zu Japan sind wir viel stärker in der Grundlagenforschung. Die Japaner verstärken diesen Bereich gerade, sind aber in diesem Bereich deutlich schwächer. Wir haben einen Industrieanteil von 70 %, die Japaner einen Industrieanteil von über 90 %. In Japan hält sich also der Staat aus der Forschung heraus.

Wenn man berücksichtigt, was der Ministerpräsident gesagt hat - trotz Sparzwang würden wir in diesem wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung nicht sparen -, müßte man eigentlich sagen: Die Diskussion ist beendet. Alles paletti. Wir sind gut. Wir sind besser als viele andere.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber unglücklicherweise sind noch 3 Minuten übrig!)

Ja, aber ich komme auf den Punkt zu sprechen, der Sie wahrscheinlich auch interessiert. - Man muß sich wirklich die Frage stellen, ob wir mit dem vielen Geld, das wir in diesem Bereich ausgeben, wirklich effizient genug sind. Stimmt die Verteilung zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen? Stimmt die Verteilung zwischen der Grundlagenforschung und der marktnahen Forschung, der anwendungsorientierten Forschung? Ich bin der SPD wirklich dankbar dafür, daß sie dieses Thema aufgegriffen hat und daß Herr Mogg das Thema vorhin so offen und so unpolemisch angegangen ist. Es ist nämlich ein wirklich wichtiges Thema: Wie gut ist die Effizienz?

Die Stellungnahme zum Antrag der SPD besagt nur, daß wir eine vielfältige Forschungsinfrastruktur haben, daß wir eine Fülle von Kooperationen zwischen deutschen und ausländischen Universitäten und Hochschulen haben und daß wir an den EG-Mitteln gut und ausreichend beteiligt sind. Die Stellungnahme sagt nichts aus über die Beurteilung der Effizienz dessen, was wir dort leisten; sie ist auch schwierig. Letztlich bleibt die Frage offen: Sind wir gut? Sind wir sehr gut? Wie können wir sehr gut werden?

Stimmt der Technologietransfer? In der Stellungnahme steht dazu nichts, aber in dem Büchlein, das uns das Ministerium gegeben hat, steht etwas. Dort sagt der Minister, der Technologietransfer könnte in den vielen Bereichen, in denen wir

(Remppel)

forschen, besser und vor allem schneller sein. Und das Schnellere-Sein ist das Wichtige; denn wir sind gefordert, in Zukunft schneller zu sein im Umsetzen der Erkenntnisse für den Markt. In Zukunft wird nicht mehr der Große den Kleinen fressen, sondern der Schnelle den Langsamen. Das ist wirklich so. Deshalb müssen wir schnell sein, müssen die Dinge umsetzen und die Erfolge messen. Daran müssen wir uns auch messen lassen.

Leider gibt es auch sonstige Alarmzeichen in diesem Bereich. Ich sage ausdrücklich dazu, daß damit nicht nur die öffentliche Forschung und die universitäre Forschung gemeint sind, sondern daß mit dem Gewicht von 70 % auch die freie Wirtschaft daran beteiligt ist. Im Weltmaßstab ist der Anteil der deutschen Patentanmeldungen zwischen 1980 und 1990 von 21,4 auf 16,2 % zurückgegangen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist, weil wir schon alles erfunden haben!)

- Wenn es so wäre, wäre ja alles bestens. - Genau im gleichen Ausmaß hat der japanische Anteil zugenommen. Es muß uns bedenklich stimmen, daß es keinen Kopierer und kein Faxgerät aus deutscher Entwicklung gibt. Es muß uns bedenklich stimmen, daß wir kaum wettbewerbsfähige Mikrochips aus unserer Produktion haben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es gibt aber auch deutschen Bordeaux!)

- Ich meine, das kann man so und so kommentieren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Den Eiffelturm haben wir auch bei uns!)

Aber es ist Faktum. Es ist so. Bei uns sind die Innovationszyklen noch doppelt so lang wie in Japan. Ich weise auf die Priorität der Geschwindigkeit hin. Es ist auch ein Alarmzeichen für uns, daß uns erst eine Studie des MIT in den USA das Thema Lean production nähergebracht und uns gesagt hat, wie man schneller und besser, vor allem mit weniger Fehlern produzieren kann. Ich frage: Weshalb sind wir nicht selbst darauf gekommen? Es hätte ja auch passieren können, daß wir bei diesem Forschungsaufwand solche Erkenntnisse selber gewonnen hätten.

Wir brauchen ein Forschungscontrolling. Deshalb, Herr Minister, bitte ich Sie ganz herzlich, daß wir an dem Thema dranbleiben. Ich bitte sogar ganz konkret um einen Forschungsauftrag, um die Effizienz und Umsetzungsgeschwindigkeit unserer Forschungsinfrastruktur zu untersuchen und letztlich auch zu verbessern. Wenn dabei herauskommt, daß wir schon gut sind, schon sehr gut sind, dann um so besser. Aber ich habe meine Bedenken. Ich bin bereit - das darf ich auch für die Fraktion sagen -

(Abg. Walter GRÜNE: Wo ist die überhaupt?)

- gerade deshalb zählt es ja so stark -, Umschichtungen mit zu unterstützen; denn es ist wichtig, daß wir effizienter werden.

(Beifall bei der CDU - Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann klatsche ich halt!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Eckert.

Abg. Dr. Eckert REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage nach dem Wirkungsgrad von Forschung ist ja nicht nur legal, sondern auch verdienstvoll.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Es gilt, die vorhandenen Mittel gut zu nutzen und sie sinnvoll einzusetzen.

Aus der Welt der Werbung wissen wir, daß die Hälfte des ausgegebenen Geldes umsonst ausgegeben wird. Man weiß nur nicht vorher, welche Hälfte. In der Forschung ist es ein bißchen komplizierter. Wenn wir sagen, es werde Doppelforschung gemacht - an einem Institut in der Stadt A würden also die gleichen Sachen untersucht wie in der Stadt B - , dann heißt das ja nicht, daß sie umsonst war. Wir haben in beiden Fällen die Lehre, die Ausbildung von Studierenden, auch Diplomarbeiten, und wir haben den Wettbewerb, der sich dann in Tagungen und Kongressen widerspiegelt.

Außerdem ist die heutige Forschung so ausfächernd, in so viele Einzelheiten und Verästelungen gehend, daß ich meine - und das wurde in der Stellungnahme von Herrn Minister von Trotha wiederzugeben versucht -, daß diese vermutete Doppelparbeit in diesem Sinne doch nicht stattfindet.

Wenn wir sagen, daß wir staatliche Forschung und Forschung in Großfirmen haben, dann müssen wir feststellen: In einer Reihe von Bereichen kann eine noch so gut gemeinte Universitätsforschung nicht mit der Forschung von Großfirmen mithalten. Hinter der Forschung von Großfirmen stehen einfach ein so gewaltiger Kapitaleinsatz, solche Mengen von qualifiziertem Personal, so viel Einsatz - weil ein Markt lockt;

(Abg. Bloemcke CDU: Aber nicht nur bei Großbetrieben!)

und da ist auch eine Sogwirkung in Richtung höherer Umsatz einer Firma, vielleicht auch Existenzfrage einer Firma -, daß ein Diplomand oder vielleicht ein Promovierender, der in seinem Studierstübchen an der Universität haust, nicht mithalten kann.

Ein Beispiel aus der früheren Zeit: Die Kunststoffsynthese wurde in vielen Fällen direkt bei der Großchemie gemacht, nicht in Universitäten.

Ein anderes Beispiel: Als Ende der vierziger Jahre der Germaniumtransistor auf den Markt kam, wurde er einige Zeit später in den Siliziumtransistor umgesetzt; eine Anzahl von Verfahren zur Herstellung - nämlich die Fotoätzverfahren - wurde in den amerikanischen Großfirmen gestaltet, auch die Techniken des sogenannten Bondens, also des Verbindens mit feinen Drähten, die Umkapselung mit Kunststoff und auch mit Keramikgehäusen. Das alles wurde in den großen Firmen gemacht. Kein einziger Beitrag kam von Universitäten. Natürlich, es war ja auch gar nicht deren Aufgabe gewesen. Aber wir wissen ja, in welche Richtung das geführt hat. Die heutige Welt der Datenübertragung und Datenvermittlung wäre ohne diese gewaltige Entwicklung - auch später zu integrierten Schaltkreisen - nicht vorstellbar gewesen.

(Dr. Eckert)

Umgekehrt haben wir aber auch Bereiche, wo durchaus eine Großfirma nicht mit dem Staat mithalten kann. Denken wir an die Weltraumforschung mit Raketenprogrammen, und denken wir auch etwa an Vorhaben der friedlichen Verschmelzung von Wasserstoff, die sogenannte Zählung der Wasserstoffbombe, eben die Fusionsforschung. Da kann im Grunde genommen keine Industriefirma mithalten. Wozu sollte sie denn auch? Eine Industrietechnik, die vielleicht in 50 Jahren zum Tragen kommt, läßt sich hinsichtlich ihrer Durchsetzbarkeit einfach noch gar nicht absehen - hinsichtlich der Kosten und hinsichtlich der Umweltbelastungen.

Wir müssen also bei der Mittelvergabe wenigstens für den technisch-wissenschaftlichen Bereich an Baden-Württemberg denken, und zwar in diesem Fall an den Standort Baden-Württemberg. Gerade der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg läßt sich durch Universitätsinstitute verbessern und schützen, indem mittelständische Firmen beraten werden. So hat zum Beispiel ein Institut für Löttechnik durchaus seinen Marktwert, wenn es gelingt, eine Beratung einer Reihe von Firmen durchzuführen, die Produkte herstellen, bei denen gelötet wird oder wenigstens Lötverbindungen eine Rolle spielen.

Ähnlich ist es zum Beispiel bei Korrosionsschutz oder bei Werkstoffversprödung, das heißt also praktisch bei Materialwissenschaften. Im allgemeinen Fall ist immer ein Markt vorhanden. Da wäre es auch wichtig, Strukturen zu erhalten, daß also vorhandene Institute weiterarbeiten können.

Anders steht es dagegen, wenn wir daran denken, daß eine Reihe von Instituten vielleicht als Erbhof eines Professors betrachtet werden - mit einem Bereich, der vielleicht vor 10, 20 Jahren eine Rolle gespielt hat, der aber heute kaum noch von Bedeutung ist. Es wäre eigentlich schade, wenn wir nach Art der Gießkanne solche Institute über Jahrzehnte hinweg durchfütterten und die knappen Gelder für andere Projekte fehlen würden.

(Beifall bei den Republikanern)

In diesem Fall wäre ein Ansatz, verstärkt Projektförderung in Technologien zu betreiben, von denen angenommen werden kann, daß sie für unsere Welt von heute und von morgen eine merkbare Rolle spielen werden.

Jetzt erhebt sich die Frage nach Beispielen. Ich habe mir einmal zwei Beispiele aufnotiert.

Das eine wären abbaubare Stoffe. Wir wissen beim Müllproblem, daß wir viel weiter wären, wenn eine Reihe von Stoffen nachher, wenn die Ware kaputt ist, nicht bei der Entsorgung Schwierigkeiten machen würden. Das heißt also: der Einsatz abbaubarer Stoffe bei Produkten wäre bestimmt verdienstvoll.

Ein Zweites - das ist ein Gedanke von mir - wären phototrope Anstriche. Wir kennen alle das Problem der Energiedämmung an Häusern. Wenn wir Anstriche hätten, die je nach Sonneneinstrahlung ihre Farbe änderten, dann wäre es durchaus möglich, Energiekosten zu senken und im Winter eine Erwärmung und im Sommer eine Kühlung herbeizuführen.

Wenn ich abschließend feststellen darf: Beim Antrag „Deutsche Architektur in Togo“ habe ich echte Verständnisschwierigkeiten. Aber vielleicht gibt es auch darauf eine Antwort.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Wittgenstein wissen wir, daß ist, was der Fall ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ob das alle wissen?)

Seit dem Antrag der SPD zum Wirkungsgrad der Forschung wissen wir, daß Forschung in Baden-Württemberg der Fall ist.

(Abg. Haasis CDU: Die sind in der Regierung!
Jetzt wissen die auch Bescheid!)

Wir erfahren, daß Forschung vielfältig ist, daß es Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung gibt. Wir erfahren, wie die Forschungslandschaft organisiert ist. Wir erfahren, wie die Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und auch EG erfolgt. Wir erfahren vor allem auch, daß Forschung aufgrund der Freiheit der Forschung auch ein Stück weit anarchisch funktioniert und daß deshalb die Frage nach dem Wirkungsgrad der Forschung wegen der dabei auftauchenden Zuordnungsprobleme Herr Remppel hat das erwähnt - ähnlich schlaue ist wie die Frage nach dem Wirkungsgrad der Kindergärten. Nur: Etwas Neues erfahren wir nicht.

(Abg. Weimer SPD: Wann erfahren wir von euch überhaupt einmal etwas Neues zur Forschung?)

- Das kommt gleich, Herr Kollege Weimer.

Forschung ist - das ist unbestritten - selbst zur Produktivkraft ersten Ranges geworden. Sie erfolgt im Zusammenspiel zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Politik und stellt damit genau wie die Kindergärten, die Schulen, das Ausbildungssystem, die Hochschulen usw. Infrastruktur dar, gesellschaftliche Vorleistungen eben, Investitionen auf die Zukunft.

In der Begründung ihres Antrags schreibt die SPD, daß die Effizienz und Wirtschaftlichkeit der baden-württembergischen Forschung auch ein Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg und zur Sicherung von Arbeitsplätzen seien. Die Landesregierung antwortet darauf, was darauf auch nur zu antworten ist: Jawohl, meine Damen und Herren, so ist es.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das hat er gut gemacht, der Trotha!)

- Ist gut, gell? - Und weil das die Begründung für den Antrag ist, der sich nach dem Wirkungsgrad der Forschung in Baden-Württemberg erkundigt, frage ich mich, ob man, wenn man einfach nur wissen will, wie die Forschung in Baden-Württemberg funktioniert, wenn man wissen will, wo die Probleme liegen, was zu verbessern wäre usw., nicht einfach die Broschüre des Wissenschaftsministers nehmen sollte, die Herr Remppel vorhin vorgestellt hat und deren Titel „Leit-

(Dr. Salomon)

linien und Strukturen der Forschungspolitik“ lautet, und schauen sollte, was da ausgeführt ist. Da ist auf jeden Fall mehr über das Funktionieren und Nichtfunktionieren, über Probleme und Schwerpunkte der Forschungspolitik drin als in der Stellungnahme zum SPD-Antrag.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Die Schuld dafür liegt aber meines Erachtens in diesem Fall weniger bei der Landesregierung; denn die kann ja auch nur auf das antworten, was gefragt wird.

(Abg. Mogg SPD: Ihnen fallen ja nicht einmal die Fragen ein!)

Warum der Vorsitzende des Landesforschungsbeirats zurückgetreten ist, steht aber in dieser Broschüre auch nicht, und das wäre einmal eine Frage an den Herrn Minister.

(Abg. Mogg SPD: Macht euch doch nicht lächerlich!)

So haben wir jetzt die Situation, daß wir hier heute über etwas diskutieren, obwohl eigentlich niemand genau weiß, worum es geht, was dazu führt, daß sich alle Redner hier hinstellen und erzählen, warum sie Forschung für wichtig halten.

(Abg. Remppel CDU: Dann würde ich einmal Vorschläge machen!)

- Also ich halte Forschung auch für wichtig,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN, der CDU, der SPD und der Republikaner)

wenn dieses Bekenntnis hier gefordert wird.

Der Neuigkeitsgrad dieser Aussage ist aber, gelinde gesagt, bescheiden. Das heißt nicht, daß man hier nicht die Wirtschaftlichkeit von Forschungseinrichtungen diskutieren könnte. Das heißt, daß man über die sachgerechte Verwendung von öffentlichen Mitteln diskutieren müßte, ja diskutieren muß.

Der Herr Minister hat ja, was die Universitäten anbelangt – auch wenn Herr Mogg da recht hat; es handelt sich in diesem Fall nur am Rande um Forschung –, eine Wissenschaftlichkeitsuntersuchung an bestimmten Fachbereichen eingeleitet, was zu begrüßen ist. Wir sind der Ansicht, daß sich in Zeiten knapper Kassen öffentliche Ausgaben noch mehr als sonst legitimieren müssen.

(Abg. Weimer SPD: Ihr unterstützt uns also! Prima! Weiter!)

- Richtig.

Der Rechnungshof hat in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang auch gewisse Zustände an manchen An-Instituten beanstandet. Diese Debatte ist aber nicht zu verwechseln mit einer Debatte über den Wirkungsgrad der Forschung, der gerade bei der Grundlagenforschung keinen Sinn macht. Wenn man sich über den Wirkungsgrad der Forschung unterhalten würde, machte das nur einen Sinn an der Nahtstelle zwischen Forschung und Wirtschaft. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Auch das wurde schon erwähnt. Daß es

dort große Reibungsverluste gibt, liegt sowohl an der mangelnden Aufgeschlossenheit – man kann auch sagen: an der mangelnden geistigen Aufgeschlossenheit der Wirtschaft gegenüber der Forschung als auch an der inneren Schwerfälligkeit universitärer und anderer Forschungsinstitute. Hier wäre der Wirkungsgrad noch eindeutig zu erhöhen.

Unsere Fraktion hat zusammen mit der FDP/DVP im Rahmen der Vorschläge zur Haushaltsentlastung angeregt, Teile der Veräußerungserlöse von Landesbeteiligungen in eine Stiftung Wissenschaft und Weiterbildung einzubringen, die für die Nahtstelle zwischen Forschung und Wirtschaft von großem Vorteil wäre. Das wäre dann die gewünschte Debatte über die Erhöhung des Wirkungsgrads der Forschung.

Weit spannender wäre eine inhaltliche Debatte über den Sinn und Zweck von Forschung, darüber, wohin wir forschen und was wir forschen,

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

eine Frage nach der Reflexivität von Forschung und Technik in der Risikogesellschaft, die über das hinausgeht, was an der Akademie für Technikfolgenabschätzung gegenwärtig gemacht wird. Doch diese Debatte steht heute nicht auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Abg. Mogg SPD: Aber die hätten Sie führen können!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scharf.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offen gestanden, frage ich mich, was die SPD-Fraktion wohl bewogen hat, diesen Antrag so, wie er uns vorliegt, zu formulieren, als Initiative der Fraktion einzubringen und ihn, einer streckenweise wahrhaft als ernüchternd zu bezeichnenden Stellungnahme zum Trotz, auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung zu bringen.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Land und die öffentliche Hand insgesamt wenden erhebliche Mittel für die Forschungsförderung in Baden-Württemberg auf. Die Daten, die hierzu in der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der SPD-Fraktion zusammengestellt sind, muß ich nicht wiederholen. Ich verzichte auch darauf, sie zu kommentieren.

Ich will hier nur feststellen, daß diese Ausgaben grundsätzlich notwendig und gerade in unserem Land unumgänglich sind. Das gilt auch für den Bereich der angewandten Forschung und damit über die universitäre Forschung hinaus. Allerdings ist es in diesem Bereich schon eine spannende, in jedem konkreten Fall immer wieder neu zu stellende und neu zu beantwortende Frage, ob und, wenn ja, in welchem Maße der Einsatz öffentlicher Mittel tatsächlich geboten ist. Dies einmal vom Grundsätzlichen her zu diskutieren wäre schon des Schweißes der Edlen wert.

Ich halte an dieser Stelle nur fest, daß sich die SPD diese Frage in ihrem Antrag nicht stellt.

(Dr. Scharf)

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es sagt jeder, was nicht diskutiert wird! Dann können wir gleich aufhören!)

Wer sich um die Effektivität der öffentlich finanzierten Forschung in unserem Land sorgt – ich unterstreiche: wer sich zu Recht um die Effektivität dieser Forschung sorgt –, hätte zum Beispiel zu untersuchen, wie es sich mit der Umsetzung gewonnener Forschungsergebnisse in ihre praktische Verwertung und Anwendung verhält.

In den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnik, der neuen Energietechniken, der Biotechnik sowie der neuen Werkstoffe hinken wir international weit hinterher, haben vielleicht sogar schon den Anschluß – zumindest teilweise – verloren, das aber nicht aufgrund unzureichender Forschung, sondern deshalb, weil wir es nicht oder nicht schnell genug schaffen, Ergebnisse der Forschung in entsprechende Fertigungen und Produkte umzusetzen. Hier klemmt es, und in diese Wunde wäre der Finger zu legen. Der Antrag der SPD-Fraktion tut dies leider auch nicht.

Ferner wäre nach der Schaffung bzw. nach der Verbesserung der Möglichkeiten der Einspeisung und Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse nicht nur im Bereich der Industrie, sondern auch und gerade im mittelständischen Bereich wie hinsichtlich der freien Berufe zu fragen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Scharf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Scharf, da Sie gerade ausgeführt haben, daß die Debatte eigentlich nicht viel wert sei, stelle ich mir und Ihnen die Frage, wann Ihrer Meinung nach der Zeitpunkt in einer Debatte kommt, zu dem die Geschäftsordnungsbestimmung Anwendung findet, wonach Reden frei gehalten werden sollen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abgeordneter. Es ist dem Abgeordneten freigestellt – –

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Ich habe Ihre Frage nicht ganz verstanden.

(Heiterkeit)

Mir ist der Bezug zu dem zur Diskussion stehenden Thema nicht klar. Es ist ein anderes Thema, ob Reden frei gehalten werden oder nicht. Es ist sehr schwierig, in der Kürze der Zeit – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich habe gedacht, man könnte wenigstens frei reden, wenn man über nichts redet! – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident!)

– Gerade darum ist es wichtig, daß Reden zumindest teilweise vorformuliert sind, weil man sonst in der Kürze der

Zeit sehr viel redet und wenig sagt. Deswegen muß es komprimiert, überlegt und auch vorbereitet sein.

(Beifall der Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Ströbele CDU – Abg. Daffinger SPD: Zwischenfragen sollten auch abgelesen werden!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte fahren Sie fort, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Ich glaube, daß die FDP in ihrem Antrag entscheidende Aspekte eines eminent wichtigen Themas leider übersehen hat.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Die SPD! – Weitere Zurufe)

– Habe ich „FDP“ gesagt?

(Abg. Weimer SPD: Die FDP! – Vereinzelt Beifall)

– Ich bitte um Entschuldigung für den Lapsus. Aber suchen Sie nicht gleich wieder Freud dahinter.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Fürs Protokoll: die SPD! – Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, ich lege Wert auf die Feststellung, daß der Herr vom FDP-Antrag sprach!)

Meine Damen und Herren, durch die Wahl des technischen Begriffs „Wirkungsgrad“ bringen die Antragsteller indirekt zum Ausdruck, Forschung in Baden-Württemberg ausschließlich im Sinne der naturwissenschaftlich-technischen Forschung zu verstehen. Dies mag man noch akzeptieren, obwohl mir nicht klar ist, inwieweit die SPD wenigstens die biologische und medizinische Forschung noch mit im Blick gehabt hat.

Gänzlich inakzeptabel ist dagegen der technokratisch-dirigistische Ansatz, mit dem die SPD meint, dem Wirkungsgrad der Forschung auf die Sprünge helfen zu können. Die Vorstellungen über sogenannte Parallelforschungen zeugen von geringer Kenntnis der Förderungs- und Forschungspraxis. Der Gedanke an eine bewußt herbeigeführte internationale Aufgabenteilung im Bereich der Forschung offenbart eine schon erschreckende Ahnungslosigkeit sowohl hinsichtlich der Voraussetzung von Forschung insgesamt als auch hinsichtlich der verheerenden Folgen, die eine solche Aufgabenteilung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zwangsläufig haben würde.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang sehr – –

(Abg. Weimer SPD: Hauptsache, der Herr Scharf hat die Weisheit mit Löffeln gegessen! Das ist ein bißchen arg hoch!)

– Herr Weimer, ich habe über 20 Jahre im Bereich Forschung und Entwicklung gearbeitet, und das nicht ganz erfolglos.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Scharf)

Ich habe in dieser Zeit sogar einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Patentbilanz Deutschlands geleistet.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Siehste!)

Ich glaube schon, daß ich weiß, wovon ich spreche.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der Republikaner)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Scharf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mogg?

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Mogg.

Abg. Mogg SPD: Herr Kollege Scharf, wenn Ihre Vorstellung über die Unsinnigkeit von internationaler Abstimmung über Forschungsvorhaben begründet wäre, wie können Sie dann die Vielzahl von internationalen Verträgen auch in internationalen Gemeinschaften erklären, in denen sich Staaten sehr wohl sehr arbeitsteilig darüber einigen, in welchen Bereichen der eine und in welchen der andere – sicher in der Perspektive eines gemeinsamen Forschungsergebnisses – forscht?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Scharf.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Soweit mir bekannt ist, liegen diese Kooperationen in einem Bereich, in dem man eine Kooperation zwischen Staaten generell vorsieht. Das ist eine Kooperation im EG-Bereich.

(Abg. Mogg SPD: Nein! Schauen Sie sich doch die japanisch-amerikanischen Verträge an!)

Herr Mogg, wenn von staatlicher Seite immer wieder festgelegt werden soll, wer was forscht, halte ich das für unsinnig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Mogg SPD: Das hat doch niemand behauptet! Sie kämpfen einen Popanz nieder!)

Sie können zwei Forscher haben, die mit dem gleichen Ziel forschen und zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zu Ergebnissen, die sich teilweise widersprechen, die sich teilweise ergänzen und die teilweise zum gleichen Resultat führen. Ich halte es aber für wichtig, daß nicht immer nur ein Forscher eine Richtung entwickelt.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Stellen Sie sich vor, was dabei herauskommt, wenn wir den Auftrag erteilen, einen Motor zu entwickeln, und sagen: „Das macht der und sonst keiner“, und nur der den Motor entwickelt. Wir wollen mehrere Leute haben, die Motoren entwickeln. Wir wollen den besten haben. Deswegen ist es wichtig, daß wir Parallelforschung betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Republikaner – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der Mogg ist k. o.!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß noch ein Beispiel anführen, wie ich mir eine Kooperation von Wirtschaft, Hochschule und Staat durchaus vorstellen kann. Das ist das Beispiel des Forschungsinstituts an der Universität Ulm, das sogenannte An-Institut für anwendungsorientierte

Wissensverwertung. Die Finanzierung dieses Instituts erfolgt zu 70 % durch Projekte, 30 % sind Grundfinanzierung für die Grundlagenforschung, also für nichtangewandte Forschung. Dieser Anteil der Grundfinanzierung wird gemeinsam durch das Land mit 40 % und die beteiligten Stifterfirmen, also die Industrie, mit einem Anteil von 60 % getragen. Mir scheint gerade dies auch hinsichtlich der Finanzierung ein beispielhaftes Modell der Kooperation von Staat, Hochschule und Wissenschaft mit offenkundig auch hohem Wirkungsgrad zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Wissenschaft und Forschung, Klaus von Trotha.

Minister für Wissenschaft und Forschung von Trotha: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Forschungspolitik hat angesichts der Sorgen um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, aber auch der Bundesrepublik überhaupt wieder Konjunktur. Vom Wissenschaftsminister wird manchmal sogar erwartet, daß seine Spürnase gewissermaßen wie ein Trüffelschwein herausfindet, was auf dem gesamten Feld der Wissenschaft insgesamt möglicherweise das Wertvollste ist.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Es gibt auch Trüffelhunde! Das wäre harmloser!)

Es geht ja auch um ganz erhebliche Mittel, wie Herr Kollege Remppel ausgeführt hat. In der Anfrage der SPD-Fraktion ist eine Vielzahl von Punkten angesprochen worden, die die Effizienz der Forschung und deren Steigerung zum Gegenstand haben. Mein Haus hat dazu im einzelnen schriftlich Stellung genommen. Wenn ich der Zusammenfassung von Herrn Dr. Salomon folge, bin ich eigentlich erstaunt, wie gut es uns gelungen ist, auf so wenigen Seiten so viel mitzuteilen. Ich möchte Sie aber jetzt nicht durch Wiederholung von Details langweilen, sondern eher vier grundsätzliche Erwägungen der Forschungspolitik in Erinnerung zurückrufen, vielleicht auch neu vermitteln.

Erstens Wirkungsgrad: Die Effizienz der Forschung ist nur begrenzt meßbar. Forschung spielt eine Rolle in der Kultur einer Gesellschaft, in Bildung und Ausbildung sowie natürlich bei der Suche nach Antworten auf die technologischen und industriellen Entwicklungen. Forschung ist einerseits erkenntnisorientierte Grundlagenforschung mit langem Atem, andererseits aber eben auch angewandte Forschung und Entwicklung, wenn auch in dem zuletzt genannten Bereich von seiten der Industrieforschung Erhebliches geleistet wird. Herr Dr. Eckert hat darauf hingewiesen. Als Paul Nipkow 1884 eine Scheibe zur mechanischen Abtastung eines Bildes erfand, konnte niemand die technischen und gesellschaftlichen Wirkungen davon auch nur erahnen, oder – um ein zeitnäheres Beispiel zu nennen – als 1960 der erste Rubinlaser entwickelt wurde, war niemandem die spätere Bedeutung etwa für die Augen Chirurgie auch nur annähernd bewußt. Das heißt, Wirkung und Auswirkung von Forschung und damit auch ihre Effizienz und die Effizienz ihrer Förderung lassen sich oft erst nach Jahren erkennen.

Herr Kollege Mogg hat angeregt, auch in diesem Bereich die Kommission zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit in

(Minister von Trotha)

den Universitäten noch intensiver tätig werden zu lassen. Herr Mogg, wir sind das erste Bundesland, das dies überhaupt riskiert hat. Von seiten der Universitäten hat es hier verschiedene Mißverständnisse gegeben, nicht nur Jubel, wobei ich sagen muß, daß die Untersuchung mit den Rektoren abgesprochen war. Sie haben sich da sehr kooperativ gezeigt. Wir wollen in der Tat eine Untersuchung der Ressourcennutzung, und zwar zunächst im Bereich von Forschung und Lehre, allerdings erst einmal nur in zwei Bereichen, nämlich der Physik und den Buchwissenschaften; da haben wir die Germanistik ausgewählt. Das schließt aber nicht aus, daß wir diesen Untersuchungsauftrag eines Tages ausweiten. Ich glaube auch, daß wir nach der Ausschreibung ein sehr renommiertes Büro gefunden haben, nämlich die Firma Hajek, also ein Schweizer Büro, das in der Untersuchung der Universitäten Basel, Zürich und Lausanne schon einschlägige Erfahrungen gesammelt hat.

Was ich sagen wollte, war: Jedes Forschungsvorhaben ist mit Risiken belastet. Ein bestimmtes Ergebnis kann also nur in seltenen Fällen präzise vorausgesagt werden.

Dies bringt zweitens mit sich, daß die Forschung Freiräume braucht, Freiräume, die für ihren Erfolg unabdingbar sind und die von jeder Art von Forschungsförderung beachtet werden müssen. Ein gewisses Maß an Vertrauen in die Qualität der Forschung ist damit unvermeidbar. Auf der anderen Seite gibt es auch die Drittmittelforschung. Jeder Drittmittelgeber verfolgt bei seiner Förderung bestimmte Zielansätze, die thematisch möglicherweise der originären Universitätsforschung vergleichbar sein mögen, letztlich aber zu ganz anderen Unterstützungsmodalitäten führen. Wir begrüßen deshalb in aller Regel die Einwerbung von Drittmitteln. Der eingeworbene Betrag - im letzten Jahr waren es in Baden-Württemberg 550 Millionen DM - ist meines Erachtens ein eindrucksvolles Testat für das Ansehen und die Qualität der Forschung in diesem Land. Dabei ist dieser Erfolg dann nicht ganz unproblematisch, wenn er nicht zugleich mit einer Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen verbunden ist. Wir sollten deshalb ein entsprechendes Belohnungssystem einführen. Einen ersten Schritt in diese Richtung werden wir übrigens in diesem Jahr unternehmen, indem wir bei der DFG eingeworbene Mittel von uns aus noch einmal mit einem kleinen Prozentsatz honorieren.

Insgesamt gesehen jedenfalls verbessert die Förderung von Forschungsvorhaben unter verschiedenen Gesichtspunkten die Aussicht auf neue Erkenntnisse. Die Landesregierung hielte es aber für außerordentlich gefährlich, wenn sich das Land oder auch die Bundesrepublik im Hinblick auf eine internationale Aufgabenteilung aus ganzen Forschungszweigen zurückziehen würden. Dies wäre sicherlich kein guter Dienst für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und ihrer Standorte. Viele Themen werden weltweit an mehreren Stellen bearbeitet und erforscht. Wenn Sie so wollen, ist dies Parallelforschung. Sie ist jedoch in der Sache integraler Bestandteil der internationalen Forschungsgemeinschaft und wegen des dabei erforderlichen Dialogs auch unverzichtbar. Insofern würde ich Ihnen, Herr Dr. Scharf, zustimmen wollen. Ich glaube aber, die Kontroverse mit Herrn Mogg war möglicherweise nur eine scheinbare. Denn Parallelforschung muß sein. Auch im Interesse einer entsprechenden Arbeitsteilung kann aber nicht beliebig viel an beliebig vielen Orten zugleich gemacht werden.

Dies veranlaßt mich drittens zu der Feststellung, daß Forschung ein gewisses Maß an Wettbewerb braucht. Ich möchte es an einem Beispiel aus unserem Land erläutern. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert in Freiburg und in Mainz thematisch ähnliche Sonderforschungsbereiche, die sich mit materialwissenschaftlichen Fragestellungen befassen. Bei jeder Begutachtung werden die Fortschritte beider Sonderforschungsbereiche verglichen, was den Ehrgeiz und die Kreativität der Forscher ganz enorm angespornt hat. So kommt es etwa, daß das Land aufgrund dieser Wettbewerbslage in Freiburg über einen ganz vorzüglichen und international hoch angesehenen Sonderforschungsbereich verfügt, nämlich „Funktion durch Organisation in makromolekularen Systemen“. Dies ist sicher verallgemeinerungsfähig. Auch hier gilt: Konkurrenz belebt das Geschäft.

Zum vierten: Die Gesamtheit der Hochschulen ist die einzige Institution, die das Fächerspektrum der Forschung in seiner möglichen Breite abdecken kann. Sie ist damit der wichtigste Ort für die Vielfalt der Forschung überhaupt. Da muß jede Universität für sich - in der Forschung selbst - Schwerpunkte setzen. Dadurch entsteht auch jeweils ein individuelles Forschungsprofil. Das bedeutet auch, daß nicht jeder Lehrende mit gleicher Intensität forschen kann.

Schließlich auch noch ein Wort zum Landesforschungsbeirat, weil er hier angesprochen worden ist. Wir haben den Landesforschungsbeirat auf Ratschlag der Forschungskommission 2000 eingerichtet. Ich bin von seiner Bewährung voll überzeugt. Leider hat es aufgrund einer Presseerklärung beim Vorsitzenden wohl ein Mißverständnis gegeben, obwohl wir dachten, wir hätten alles, was wir getan haben, in vollem Einvernehmen mit ihm gemacht. Wir wollen nämlich, genau wie er, in Zukunft eine Stärkung der Arbeit, die auf Prioritätensetzung hinausläuft. Der Landesforschungsbeirat hat in seiner letzten Periode viel Kraft und viel Energie - dies ist dankenswert und anzuerkennen - auf die Bewertung von neuen Forschungsvorhaben gelegt, die die Forschungskommission 2000 vorgeschlagen hat. Dabei ist das Konzeptionelle bisher nicht in dem Maß zum Tragen gekommen, wie wir es uns alle vorgestellt hatten. Dies ist in verkürzter Form auch in einer Pressemitteilung enthalten gewesen, was der Vorsitzende als eine Art Kritik empfunden hat. Dieser Satz sollte eine Tatsache wiedergeben, aber keine Kritik bedeuten. Im Gegenteil: Wir haben mit Herrn Professor zu Putlitz gemeinsam eine Kabinettsvorlage vorbereitet, mit der in Zukunft genau das realisiert werden soll, was auch er sich vorgestellt hat. Ich glaube also, daß wir mit dem Landesforschungsbeirat auf dem richtigen Weg sind und daß eine Prioritätensetzung in der Forschung stärker als bisher völlig unverzichtbar sein wird.

Unter den von mir genannten Prämissen wird wohl niemand in Abrede stellen, daß auch die Forschung bei ihrer Förderung den Maßstäben der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit unterliegen muß und auch weitgehend unterliegt. Es liegt auf der Hand, daß in Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel verstärkt auf Koordination und Kooperation geachtet werden muß, um, wo auch immer möglich, Synergieeffekte zu erzielen. Ich freue mich über das Lob, das wir für unsere Konzeption bekommen haben, weil sie ja bisher nur eine Idee ist, deren Realisierung noch aussteht: die Datenbank und die interministerielle Arbeitsgruppe und was wir sonst vorgeschlagen haben.

(Minister von Trotha)

Die gewünschten Effekte beziehen sich zum einen auf die gemeinsame Forschungsförderung zwischen Bund und Ländern. Hier ist der Bund gefordert, die Länder in Zukunft rechtzeitig über seine forschungspolitischen Überlegungen zu unterrichten und sich mit ihnen abzustimmen. Andererseits müssen auch die Länder im Interesse eines effizienten Mitteleinsatzes mehr auf die forschungspolitische Abstimmung mit dem Bund und gemeinsam mit dem Bund auch im Hinblick auf die EG Wert legen und die schwierige finanzielle Situation nutzen, um überkommene Strukturen zu prüfen und sie finanziell und fachlich den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Ich bin sehr dankbar für das, was sowohl Herr Mogg wie auch Herr Rempel zur EG-Förderung gesagt haben. Wir stehen relativ gut da, aber wir stehen noch nicht gut genug da. Allerdings gehen auch die Erwartungen fehl, die davon ausgehen, daß dann, wenn es jetzt in Deutschland aufgrund der neuen Länder schwieriger wird, Forschungsmittel im bisherigen Maß nach Baden-Württemberg zu holen, gewissermaßen eine Ersatzkasse bei der EG zur Verfügung stehe. Dem ist nicht so. Die Briten, die sich stärker als wir bisher um EG-Mittel bemüht haben, weil bei ihnen Forschungseinrichtungen wie etwa die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht vorhanden sind, haben trotz aller ungleich größeren Anstrengungen nur einen Forschungsanteil von 5 % erreicht. Mit anderen Worten: Wir wollen soviel EG-Geld wie möglich einwerben, müssen uns aber darüber im klaren sein, daß auch dort nur mit begrenzten Ressourcen gerechnet werden kann.

Verstärkt werden muß auch die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie dies übrigens der Wissenschaftsrat empfohlen hat. Verstärkt werden muß auch die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen. Hier gibt es noch gewisse Prestigeprobleme, die aber überwindbar sind und überwunden werden können.

Besonders wichtig ist für die Landesregierung in der gegenwärtigen Situation die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ziel, den Technologietransfer zu stärken. Für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft ist es entscheidend, daß wissenschaftliche Ergebnisse möglichst zügig in marktfähige Produkte und Verfahren umgesetzt werden.

(Abg. Köder SPD: So ist es! Daran fehlt es!)

- Daran fehlt es. Völliger Konsens übrigens in jedem Gesprächsgremium, wo das Thema auf die Tagesordnung kommt. - Wenn es dann darum geht, die entsprechenden Wege zu finden, wie man das verbessert, tut man sich allerdings nicht ganz leicht. Die Firmen haben eine gewisse Zurückhaltung in dieser Frage, weil sie fürchten, daß über den vorwettbewerblichen Zusammenhang hinaus Dinge bekannt werden könnten, die sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Die Universitäten wollen sich in ihrer Freiheit möglichst wenig einschränken lassen, etwa von Vorschlägen, die von der Wirtschaft aus einer anders gelagerten Interessenlage herangetragen werden.

Diesem Ziel der Steigerung des Innovationspotentials der Wirtschaft und damit letztlich natürlich der Sicherung der Arbeitsplätze dienen acht Arbeitsgruppen zwischen Wissen-

schaft und Wirtschaft, die wir in meinem Haus eingesetzt haben. Ich hoffe, daß ich Ihnen gegen Jahresende Ergebnisse dieser Zusammenarbeit vorlegen kann. Diese Arbeitsgruppen sind augenblicklich damit befaßt, Themenfelder zu konkretisieren, in denen eine Stärkung des Technologietransfers erforderlich ist, und Wege und Methoden dafür zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird allerdings auch künftig Forschung nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Anwendbarkeit und Umsetzbarkeit in marktfähige Produkte fördern und finanzieren. Die Grundlagenforschung darf ihre finanzielle Basis nicht verlieren. Sie ist nicht nur, um den Bundesminister für Forschung und Technologie zu zitieren, der Humus für erhoffte Lösungen dringender Fragen und Aufgaben der Gesellschaft sowie für das geistige Leben schlechthin, sondern ihre Ergebnisse bestimmen entscheidend auch die geistigen und materiellen Lebensverhältnisse, die Technik und die Produktion von übermorgen. Insofern, Herr Dr. Salomon, greife ich den Ball gern auf, den Sie im Hinblick auf Reflexivität über Forschung ins Spiel gebracht haben. Auch wenn wir heute in dieser Debatte über den Wirkungsgrad der Forschung, ihre Effizienz und ihre Wettbewerbsfähigkeit reden, sollten wir dabei die Verantwortung der Wissenschaft für das Gemeinwohl nicht vergessen. Würde die Universität sich dessen nicht bewußt sein, stünde sie in der Gefahr der etwa von Habermas deutlich kritisierten Abkopplung der Expertenkulturen von den Prinzipien des kommunikativen Alltagshandelns. Dies darf nicht sein. Dies wollen wir auch nicht, und um dem entgegenzuwirken, haben wir zum Beispiel die Akademie für Technikfolgenabschätzung gegründet, um einen kontinuierlichen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen.

Jeder auch nur zeitweilige Verzicht auf Weiterentwicklung, Ausbau und Umbau der bestehenden wissenschaftlichen Infrastruktur und ihre Abkoppelung von der Gesellschaft schlagen auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zurück. Die Folgen einer solchen Politik - und darin liegt die große Gefahr - zeigen sich in der Regel nicht kurzfristig, sondern erst nach Jahren. Es ist deshalb darauf hinzuwirken, daß die Forschung auch in Zukunft die erforderlichen Mittel erhält und den Anteil am Gesamtbudget erreicht, der ihrer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedeutung entspricht. Hier, meine Damen und Herren, vertraue ich auf das Urteil dieses Hohen Hauses. Die heutige Debatte hat mich in diesem Vertrauen sogar bestärkt. Insofern hat der Antrag der SPD vielleicht doch seinen guten Sinn gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mogg.

Abg. Mogg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt eine alte Lebensregel, die heißt: Es gibt keine dummen Fragen, höchstens dumme Antworten oder gar keine Antworten. Sie, Herr Dr. Salomon, und auch Sie, Herr Dr. Scharf, haben sich lang und breit darüber ausgelassen, was die SPD hätte fragen können und sollen, haben dies aber selbst überhaupt nicht gefragt. Zu dem, was in der Antwort der Regierung an Anregungen gegeben worden ist, nämlich darüber nachzudenken, wie man den Wirkungsgrad von Forschung in diesem Land verbessern könnte, ist Ihnen schlicht und einfach nichts eingefallen.

(Mogg)

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Nein, es ist Ihnen nichts eingefallen.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Mit diesen Bemerkungen möchte ich das, was diese beiden Oppositionsfraktionen betrifft, sein Bewenden haben lassen.

Auf eines möchte ich aber doch noch einmal sehr deutlich hinweisen: Wir halten es bei knappen Mitteln schon für notwendig, genau darüber nachzudenken und auch nachzuschauen, ob man in Bereichen, in denen sehr nah beieinanderliegende Forschung stattfindet, die allerdings sehr wohl einen Konkurrenzwert hat - das will ich gar nicht ausschließen -, wirklich Doppelförderung betreiben muß. Dies ist eigentlich der Punkt. Es ist nicht der Punkt, daß es nicht notwendig oder auch nicht richtig wäre, daß es Bereiche gibt, in denen aus unterschiedlichen Fragestellungen heraus geforscht wird.

Im übrigen: Verbesserung von Forschung bei uns muß auch bedeuten, daß der Transfer von Forschungsergebnissen aus den Universitäten in die Wirtschaft hinein viel präziser und viel schneller stattfindet. Da liegt sicher eines unserer Hauptprobleme.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt. Ich gehe davon aus, daß der Antrag an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung überwiesen werden soll. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Verkehrsministeriums - Postleitzahlen - Drucksache 11/1350**
- b) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Verkehrsministeriums - Neue Postleitzahlen - Drucksache 11/1385**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge je 5 Minuten, für die Aussprache über den gesamten Tagesordnungspunkt 5 Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? - Ich erteile Herrn Abg. Lorenz das Wort.

Abg. Eberhard Lorenz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten Anfang des Jahres den Versuch unternommen, diese „Superreform“ der Post noch zu stoppen, und entsprechende Fragen gestellt. Nun ist es offensichtlich so, daß alle Angst vor der Post haben und auch die Fragen, die wir gestellt haben, nicht vernünftig beantwortet worden sind. Alle liegen knieend vor diesem Bürokratiemoloch und glauben, alles, was von da komme, müsse auch hingenommen werden.

Auch ich fürchte, daß wir mit dieser Post noch weiter leben müssen, bin aber nach wie vor nicht sicher, ob wir dazu

auch das neue Postleitzahlensystem brauchen. Mich ärgert dabei besonders, daß sich unter 600 Abgeordneten im dafür eigentlich zuständigen Bundestag niemand gefunden hat, der einmal rechtzeitig nachgefragt hätte, ob das sein muß und welchen Sinn das hat. Offensichtlich ist dieser Bundestag nicht in der Lage, die Post zu kontrollieren und ihr einmal in den bürgerfeindlichen Arm zu fallen.

(Abg. Rapp REP: Abwarten, bis wir drin sind!)

wie wir jetzt auch bei der Tarifgestaltung gesehen haben, wo man sich eine Schieblehre kaufen muß, um vorher die Briefe abzumessen, um zu sehen, ob sie noch zu dem Tarif befördert werden oder nicht.

Ich hatte aber gehofft, daß die Bürger wenigstens merken, wie sie hier mißbraucht und geradezu vergewaltigt werden. Aber diese erlesene Schar von postalischen Eierköpfen hat es fertiggebracht, dieses neue Postleitzahlensystem durchzusetzen, denn diese Bürger rühren sich nicht. Wenn morgen von den Bürgern verlangt würde, sie müßten sich auf den rechten oder den linken Arm eine Nummer tätowieren lassen, ihre neue persönliche Postleitzahl, dann würden die das wahrscheinlich auch machen, vor lauter Angst, sie bekämen ihre Post nicht mehr.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das müssen die machen!)

Es ist so: Diese Bürger sind auch sehr lammfromm.

(Abg. Hauk CDU: Sie sollten sich neue Bürger suchen!)

Wir leben nach wie vor in einem Land unbegrenzter Zumutbarkeiten. Das kann gerade anhand des Systems der neuen Postleitzahlen schlagend bewiesen werden.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Genau!)

Da werden überhaupt keine Fragen nach dem Sinn und nach dem Nutzen gestellt, sondern es wird hingenommen, was die Post behauptet hat, wozu sie das verwende.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Jetzt bleiben nicht mehr viele übrig, die Sie nicht beschimpft haben!)

Was hat die Post behauptet?

Erstens: Man brauche diese neuen Postleitzahlen, um die Beitrittsländer bedienen zu können. Es gebe 800 gleiche Postleitzahlen, und um das abzustellen, brauche man gleich fünfstellige Postleitzahlen. Das stimmt nicht. Ich kann das nach wie vor nachweisen. Von den bisher vorhandenen 9 999 Postleitzahlen sind nur 5 400 verwendet worden. Ich will Ihnen einmal zeigen, wie viele unbenutzte Postleitzahlen es bisher noch gibt, und zwar in zusammenhängender Art. Also auch die neuen Bundesländer hätten schön eine Nummer bekommen können und wären dadurch erkennbar gewesen. Dieses Argument stimmt daher mitnichten. Die Leute sind verkohlt worden.

(Abg. Rapp REP: Im wahrsten Sinn des Wortes!)

Zweitens: Es ist behauptet worden, man wolle damit 20 000 Menschen einsparen, die morgens in aller Hergottsfrühe die Unterverteilung vornehmen, und deshalb brauche man die

(Eberhard Lorenz)

Unterverteilung schon in der Form der Postleitzahlen, also straßenweit.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die müssen eben 20 000 mehr einstellen!)

Auch dies stimmt nicht. Das hat etwas mit der geistigen Unbeweglichkeit des Lieferanten zu tun, der AEG, die die Post mit ihrem Erkennungssystem beliefert und die nicht in der Lage und nicht fähig ist, den Scanner so geistig aufzurüsten, daß dieser Straßennamen erkennen kann. Die Postleitzahlen sollen im bisherigen System ja nichts anderes tun, als Straßennamen ersetzen, ein hochqualifiziertes System, das man viel einfacher haben könnte. Wer sich auf diesem Gebiet ein bißchen auskennt, der weiß, daß selbst falsch geschriebene Straßennamen leichter erkennbar sind als falsch geschriebene Zahlen. Die Möglichkeit, daß jetzt durch die neue Postleitzahl Briefe in die Irre geleitet werden, ist viel größer, als das bisher der Fall war, wo noch Menschen die größten Fehler korrigieren konnten.

Auch diejenigen, die künftig über mehrere Postleitzahlen verfügen, zum Beispiel Abgeordnete mit Postfach, werden sich wundern, wohin sie ihre Post künftig bekommen werden, garantiert nicht dorthin, wo sie sie haben wollen: ins Postfach. Denn die Menschen werden einfach weiterhin ihre Adresse aufschreiben und nicht die Postfachadresse, und schon haben sie selber auch eine ganze Menge Ärger.

Das heißt, die als technisch notwendig genannten Argumente stimmen ebenfalls nicht. Aber wer hat als Politiker oder auch als Journalist schon ein bißchen Technik gelernt? Die meisten haben ja wahrscheinlich die naturwissenschaftlichen Fächer abgewählt und sind deshalb Journalist geworden.

(Heiterkeit)

Aus diesem Grunde zittern auch die Journalisten vor diesem Dinosaurier Post und meinen, das müsse schon alles seine Richtigkeit haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Was haben Sie abgewählt, daß Sie Politiker geworden sind? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wegen des Dinosauriers muß ich mich fast entschuldigen vor meinem Kleinen, denn der meint, daß Dinosaurier nette Tiere gewesen sein müssen. Jedenfalls: Alle zittern vor der Post, und niemand fragt mal nach: War diese Reform tatsächlich notwendig, und hätte das gleiche Ziel nicht auch anders erreicht werden können?

Es wird Ärger geben, denn Straßennamen ändern sich, Zustellbezirke ändern sich. Dann müßte jedes Mal die Postleitzahl wieder geändert werden. Das kann aber nicht sein, sondern es muß dann in die Software ein Haufen neues, kompliziertes Zeug hineingeschrieben werden. Es wird ein Chaos geben. Nachdem die ja behauptet haben, das gebe es nicht, müssen sie flugs wieder ein paar tausend Leute einstellen, die das alles wieder von Hand korrigieren, was vorher die Maschine falsch gemacht hat.

(Abg. Walter GRÜNE: Im Sinne der SPD! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

So wird es laufen.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Das ist aber dann Arbeitsplatzbeschaffung!)

– Natürlich. Ich bin übrigens gar nicht so erfreut darüber, daß ausgerechnet diese 20 000 Arbeitsplätze abgeschafft werden sollen, denn es handelt sich vielfach um Arbeitsplätze für Alleinerziehende, die morgens in der Lage sind, diese Tätigkeit noch zu verrichten, und sich dann der Kindererziehung widmen können. Ganz so unproblematisch ist das ja auch nicht.

Laufzeitverbesserungen sollen durch die neuen Postleitzahlen auch erreicht werden. Ich bin gespannt darauf, wie die das in Stuttgart endlich schaffen wollen, in weniger als drei Tagen einen Brief zu befördern. Das ist hier eigentlich schon die Norm. Es ist leichter, aus den neuen Bundesländern einen Brief am nächsten Tag zu empfangen als einen Brief aus Stuttgart. Auch diese Schwierigkeiten werden wir uns mit einer gewissen Genußsucht künftig noch anschauen.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Und jetzt: Was machen wir?)

Wer von der Post weiterhin behaupten will, daß diese Reform aus einer Zustellverbesserungsnotwendigkeit heraus durchgeführt werden muß, der sollte uns endlich einmal beweisen, daß es anders nicht ginge. Aber, wie gesagt, diese Frage ist leider noch nie gestellt worden.

Das Ganze kostet auch eine ganze Menge. Man schätzt mindestens 2 Milliarden DM bei der Post selber, und auch bei den Firmen, bei den Betrieben und bei den Privatleuten entstehen erhebliche Kosten. Ich erinnere mich an die hervorragende Karikatur von Haitzinger, wo die Ehefrau im Nebenzimmer fragt: „Was gibt es Neues von der Post?“ und unter dem neuen Postleitzahlenbuch erschlagen der Ehemann liegt. So ist das eigentlich treffend ausgedrückt worden, wie künftig das ältere Mütterchen versucht, mühsam für seine Verwandten die neue Postleitzahl herauszusuchen. Die werden wohl die Lektüre begriffen haben und gar nicht mehr schreiben, was vielleicht die Post auch tatsächlich erreichen will.

Noch ein Beispiel: Da hat ein Mitmensch von einer Firma Brunata eine Rechnung bekommen. Brunata liest Wärmezähler ab. Und was steht da drin: „Umstellung Postleitzahl 9,50 DM.“ Jetzt werden die Kosten dieser Umstellung auch noch auf die einzelnen Mitmenschen in solcher Größenordnung umgelegt. Das ist wahrscheinlich nicht die einzige Firma, die die Mitmenschen mit solch einer Umstellung von Postleitzahlen und einer Rechnung dazu „beglückt“. Es wird also eine ganze Menge Ärger geben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Und dann noch die Rede von Ihnen!)

Deshalb finde ich auch die Antwort der Landesregierung, sehr geehrter Herr Minister, ein bißchen kreuzkriecherisch, wenn dort festgestellt wird, daß man im Prinzip das Postleitzahlensystem als schlüssig ansieht, nachdem vorher das Land – das ist ja auch zugegeben worden – gar nicht gefragt worden ist, ob es das als schlüssig ansieht. Sie haben schon

(Eberhard Lorenz)

einmal in einer gewissen Deutlichkeit mit ähnlicher Wortwahl, zu der ich gelegentlich neige.

(Heiterkeit)

über die Post gesprochen. Es wäre durchaus kein Fehler, wenn Sie das heute wiederholen würden.

Jetzt weiß ich nicht, und viele Leute wissen noch nicht, was passiert, wenn sie die alten Postleitzahlen weiter verwenden. Da glauben sie, die Post könne ihnen dann irgendwie Ärger bereiten. Das ist nicht richtig. Die Post ist verpflichtet – sie hat das Monopol –, den Brief zu befördern.

(Abg. Jacobi GRÜNE: 14 Tage hin und her!)

Die werden natürlich den Versuch machen, die Menschen, die jetzt zur neuen Postleitzahl vergewaltigt werden sollen, dazu zu verpflichten, diese auch zu benutzen. Aber die Post ist weiterhin verpflichtet, die Briefe zuzustellen, auch wenn die alten Postleitzahlen verwendet werden. Viele Menschen werden mit Sicherheit die alten Postleitzahlen verwenden.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Boykottiert die Postleitzahlen!)

Mir wäre es am liebsten gewesen, wenn es schon nicht möglich gewesen ist, die Leute zu überzeugen – ich bin überzeugt davon, daß diese überhaupt keine Überzeugungsfähigkeiten eingebaut haben –, wenigstens diese sogenannte Reform zu boykottieren. Wenn ein ganzes Bundesland da nicht mitmachen würde, zum Beispiel Baden-Württemberg, dann würden die auflaufen. Sie würden mit ihrer sogenannten Reform an die Wand fahren, und es würde nichts laufen.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Sie sind ja gar nicht regierungsfähig mit Ihrer Aussage! Das sind ja ganz neue Töne! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Sie müßten sich auf ihre alten Postleitzahlen zurückbesinnen.

Ich jedenfalls mache dieses Spiel nicht mit. Ich meine, das alte Postleitzahlensystem ist ausreichend. Deshalb werde ich persönlich es weiterhin verwenden und einmal sehen, was mir dabei passiert.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was hat die Postleitzahlenreform eigentlich mit dem Landtag zu tun?

(Abg. Scheuermann CDU: Da gibt es noch ganz andere Fragen: Sollen wir die Bücher wieder einstampfen, oder was sollen wir jetzt machen? – Oh-Rufe von der SPD)

– Herr Scheuermann, ich glaube, daß das Thema „neue Postleitzahlen“ hier sehr wohl ein Thema ist, denn es ist ein haarsträubendes Beispiel für eine bürgerfeindliche und unnötige Verwaltungsmaßnahme. Es ist ein Beispiel dafür, wie Verwaltung nicht sein soll.

Man sagt, das neue deutsche Postleitzahlensystem sei das modernste auf der Welt und alle Fehler, die irgendwann einmal gemacht worden seien, habe man hier vermieden. Das kann ich nicht beurteilen. Ich sehe überall nur Verwirrung. Aber ganz sicher ist, daß bei dieser Postleitzahlenreform die Benutzerinnen und Benutzer nicht gefragt worden sind. Man hat sämtliche Postleitzahlen verändert, teilweise mit absurden Folgen.

Jetzt möchte ich einmal von Ihnen eine ehrliche Antwort: Wer weiß seine neue Postleitzahl auswendig?

(Es melden sich einige Abgeordnete.)

– Auswendig, nicht spicken. Und vom Ministerium, von der Oma und von den Eltern? Diese Nummern müssen Sie ab 1. Juli benutzen, also auswendig lernen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Hast du keine Sekretärin? – Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Ohnewald CDU: Man kriegt zehn Adressen gespeichert, wenn man die Kästchen ausfüllt! – Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Die zweite Büttenrede hier!)

– Aber auswendig kann man sie dann immer noch nicht; da muß man immer das Heftchen mitnehmen.

Aber jetzt mal im Ernst, meine Damen und Herren. Wir haben vorhin über die Verwaltungsreform diskutiert. Ein ganz wesentlicher Ansatz für mich ist, daß die Verwaltung für die Bürger dasein muß und nicht umgekehrt. Die Postleitzahlenreform ist nicht für die Benutzerinnen und für die Benutzer gemacht worden. Die Benutzer werden für diese Reform mißbraucht.

Meine Damen und Herren, die Postleitzahlenreform ist ein Beispiel dafür, wie die Verwaltung ohne Einbindung der Gesellschaft losgelöst von der Realität herumagiert, und wir alle müssen jetzt den Mist ausbaden.

Zugegeben: Es besteht – wie man so schön sagt – Handlungsbedarf. Die neuen Bundesländer sind dazugekommen, und deswegen gibt es doppelte Postleitzahlen. Aber Herr Lorenz hat darauf hingewiesen – es gibt erstens noch jede Menge unbenutzte Nummern, und es gibt zweitens auch ganz einfache Alternativen, nämlich die, daß für jedes Bundesland ein Buchstabe verwendet wird und ansonsten die alten Nummern weiter gelten. Da gäbe es eine einfache Orientierungsmöglichkeit. Jetzt hat man völlig absurde Konsequenzen zu tragen. Helgoland ist bestimmt eine kleine Insel mit 1 800 Einwohnern, aber Helgoland hat insgesamt 13 Postleitzahlen.

(Abg. Hauk CDU: Und liegt nicht in Baden-Württemberg!)

Der Pfusch wird überall sichtbar. Manche Straßen hat man anfangs total vergessen. Sogar beim Bundeshaus hat man die falsche Nummer angegeben. Es gibt zum Beispiel zwei verschiedene Postleitzahlen für den Flughafen in Hannover-Langenhagen: eine für das Rollfeld und die andere für das Terminal. Es ist jetzt bekanntgeworden, daß es in München Straßen gibt, bei denen eine Straße allein sechs verschiedene Nummern hat, und in Berlin gibt es 600 Nummern insgesamt. Jeder Haushalt bekommt ein neues Postleitzahlen-

(Jacobi)

buch: 1 000 Seiten dick, 2 kg schwer, und allein für die Benutzung braucht man einen Einführungslehrgang.

Es ist vielleicht richtig, daß die Post mit dieser Maßnahme Geld spart. Wenn gespart wird, wird durch Rationalisierung gespart. Die Mehrarbeit – das ist sicher – wird umgelegt auf die Benutzerinnen und auf die Benutzer, auf die Einzelpersonen, auf die Behörden, auf die Betriebe. Allein die Millionen – Sie haben von 2 Milliarden gesprochen, ich habe 400 Millionen DM gelesen –, die notwendig sind, um bei der Post selbst die Umstellung zu bezahlen, dürfen nicht vergessen werden, und die vielen hundert Millionen, die in den Firmen und Betrieben notwendig sind, um die Adreßdateien und die Anschreiben zu ändern, kommen noch hinzu. Man rechnet allein mit 50 Millionen DM Mehrkosten, weil falsche Nummern verwendet werden. Es wird sowieso ewig dauern, bis dieses System einigermaßen funktioniert. Da ändern auch die lustigen Werbespots von Lorient nichts.

Ich nenne Ihnen einmal ein anderes Beispiel: 1975 war die Gemeindereform. Da wurden in manchen zusammengelegten Orten Straßen umbenannt, weil es sonst Doppelverwendungen gegeben hätte. Noch heute kommen jede Menge Briefe mit den falschen Straßennamen an, und das ist schon fast 18 Jahre her. Bei den Postleitzahlen wird es noch schlimmer werden. Das heißt, es gibt eine permanente Fehlerquote.

Außerdem ist es unökologisch. Ich möchte mal wissen, wieviel Tonnen Papier allein wegen der Postleitzahlen weggeschmissen und neu bedruckt werden müssen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ich möchte noch einen allgemeinen Schluß ziehen. Es kann doch nicht sein, daß die Verwaltung ausschließlich die internen Abläufe verfolgt. Diese Reform ist eindeutig eine bürokratische und bürgerfeindliche Reform. Der Ausgangspunkt war ein reales Problem, die sogenannte Briefmauer zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Das Projekt ist aber jetzt zu einem Beschäftigungsfall für die Bürokraten geworden. Die Methode heißt: Augen zu und durch.

Ich sage es noch einmal: Die Reform ist unökologisch, unnötig und teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ströbele.

Abg. Ströbele CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Zunächst darf ich Herrn Kollegen Lorenz für die CDU-Landtagsfraktion sagen, daß wir keine Angst vor der Post haben. Ich wundere mich aber, daß niemand bereit ist, diese Post zu betreiben, daß kein Privater eine solche Unternehmung übernehmen möchte.

Nach den Ausführungen meiner Vorredner bekomme ich in der Tat Angst, daß in zwei Wochen in unserem Lande die postalische Finsternis anbricht. Ich wundere mich, wenn all dies so schlimm ist, daß wir erst heute eine solche Diskussion im Landtag führen. Wieso haben wir das nicht zu einem früheren Zeitpunkt getan?

(Beifall des Abg. Scheuermann CDU – Abg. Dr. Ohnewald CDU: Eine Aktuelle Debatte hättet ihr dafür beantragen können!)

Wir können heute vom Zeitpunkt her keine große Postpolitik mehr im Landtag machen. Wir haben auch keinerlei Zuständigkeit. Das Land Baden-Württemberg hat nicht einmal Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte über den Bundesrat. Es ist eine unternehmerische Entscheidung des Unternehmens Post. Die Post möchte mit den neuen Postleitzahlen erreichen, daß die Postkunden möglichst schnell und zuverlässig versorgt werden und daß dies auf eine kostengünstige Weise erfolgt.

Herr Kollege Lorenz, ich bin überzeugt davon, daß wir uns in einem Vierteljahr über Ihre Erfahrungen beim Postleitzahlenboykott austauschen werden. Wir sind auf diesen Erfahrungsbericht sehr gespannt.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Mäßig gespannt!)

Wir von der CDU-Landtagsfraktion fühlen uns noch lernfähig. Wir werden diese neuen Postleitzahlen lernen. Wir fühlen uns dazu noch in der Lage und fähig.

Selbstverständlich fallen hier Mehrkosten an, aber man muß hinzufügen, daß diese Mehrkosten auch wirtschaftlich sein können, wenn die Post mit den neuen Postleitzahlen zügiger und zuverlässiger arbeitet.

Im Grunde stört mich an dieser Reform, daß es nicht möglich war, Steinzeitrelikte zu beseitigen, nämlich die Übereinstimmung von Landkreisgrenzen und postalischen Einzugsbereichen zu bewältigen. Kleinere Kommunen sind nach wie vor postalisch einem anderen Landkreis zugeordnet, und man findet sie teilweise gar nicht in den entsprechenden Telefonbüchern. Ich bedaure es, daß es nicht möglich war, die Post zu überzeugen, diese Reform dazu zu nutzen, diese Steinzeitrelikte zu entfernen. Herr Minister, ich bitte Sie, bei der Post darauf hinzuwirken, diese wenigen Einzelfälle doch noch zu korrigieren.

Ich glaube, die Postreform bringt auch etwas Erfreuliches zum Ausdruck: Sie ist ein Symbol der Wiedervereinigung Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Eberhard Lorenz SPD: Ach!)

Die Briefmauer zwischen Ost und West wurde entfernt. Deshalb sollten wir nicht nur klagen, wir sollten uns auch ein Stück weit freuen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt das Kleingedruckte!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reimann.

Abg. Reimann REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Republikaner in Baden-Württemberg und die Fraktion im Landtag sehen die Einführung des neuen Postleitzahlensystems und die Werbung dafür als Volksverhöhnung an. Angesichts der inzwischen bekannten Probleme mit dem neuen System könnte man die von der Post betrie-

(Reimann)

bene Reklame nicht mehr anders denn als „Unfug des Jahres“ bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wir Republikaner beziehen uns auf die in der Sitzung des Verkehrsausschusses im April abgegebenen Äußerungen. Der Antrag der Fraktion der SPD ist der falsche Antrag und kommt zu einer falschen Zeit. Er bewirkt nichts, kostet uns alle Zeit und kostet den Steuerzahler das Geld.

Meine Damen und Herren, dies ist wieder ein typischer Fall, bei dem man feststellen muß, daß das Plenum künstlich beschäftigt wird, ohne daß ein Sinn dafür vorhanden ist. Hier wird wortstark kritisiert. Aber darum hätten sich die Herren Kollegen früher kümmern müssen. Der Antrag stammt vom Februar 1993. Er wurde von der Fraktion der SPD eingereicht. Zu dem Zeitpunkt war er schon etliche Monate zu spät; denn die Forderung, die neuen Postleitzahlen nicht einzuführen, hätte bereits im Februar 1992 gestellt werden müssen. Da hätte wahrscheinlich noch die Möglichkeit einer Einflußnahme bestanden.

Tatsache ist, daß die Einführung der neuen Postleitzahlen viel schwieriger und aufwendiger ist, als die Planer erwartet hatten. Den zuständigen Behörden ist der Vorwurf zu machen, die Vorarbeiten sträflich unterschätzt zu haben. So kommt es, daß vor kurzem entdeckt wurde, daß ganze Straßenzüge in Stuttgart vergessen wurden. Die erste Druckausgabe des Postleitzahlenbuchs der Deutschen Bundespost hatte gravierende Fehler aufzuweisen. All jene, die besonders schnell sein wollten und sich darauf verließen und aufgrund dieses Buchs neue Drucksachen erstellten, hatten verloren.

Noch schlimmer ist jedoch, daß Ende März noch keine Software für PCs zur Verfügung stand, die es kleinen und mittleren Betrieben erlaubt hätte, ihre Firmen-EDV umzustellen. Aus diesem Grund haben die Republikaner im Verkehrsausschuß Anfang April beantragt, die Einführung der Postleitzahlen nicht zu stoppen, sondern um sechs Monate zu verschieben. Diese Verschiebung hätte der Post selbst genützt, denn völlig irrsinnig wird die Post ab 1. Juli die neuen fünfstelligen Postleitzahlen intern wieder zurück auf vierstellige Zahlen umwandeln und mit diesen weiterarbeiten, da die Posttechnik noch nicht in der Lage ist, die neuen Postleitzahlen zu verarbeiten.

Viel wichtiger ist jedoch, daß diese drei- bis sechsmonatige Verschiebung den Zeitdruck für die Industrie und das Handwerk reduziert hätte. Es ist zu erwarten, daß es in den nächsten drei Monaten nach Inkrafttreten der neuen Postleitzahlen zu einer sehr starken Verzögerung bei der Postzustellung kommt und daß dadurch in der Industrie - zum Beispiel durch verspätete Angebotsabgabe, Rechnungstellung, Auftragsbestätigungen, zu spät eingehende Lieferscheine etc. - riesiger Schaden entsteht. Eine Verschiebung um drei bis sechs Monate würde diesen Schaden reduzieren.

Nun, meine Damen und Herren, kommt der Irrwitz der SPD. Die gleichen Abgeordneten, die den Antrag Drucksache 11/1350 unterschrieben haben und die die völlige Abschaffung der fünfstelligen Postleitzahlen verlangen - wobei die ganze Umstellung ohnehin nicht mehr umkehrbar ist, sondern fast schon vollzogen ist -, lehnten eine drei- bzw. sechsmonatige Verschiebung der Einführung der neuen Post-

leitzahlen ab. Wenn Bürger von Politikverdrossenheit sprechen, bewirkt ein Verhalten wie das der SPD und der Grünen Parteienverdrossenheit.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sie gehen mir auf die Nerven!)

Und dazu hat die Bevölkerung auch noch ein Recht.

(Beifall bei den Republikanern - Zuruf des Abg. Dr. Mauz CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scharf.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE - Abg. Ströbele CDU: Jetzt wollen wir aber eine freie Rede!)

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich ist es müßig, zwei Wochen vor Inkrafttreten der neuen Postleitzahlen hier im Landesparlament darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und den Republikanern - Abg. Pfister FDP/DVP: Sie dürfen sich schon setzen, das Entscheidende ist gesagt! Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

- Das Wichtigste habe ich gesagt. Da haben Sie recht. Die Post hat diese Umstellung aus guten Gründen und nach sorgfältigen Überlegungen vorgenommen. Daß dabei auch kleine Pannen passiert sind, kann das Gesamtsystem nicht in Frage stellen.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Lassen Sie mich aber kurz noch ein paar Bemerkungen machen. Die Postleitzahlen dienen dem Zweck, der auch durch ihre Bezeichnung beschrieben wird: Es sind Leitzahlen. Es ist richtig, daß bei dem Entwurf vornehmlich technische und betriebsorganisatorische Überlegungen ausschlaggebend waren. Andere Kriterien wie zum Beispiel Merkbarkeit, geographische Gesichtspunkte, Verwaltungsgrenzen usw. hätten sicher nur zu anderen Konflikten geführt. Es ist daher nicht gerechtfertigt, diese Postleitzahlen als Technokratenlösung oder bürgerfeindliche Aktion zu diffamieren. Es gibt noch viele andere Zahlen mit viel mehr Ziffern, die sich die Bürger ohne weiteres merken. Denken Sie nur an die Telefonnummern, an Ihre eigene Kontonummer oder an Codenummern. All das können sich die Leute merken.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Die Preise für Kartoffelchips!)

Jetzt wird auf einmal gesagt, eine fünfstelligen Zahl könne sich der Bürger nicht merken, und schon gar nicht mehrere fünfstelligen Zahlen. Er macht das aber täglich bei anderen Zahlen. Ich bin sicher, nach einer kurzen Umstellungsphase wird sich die große Mehrheit der Bürger an die neuen Postleitzahlen gewöhnt haben.

Das System mußte zwangsläufig zentral geplant und entschieden werden. Diejenigen, die darauf mit Widerstand und Verweigerung reagieren, sind meist solche, die nur ihre eigenen Entscheidungen akzeptieren.

(Dr. Scharf)

(Abg. Ströbele CDU: Bravo!)

*

Ich meine, andere zukünftige Entwicklungen werden weit mehr Kooperationsbereitschaft, Flexibilität und Akzeptanz von uns allen verlangen, als bei dieser einfachen Umstellung der Postleitzahlen erforderlich ist. Wenn wir alles derartig problematisieren, zu einem Konflikt zwischen oben und unten hochstilisieren und jede kleine eigene Mühe auf andere abwälzen wollen, dann werden wir mit Recht nicht mehr mit dem bisherigen Wohlstand leben können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Verkehrsminister Schaufler.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Knackig, frei!)

Verkehrsminister Schaufler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das sieht nicht nach frei aus!)

Die Debatte zeigt, daß überall dort, wo eine ferne Behörde Entscheidungen in die Fläche treffen muß, diese Behörde sehr oft daneben liegt. Infrastrukturrat und Landesregierungen werden zu solchen Vorgängen entweder gar nicht oder zu spät gehört. Deshalb ist die Treffsicherheit in Sachen Bürgernähe sehr gering.

Hier sind aber so gute und wichtige Worte gefallen. Da wir noch Wichtigeres zu tun haben, habe ich mich entschlossen, meine Rede zu Protokoll zu geben.

(Beifall im ganzen Haus)

Stellv. Präsident Straub: Ich stimme dem zu, daß die Rede zu Protokoll gegeben wird. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und haben nunmehr zu entscheiden, wie die Anträge behandelt werden sollen.

(Abg. Wieser CDU: Hat der Minister so kurz gesprochen? Das ist der erste Minister, der die Redezeit nicht überzieht!)

Darf ich davon ausgehen, daß sie mit dieser Debatte erledigt sind?

(Unruhe)

- Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so entschieden und Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Schaufler ist der einzige, der das Parlament noch achtet!)

Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GesO

Verkehrsminister Schaufler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einführung der neuen Postleitzahlen ist eine Folge der Wiedervereinigung Deutschlands. Das bisherige Postleitzahlensystem im Westen ist nicht geeignet, die neuen Bundesländer zu integrieren. Wenn der Postdienst der Deutschen Bundespost diese Gelegenheit für die Einführung eines neuen Systems nutzt, um damit gleichzeitig eine Verbesserung der betrieblichen Verhältnisse zu erreichen, so kann dem nur zugestimmt werden. Ein Vergleich mit den europäischen Nachbarstaaten, die zum Beispiel schon einige Zeit das fünfstellige System haben, zeigt, daß die Post aus ihrer Sicht auf dem richtigen Weg ist. Allerdings ist nicht zu verhehlen, daß es bei der Umstellung zu Reibungsverlusten kommen wird und auch schon gekommen ist.

Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß das Verkehrsministerium des Landes zwar auch für Post und Telekommunikation zuständig ist, für die Entscheidung zur Einführung der neuen Postleitzahlen übernimmt aber der Bundespostminister die politische Verantwortung und nicht die Landesregierung. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Entscheidungskompetenz ausschließlich dem Bund vorbehalten ist. Meines Wissens hat sich bisher auch keine Landesregierung politisch gegen die neuen Postleitzahlen ausgesprochen.

Zum 1. Juli 1993 tritt das neue System in Kraft. Seitdem dies unwiderruflich feststeht, hat die heftige Kritik an den neuen Postleitzahlen stark nachgelassen. Es wäre allerdings von der Sache her sehr zu begrüßen gewesen, wenn mehr Zeit für die Umstellung zur Verfügung gestanden hätte. Nicht nur der Deutschen Bundespost wären einige peinliche Pannen erspart geblieben. Auch die Wirtschaft hätte ihre oft umfangreichen Adreßdateien nicht unter so starkem Zeitdruck anpassen müssen. Der Postdienst schätzt meines Erachtens die Sachlage realistisch ein, wenn er damit rechnet, daß sich das neue System nicht bereits zum 1. Juli voll durchsetzen kann. Vielmehr erwartet der Postdienst, daß am Anfang nur 50 % der Briefe schon mit der neuen Postleitzahl versehen sind, und er ist froh, wenn dieser Anteil bis zum Ende des Jahres auf 90 % gesteigert werden kann.

Nach unseren Beobachtungen hat sich die Wirtschaft bereits mit beachtlichen Anstrengungen auf das neue System eingestellt. In ähnlich flexibler Weise hat die Landesverwaltung reagiert und die Adreßdateien sowie die zugehörigen Anwendungsprogramme umgestellt, und sie setzt neue Briefbogen ein bzw. verwendet veraltete durch Einstempeln der neuen Postleitzahlen weiter. Nach den bisherigen Erkenntnissen halten sich die Umstellungskosten in vertretbaren Grenzen.

Auch aufgrund der Erfahrungen im Ausland mit fünfstelligen Postleitzahlen bin ich der Überzeugung, daß sich die Bürger mit der Zeit auf dieses in der Tat zunächst etwas gewöhnungsbedürftige neue System einstellen werden, und hoffe, daß der Postdienst der Deutschen Bundespost hierdurch effizienter wird.

*

Stellv. Präsident Straub: Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Polittourismus als Teilursache der Politikverdrossenheit – beantragt von der Fraktion Die Republikaner

(Abg. Wieser CDU: Ein sehr interessantes Thema!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist viel zu lang!)

Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten, im übrigen beträgt die Redezeit 5 Minuten je Sprecher.

Ich erteile Herrn Rapp das Wort.

(Abg. Walter GRÜNE: Aha! – Abg. Wieser CDU: Haben Sie das Kursbuch dabei?)

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Reisen bildet, dann müßte ich vor lauter Genies sprechen. Ich weiß nicht, ob ich das tue.

(Abg. Walter GRÜNE: Man kann doch nicht bloß zwischen Pforzheim und Stuttgart hin- und herfahren!)

Auch ich persönlich müßte ein kleiner Einstein sein. Ich bin es nicht. Ich spüre es aber im Gegensatz zu einigen Herren der Altparteien jedesmal an meinem Kontostand, wenn ich unterwegs war. Letzten Endes ist das auch richtig so.

Nach dem Motto „Man gönnt sich ja sonst nichts“ wird gereist. Der Landtag von Baden-Württemberg gönnt sich dafür 720 000 DM, natürlich auf Kosten des Steuerzahlers.

Der Gemeinderat von Ulm hatte eine Schiffsreise nach Budapest geplant, mit abschließendem Rückflug,

(Abg. Schöttle CDU: Mit eigenem Schiff! – Heiterkeit)

was den Steuerzahler rund 40 000 DM gekostet hätte. Diese Pläne wurden jedoch verworfen, als der öffentliche Druck zu groß wurde.

(Zuruf des Abg. Meyer CDU)

Der Krankenhausausschuß der Stadt Stuttgart flog in die USA und nach Kanada, um Herzkliniken zu besichtigen, und stellte dann vor der Klinik oder im Foyer der Klinik fest, daß er gar nicht richtig angemeldet war. Es soll trotzdem ein netter Ausflug gewesen sein – auf Kosten des Steuerzahlers.

(Abg. Meyer CDU: Wir sind jetzt hier!)

Vom Olympiatourismus im Jahr 1992 – vielleicht gehören Sie dazu, wenn Sie schon sagen: „Wir sind jetzt hier“ – wollen wir schweigen. Ob er etwas gebracht hat, stelle ich in Frage. Ich kann es mir nicht vorstellen.

(Zurufe der Abg. Dr. Ohnewald CDU und Walter GRÜNE)

Wir sind ein wenig stolz darauf, daß bisher keine Republikaner bei all diesen Vergnügungen dabei waren. Meine Damen und Herren, so ehrlich sind wir gegenüber unseren Steuerzahlern und Wählern noch, daß wir hier nicht mitmachen.

(Beifall bei den Republikanern - Zurufe, u. a. von der SPD: Reisen bildet!)

Sparen, meine Damen und Herren, beginnt nicht bei Sozialhilfempfängern, sondern dort, wo es am leichtesten fällt. Das wäre, zumindest für eine gewisse Zeit, bei diesen Luxusunternehmungen, die oft nicht sehr viel bringen.

(Abg. Schöttle CDU: Euch kann man draußen nicht zeigen! – Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der GRÜNEN)

Der sozialistische Innenminister Birzele reiste kürzlich, begleitet von acht Personen, in die USA, um sich über Drogenbekämpfung und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu erkundigen und sachkundig zu machen, natürlich auch auf Kosten des Steuerzahlers.

(Unruhe)

Aber alles, was es dort zu erfahren gibt, hätte er innerhalb des Hauses von seinem Kollegen Schlee erfahren können, der vor drei Jahren die gleiche Reise gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren sind in kürzeren Zeitabständen allein sechs Landtagsdelegationen aus Deutschland zum gleichen Zweck in den USA gewesen und haben sich erkundigt. Ich meine, das reicht.

Aber Polittourismus zieht sich durch alle politischen Ebenen, je weiter und teurer, desto besser. Er wird den Bürgern als Notwendigkeit dargestellt, er dient aber hauptsächlich der eigenen Selbstdarstellung und der Selbstbestätigung.

Sachverstand bei komplexen Fragestellungen läßt sich eben nicht durch Momentaufnahmen gewinnen. Ein Tag praktische Mitarbeit in einem Im- und Export-Büro wäre für manchen Abgeordneten besser als eine Reise nach Japan, China oder sonstwohin.

(Lachen bei der SPD)

Dann wüßten Sie nämlich, was wirklich abgeht, und Sie würden nicht nur luxuriöse Hotels oder sonst etwas von innen sehen.

(Abg. Bebber SPD: Da weiß man, was Ihnen abgeht!)

Nur mit der lockeren Bemerkung „Reisen bildet“ lassen sich, meine Damen und Herren, auch künftig die Steuerzahler nicht mehr ruhigstellen. Sie haben Anspruch darauf, zu wissen, was mit ihrem Geld passiert. Das hat nichts mit Populismus zu tun.

(Abg. Walter GRÜNE: Nein, gar nicht! Darauf kommt wohl niemand! - Unruhe)

(Rapp)

- Mißstände zu beseitigen hat gar nichts mit Populismus zu tun, überhaupt nicht. Gespart werden muß überall. Fangen wir am besten bei uns damit an; dann sind wir glaubwürdig.

(Beifall bei den Republikanern)

Bis jetzt, meine Damen und Herren, liegt uns noch kein wertbares Ergebnis

(Abg. Walter GRÜNE: Verzichtet auf eure Diäten!)

der Brasilienreise des Ministerpräsidenten vor,

(Abg. Walter GRÜNE: Er hat Grippe bekommen!)

das die Kosten dieser Reise in irgendeinem Bereich rechtfertigen könnte. Offensichtlich handelte es sich auch dabei um eine reine Selbstdarstellungsshow.

(Abg. Bebber SPD: Das Preis-Leistungs-Verhältnis bei Ihrer Arbeit stimmt auch nicht!)

- Das sagen Sie. Ich könnte das Gegenteil im Hinblick auf Sie behaupten.

(Heiterkeit - Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der GRÜNEN)

Sparappelle in diese Richtung stoßen in diesem Landtag und auch anderswo selten auf offene, sondern doch meist auf taube Ohren.

Ich bin sehr überrascht, daß Sie zu Hause immer vom Sparen reden. Sie gehen doch auch nicht durch Ihren Wahlkreis und sagen, es müsse noch mehr ausgegeben werden. Sie reden doch zu Hause vom Sparen. Beginnen Sie doch einmal damit. Fangen Sie bei sich selber an, dann sind Sie gut beraten.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Auf jeden Fall halte ich persönlich diesen Polittourismus für eine der Ursachen der Politikverdrossenheit oder, besser gesagt, der Altparteienverdrossenheit.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE - Abg. Weimer SPD: Das ist fast unmöglich!)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht falsch verstanden werden. Gerade weil wir hier einen Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium haben, möchte ich klar und deutlich sagen: Wir sind nicht dagegen, daß Herr Brechtken und Herr Spöri irgendwo hingehen, um neue Märkte zu erkunden und etwas für Baden-Württemberg zu tun. Für uns ist aber die Größe der Delegation, die reist, entscheidend; die ist wichtig. Sie sollen gehen und neue Märkte erschließen. Wir brauchen das. Aber es muß nicht jeder dabei sein, der gern mitgehen würde. So weit muß es auch nicht kommen.

(Beifall bei den Republikanern - Abg. Kuhn GRÜNE: Glauben Sie, daß der Brechtken schon einen Markt erschlossen hat?)

Wir Republikaner, meine Damen und Herren, sind der Meinung - -

(Unruhe)

Die Republikaner-Fraktion ist der Meinung - -

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Scheuermann CDU: Ihr wollt von den Ausländern nichts wissen und vom Ausland schon zweimal nichts! - Heiterkeit - Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, diese Auslandsreisen, dieser Ferntourismus sollte auf freiwilliger Basis in der Art einer Selbstbeschränkung für ein Jahr ausgesetzt werden. Das täte uns allen nach außen wirklich sehr gut.

(Beifall bei den Republikanern - Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Grünen eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Polittourismus als Teilursache der Politikverdrossenheit“ - -

(Unruhe - Zuruf: Wer?)

Wenn die Republikaner eine Aktuelle Debatte - -

(Zurufe der Abg. Bütikofer und Walter GRÜNE - Unruhe)

- Ich wollte nur Ihre Aufmerksamkeit testen, Herr Bütikofer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Da ist eine Entschuldigung fällig!)

Wenn die Republikaner eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Polittourismus als Teilursache der Politikverdrossenheit“ führen möchten, möchte ich deutlich darauf hinweisen, daß die Ursache der Politikverdrossenheit nicht die fälschlicherweise behauptete Polittourismusaussage ist, sondern das Verhalten der Republikaner, die diese Debatte hier angezettelt haben.

Sie wollen mit dieser Debatte ganz gezielt, an niedere Instinkte in der Bevölkerung appellierend, ein verzerrtes Bild der Politik und der Tätigkeit der Politiker des Landes im Ausland zeichnen, um daraus als die Pseudosaubermänner billigen und falschen Honig zu saugen.

Soweit der Wirtschaftsbereich angesprochen ist, der ja bekanntermaßen den größten Teil der Auslandsreisen von Regierung und Parlament ausmacht, kann ich nur sagen: Mit Tourismus haben diese Reisen überhaupt nichts zu tun. Jeder, der dabei war, weiß davon ein Lied zu singen, es sei denn, daß diese Reisen dazu dienen sollten, dem Tourismus in Baden-Württemberg neue Türen aufzumachen. Aber das haben die Republikaner mit ihrem Thema wohl nicht gemeint.

(Fleischer)

Wenn hier die Delegationsgröße angesprochen worden ist, kann ich nur sagen: Man kann selbstverständlich darüber diskutieren, ob diese oder jene Person, die aus dem Staatsäckel bezahlt oder mitbezahlt wird, mitmuß. Mein Eindruck ist, daß das in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart maßvoll gehandhabt wurde. Soweit die Parlamentarier angesprochen sind, Herr Rapp, kann ich Ihnen sagen, daß wir unter Berücksichtigung aller Fraktionen eine Regelung gefunden haben, die die Mindestanzahl derer enthält, die mitgehen, nämlich jeweils drei Personen bei Auslandsreisen, die von besonderer Bedeutung und von besonderem Interesse sind, und zwar deswegen, weil wir, die großen Fraktionen, bereit waren, von Fall zu Fall eine Mitfahrmöglichkeit an die anderen Fraktionen abzugeben.

Heuchlerisch wird die ganze Debatte seitens der Republikaner dann, wenn Sie nunmehr hier ans Rednerpult treten und sagen: „Wir sind die großen Sparmeister der Nation und des Landes“, ich aber in mehreren Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und auch in Gesprächen mit dem Fraktionsvorsitzenden der Republikaner erleben mußte, daß die Republikaner nachhaltig Wert darauf gelegt haben, auch mitfahren zu dürfen.

(Unruhe und Zurufe, u. a.: Heuchler!)

nachdem dies von Teilen der SPD abgelehnt wurde.

Ich möchte heute einmal in aller Deutlichkeit sagen, daß ich als Ausschußvorsitzender die parlamentarischen Rechte und Gleichbehandlungsansprüche der Republikaner dadurch quittiert habe, daß ich eine Regelung gefunden habe, nach der bei allem Verständnis für die Begründung der SPD, nicht gemeinsame Reisen mit den Republikanern machen zu wollen, selbstverständlich auch ein Vertreter der Republikaner Gelegenheit bekommt, wahrscheinlich noch dieses Jahr, wie es von den Republikanern ausdrücklich gefordert war, an einer dieser Reisen teilzunehmen.

(Abg. Meyer CDU: Der soll daheim bleiben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen kann ich bei dieser Doppelbödigkeit der Argumentation überhaupt nicht verstehen, weshalb heute Herr Kollege Rapp an das Rednerpult treten und sagen kann, das würde alles nichts bringen, das sei Polittourismus. Die Vergangenheit hat gezeigt, vor allen Dingen zu Zeiten des Ministerpräsidenten Lothar Späth und auch zur Zeit von Ministerpräsident Erwin Teufel, zur Zeit von Wirtschaftsminister Schauffler, zur Zeit von Wirtschaftsminister Spöri, daß es für das exportorientierteste Land – nicht nur dieser Republik, sondern für die exportorientierteste Region von ganz Europa, des ganzen EG-Bereichs – eine zwingende Notwendigkeit ist, uns zur Sicherung der Märkte, aber auch zur Erforschung neuer Märkte ein eigenes Bild zu machen. Wir müssen eine Türöffnerfunktion praktizieren und auch in der Zukunft als Ansprechpartner deutscher Handelskammern im Ausland, deutscher Firmen im Ausland, baden-württembergischer Firmen im Ausland fungieren, wenn wir unserer politischen Aufgabe gerecht werden wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt gerade in einer Zeit der großen Rezession. Als die exportorientierteste Region Europas sind wir von einer Rezession immer automatisch besonders stark betroffen, genauso wie wir umgekehrt in den letzten Jahren – das war Gott sei Dank der Fall – auch vom Aufschwung ganz besonders betroffen waren. Es ist wichtig, gerade in der Phase der Rezession, in der wir uns heute unbestritten befinden, mit besonderem Nachdruck auch das Ausland zu besuchen und uns dort entsprechend umzuschauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann deshalb nur sagen: Es ist widersprüchlich und auch mit dem Begriff Heuchelei erfaßbar, wenn man im Ausschuß zu Recht auf seine bestehenden Rechte pocht, aber dann auf der anderen Seite in der Öffentlichkeit den sparsamen Saubermann spielt.

Ich verstehe diese Haltung nur insofern, als sie nahtlos in die bisherige Verhaltensweise der Republikaner paßt. Offensichtlich will man durch eine Abschottung nach außen die eigene Inkompetenz erhalten und deutschtümelnde Bunkermentalität weiter fortsetzen, kleinkariert und spießig, aber leider auch etwas schäbig, weil mit falschen, zumindest undifferenzierten Behauptungen nachher ein Zerrbild unserer Politik und unserer politischen Bemühungen gezeichnet wird.

Bezüglich der Ausschußreisen darf ich noch ein Wort im Hinblick auf die Absichten des Wirtschaftsausschusses sagen. Jeder weiß doch – und gerade auch die Republikaner wissen es –, daß wir uns mit ganz großer Sorgfalt Gedanken machen, daß es eben gerade keine Polittourismusreisen sind, sondern sie dienen dazu, uns entsprechend kundig zu machen. Wir gehen auch dorthin, wo baden-württembergische Interessen in ganz besonderer Weise betroffen sind.

Herr Rapp, Sie wissen doch ganz genau, daß wir schon zweimal in unserem Ausschuß sehr kontrovers darüber diskutiert haben, wohin wir reisen sollen. Bisher waren wir uns zumindest in einem einig, nämlich daß wir im Rahmen der Mittel, die Sie vorhin zitiert haben und die dem Landtag von Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, reisen sollten. Und wir werden, so wie alle anderen Ausschüsse, auch in der Zukunft sehr gut daran tun, diesen Nachweis bereits bei der Vorbereitung sorgfältig im Auge zu behalten, weil der Bürger in der Tat ein Anrecht hat, die Schlüssigkeit unserer Reisen auch für die Zukunft entsprechend bewiesen zu bekommen.

Für die Vergangenheit ist, egal um welche Regierung, um welche parlamentarischen Gruppierungen es sich gehandelt hat, die Ergiebigkeit sehr sorgfältig geprüft worden. Und dies werden wir in der Zukunft so fortsetzen. Ich würde Sie von den Republikanern ganz herzlich bitten, hier bei dieser Debatte, aber auch in der Zukunft, soweit es um sehr streßbehaftete auswärtige Aktionen geht, ein Mindestmaß an Wahrhaftigkeit, aber auch an Loyalität unter den Abgeordneten an den Tag zu legen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schwarze Schafe gibt es überall. Es ist von der Annahme auszugehen, daß es in der Vergangenheit die eine oder andere Politikerreise ins Ausland gegeben hat, bei der der touristische Anteil den Ertrag an sachlicher Information möglicherweise übertroffen hat. Das soll überhaupt nicht bestritten werden.

(Zuruf von den Republikanern: Hört, hört! - Beifall bei den Republikanern)

- Sie klatschen wie immer zu früh. Ich will hinzufügen: In Zeiten, in denen sich einige schwarze Schafe unter den Politikern nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben, sollte man Informationsreisen ins Ausland mit einem Höchstmaß an Sensibilität organisieren und planen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das machen wir doch!)

Ich denke nach der Rede von Herrn Rapp, daß es den Republikanern gar nicht um solche Überlegungen geht, die notwendigerweise angestellt werden müssen, sondern es geht wie immer um pauschale Verdächtigungen, um das Heraus-picken einzelner unrühmlicher Beispiele und das Hochkochen von Stammtischgeschwätz aus der untersten Schublade, um damit schlicht und ergreifend Stimmung zu machen.

Ich bin, Herr Rapp, jetzt neun Jahre im Landtag und war in dieser Zeit zwei- oder dreimal im Ausland. Diese ganzen Reisen fallen mit Sicherheit nicht unter die Kategorie, die Sie beschrieben haben. Es waren hochinformativ-reisen für den einzelnen, aber auch für den Ausschuß insgesamt. In der Regel war ich nach jeder Reise eher urlaubsreif. Diese Reisen hatten auch praktische Konsequenzen für das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Rapp REP: Dann sind Sie das weiße Schaf!)

Beispielsweise hatten wir vor sieben Jahren einen heftigen Streit hier im Landtag über die Frage, ob und, wenn ja, in welcher Form man Technikfolgenabschätzung institutionalisieren soll. Das war damals ein wichtiges Streitthema. Man hat sich dann überall nach Vorbildern umgesehen und kam darauf, daß in Amerika das Office of Technology Assessment (OTA) existiert, eine Politikberatung für die Abgeordneten des amerikanischen Kongresses. Das ist natürlich im Prinzip von der Dimension her nicht ganz mit Baden-Württemberg vergleichbar. Dennoch war die Konsequenz aus dieser Reise, daß alle miteinander hier im Landtag - und damit war auch der sachliche Streit beendet - zu dem Ergebnis und zu der Überzeugung gekommen sind, daß auch wir Abgeordnete eine Politikberatung sehr gut brauchen können. Seither gibt es die Technikfolgenabschätzungsakademie. Sie wird mit ihren Ergebnissen mit Sicherheit eine wesentliche Bereicherung für unsere Arbeit sein.

Ich habe gesagt, daß man mit Sensibilität an das Thema gehen muß. Ich denke, daß das Präsidium und der Landtag diesen Erfordernissen insgesamt gerecht geworden sind. Zum einen werden die Reisen überwiegend innerhalb Europas stattfinden, weil ja in Ost- und Südosteuropa die großen Probleme für uns geradezu vor der Haustür liegen. Deswegen ist es richtig, wenn sich die Ausschüsse in Rußland, in

den baltischen Staaten oder in Polen über die aktuelle Lage informieren. Und zum anderen, wenn Sie die Kosten ansprechen: Es waren nicht die Republikaner, sondern es waren andere Fraktionen, die im Präsidium dafür gesorgt haben, daß im Vergleich zur letzten Legislaturperiode die Kosten in dieser Periode, was die Ausschußreisen angeht, insgesamt kräftig abgesenkt worden sind. Auch das sollten Sie der Wahrhaftigkeit halber nicht einfach unter den Tisch fallen lassen.

Sie haben es nur ansatzweise gebracht, aber in Ihrem Antrag ist es enthalten: Besonders finde ich den Hinweis auf die Kommunalpolitiker, denn Sie diskriminieren damit im Grund Tausende ehrenamtlich Tätige in den Städten und Gemeinden, die durch solche Unternehmungen, wie Sie sie kritisieren, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft ihren Beitrag zur Verständigung der Völker geleistet haben und leisten. Wer war es denn, der in den sechziger und siebziger Jahren durch den Abschluß von Städtepartnerschaften - Sie würden es Polittourismus nennen dafür gesorgt hat, daß es zur endgültigen Aussöhnung beispielsweise mit Frankreich und mit den Beneluxstaaten gekommen ist?

(Abg. Rapp REP: Wir greifen doch den Fern-tourismus an, nicht Frankreich und nicht Holland!)

Das waren doch Kommunalpolitiker.

(Zurufe von den Republikanern)

- Das klang expressis verbis in Ihren Ausführungen an, und davon kommen Sie jetzt auch nicht mehr weg.

Für diese großartige Leistung werfen Sie diesen Männern und Frauen im Grund Steine hinterher, und dafür, Herr Rapp, sollten Sie sich eigentlich schämen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Und wenn Sie jetzt nach Osten blicken: Wer ist es denn, der derzeit, in den neunziger Jahren, versucht, partnerschaftliche Kontakte mit osteuropäischen Staaten, mit Kommunen in den baltischen Staaten, in der Ukraine zu knüpfen? - Das sind wieder Kommunalpolitiker. Deswegen ist der Hinweis, den Sie jetzt sozusagen bei der Kommunalpolitik abladen - Sie fragen: Warum reisen die überhaupt ins Ausland? - vor allem wenn es um Städtepartnerschaften geht, völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Insgesamt wäre es aus meiner Sicht konsequent, wenn Sie nach dieser Debatte grundsätzlich auf politische Reisen des Landtags verzichten würden. Aber ich kann mich da meinem Vorredner anschließen: Sie predigen Wein und trinken Wasser.

(Große Heiterkeit)

- Umgekehrt: Sie trinken Wein und predigen Wasser. So wollte ich sagen.

Wie sieht es aus? Von den Republikanern liegt eine Anmeldung für die Reise des Schulausschusses vor. Es liegt von

(Weimer)

seiten der Republikaner eine Anmeldung für den Landwirtschaftsausschuß vor.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Ich muß auch fragen: Wenn Ihr sportpolitischer Sprecher, der im Moment leider nicht anwesend ist, vormittags mit dem Flugzeug nach Berlin fliegt,

(Zuruf von der SPD: Was?)

sich dort in eine sportpolitische Konferenz reinsetzt, zu Mittag ißt, Kaffee trinkt und dann wieder zurückfliegt,

(Zuruf von der SPD: Und nichts kapiert hat! - Heiterkeit)

was ist das eigentlich aus Ihrer Sicht und nach Ihrer Definition?

Also langer Rede kurzer Sinn: Ziehen Sie die Konsequenzen, und gehen Sie überhaupt nicht mehr mit auf Reisen. Dann könnten wir nämlich im Ausland sagen: Die Republikaner legen keinen Wert darauf, ihre Vorurteile zu korrigieren. Das wäre dann auch ein Ergebnis dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU, der GRÜNEN und der FDP/DVP - Abg. König REP: Herr Weimer, ich bin mit dem Zug gefahren! - Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: Wahrscheinlich war der teurer als das Fliegen! - Abg. Weimer SPD: Das macht nichts!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt bei uns im Land ein Sprichwort, das heißt: Gut gezielt und schlecht getroffen, kann man von jedem Spitzbub hoffen.

(Heiterkeit)

Ohne jetzt zu sagen, daß Sie bei den Republikanern allesamt Spitzbuben wären, will ich doch sagen: Schlecht getroffen haben Sie auf jeden Fall.

(Abg. Rapp REP: Sie sind erwischt worden!)

Denn, Herr Rapp, sofern es darum gehen sollte, darüber zu reden, wie man Reisen effektiv macht, wie man zum Beispiel Reisen auf die richtige Größe zuschneidet, wie man Reisen vorbereitet, so daß sie wirksam sind, wie man sie hinterher auswertet, hätte man vernünftig reden können. Das hätte man aber nicht im Plenum machen müssen, sondern als Erfahrungsaustausch der Ausschüsse hätte man vernünftig darüber reden müssen.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Das hat stattgefunden! Da waren die nur nicht da!)

Aber das ist ja überhaupt nicht Ihre Absicht. Sie versuchen ja, ein Theater zu veranstalten.

Ich bin durchaus der Meinung: Es ist nicht das Problem, weniger zu reisen, sondern die Erfahrungen, die bei Reisen gemacht werden, besser zu verwerten. Ich könnte mir zum Bei-

spiel vorstellen, daß man - auch in der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und den Ausschüssen - die Reisen systematischer vorbereitet, die von seiten der Ministerien unternommen werden. Ich würde mir wünschen, daß der Erfahrungsschatz, der bei solchen Reisen gewonnen wird, auch besser - etwa in schriftlicher Form - an die Kolleginnen und Kollegen weitervermittelt wird, die nicht mitgereist sind. Auf dieser Ebene kann ich mir Verbesserungen vorstellen. Das wäre eine sachliche Debatte, hat aber mit dem, was Sie hier gesagt haben, überhaupt nichts zu tun.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich will Sie nicht beschimpfen, daß Sie sich da vergeblich um Populismus bemühen. Wenn ich Sie beschimpfen wollte, würde ich jetzt wieder den Titel aus der Tasche ziehen, von dem Genosse „Woschliwak“ heute morgen schon gesprochen hat.

(Heiterkeit)

Ich würde es vielleicht aus einem Grund auch nicht tun: weil ich natürlich hoffe, daß der politische Gestank, den Sie verbreiten, nicht 100 Jahre dauert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte dafür - und deswegen bin ich für das Reisen -, daß Neugier eine Produktivkraft ist. Stellen Sie sich einmal vor, Marco Polo oder Kolumbus hätten so gedacht wie Sie. Was wäre da alles nicht entdeckt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit - Zuruf des Abg. Herbricht REP)

Selbstverständlich haben Sie recht, Herr Rapp: Reisen bildet nicht jeden.

(Heiterkeit)

Der, der nicht gebildet werden will, der nichts dazulernen will, der Augen und Ohren zusperrt, der bleibt in der Tat besser zu Hause.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Einmal sehen ist besser als tausendmal hören, wie das chinesische Sprichwort sagt. Das gilt halt nur für den, der hinschauen will, der Augen und Ohren aufsperrt. Ich denke, wir sollten das tun. Wir haben aus der Welt viel zu lernen, und wir haben uns auch auf einiges vorzubereiten. Der Landtag, der sich verkrümmeln und nur noch den baden-württembergischen Tellerrand als Horizont kennen würde, wäre nicht wert, daß man ihn bezahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei Abgeordneten der CDU, der SPD sowie des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schöning.

Abg. Schöning FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Es ist schon noch einmal eine kleine Nachprüfung wert, worum es den Republikanern bei dieser Debatte eigentlich geht. Wenn es darum ginge, wie sichergestellt werden kann, daß Reisen tatsächlich in jedem Fall sinnvoll ausgestaltet werden, und wie Reisen ausgestaltet werden, ob man zum Beispiel mit ganzen Ausschüssen reist oder verstärkt von dem Mittel Gebrauch macht, mit Kommissionen zu reisen, dann könnte so etwas ja durchaus sinnvoll sein. Nur: Die Gespräche darüber haben unter Beteiligung der Republikaner stattgefunden, und von ihnen war zu diesem Thema nichts, aber auch gar nichts zu hören.

(Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Ganz zu Anfang der Legislaturperiode haben wir das auf Einladung des Präsidenten schon diskutiert.

(Abg. Walter GRÜNE: Und dann den Märtyrer spielen!)

Zweitens: Wenn es darum ginge, ob man angesichts der kritischen Haushaltslage noch stärker – wir haben schon den Deckel von 60 000 DM pro Reise – einsparen muß, dann wäre auch das zumindest eine legitime Fragestellung. Aber als wir gestern auf Einladung des Präsidenten darüber beraten haben, welche Beiträge denn der Landtag zum Nachtrag 1993/94 zu bringen hat und wo weitere Einsparungen vorzunehmen wären: Wo waren da die Republikaner? Sie waren überhaupt nicht vertreten.

(Abg. Weimer SPD: Die haben gefehlt! – Abg. Kuhn GRÜNE: Unentschuldig! – Abg. Weimer SPD: Unentschuldig gefehlt!)

Das heißt, genau die möglicherweise seriösen Ansatzpunkte für eine solche Debatte wollen Sie nicht, kennen Sie wahrscheinlich gar nicht. Ich denke, es ist tatsächlich so: Es geht Ihnen um die Schau, es geht Ihnen um die Denunzierung von Reisen des Parlaments. Das hat man der Rede des Kollegen Rapp ja sehr deutlich entnommen. Und es geht Ihnen insofern letzten Endes um die Denunzierung des Parlaments insgesamt. Das ist genau der Punkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der GRÜNEN – Abg. Wintruff SPD: Das ist Tradition!)

Daher nur noch einmal ganz kurz zu dem Thema, warum Reisen unverzichtbar sind. Wir machen das doch hier im Lande auch so. Wir sitzen nicht nur hier im Landtag, nicht nur im Wahlkreis; sondern wir reisen, weil es sinnvoll ist, vor Ort Beispiele kennenzulernen, daraus Anregungen zu gewinnen für unsere parlamentarische Arbeit, bessere Beispiele auch anderswohin zu transportieren. Das machen wir ganz selbstverständlich auch innerhalb Deutschlands. Man hat zum Beispiel Erfahrungen gesammelt mit der Integration behinderter Kinder in Regelschulen im Saarland und in Hamburg, und man hat daraus jetzt endlich – so sage ich – positive Konsequenzen gezogen.

Selbstverständlich gilt dasselbe Motiv auch innerhalb Europas. Es muß auch gelten angesichts der Tatsache, daß sich auch Landespolitik immer stärker in europäischen Bezügen abspielt. Es kann doch gar nicht anders sein.

Meine Damen und Herren, wenn zum Beispiel die Niederlande neue Wege der Hochschulfinanzierung einführen, mit ökonomischen Anreizen für die Hochschulen, Studium, Lehre sinnvoll zu organisieren, dann muß man hinfahren, sich das im Gespräch mit den Betroffenen, mit Lehrenden, mit Staatsbeamten, mit Studierenden näher ansehen und dann die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

(Abg. Trageiser REP: So ist es!)

Es kann überhaupt keine Frage sein, daß das notwendig ist.

Wir dürfen auch nicht immer nur Standortdiskussionen führen und bei uns Defizite beklagen, sondern man muß gegebenenfalls auch einmal den Mut haben, hinzustehen und zu sagen: Jawohl, es kann auch sinnvoll sein, in die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu reisen oder nach Japan oder in den ostasiatischen Raum. Das kann sinnvoll sein.

Meine Damen und Herren, natürlich muß es immer darum gehen, den Sinn der Reise tatsächlich auch nach draußen für jedermann erkennbar zu machen. Das ist eine ständige Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Es wäre sicherlich falsch, ich quittiere das, was der Kollege Weimer gesagt hat –, zu behaupten, nie hätte es irgendwelche Reisen gegeben, bei denen Fehler vorgekommen sind. Ganz klar. Das betrifft auch den kommunalen Bereich. Wenn es Gemeinderäte gibt, die sich den Spurbus nicht in Essen, sondern in Adelaide in Australien ansehen, dann wird man Zweifel haben können, ob dies eine sinnvolle Reise war.

(Abg. Weimer SPD: Der Kreistag von Tübingen!)

Aber ich denke auch, daß das in aller Regel nicht so ist.

Noch ein zweiter Gesichtspunkt. Selbst die Repräsentanten haben zugegeben, die Regierung müsse reisen. Wollen wir als Parlament uns vielleicht künstlich dumm machen gegenüber der Regierung? Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß wir selbst nicht dieselben Möglichkeiten haben, daß wir diese Möglichkeiten, von denen die Regierung selbstverständlich Gebrauch macht, nicht auch für uns gelten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke, die Repräsentanten versuchen, Reisen zu denunzieren, das Parlament zu denunzieren. Damit treffen sie auch das Thema der von ihnen beantragten Debatte. Sie wollen Politikverdrossenheit mit dieser Art von Debatte schüren, meine Damen und Herren von den Republikanern, weil Sie wissen, daß Sie nur aufgrund herrschender Politikverdrossenheit in Parlamenten sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der GRÜNEN)

Das ist aus Ihrer Sicht möglicherweise legitim. Es geht Ihnen also, wie gesagt, nicht um den Abbau, sondern um das Anheizen der Politikverdrossenheit. Die Parolen, die Sie, Herr Kollege Rapp, gebracht haben – Sozialhilfe statt Reisen –, haben dies sehr deutlich gemacht. Nur: Sie dürfen nicht er-

(Schöning)

warten, daß andere darauf hereinfallen. Ein ernsthafter Partner in der Diskussion - das haben Sie auch hier wieder gezeigt - können Sie mit dieser Art der Diskussion nicht sein.

(Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Schöning, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rapp?

(Zurufe, u. a. des Abg. Jacobi GRÜNE: Das lohnt sich nicht!)

Abg. Rapp REP: Herr Kollege Schöning, ich habe doch nicht generell gefordert, für alle Zeiten nicht mehr zu reisen. Ich habe hier vorgebracht, daß man aus Selbstbeschränkung

(Abg. Kuhn GRÜNE: Kommt jetzt noch eine Frage?)

für ein Jahr einmal auf Reisen verzichten sollte. Darauf sind Sie die Antwort schuldig geblieben.

Abg. Schöning FDP/DVP: Nochmals, Herr Kollege Rapp, zwei Punkte: Wenn Sie einen konkreten Beitrag zur Haushaltssanierung in Baden-Württemberg hätten leisten wollen, hätte ein Vertreter Ihrer Fraktion gestern bei dem dafür angesetzten Termin des Präsidiums anwesend sein müssen.

(Beifall der Abg. Albrecht FDP/DVP und Weimer SPD)

Dort hätte er den Vorschlag machen können, in diesem Bereich 120 000 DM zu streichen. Dort war niemand von Ihnen. Sie waren selbstverständlich eingeladen. Erzählen Sie doch nicht, Sie seien nicht eingeladen gewesen! Sie waren ganz einfach nicht da.

Der zweite Punkt: Der ganze Duktus Ihrer Rede - Sie haben zwar gesagt, man solle zum Einstieg jetzt einmal verzichten -, Ihre Slogans, der Slang, den Sie benutzt haben, waren eindeutig. Sie wollten generell Reisen und damit dieses Parlament denunzieren. So und nicht anders war es. Mein Vorwurf bleibt selbstverständlich bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU, der SPD und der GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Trageiser.

(Oh-Rufe - Abg. Kuhn GRÜNE: Bitte in Deckung gehen!)

Abg. Trageiser REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein altes Sprichwort lautet: Je präziser jemand getroffen wurde, um so lauter schreit er. Ihre Reaktionen, die unisono von allen vier Fraktionen auf diese Aktuelle Debatte gekommen sind, zeigen, daß es offensichtlich doch ein sehr genauer Treffer war, den wir hier gelandet haben,

(Beifall des Abg. Reimann REP)

auch wenn Sie versuchen, das anders darzustellen.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sie haben eine Meise! - Weitere Zurufe)

Wenn dieses Thema für Sie nicht offensichtlich so brisant wäre, wäre es völlig überflüssig gewesen, daß Sie mit ganzen Kaskaden von Beleidigungen und wüsten Beschimpfungen auf unsere Fraktion losgegangen sind.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE - Gegenruf von den Republikanern: So ein Flegel!)

Wir haben doch nicht die Leute beleidigt, die Städtepartnerschaften in den sechziger, siebziger oder achtziger Jahren angebahnt und durchgeführt haben. Davon war hier überhaupt nicht die Rede.

(Abg. Weimer SPD: Das steht doch da drin!)

Wir haben auch nicht Reisen angeprangert, die in Zeiten, in denen das Geld reichlich vorhanden war, durchgeführt wurden. Wir wollen mit dieser Debatte nicht mehr und nicht weniger als die Sensibilisierung dieses Parlaments dafür erreichen.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN)

daß mit dem Geld der Steuerzahler sorgfältiger als bisher umgegangen werden muß.

(Beifall des Abg. Reimann REP - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mühlbeyer?

Abg. Trageiser REP: Aber selbstverständlich.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es ist schade um den Sauerstoff, den Sie verbrauchen. Herr Kollege! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Sehen Sie, Herr Kuhn, genau diese dumme Bemerkung zeigt, wie sehr Sie getroffen sind.

(Beifall des Abg. Reimann REP)

Warum argumentieren Sie nicht sachlich in bezug auf das, was hier vorgetragen wird? Weil Sie es nämlich nicht können.

(Abg. Walter GRÜNE: Der sachliche Hintergrund fehlt! - Abg. Jacobi GRÜNE: Sie breiten hier doch bloß Ihre Polemik aus! - Abg. Wintruff SPD: Sie haben doch keine Sachargumente! Bringen Sie doch einmal Sachargumente! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir dafür angegriffen werden, daß wir darauf bestehen, als die stärkste Oppositionsfraktion das Recht zu haben, Herr Kollege von der CDU,

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

mitzureisen, dann ist es doch selbstverständlich, daß wir uns dieses Recht von Ihnen nicht grundsätzlich nehmen lassen wollen. Ob wir es ausüben, ist etwas anderes. Daß wir das, was wir sagen, so meinen, werden Sie daran erkennen, daß Republikaner bei diesen Reisen nicht mitfahren. Deswegen muß ich das ganz entschieden zurückweisen.

(Trageiser)

(Abg. Wintruff SPD: Warum melden Sie sich dann an? - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie können doch nicht sagen, wenn jemand sein Wahlrecht nicht ausübt: „Er verzichtet auf sein Wahlrecht, also kann ich es ihm aberkennen.“ Selbstverständlich muß ihm das Wahlrecht erhalten bleiben. Ob er es dann ausübt, ist doch seine persönliche Entscheidung. Was ist denn das für eine krause Logik, mit der Sie hier operieren?

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE - Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fleischer?

Abg. Trageiser REP: Aber natürlich.

Abg. Fleischer CDU: Nachdem zwischen mir und den Vertretern der Republikaner nicht nur Einmütigkeit darüber bestand, daß das Recht gewahrt werden müsse, mitreisen zu dürfen, sondern von Republikanern auch gesagt wurde, sie wollten mitreisen: Halten Sie da Ihre jetzt gemachten Ausführungen nicht für etwas rabulistisch, um es höflich auszudrücken?

Abg. Trageiser REP: Das ist überhaupt nicht rabulistisch. Unser Vertreter wird nicht mitfahren. Wenn die Reise vorbei ist, können Sie nachzählen, wer mitgefahren ist. Dann werden wir sehen, wer sich so, wie er es gesagt hat, auch verhalten hat.

Aber Sie unterstellen hier einfach Populismus, weil Sie dies als einzige Chance sehen, unangenehme Attacken zurückzuweisen.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist natürlich eine Taktik, mit der Sie in der Öffentlichkeit nicht durchkommen.

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Abg. Trageiser REP: Gleich, wenn ich diesen Satz zu Ende gesprochen habe.

Im übrigen: Wenn wir hier sagen, wir Republikaner fordern Sensibilität im Umgang mit Geld, heißt dies schlicht und einfach, daß wir bewußtmachen wollen, daß das notwendig ist. Wir haben 1993 eben andere finanzielle Voraussetzungen als vor drei oder vier Jahren. Dann muß man auch in der Lage sein und das Recht haben, darauf aufmerksam zu machen.

Die Frage, ob wir etwas im Ausschuß oder im Plenum behandeln, entscheidet unsere Fraktion. Da sind uns keinerlei Zwänge vorgegeben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie hat die Entscheidung ausgesehen? War das eine Mehrheitsentscheidung, oder war es eine einstimmige Entscheidung?)

Wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, das, wovon wir meinen, daß es in die Öffentlichkeit gehört, auch in die Öffentlichkeit zu bringen.

Jetzt dürfen Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Trageiser, ich bereite die Reise des Schulausschusses vor. Für sie hat sich Herr König verbindlich angemeldet. Ich frage Sie: Wird der Kollege König von Ihnen jetzt so unter Druck gesetzt, daß er seine Unterschrift zurückziehen muß?

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Abg. Trageiser.

Abg. Trageiser REP: Die Reise des Schulausschusses ist eine Reise.

(Abg. Fleischer CDU: Des Schulausschusses! - Vereinzelt Heiterkeit)

die nach unserer Meinung nicht zum Polittourismus gehört.

(Lachen bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP - Abg. Walter GRÜNE: Trageiser, abtreten! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Im übrigen darf ich klar und deutlich dazu sagen: Sie werfen uns vor, wir seien generell nicht bereit, uns zu informieren und an Reisen teilzunehmen. Jetzt werfen Sie uns genau das vor, wo es um den Bildungsbereich und darum geht, daß wir dafür Informationen sammeln, und wo wir meinen, dies sei die Ausnahme von der Regel. Damit widerlegen Sie genau das, was Ihr Kollege Weimer - -

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar des Herrn Abg. Mühlbeyer?

Abg. Trageiser REP: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Mühlbeyer.

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie mir, daß ich aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 4. März 1993 folgende Aussage Ihres Kollegen zitiere:

... wenn die Möglichkeit bestehe, über eine Reise neue Erkenntnisse zu gewinnen, sei es nur recht und billig, die Reise durchzuführen. Deshalb werde sie auch von ihm befürwortet. Damit gebe er jedoch seine persönliche Meinung und nicht die der Fraktion Die Republikaner wieder.

Würden Sie weiter zur Kenntnis nehmen, daß ein Abgeordneter der Republikaner mir folgendes geschrieben hat - ich zitiere aus dem letzten Abschnitt seines Briefs -?:

Deshalb bitte ich Sie, mir dennoch jede nennenswerte Information über die Reise zukommen zu lassen, damit kein Informationsdefizit meinerseits besteht.

Halten Sie Ihre bisherigen Behauptungen über den Polittourismus vor diesem Hintergrund aufrecht?

Abg. Trageiser REP: Was ist daran falsch, wenn der Kollege Sie auffordert, uns die Informationen zukommen zu lassen, die Sie gewonnen haben?

(Trageiser)

(Lachen bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der GRÜNEN - Abg. Alfred Haas CDU: Da muß man erst eine Reise durchführen, um die Informationen zu haben! - Weitere Zurufe)

Was ist daran falsch, wenn wir überlegen, ob der Einsatz der Mittel in der richtigen Relation zu dem steht, was wir an Informationen bekommen?

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Mühlbeyer?

Abg. Trageiser REP: Aber selbstverständlich.

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Abgeordneter, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß der Vertreter der Republikaner diese Reise ausdrücklich befürwortet hat und gern mitfahren würde, wenn er dürfte?

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Trageiser.

Abg. Trageiser REP: Selbstverständlich kann man über den Sinn oder Unsinn einer Reise unterschiedlicher Meinung sein. Das ist ganz klar.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Letztlich fällt die Entscheidung in einer Sitzung unserer Fraktion. Dabei werden die Vor- und Nachteile einer bestimmten Entscheidung diskutiert. Die Meinungsbildung wird natürlich fortgesetzt, und man darf die Meinung, die man im Ausschuß geäußert hat, korrigieren.

(Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie - es handelt sich ja vermutlich um den Kollegen Auer - dem Kollegen Auer verbieten, daß er seine Meinung modifiziert, wenn ihm neue Erkenntnisse zukommen?

(Abg. Köder SPD: Dann darf man hier das Maul nicht so voll nehmen!)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Trageiser, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Abg. Trageiser REP: Nein, jetzt nicht mehr, es reicht.

(Heiterkeit - Beifall bei den Republikanern - Zurufe von den GRÜNEN)

Es führt überhaupt nicht weiter. Die Fronten sind hier klar und eindeutig aufgebaut. Sie fühlen sich in Ihrem Besitzstand bedroht und reagieren entsprechend aggressiv.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Brechtken.

Staatssekretär Brechtken: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um zu einzelnen Fakten noch etwas zu sagen, weil in der Rede des Herrn Rapp eine ganze Reihe von falschen Behauptungen enthalten war.

(Abg. Walter GRÜNE: Blödsinn!)

Ich habe mir auch überlegt, man könnte in der Tat darüber nachdenken, ob man sagt: Na ja, wenn da eine Fraktion, die sich ein bißchen üben will, eine große Debatte beantragt, dann läßt man halt einen reden, und man geht nicht darauf ein.

Dennoch halte ich es für richtig, darüber zu diskutieren, weil es auch eine Chance ist, einmal offenzulegen, welches Politikverständnis Sie haben. Das will ich jetzt einmal versuchen.

Sie kommen mit der Überschrift „Politikverdrossenheit“ daher. Das hört sich ja an, als sei da jemand in Sorge. In Wirklichkeit ist er destruktiv und weiß, daß er, weil er nichts Positives beizutragen hat, nur aus einer Verstärkung der destruktiven Stimmung Honig saugen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Schöning FDP/DVP)

Sie machen das dann - das war für mich das Interessante an der Debatte - folgendermaßen: Sie kommen hierher und bringen Beispiele von irgendwelchen Gemeinden, Beispiele, die Sie irgendwo einmal gelesen haben und von denen ich nichts weiß. Keiner ist da, der zu den Fakten etwas sagen und gegebenenfalls vielleicht auch feststellen kann, daß die Darstellung in der Öffentlichkeit ganz schlicht falsch ist. Das haben wir - Entschuldigung - bei solchen Dingen auch schon erlebt.

Jeder, der draußen den Antrag gelesen hat, hat sich gesagt: Aha, auch der Landtag macht bei diesen Geschichten mit. Bei jedem einzelnen Punkt, der hier angesprochen worden ist - deshalb haben Sie, Herr Trageiser, ja auch bei den Zwischenfragen gesagt: „Jetzt reicht's“ -, konnte man durch Zwischenfragen darstellen, daß jede einzelne Reise, die hier zur Diskussion gestellt wurde, eine Reise ist, bei der Sie selber sagen mußten: Die Reise ist in Ordnung. Der Informationsgehalt ist hervorragend. So eine Reise ist vertretbar.

Was schließe ich daraus? Sie machen diese typische Politik, daß Sie die Politikverdrossenheit nur verstärken wollen, indem Sie Beispiele bringen, die uns gar nicht betreffen, und bei denen, die uns betreffen, müssen Sie jedesmal selbst zugestehen, daß die Reisen in Ordnung sind.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Dies, finde ich, ist - Entschuldigung - ein mieses Spiel. Deshalb bin ich hier ans Rednerpult gegangen, um das einmal offen darzustellen, weil ich glaube, daß man Ihnen hier widersprechen muß, weil Sie die Politikverdrossenheit nur verstärken wollen, und zwar ganz bewußt. Dies ist meiner Ansicht nach demokratischschädlich. Das muß einmal offen dargestellt werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Sie haben auch in den Fakten einiges dargestellt oder implizit hier einfließen lassen, mit dem Ihr Eindruck verstärkt wird, obwohl er in der Sache nicht stimmt.

Erster Punkt: Da ist gesagt worden, in der Kasse solle Geld klingeln. Es bekommt überhaupt niemand etwas für diese Reisen. Das sind Dienstreisen. Für Dienstreisen gibt es, nachdem das üblicherweise Reisen sind, bei denen man

(Staatssekretär Brechtken)

durch die Partner, mit denen man redet, zum Mittagessen eingeladen wird, keine Mark Reisekosten. Da klingelt überhaupt nichts in der Kasse. Auch im Reisekostengesetz ist völlig eindeutig geregelt: Wer für solche Reisen Reisekosten anmeldet, begeht einen Rechtsverstoß. Sollte das jemand gemacht haben – vielleicht ist ja der einzelne nicht ausreichend informiert –, dann müßte er dies entsprechend klarlegen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Staatssekretär, weil Sie gerade Fakten referieren: Würden Sie ein weiteres Faktum zur Kenntnis nehmen, nämlich daß der Landwirtschaftsausschuß eine Reise nach Griechenland plant und daß sich der Abg. Herbricht von den Republikanern für diese Reise ebenfalls bereits angemeldet hat?

Staatssekretär Brechtken: Das gehört zu dem Thema, daß man Beispiele nimmt und dann nicht argumentieren kann.

(Zurufe, u. a.: Peinlich!)

Stellv. Präsident Straub: Für eine Zwischenfrage, bitte, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Sie sagten soeben, Herr Rapp habe die Aussage gemacht, aufgrund der Reisen würde Geld in den Kassen klingeln. Könnte es sein, daß Sie teilweise nicht zugehört haben? Denn diese Aussage wurde nie gemacht. Wissen Sie, wie das achte Gebot lautet?

(Heiterkeit bei den Republikanern)

Staatssekretär Brechtken: Dann mag er das bitte richtigstellen. Ich habe vorhin zugehört und etwas von „Klingeln in der Kasse“ gehört.

(Abg. Rapp REP: Wir warten auf das Protokoll!)

Wenn ich das falsch verstanden habe, nehme ich das zurück. Das ist doch überhaupt kein Problem. Meine Tatsachenfeststellung, daß überhaupt nichts in der Kasse klingelt, ist aber trotzdem richtig.

Zweiter Punkt: Es ist davon geredet worden, daß zum Beispiel auf Kosten der öffentlichen Hand große Delegationen reisten. Auch da muß ich Ihnen widersprechen. Das haben Sie, Herr Rapp, aber doch sicher gesagt. Dann ist der Tatbestand klar, bevor ich die Antwort gebe. Tatbestand ist folgender: Bei den Wirtschaftsdelegationsreisen, wo also Dritte dabei sind, zahlen die Unternehmer auf Heller und Pfennig selber.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie das funktioniert. Die Reise wird von der GWZ durchgeführt. Die GWZ schreibt die Reise aus. Die Unternehmer entscheiden, ob sie mitfahren wollen, und die Unternehmer zahlen nicht nur die reinen Reisekosten, sondern sie zahlen auch die Overheadkosten; das heißt, alle Kosten, die der GWZ durch die Organisation der Reise entstehen, zahlen die Unternehmer in Form eines Zuschlags.

Bei den Journalisten gibt es eine Begrenzung der Kosten, weil wir gesagt haben: Man muß aufpassen, daß nicht nur die großen Redaktionen mitgehen. Hier gibt es einen Anteil, einen bestimmten Zuschuß, damit die Redaktionen gleich behandelt werden.

Bei der Chinareise des Wirtschaftsministers – es war eine sehr große Delegation, schon an der Grenze der Höchstgröße – mußten wir Unternehmer abweisen, weil wir gesagt haben: Irgendwo ist die Grenze, an der man so eine Delegation noch handhaben kann. Man kann keine Reisen mit einer zu großen Delegation machen. An diesem Beispiel sehen Sie, daß das Interesse sehr groß ist. Das bestätigt auch, daß diese Reisen zwingend geboten sind.

Ich will Ihnen noch ein Drittes sagen, um das auch einmal etwas plastisch zu machen. Ich war vor kurzem mit einer kleinen Gruppe in China. Ich bin ja der Vorsitzende dieser gemischten Kommission mit unseren Partnerregionen. Heute morgen haben wir hier beim Thema „Textilindustrie“ über das große Problem des Markenschutzes und des Gebrauchsmusterschutzes diskutiert. Der Punkt war der: Wir konnten dieses Problem in China ansprechen. Wir konnten das ganz konkret machen. Nur weil ich aber sozusagen ein Regierungsamt habe und weil ich da auch von Abgeordneten begleitet war, hatten wir die Möglichkeit, an bestimmte Stellen heranzukommen. Wir haben das in der Tat dort vorgetragen. Dort hat sich etwas bewegt. Das ist verfolgt worden, und dort hat sich etwas positiv entwickelt. Das heißt, Sie müssen auf politischer Ebene zwingend in viele Länder reisen, weil Sie nur auf diese Weise etwas in Bewegung setzen. Ich bin dankbar dafür, daß wir das gemeinsam mit dem Parlament machen. Ich könnte andere Beispiele nennen; ich will es bei dem belassen.

Jetzt wollte ich Ihnen als letzten Punkt noch etwas zu der Frage „Regierung oder Parlament“ sagen. Sie haben der Regierung ja großzügigerweise eingeräumt, sie dürfe reisen.

(Abg. Rapp REP: Wir meinen es immer gut!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wissen Sie, ich habe jetzt ein Jahr Erfahrung in diesem Amt. Ich habe die Pflicht, bisweilen mehr zu reisen, als mir lieb ist. Dieses Vorurteil und dieses – Entschuldigung – etwas dümmliche Geschwätz, als seien Reisen Vergnügungsreisen, ist zu dämlich. Wenn Sie regelmäßig reisen müssen und ständig in bestimmten Hotelzimmern herumhängen müssen, wenn Sie vom Land nie etwas sehen, weil Sie immer die gleichen Hotelzimmer in der ganzen Welt sehen, wenn Sie Reisen mitmachen, auf denen Sie vielleicht in zwei Stunden irgendwo hinrasen, weil Sie offizielle Termine einzuhalten haben, dann wissen Sie, was für dumme Vorurteile hier geschürt werden. Das ist doch Unsinn.

Ich will, daß dieses Parlament an diesen Reisen teilnimmt. Ich will, daß das Parlament den gleichen Informationsstand hat, damit wir uns über die jeweiligen Fragen sachlich miteinander unterhalten können. Ich kann niemandem verwehren, sich Einflüssen zu entziehen. Ich will Ihnen auch durch Erkenntnisse, durch Reisen Ihre Vorurteile nicht nehmen. Insofern bildet Reisen wirklich, aber mancher will ja keine Bildung. Ich glaube, daß jede Reise, die wir hier machen, einer offenen Diskussion in der Öffentlichkeit standhält. Deshalb bin ich für eine ganz offene Auseinandersetzung dar-

(Staatssekretär Brechtken)

über, vor der Öffentlichkeit. Da habe ich keine Sorge. Eines will ich aber nicht: daß Sie mit Ihrer Vorurteilsstruktur, mit Ihrer Art der Anlage der Politikauseinandersetzung dieser Demokratie Schaden zufügen.

(Widerspruch bei den Republikanern)

Ich will, daß in dieser Gesellschaft begriffen wird, daß eine Gesellschaft und ihre politische Elite auch Informationen brauchen. Sie muß dies öffentlich vertreten. Was Sie aber machen, ist der Versuch, Vorurteile zu schüren, weil Sie kein konstruktives Verhältnis zur Politik haben, sondern lediglich ein Abstauberverhältnis. Sie meinen, aufgrund von solchen Auseinandersetzungen etwas abstauben zu können. Das, glaube ich, muß man entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur noch eine Bemerkung machen. Nachdem von verschiedenen Seiten vorgetragen worden ist, daß Abgeordnete der Fraktion Die Republikaner sich verbindlich zu einzelnen Reisen angemeldet haben, andererseits der stellvertretende Fraktionsvorsitzende dieser Fraktion vorgebracht hat, das entscheide schließlich die Fraktion, möchte ich einfach das Präsidium bitten, zu erwägen, ob nicht die Fraktion Die Republikaner und die betroffenen Abgeordneten aufgefordert werden sollen, zu erklären, ob das freie Mandat noch gewährleistet ist.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! - Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Debatte und damit Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben - Drucksachen 11/1799, 11/1889, 11/1995, 11/2003, 11/2024

- Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten - Drucksachen 11/1775, 11/1974

- Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

a) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. April 1993 - Veräußerung der landeseigenen Baugrundstücke auf Ge-

markung Freiburg-Kappel, Baugebiet „Molzhof“ - Drucksachen 11/1811, 11/1940

Berichterstatter: Abg. Schöttle

- Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

b) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 - Veräußerung landeseigener Wohnbauflächen im Baugebiet „Chausseefeld“ in Stuttgart-Plieningen - Drucksachen 11/1860, 11/1941

Berichterstatter: Abg. Schöttle

- Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

c) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 - Bereitstellung landeseigener Grundstücksflächen für den Wohnungsbau in Stuttgart-Vaihingen, Birkhof - Drucksachen 11/1861, 11/1942

Berichterstatter: Abg. Schöttle

- Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

d) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 - Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 641 der Gemarkung Ludwigsburg (Stuttgarter Straße 35, Bäckerei-Kaserne) - Drucksachen 11/1872, 11/1943

Berichterstatter: Abg. Schöttle

- Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

e) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Mai 1993 - Tauschweise Abgabe des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 577, Gemarkung Aulendorf - Drucksachen 11/1873, 11/1944

Berichterstatter: Abg. Schöttle

- Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen - Drucksachen 11/1923, 11/1938

Meine Damen und Herren, die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt, und wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag, dem 24. Juni 1993, 9.30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen. Sie wird noch durch die gestern abgesetzten Punkte ergänzt werden.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 17.59 Uhr